Die Zeit
22./II. 1915

9. 6.

Wien—Paris.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „In der gestrigen Nummer Ihres geschätzten Blattes, zu dessen eifrigsten Lesern ich gehöre, befindet sich unter vorstehender Ueberschrift eine vergleichsweise Zusammenstellung der wichtigsten Lebensmittelpreise in den beiden Weltstädten. Nun wird bei den Preisangaben in Klammern eine Umrechnung von Franken in Kronen beigefügt, die, wiewohl mit Rücksicht auf den heutigen Kursstand der Valuta unserer Währung vollkommen richtig, den vielen Lesern Ihres Blattes eine entschieden unrichtige Vorstellung über die tatsächlich bestehende Preisdifferenz dort und bei uns beizubringen geeignet ist. Der Franzose kauft in Frankreich mit der landesüblichen Münze, wir in Oesterreich mit der Krone. Es hat daher der bestehende Kurs der letzteren, oder besser gesagt, deren derzeitige teilweise Entwertung auf die Kaufkraft bei uns gar keinen Einfluß. Richtig ist, daß die Lebensführung in Frankreich auch teurer geworden ist, deshalb kann trotzdem gesagt werden, der Franzose lebt um die Hälfte billiger als wir. Durch die in den Klammern beigefügten Umrechnungspreise wird nun diese Tatsache — wenn auch ungewollt — verwischt, und das soll nicht sein. Der Oesterreicher wird, wenn auch die Lebensmittelpreise, sei es berechtigter, oder, wie in den weitaus meisten Fällen, unberechtigter Weise, gestiegen sind, durchhalten bis zu einer glücklichen Beendigung dieses unseligen Krieges; er bedarf keines, wenn auch noch so gut gemeinten Trostes: ‚Die anderen hätten es auch nicht viel besser!‘ Weit entfernt von einer übelwollenden Kritik, bitte ich diese meine Zeilen als Ausfluß meiner innersten Ueberzeugung anzunehmen. Ein Freund Ihres Blattes."

Neue Freie Presse
22./XI. 1915

Versorgung Konstantinopels mit Lebensmitteln.

Konstantinopel, 21. November.

Einem türkischen Blatte zufolge studiert die Ministerialkommission, welche damit beschäftigt ist, die Versorgung Konstantinopels mit Lebensmitteln zu sichern, gegenwärtig einen Antrag des Haushaltausschusses der Kammer, wonach nicht nur entsprechend dem von der Regierung der Kammer unterbreiteten Gesetzentwurfe 5 Millionen Kilogramm Mehl, das aus Rumänien eingeführt werden wird, sondern auch andere Bedarfsgegenstände von der Entrichtung des Zolles befreit werden sollen. Die Regierung beabsichtige, die Zölle auf mehrere Artikel und auf Lebensmittel, die aus dem Auslande eingeführt werden sollen, aufzuheben oder beträchtlich herabzusetzen. Weiter werde die anatolische Eisenbahn täglich zwei Waggons für den Transport der für Konstantinopel notwendigen Lebensmittel verwenden. Die für den Ankauf und für die Versendung aus der Provinz nach Konstantinopel geltenden einschränkenden Bestimmungen werden aufgehoben und die Zahl der im Betriebe der anatolischen Eisenbahn befindlichen Waggons werde erhöht werden.

Tägliche Rundschau
23./XI. 1916.

Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise.

Berlin, 22. November. Der Beirat der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise trat Montag vormittag in seinem Ausschuß für Kartoffeln, Gemüse und Obst unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Kautz wiederum zu einer Sitzung zusammen. In einer allgemeinen Aussprache über die Kartoffelversorgung der Bevölkerung fanden die Bemühungen der Reichskartoffelstelle volle Anerkennung, und es wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, durch Einwirkung auf Landwirte und Händler die möglichst schnelle Beschaffung der angemeldeten Beiträge und der weiter erforderlichen Wintervorräte zu sichern. Sollte, wie mehrfach angenommen wurde, eine Zurückhaltung der Händler vorliegen, so müßte ihnen gegenüber von dem den Städten zustehenden Enteignungsrecht Gebrauch gemacht werden. Seitens der Eisenbahnverwaltungen sind schnellste Beförderung und Maßnahmen gegen Frostgefahr zugesagt. Nach Mitteilung des Eisenbahnzentralamtes sind zwischen dem 28. Oktober und 16. November rund 9 Millionen Zentner Speisekartoffeln befördert worden. Es ist anzunehmen, daß sie meist nach dem Westen bestimmt waren, so daß die immer noch behauptete Kartoffelknappheit füglich behoben sein sollte. In der Erörterung wurden u. a. die Fragen etwaiger Sonderpreise für wirkliche Saatkartoffeln und einer erweiterten Beschlagnahme unter Herabsetzung der Höchstpreise gestreift. Seitens eines Vertreters des Kriegsministers wurde erklärt, daß auch die Heeresverwaltung sich unbedingt an die Höchstpreise für Kartoffeln hält. Weiter wurde über die Festsetzung von Höchstpreisen für Gemüse, auch Zwiebeln und für Sauerkraut verhandelt. Eine eingehende Erörterung fand über die Bemessung der Sauerkrautpreise statt. Man war sich ferner darüber einig, für Obst, solange die Preise eine angemessene Höhe bewahren, von einer Höchstpreisfestsetzung abzusehen. Endlich wurde über Höchstpreise für Fettersatzmittel, in erster Linie für Marmeladen, aber auch für Apfelkraut, Rübenkraut, Bienenhonig und Kunsthonig, verhandelt. (W. T. B.)

Hamburger Fremdenblatt

23./XI. 1915.

Mehr Pflichtbewußtsein in Küche und Haushalt!

Die Festsetzung der fett- und fleischlosen Tage hat zu ganz eigenartigen Nebenerscheinungen und Folgen geführt. Viele Hausfrauen kaufen nämlich an den dem Fleischverkauf freigegebenen Tagen auf Vorrat. In welchem Umfange das geschieht, läßt am besten die letzte Versammlung der Berliner Fleischermeister erkennen, in der ganz offen zugegeben wurde, daß die Einrichtung der fleischlosen Tage verminderte Einnahmen nicht zur Folge gehabt hat.

Damit zeigen aber jene Hausfrauen wieder einmal, daß ihr Denken und Handeln von privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten beherrscht wird, und daß sie sich an ein im allgemeinen volkswirtschaftlichen und nationalen Interesse liegendes Denken und Tun nur schwer zu gewöhnen vermögen. Hierdurch wird aber die Arbeit der Regierung, die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gleichmäßig und billig zu versorgen, sehr erschwert. Es muß daher immer wieder darauf hingewiesen und gesagt werden: Alle Maßregeln der Regierung müssen unfruchtbar bleiben, wenn ihnen nicht in allen Kreisen der Bevölkerung verständnisvolles Entgegenkommen bereitet wird.

Es muß zum obersten Hausgesetz in der Küche werden, die fett- und fleischlosen Tage auf das strengste innezuhalten. Sie müssen zu einer Kriegseinrichtung werden, die uns das Verhalten unserer Feinde aufzwingt und die mit dazu beiträgt, den Angriff der Gegner abzuschlagen.

*

Die Mahnung, auch in den Haushaltungen die Anordnung der fett- und fleischlosen Tage innezuhalten, kann nicht dringend genug wiederholt werden. Was in den obenstehenden Zeilen von den Berliner Hausfrauen gesagt wird, mag auch für manche in Hamburg zutreffen, wobei wir aber nicht unterlassen wollen, festzustellen, daß in der letzten Beratung des Unterausschusses für Fleisch und Fleischwaren der hamburgischen Preisprüfungsstelle ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß der Verkauf von Fleisch seit Einführung der fleischlosen Tage in Hamburg merkbar zurückgegangen sei, woraus hervorgeht, daß die Hamburger Hausfrauen im allgemeinen sehr wohl bereit sind, im vaterländischen Interesse den gewohnten Speisezettel einer Aenderung zu unterziehen.

Tägliche Rundschau
23./XI. 1915

23
5

Eine zeitgemäße Mahnung. Das „Vereinsblatt des Badischen Bauernvereins“ veröffentlicht eine Mahnung, in der es heißt:

Es ist in der gegenwärtigen Kriegszeit die vaterländische Pflicht eines jeden Landwirts, sich mit den vorhandenen Futter- und Düngemitteln zu begnügen und seine Wirtschaft nach der vorhandenen Art und Menge dieser Hilfsstoffe einzurichten.... Nachdem nun sowohl durch die Regierungen als auch durch die landwirtschaftlichen Vereinigungen in weitgehendstem Maße Vorsorge getroffen worden ist, daß der Landwirt seinen Betrieb ordnungsmäßig erhalten kann und ihm die notwendigen Lebensbedürfnisse zur Verfügung stehen, darf auch von demselben erwartet werden, daß er seine vaterländischen Pflichten gewissenhaft erfüllt und die Behörde bei Ausführung der gesetzlichen Maßnahmen wirksam unterstützt.

Landwirte! Mitglieder! Bringt eure Vorräte, namentlich Milch, Butter Eier und Kartoffeln, freiwillig auf den Markt; laßt euch nicht durch die festgesetzten Höchstpreise abhalten, und laßt es nicht auf Zwangsmaßregeln ankommen! Jeder vernünftige Landwirt kann es nur billigen, wenn die Regierung energische Maßnahmen zur Regelung des Nahrungsmittelmarktes getroffen hat oder noch treffen wird und Höchstpreise für Butter, Milch, Schweine, Fleisch, Mehl usw. festgesetzt hat oder noch festsetzen wird. Alle Vorwürfe über zu hohe Preise werden durch die amtliche Preisfestsetzung beseitigt.

Sorgt für die weitere Aufrechterhaltung der bisher bestandenen guten Beziehungen zwischen Stadt und Land! Arbeitet nicht dem die Nahrungsmittel verteuernden Zwischenhandel in die Hände, sondern sucht eure Erzeugnisse soweit möglich unmittelbar an die Verbraucher, seien es nun Kommunen, landwirtschaftliche Vereinigungen oder Privatpersonen, abzusetzen! Erschwert nicht durch Zurückhaltung eurer Kartoffelvorräte die Lage der auf dieses Nahrungsmittel hauptsächlich angewiesenen ärmeren Bevölkerung! Der Landwirtschaft darf nicht der Vorwurf gemacht werden, sie habe durch Zurückhaltung der Vorräte die Schwierigkeiten der Volksernährung noch verschärft.... Bedenkt, daß gerade diejenigen Bevölkerungskreise, die auf eine billige Versorgung mit Kartoffeln und sonstigen Nahrungsmitteln hoffen, im entscheidenden Zeitpunkt für den der Landwirtschaft damals so notwendigen Schutz eingetreten sind und daher heute mit Recht eine genügende Lebensmittelversorgung von derselben erwarten dürfen! Sorgt auch für einen eurem wirtschaftlichen Betrieb entsprechenden Viehstand und für eine genügende Nachzucht zur Sicherung der Volksernährung! Düngt eure Felder rechtzeitig und reichlich, damit im nächsten Jahre eine gute Ernte erzielt wird! Noch immer muß die Landwirtschaft zeigen, daß sie auf ihrem Posten steht. Drescht daher sobald wie möglich einen Teil eures Brotgetreides, damit die notwendigen Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden können! Helft euch gegenseitig bei eurer Arbeit aus, und leiht euch bei Bedarf die Gespanne! Hütet euch vor Verfütterung der zur menschlichen Ernährung geeigneten Erzeugnisse, und vermeidet Stickstoffverschwendung durch sorgfältige Behandlung von Stalldünger und Jauche! Sorgt für genügende Futtergewächse und ausreichende sonstige Futtermittel, damit ein zweckmäßiger Ersatz der teuren Kraftfuttermittel stattfinden kann! Spart das Stroh für die Verfütterung und ersetzt dasselbe durch andere Streumittel!

Fremdenblatt 23/XI. 1915

Zur Einführung von Preisprüfungsstellen.

Ein Organisationsentwurf.

Die Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission hat in ihrer letzten Sitzung ein Komitee zur Beratung der Frage, ob in Oesterreich Preisprüfungsstellen eingeführt werden sollen, eingesetzt und über das Ergebnis der Verhandlungen wird vom Kammerkonsulenten Dr. Becker in der nächsten Sitzung ein eingehender Bericht vorgelegt werden. Der Bericht zählt die Aufgaben auf, welche diese Stelle zu lösen hätten und schägt vor, den Stellen nachstehende Befugnisse einzuräumen: Die Preisprüfungsstellen sollen berechtigt sein, von jedermann über alle Tatsachen Auskunft zu verlangen, die für die Preisbildung von Wichtigkeit sind, insbesondere über die Zufuhren und die Preise von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfes Erhebungen anzustellen; Räume, in denen Gegenstände notwendigen Lebensbedarfes hergestellt, gelagert und feilgehalten werden, zu betreten und hier Besichtigungen vorzunehmen; die Vorlage von Schlußbriefen, Rechnungen, Frachtbriefen, Lagerscheinen, Ladescheinen und sonstigen im Handelsverkehr üblichen Schriftstücken und Büchern, soweit sie sich auf den Ein- und Verkauf von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfes beziehen, zu fordern und darin Einsicht zu nehmen; Zeugen und Sachverständige, die im Tätigkeitsgebiet der Preisprüfungsstellen wohnen oder sich aufhalten, durch das zuständige Bezirksgericht eidlich vernehmen zu lassen.

Ueber die Organisation der Preisprüfungsstellen heißt es in dem Berichte: Zur Lösung des Preisproblems von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfes bedarf es einheitlicher Maßnahmen für das ganze Reich. Die Organisation der Preisprüfungsstellen muß eine möglichst umfassende sein, d. i. das ganze Wirtschaftsgebiet umschließen. Nur so wird es möglich sein, einen Ueberblick über die Erzeugungs-, Verarbeitungs- und sonstigen Gestehungskosten zu gewinnen, auf Grund deren die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Preise ermittelt werden können. Es ist daher notwendig, daß die Preisprüfungsstellen durch eine kaiserliche Verordnung obligatorisch für das ganze Reich eingeführt werden. Für das gesamte Staatsgebiet ist eine Reichspreisprüfungsstelle zu errichten, für die Gemeinden Nebenstellen. Die Reichsstelle hat die Regierung in allen die Versorgung der Bevölkerung mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfes betreffenden Fragen, namentlich über die Preisverhältnisse zu beraten.

Die Preisprüfungsstellen bestehen aus einem Vorsitzenden und einer entsprechenden Anzahl von Mitgliedern. Zu Vorsitzenden sollen Staats- oder Gemeindebeamte ernannt werden. Die Mitglieder sind vom Vorstande der Gemeinde, respektive von der politischen Bezirksbehörde erster Instanz zu berufen, und zwar zur einen Hälfte aus dem Kreise der Warenerzeuger, der Groß- und Kleinhändler, zur anderen Hälfte aus Verbrauchern. Der Vorsitzende und die Mitglieder der Reichspreisprüfungsstelle werden vom Minister des Innern ernannt. In Wien würde die Preisprüfungsstelle aus einem Zentralorgan und aus Lokalorganen zu bestehen haben. Das Zentralorgan, dessen Kompetenz sich auf das ganze Gemeindegebiet erstreckt, hat die Produktions- und Großhandelspreise zu ermitteln. Die Kompetenz der Lokalorgane, die sich über das ganze Stadtgebiet ausbreiten, erstreckt sich auf einen oder einen Teil eines Bezirkes und ihre Aufgabe ist es, die Detailhandelspreise zu ermitteln. Sie erhalten von der Zentrale ihre Informationen und übermitteln dieser ihre Arbeitsergebnisse. Die Vielfältigkeit der Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfes macht es nötig, daß die Tätigkeit der Zentrale in mehreren Ausschüssen erfolgt. Nach den vier Hauptgruppen der Nahrungsmittel sind folgende vier Fachausschüsse in Aussicht zu nehmen: Gemüse, Kartoffel, Obst; Fleisch, Fleischwaren, Fleischfette und Fische; Milch und ihre Produkte, Eier und Pflanzenfett; Hülsenfrüchte und Kolonialwaren und Oele. Der Vorsitzende des Ausschusses wird vom Bürgermeister nach freiem Ermessen ernannt. Die Mitglieder sind vom Bürgermeister zu berufen, und zwar zur einen Hälfte aus dem Kreis der Produktionsgewerbe, des Groß- und des Kleinhandels, zur anderen Hälfte aus Verbrauchern. Einem fünften Ausschusse für den zentralen Geschäftsbetrieb würde folgende Tätigkeit zufallen: Ueberwachung der gesamten Einrichtung, Erledigung der generellen Fragen, Direktiven für die vier Fachausschüsse, Verkehr mit den Staatsbehörden und ähnliches.

Antrag auf obligatorische Einsetzung der Prüfungsstellen.

Das mit dem Studium der Preisprüfungsstellen betraute Komitee wird der Sektion nachstehende Anträge zur Beschlußfassung vorlegen:

1. Die Regierung wird aufgefordert, sogleich eine kaiserliche Verordnung zu erlassen, welche die obligatorische Einführung von Preisprüfungsstellen anordnet, denen die im obenstehenden Bericht ausgeführten Aufgaben zu übertragen sind.

2. Das Präsidium der Kommission wird ersucht, daß es die Einführung von Preisprüfungsstellen im Interesse einer wirksamen Bekämpfung der Teuerung bei der Regierung fordere.

Die Zeit
23./XI. 1915

— (Gemeinsame Lebensmittelversorgung.) Immer mehr häufen sich die Klagen, daß der österreichische Konsum unter der nicht einheitlichen Approvisionierung der gesamten Monarchie leide und gegenüber Ungarn benachteiligt sei. Eine Zentralstelle hätte von Kriegsbeginn an, gleichwie für das Militär, für die zivile Bevölkerung beider Reichshälften geschaffen werden sollen, dann wäre nicht bloß eine gerechtere, sondern auch eine rationellere Verteilung der vorhandenen Mittel erzielt worden. Um nur ein Beispiel der Bevorzugung Ungarns hervorzuheben, sei erwähnt, daß die ungarischen Brauereien beinahe ihr volles Quantum an Gerste (80 Prozent und darüber) erhalten haben, während in Oesterreich in den meisten Fällen den Brauern nur ein Drittel des normalen Konsums angewiesen wurde. Allerdings schwebt über Ungarns Brauereien, und das soll nicht verschwiegen werden, bis auf weiteres das Damoklesschwert der Wegnahme der Hälfte des gelieferten Gerstequantums. In so ungewöhnlich schwierigen Zeiten müssen alle Kräfte zusammenwirken, und daß das möglich ist, zeigt das einheitliche Vorgehen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands gegenüber den Bezügen von Bulgarien und Rumänien. Die Abmachungen mit dem bulgarischen Bundesgenossen dürfen bereits auf der Basis gegenseitiger Interessenförderung als geordnet angesehen werden. Mit Bulgarien haben denn auch schon größere Abschlüsse in Brotgetreide und Futtermitteln stattgefunden, wobei in Rücksicht auf die Menge zu wünschen bleibt, daß die Donauverschiffungen durch frühen Winter nicht gestört werden. Aus Rumänien kommt übrigens bahnwärts auch manches an Gerste und Mehl heraus, das aber vorerst hauptsächlich nach Deutschland geht; doch handelt es sich dabei noch um keinen regelmäßig betriebenen Verkehr. In Deutschland schreitet man jetzt daran, nachdem die Versorgung einerseits und die Einschränkung des Verbrauches andererseits gesichert sind, den Konsumenten die Lebenshaltung billiger zu gestalten. Regierung und Kommunen arbeiten an dieser Organisation gegen alle Preistreibereien, und Artikel in weitestem Umfange werden in diese Reglementierung einbezogen. Um diese Vorsorge ins rechte Licht zu stellen, sei beispielsweise mitgeteilt, daß Oele und Fette, Eicheln und Kastanien, Stroh und Häcksel, ferner Tee, Kaffee, Kakao, weiter Buchweizen, Hirse, Gemüse, Obst und Obstmus einbezogen sind. Aber auch Butter, Kartoffeln, Fische, Wild, Milch, Zwiebeln, Sauerkraut usw. unterstehen dieser Kontrolle. Gleiche Maßnahmen wären bei uns um so mehr angezeigt, als die Lebenshaltung in der Monarchie teuerer zu stehen kommt als in Deutschland.

Frankfurter Zeitung 24./XI. 1915.

Sächsische Kammer.

O Dresden, 23. Novbr. (Priv.-Tel.) Heute begann in der Zweiten Kammer die auf mehrere Tage berechnete Verhandlung über die

Lebensmittelfürsorge.

Alle Fraktionen haben zu ihr Anträge gestellt. Am weitesten gehen die sozialdemokratischen, die verlangen, daß die Verteilung aller wichtigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sowie ihre Preisfestsetzung staatlich geregelt werden. Alles was zum Leben notwendig ist, soll der Staat beschlagnahmen. Die Fortschrittliche Volkspartei ersucht die Regierung lediglich, sofort weitere Maßnahmen gegen die Teuerung zu treffen. Sie soll im Bundesrat dahin wirken, daß die Preise für alle Mehle auf das richtige Maß zurückgeführt, die Einfuhr von Nahrungs- und Futtermitteln gefördert und bei Kriegsgesellschaften, die zur Befriedigung des allgemeinen Bedarfs errichtet werden, der ehrenwerte Handel nicht ausgeschaltet wird. Die Nationalliberalen fordern Beschlagnahme wichtiger Nahrungsmittel in größerem Umfange und zweckmäßiger als bisher. Herabsetzung der Höchstpreise, tatkräftige Förderung der Erzeugung notwendiger Lebens- und Bedarfsgegenstände. Einige konservative Anträge verlangen u. a. schärfere Maßnahmen gegen den Wucher und Vorschriften zur Beschränkung der Vertragsfreiheit im Handel zur Verhinderung unangemessener Gewinne.

Den Verhandlungen stellten sich heute zunächst allerlei Schwierigkeiten entgegen. Die Sitzung begann eine halbe Stunde später als angesagt und wurde dann sofort wieder auf eine Stunde vertagt. Die Fraktionen sollten, wie es hieß, sich noch weiter über die geschäftliche Verhandlung der Sache klar werden. Im Hause verlautet jedoch, die Regierung wünsche überhaupt nicht, daß über die Nahrungsmittelfrage öffentlich verhandelt werde. Die Fraktionen der Linken und die Nationalliberalen waren jedoch mit einer derartigen Behandlung dieser Frage nicht einverstanden, und die Sache nahm ihren geschäftsordnungsmäßigen Verlauf. Als erster Redner sprach der Nationalliberale Nitzschke, der besonders die vielfach verfehlten und verspäteten Maßnahmen kritisierte und sich gegen die wucherische Preistreiberei wandte. Er erwähnte, seine Fraktion wolle keinem Stande den Vorwurf des Wuchers machen, aber auffällig sei es, daß jene Kreise, die sonst auf ihre Vaterlandsliebe und Gottesfurcht pochten, an jenen Preistreibereien ganz besonders beteiligt seien. Er wies darauf hin, daß auch eine Reihe Großgrundbesitzer die Bestimmungen über Höchstpreise ungestraft umgehen. Bei den heutigen gesetzlichen Bestimmungen sei es möglich, daß sich jeder Einzelne sein Loch zum Durchschlüpfen suche. Die Verhandlungen über das Lebensmittelprogramm werden morgen noch fortdauern.

Frankfurter Zeitung 24./XI. 1915.

Reichsprüfungsstelle für Lebensmittel.

Berlin, 23. Novbr. (W. T. B. Amtlich.) Der Beirat der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise trat am Dienstag vormittag in seinem Ausschuß für Vieh, Fleisch, Wurstwaren und Fische unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Kautz wieder zu einer Sitzung zusammen. — Die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Oktober 1915 sind, wie mitgeteilt wurde, durchaus befriedigend. Hinsichtlich Rindvieh und Rindfleischpreise wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine wesentliche Steigerung nicht eintreten werde. Die Möglichkeit, die Preise für Rindvieh durch eine Verordnung zu regeln, wurde eingehend erörtert. Die Frage wurde indes als noch nicht geklärt betrachtet und weiterer Erörterung vorbehalten. Die Einführung von Höchstpreisen für Rindfleisch wurde als durchführbar und zweckmäßig bezeichnet. Bei Besprechung der Schweinepreise zeigte sich eine allgemeine Uebereinstimmung dahin, daß an den jetzigen Höchstpreisen festzuhalten sei. Festgestellt wurde, daß der Höchstpreis für Schweinefleisch auch für die besten Sorten gilt. Die Erfahrungen mit der Einführung der fleisch- und fettfreien Tage wurden als erfreulich bezeichnet. Weiter wurde bekannt gegeben, daß die Festsetzung von Höchstpreisen für Wild unmittelbar bevorsteht. Für Süßwasserfische sei die Regelung in Vorbereitung, während über die Einführung von Höchstpreisen für Seefische noch Erwägungen schweben. (Wiederholt.)

Vossische Zeitung 24./XI. 1915

Teuerungsfragen vor dem sächsischen Landtag.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Dresden**, 23. November.

Die heutige Sitzung der sächsischen Zweiten Kammer hatte ein Vorspiel. Nicht weniger als zwei Stunden lang berieten der Seniorenkonvent und die Fraktionen über die Behandlung der Lebensmittelfrage, die auf der heutigen Tagesordnung standen, und über die Form der Berichterstattung durch die Presse. Schließlich wurde von allen Fraktionen eine Beschränkung der Berichterstattung abgelehnt.

Alle Fraktionen hatten Anträge gestellt, durch die die Lebensmittelversorgung sichergestellt werden soll. Als erster Redner sprach in der heutigen Plenarsitzung der Führer der nationalliberalen Fraktion Abg. Nitzschke. Er erklärte, daß mannigfache Vorkommnisse gezeigt hätten, daß viele Landwirte ihren Eigennutz über die Vaterlandsliebe stellten. Er macht allerdings keinem einzelnen Stand oder Beruf einen Vorwurf, denn auch in Handel und Industrie hätten sich gleiche Mißstände gezeigt. Aber sie müßten mit aller Schärfe beseitigt werden. Insbesondere fordert er eine Erklärung, was man dagegen getan habe, daß Bayern sich als Gerstenland so vollkommen abgeschlossen und sogar einen Ausfuhrzoll auf Gerste gelegt habe. Weiter wünschte der nationalliberale Redner die Einrichtung einer eigenen Getreidestelle, da es sich gezeigt habe, daß Sachsen ein Ueberschußgebiet sei. Es müsse volle Unabhängigkeit von der Reichsgetreidestelle erstrebt werden. Die Brotpreise müßten herabgesetzt werden, ebenso die Kartoffelpreise. Man müsse sich wundern, warum bei den offenbaren Mißständen gegen die Kartoffelerzeuger nicht schärfer vorgegangen worden sei.

Der konservative Abg. Mehnert meinte, daß viele bessergestellte Leute noch viel zu gut lebten. Es müßten alle kriegsmäßig leben. Er wandte sich gegen die unbeschränkte Vertragsfreiheit in Lebensmitteln, die zu einer Verteuerung beigetragen hätte. Es seien viel zu viel Verordnungen erschienen, die man unmöglich alle beachten könne.

Der sozialdemokratische Abg. Lange kritisierte die Kartoffel- und Fleischversorgung, sprach aber im übrigen über die Brotversorgung seine Anerkennung aus, mit Ausnahme der Festsetzung zu hoher Preise.

Der fortschrittliche Abg. Günther trat den Behauptungen der Agrarier entgegen, daß die Landwirtschaft bei den gegenwärtigen Kartoffelpreisen Opfer brachte.

Der Minister des Innern Graf Vitztum, gab ohne weiteres zu, daß die Frage der Volksernährung während des Krieges noch nicht einwandfrei gelöst worden sei. Wenn Deutschland auch nicht ausgehungert werden könne, so habe doch die große Preissteigerung eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Auf dem Gebiete der Vermittelungsorganisation und Preisfestsetzung gebe es noch viel zu tun. Die Preissteigerungen seien durchaus nicht immer auf wucherische Ausbeutung zurückzuführen. Sie seien mit dem Kriege bis zu einem gewissen Satze verbunden. Für die Regierung liege eine große Schwierigkeit darin, daß es außerordentlich schwer sei, festzustellen, wo der erlaubte Gewinn aufhöre und wo der Wucher anfange. Uebrigens würde die Knappheit der Futtermittel durch unsere Verbindung mit Bulgarien und durch den Handel mit Rumänien behoben werden. Der Ruf nach einem Einschreiten der Staatsgewalt bleibt trotz allem durchaus berechtigt. Niemand werde aber behaupten können, daß die Reichsleitung und die einzelnen Regierungen diesem Ruf nicht gefolgt wären. Die Regierungen betrachteten ihre Aufgabe nicht als gelöst. Er gebe durchaus zu, daß Mißgriffe gemacht worden seien. Im wesentlichen dürften aber die richtigen Maßnahmen eingeschlagen worden sein. Die Unzufriedenheit werde auf keinen Fall ganz verschwinden. Bei der fortschreitenden Arbeit der Anpassung des wirtschaftlichen Lebens an den Krieg würden weitere Fortschritte zu verzeichnen sein. Sonderinteressen müßten jetzt überall zurückgestellt werden. Die Regierung erkenne die Pflicht an, die Minderbemittelten in ihrer wirtschaftlichen Sorge zu stützen und ihnen zu helfen. Der Minister zählte die einzelnen Maßnahmen auf, die von der Reichsregierung und der sächsischen Regierung getroffen worden seien. Extreme Maßnahmen könnten nicht ausgeführt werden. Solche Experimente dürften in der Kriegszeit nicht gemacht werden. Au feine Anfrage, ob der preußische Landwirtschaftsminister im Bundesrat für eine Erhöhung der Getreidepreise eingetreten sei, erwiderte der Minister, er müsse sich auf die Erklärung beschränken, daß die gegenwärtigen Getreidepreise im Bundesrat nicht gegen die preußischen Stimmen beschlossen worden seien. Es sei schwer, die auch heute vorgebrachten Ratschläge in die Tat umzusetzen. Die Schwierigkeit liege in der Gefahr, durch eine zu starke Herabsetzung der Preise den Anreiz zur Gütererzeugung zu vermindern. Der Minister wies schließlich darauf hin, daß alle Hoffnungen unserer Feinde auf einen Erschöpfungskrieg vollkommen töricht seien.

Darauf wurde mit 39 gegen 35 Stimmen Schluß der Debatte herbeigeführt. Die Anträge wurden dem Gesetzgebungsausschuß überwiesen.

Tägliche Rundschau
25./XII. 1915

Preis-Prüfungsstelle Groß-Berlin.

Die Preisprüfungsstelle Berlin hat sich durch den Hinzutritt der Städte Charlottenburg, Lichtenberg, Schöneberg, Neukölln und Wilmersdorf zu der „Preisprüfungsstelle Groß-Berlin" umgebildet. Ueber eine weitere Ausdehnung auf die Nachbarorte Berlins, die mit Berlin gleichfalls in starker Wirtschaftsverbindung stehen, oder auf die Kreise, zu denen diese Nachbarorte gehören, schweben Verhandlungen. Die Fülle von Aufgaben, die auf diese Weise der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin zugefallen sind, hat es erforderlich gemacht, die innere Verwaltung nach Möglichkeit zu vereinfachen. Die Träger der Prüfungstätigkeit sind innerhalb ihres Warengebietes die Fachausschüsse. Sie werden von Magistratsmitgliedern oder Stadtverordneten geleitet. Sämtliche beteiligten Städte sind in ihnen vertreten, und die Mitglieder sind nach den Vorschriften des Gesetzes so bestimmt, daß die Vertreter der Verbraucher und der unabhängigen Sachverständigen genau den Vertretern der Erzeuger und der Händler die Wage halten.

Die Fachausschüsse sind befugt, innerhalb ihres Aufgabenkreises die vom Gesetz den Preisprüfungsstellen übertragenen Berechtigungen selbständig auszuüben. Sie haben auf ihrem Gebiet auch die gerade für die neuere Gesetzgebung überaus bedeutsame Pflicht, die beteiligten Magistrate sachverständig zu beraten. Die verschiedenen Aufgaben der Preisprüfung, die über die Grenzen, in denen der einzelne Fachausschuß wirkt, hinausgehen, hat der Zentralausschuß zu erledigen. Ihm liegen vor allem die Bearbeitung der von den einzelnen Warengebieten unabhängigen allgemeinen Angelegenheiten ob. Den Zentralausschuß etwa zum Brennpunkt der gesamten Prüfungstätigkeit auszubilden, hat sich in der Praxis bei dem Umfang des Geschäftsgebietes von vornherein als undurchführbar erwiesen. Es gilt dies um so mehr, als neuerdings die Einrichtung eines fünften Fachausschusses geplant ist, der sich mit bestimmten Gegenständen des täglichen Bedarfs, die außerhalb der Aufgaben der anderen Fachausschüsse liegen, wie Heizmaterial und Leder, befassen soll. Der Fachausschuß C hat in den Rahmen der von ihm bearbeiteten Gegenstände neuerdings noch Seife und Lichte aufgenommen.

Die Zeit
25./XI. 1915

Ernährungssorgen des Mittelstandes.

Eine Stimme aus Beamtenkreisen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Von der Ueberzeugung geleitet, daß Ihr sehr geschätztes Blatt jederzeit in der uneigennützigsten Weise bereit ist, die Lebensinteressen des Mittelstandes in Schutz zu nehmen, bitte ich, nachfolgende Zeilen gütigst zu veröffentlichen: Aus der verflossenen Woche sind zwei Ereignisse zu verzeichnen, die geeignet erscheinen, die Interessen des Mittelstandes empfindlich zu schädigen. Eine derselben betrifft die Meldung, daß die Genossenschaft der Bäcker beim Ministerpräsidenten mit der Bitte vorsprach, die Ausgabe der Mehl- und Brotkarte in getrennter Weise zu veranlassen. Eine solche Neuerung wäre für die minderbemittelten Volksschichten von sehr nachteiliger Wirkung. Bisher blieb nämlich jeder Hausfrau der Weg offen, den täglichen Brotbedarf einzuschränken, um hierdurch in die ohnehin äußerst beschränkte Auswahl der Gerichte durch Mehlspeisen eine annehmbare Abwechslung zu bringen. Es wird doch niemand behaupten wollen, daß man — bekanntlich entfallen 5 Dekagramm Mehl auf jede Person —, sagen wir zum Beispiel, aus 15 Dekagramm Mehl, wovon noch ein beträchtlicher Teil auf eine Einbrenn für die Suppe entfällt, eine gesottene Mehlspeise für drei Personen bereiten kann? Wenn also die Wünsche der Bäcker bei der Regierung Berücksichtigung finden, dann wird die gesamte Nahrung der unbemittelten Bevölkerungsschichten, da das Gemüse von Tag zu Tag im Preise steigt, einzig und allein auf Kaffee, Erdäpfel und etwas Brot beschränkt bleiben. Wenn schon das deutsche Muster, Trennung der Mehl- und Brotkarten, Nachahmung finden soll, dann soll das aber ganz geschehen, nämlich mit erhöhten Mehl- und Brotrationen.

Das zweite Ereignis, durch das die Interessen des Mittelstandes womöglich noch härter getroffen werden, ist der Ankauf der bisher nach der Großmarkthalle gelieferten Innereiprodukte durch den Arbeiterkonsumverein bei der Bruder Konservenfabrik. Wenn auch die Arbeiterzeitung in ihrem Artikel vom 21. d. behauptet, daß die Mitglieder der Arbeiterkonsumvereine zu einem nicht unerheblichen Teil dem Mittelstande angehören, so kann diese Behauptung als nicht ganz stichhaltig erklärt werden. Die Arbeiterkonsumvereine beruhen nämlich ihrer großen Mehrzahl nach auf unbeschränkter Haftung, und diesem wichtigen Umstand ist es zuzuschreiben, wenn ihre Mitglieder sich meist nur aus Arbeitern rekrutieren. Ein Beamter wird nur schwer einem Verein beitreten, durch den er Gefahr läuft, am Gehalt oder an seiner Pension eventuell Schaden zu erleiden. Bis heute war die Innerei die einzige Fleischkost, die der Beamte sich und seiner Familie zuführen konnte; nun ist er auch dieser beraubt.

Deshalb appellieren wir Beamte nicht bloß an das Wohlwollen, sondern auch an die Gerechtigkeitsliebe der Regierung und des Bürgermeisters und ersuchen, unsere ohnehin so sehr erschwerten Lebensbedingungen nicht noch mehr belasten zu wollen.

Ein Kommunalbeamter und Abonnent der ‚Zeit'."

Was die Einführung von getrennten Brot- und Mehlkarten anlangt, so wird die Frage vorläufig noch im Schoße der Regierung studiert. Aus dem Marktbericht unseres Abendblattes vom 23. d. ist zu entnehmen, daß es in Kürze gelingen dürfte, weitere Innereizufuhren aus Ungarn nach der Großmarkthalle zu erreichen.

Die Zeit
26./XI. 1915

*[**Lebensmittelpreise im Deutsch-Französischen Krieg.**] Angesichts der allgemeinen Teuerung, die der große Krieg mit sich gebracht hat, mag es interessieren, einiges über die Lebensmittelpreise in früheren Kriegszeiten zu erfahren. Wie sich zum Beispiel der Lebensmittelmarkt in Deutschland während des Krieges 1870/71 gestaltet hat, darüber gibt die Zeitschrift des königlich preußischen statistischen Bureaus aus jenen Jahren wertvollen Aufschluß. Es zeigt sich, daß der damalige Krieg zwar auch eine Verteuerung mit sich gebracht hat, daß aber diese Preissteigerungen mit den heutigen ebensowenig einen Vergleich aushalten, wie der Krieg von 1870/71 mit dem von 1914/15. Für 81 Marktstädte Preußens werden die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel für Menschen und Tiere verglichen. Und da erfährt man, daß das Pfund Schweinefleisch 5 Silbergroschen 9 Pfennig (etwa 83 Heller) im Dezember 1870, also in der Zeit, wo der Krieg sich schon seinem Ende näherte, gekostet hat, weniger, wenn auch bloß um einen Pfennig weniger gekostet hat als im Dezember 1869. Das Pfund Rindfleisch kostete nur um 2 Pfennig mehr im Dezember des Kriegsjahres als im Dezember des letzten Friedensjahres. Im Dezember 1870 kostete das Pfund Rindfleisch 4 Silbergroschen und 9 Pfennig (etwa 68 Heller). Das Pfund Butter kostete 9 Silbergroschen und 11 Pfennig (etwa 1 Krone 45 Heller), auch nur um einen Pfennig mehr als im Friedensjahr. Man sieht, daß der Krieg 1870/71 auf die tierischen Produkte nicht preissteigernd gewirkt hat. Dagegen kann man erhebliche Preissteigerungen bei den pflanzlichen Nahrungsmitteln wahrnehmen. Verhältnismäßig sehr gering waren sie beim Hafer. Auch bei der Gerste war die Verteuerung noch ganz unerheblich. Beim Weizen war die Verteuerung schon stärker. Der Scheffel Weizen (ein Scheffel = etwa 55 Liter) kostete 2 Taler 15 Groschen und 1 Pfennig (etwa 10 Kronen 80 Heller) im Dezember des Kriegsjahres, um 18 Groschen 9 Pfennig (2 Kronen 70 Heller) mehr als im Jahre 1869, das war somit eine Verteuerung von rund 25 Prozent. Der Scheffel Roggen kostete 1 Taler 27 Groschen und 3 Pfennig (4 Kronen 70 Heller) im Dezember 1870, das waren um 10 Groschen und 3 Pfennig (1 Krone 50 Heller) mehr als im vorausgegangenen Friedensdezember. Das ergab eine Verteuerung von rund 18 Prozent. Der Scheffel Kartoffeln kostete im Dezember 1870 19 Groschen 10 Pfennig, das war 3 Silbergroschen 3 Pfennig mehr als 1869 (etwa 2 Kronen 90 Heller, gegen 2 Kronen 40 Heller). Heu und Stroh waren auch im Preise gestiegen, doch lange nicht im gleichen Maße wie die Preissteigerungen, die wir jetzt im Vergleich zur letzten Friedenszeit festzustellen haben.

Arbeiterzeitung
26./XI. 1915

Die Versammlungen über die Lebensmittelpreise.

Mit der Tagesordnung „Die hohen Lebensmittelpreise" wurden in den letzten Tagen zwei Versammlungen abgehalten. Sie waren sehr gut besucht und es waren besonders viele Frauen anwesend. Kein Wunder, denn die unaufhörlich steigende Teuerung alles dessen, wessen der Mensch bedarf, dazu der Mangel einzelner wichtiger Nahrungsmittel erschweren besonder stark den Arbeiterfrauen die Führung des Haushalts.

Die Versammlungen wurden mit Nachrufen für Leopold Winarsky eröffnet. In Mariahilf sprach die Gedenkworte Schlesinger, in Ottakring Abgeordneter Sever. In der Mariahilfer Versammlung im Verbandsheim, die Dienstag abgehalten wurde, sprach Genossin Popp. Sie führte aus: Für uns hier ist die Lebensmittelfrage die brennendste. Viele Vorschläge wurden zur Bekämpfung der Lebensmittelteuerung gemacht, aber ohne jeden Erfolg. Bei uns ist es auch unmöglich, die Teuerung wirksam zu bekämpfen. Entweder sind die Zeitungen gar nicht willens, etwas zu schreiben, oder schreiben sie wie die Arbeiter-Zeitung, so kann man es nicht lesen, weil es unterdrückt wird. In Deutschland sind die Verhältnisse doch viel besser als bei uns, da bei uns die Lebensmittelpreise durchschnittlich um 121 Prozent gestiegen sind, in Deutschland aber nur um 65 Prozent. Die Teuerung bei uns widerstreitet den gewöhnlichen wirtschaftlichen Gesetzen. Heuer sind mehr Butter, Obst, Gemüse und Erdäpfel nach Wien auf den Markt gebracht worden als im vorhergehenden Jahre, und trotzdem gab es in Wien wochenlang eine große Butter- und Kartoffelknappheit. Wo sind die behördlichen Organe, die diesem Wucher entgegentreten? Da müssen energische Mittel angewendet werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Rednerin sprach nun über die Frauenarbeit im Kriege und die größere Notwendigkeit der besseren Ernährung der arbeitenden Frauen. Schließlich legte sie noch die Notwendigkeit der Erhöhung des Unterhaltsbeitrages dar und beantragte eine Resolution, in der diese Forderung gestellt wird. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Mittwoch war die Versammlung im Ottakringer Arbeiterheim unter dem Vorsitz Bergers. Genossin Prost legte dar, daß die Teuerung eine solche Höhe erreicht habe, daß die Bevölkerung nach einem Ausweg suche, da alle Forderungen unserer Partei und auch die Maßnahmen der Regierung bisher erfolglos geblieben sind. Aus den Zahlen ergibt sich, daß die Teuerung in Oesterreich viel höher ist als in anderen kriegführenden Staaten. Dazu ist ein großer Teil der Bevölkerung darauf angewiesen, mit den staatlichen Unterhaltsbeiträgen sein Dasein zu fristen. Dies wird nun zur Unmöglichkeit, weil zum Beispiel ein Liter Milch fast so viel kostet, als eine Frau für ein kleines Kind täglich als Unterhaltsbeitrag bekommt. Aus diesen Gründen fordern die Frauen die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge und deren gleiche Höhe für alle Kinder. Abgeordneter Sever legte dar, daß diese Forderung um so berechtigter sei, als in kurzer Zeit wieder viele Männer einrücken müssen, so daß immer mehr Menschen auf den Unterhaltsbeitrag angewiesen sind. Die Frauen mögen sich auch rechtzeitig um das Geld bewerben; denn so berechtigt auch die Familien zum Bezug sind, so werden ihnen doch an verschiedenen Stellen Schwierigkeiten bereitet. Aus seiner großen Erfahrung schilderte der Redner, wie viel die Arbeitersekretariate zu tun haben, um den Frauen behilflich zu sein, wenigstens die größten Härten, die sich durch die verschiedenartige Auslegung des Gesetzes ergeben, zu beseitigen. Die Erhöhung wäre nur die unabweisliche Folgerung daraus, daß heute die Krone kaum die Hälfte dessen wert ist, was sie noch vor einem Jahre war, gar nicht zu sprechen von der Zeit, da der Unterhaltsbeitrag im Abgeordnetenhause beschlossen wurde. Beide Reden wurden mit großem Beifall aufgenommen. Berger und Abgeordneter Sever stellten dann fest, daß die Versammlungsteilnehmer mit der Absendung einer Eingabe wegen der Erhöhung der Unterhaltsbeiträge einverstanden sind, obwohl in der Ottakringer Versammlung vom Regierungsvertreter die Verlesung dieser Eingabe nicht gestattet worden ist.

Vossische Zeitung
26./XI. 1915

Neue wirtschaftliche Kriegsmaßnahmen des Bundesrats. In der gestrigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Eine Aenderung der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915, der Entwurf eines Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne, deren hauptsächlichste Bestimmungen wir an anderer Stelle abdrucken, eine Abänderung der Verordnung über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei usw. vom 16. September 1915, der Entwurf eines Gesetzes über die Kriegsabgaben der Reichsbank, der Entwurf einer Verordnung, betreffend das Verbot der Durchfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen, der Entwurf einer Verordnung wegen Anwendung der Vertragszollsätze auf russisches Bau- und Nutzholz, der Entwurf eines Gesetzes über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im Kaiserlichen Patentamt und der Entwurf einer Bekanntmachung über die Erneuerung vernichteter Standesregister.

Die gestern vom Bundesrat beschlossene Aenderung der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 stellt klar, daß für Kriegsbedarfszwecke nicht nur eine Inanspruchnahme von Rohstoffen und Halbzeugwaren, sondern auch von Fertigerzeugnissen zulässig ist.

Fremdenblatt Abendbl.
26./XI. 1915

(**Ernste Approvisionierungskrise in Paris.**) Seit Wochen führen die französischen Blätter eine sehr heftige Sprache gegen die Behörden und beklagen sich bitter über die unerträgliche Teuerung in Paris. Der „Matin" kanstatiert, daß in der letzten Zeit immerhin eine gewisse Besserung zu verzeichnen sei, da man in den Hallen jetzt das Kalbfleisch wieder mit Frank 1.80 bis 2.76 gegen 1.40 bis 2.50 in derselben Periode des Vorjahres zahle. Die Geflügel- und Wildpreise zeigen noch immer eine gewisse Tendenz nach aufwärts, geben jedoch zu keinerlei Besorgnis Anlaß, dagegen steigen die Fischpreise in geradezu unheimlicher Weise. Der Gemüsehandel weise anhaltend große Mängel auf, es fehle an ausreichenden Mengen, der vorhandene Vorrat stehe sehr hoch im Preise. Besonderes Aergernis erregt die Tatsache, daß trotz des Vorhandenseins von rund durchschnittlich 900.000 Eiern im Tage für Paris die Eierpreise fortwährend nach aufwärts schnellen, weshalb der „Matin" findet, daß hier von den Behörden nachdrücklich eingegriffen werden müsse. Der Gemeinderat von Bordeaux hat unter dem Datum vom 16. November eine Verordnung erlassen, in der es heißt, daß die unausgesetzte Preissteigerung den Magistrat zwinge, die energischesten Maßregeln zu ergreifen, um auf einem Gebiete Abhilfe zu schaffen, das offenbar von der Regierung in stiefmütterlicher Weise behandelt werde. Die im Kabinette eingebrachten Gesetzentwürfe von Höchstpreisen seien ungenügend und geradezu gefährlich, wenn sie nicht einheitlich durchgeführt, und mit entsprechenden Strafanordnungen versehen würden. Nur unter dieser Voraussetzung dürfte man sich einigen Nutzen versprechen.

Eine Teuerungsenquete in Budapest.

Gleichwie in Oesterreich haben sich auch in Ungarn die Konsumentenkreise zusammengeschlossen, um gegen die täglich zunehmende Lebensmittelteuerung Stellung zu nehmen. Mehr als fünfzig ungarische Handelskammern, industrielle und kommerzielle Vereinigungen sowie ungarische Arbeitergewerkschaften haben sich in der letzten Zeit zum Abwehrkampfe gegen das Ueberhandnehmen der Lebensmittelteuerung vereinigt und werden in einer am Sonntag den 28. d. in der Budapester Handelskammer stattfindenden Enquete die wichtigsten Fragen der Approvisionierung der städtischen Bevölkerung und die Mittel zur Linderung der Teuerung erörtern. Das Ergebnis der Verhandlungen wird den Inhalt einer an die Regierung zu richtenden Eingabe bilden, die unter Hinweis auf die Fehler der bisherigen Approvisionierungspolitik und die Ursachen der Teuerung konkrete Vorschläge in der Richtung enthalten wird, wie diesen Fehlern abzuhelfen wäre und die Teuerung tunlichst gemildert werden könnte.

Die Vorschläge, die von dieser Enquete zur Linderung der Teuerung gemacht werden, beziehen sich einerseits auf die Menge, andererseits aber auf die Preise der Lebensmittel. Es wird die Gründung einer Landesapprovisionierungsstelle angeregt, in deren Wirkungskreis die Feststellung der Höchstpreise der Lebensmittel, die Anordnung der Zwangsanmeldungen und Requisitionen, die Regelung der Aufteilung der Vorräte und endlich die Organisierung der Lebensmitteleinfuhr fallen sollen. Von der Regierung wird behufs genauer Feststellung der Lebensmittelmengen eine statistische Aufnahme verlangt, die sich auch auf Getreide, Futterstoffe, Kartoffeln und den Viehstand erstrecken muß. Die Einfuhr von Lebensmitteln, lebenden Tieren, Futterstoffen und Fleisch müßte mit allen Mitteln und um den Preis materieller Opfer gefördert werden. Die Ausfuhr aller jener Lebensmittel, in denen in Ungarn selbst ein Mangel herrscht, wie Fleisch, Eier, Milchprodukte, müßte verboten, nach Oesterreich aber kontingentiert werden.

Maßnahmen gegen die Fleischnot.

Im Interesse der Linderung der Fleischnot sollte das Stechen von weniger als 120 Kilogramm schweren ungarischen Schweinen verboten und das Schlachtverbot auf zur Zucht geeignete Stierkälber, jüngere als dreijährige Kälber sowie trächtige Schweine und Schafe ausgedehnt werden. Kraftfutter produzierende ungarische Fabriken, wie Spiritusbrennereien, Bierbrauereien, Zucker-, Oel- und Stärkefabriken, müßten zur Viehmästung gezwungen oder, sofern sie dafür nicht eingerichtet sind, zur Anmeldung ihrer Kraftfuttervorräte bei einer Futtermittelzentrale verhalten werden.

Zur Verringerung der Teuerung wird von der Enquete folgendes proponiert werden:

„Für die Hauptlebensmittel sollen außer dem Verkaufszwang dreierlei Höchstpreise festgestellt werden, und zwar der Preis, den der Großhändler dem Produzenten zahlt, der Preis, den der Kleinhändler dem Großhändler zahlt, und der Preis, den der Konsument dem Detaillisten zahlt. Für das ganze Land dürfen unter Zugrundelegung eines Zentralpreises nur die dem Produzenten zu zahlenden Preise festgestellt werden, die übrigen Preise sind nach Anhörung von Experten durch die lokalen Behörden zu bemessen und von den zu organisierenden Kommissionen zu kontrollieren. Zwischen Produzenten und Großhändlern, diesen und Kleinhändlern ist das Schlußbriefsystem einzuführen. Nach Oesterreich zu befördernde Lebensmittel müßten, gleich solchen Sendungen in Waggonladungen im Inlande, mit Transportzertifikaten versehen werden. Die Produktionshöchstpreise sowie die auf den Groß- und Detailhandel anzuwendenden Maximierungsschlüssel müßten mit Oesterreich auf paritätischer Grundlage, beziehungsweise in gleicher Weise festgestellt werden. Die Vorräte an Getreide und Kartoffeln, die die Produzenten trotz der hohen behördlichen Preise bisher zurückgehalten haben, sollen im ganzen Lande zu einem wesentlich niedrigeren Preise requiriert werden. Diese Requisition wäre mit Militärgewalt bekleideten, von den lokalen Interessenten unabhängigen Regierungskommissären zu übertragen. Gleichwie in Deutschland die Verteuerung der Lebensmittel mit einer Geldbuße bis 10.000 Mark und einer Kerkerstrafe bis zu einem Jahre geahndet wird, müßte die gleiche Strenge auch in Ungarn zur Geltung kommen, welcher Gesellschaftsklasse der Angeklagte auch angehöre.

Im Interesse der Linderung der Fleischteuerung müßte zunächst der behördliche Preis aller Futterstoffe, dann aber der zentrale Maximalpreis der lebenden Tiere festgestellt werden. Diesem angemessen würden die Munizipien und Städte die behördlichen Maximal- und Minimalpreise des Lebendviehes auf ihrem Gebiet sowie die behördlichen Detailpreise von Fleisch und Fett bemessen. Das Lebendgewicht der auf den Markt getriebenen Tiere soll durch das Füttern und Tränken des Viehes nicht künstlich erhöht werden dürfen. Insofern die Regierung die Ausfuhr von Vieh und Fleischprodukten nach Oesterreich nicht verbieten sollte, müßte sie dafür sorgen, daß der Preis des Viehes und der Fleischprodukte auch in Oesterreich entsprechend niedrig maximiert werde. Notwendig wäre es, die Fleisch-, Zucker- und Petroleumkonsumsteuer zu suspendieren. Was den Milchmangel anlangt, so müßte durch die Einführung von Legitimationen in erster Reihe die Milchversorgung der Kinder geregelt werden. Der Preis der Butter wäre so niedrig zu maximieren, daß es vorteilhafter erscheinen soll, die Milch in der Stadt zu verkaufen, als Butter aus ihr zu erzeugen."

Die Frage der Lebensmittelversorgung vor dem deutschen Reichstag.

In der kommenden Woche treten der ungarische Reichstag und das italienische Parlament zu Beratungen zusammen, denen mit Rücksicht auf die Gestaltung der Kriegslage seit den letzten Tagungen mit begreiflichem Interesse entgegengesetzt wird. Dem Deutschen Reichstag, der sich diesmal noch eingehender als früher mit der Frage der Lebensmittelversorgung befassen wird, widmet der Berliner Mitarbeiter der „Kölnischen Volkszeitung" ein längeres Vorwort, das auch für die österreichische Oeffentlichkeit vieles Wissenswerte und Lehrreiche enthält. Das Blatt hatte kürzlich unter lebhafter Zustimmung der Oeffentlichkeit nach einem wirtschaftlichen Diktator, und zwar einem energischen Militär gerufen, der die Frage der Lebensmittelversorgung für das ganze Reich in die Hand zu nehmen hätte. Dieser Wunsch ist zwar nicht in Erfüllung gegangen, wohl aber ist ein zweiter außeretatmäßiger Unterstaatssekretär (Frh. von Stein) im Ministerium des Innern ernannt worden, da Unterstaatssekretär Exz. Richter vom Reichskanzler mit einer wirtschaftspolitischen Spezialaufgabe — man spricht von der Vorbereitung der wirtschaftlichen Annäherung zwischen den verbündeten Kaiserreichen — betraut wurde. An diese Tatsache anknüpfend führt das Blatt u. a. aus:

„Das deutsche Volk erwartet vom Reichstag dieses Mal mehr als bloß geheimnisvolle Verhandlungen hinter verschlossenen Türen der Kommission, es erwartet erneute Rechenschaft von der Regierung für ihr Versagen in der Lebensmittelversorgungsfrage. Es hat keinen Sinn, die Landwirtschaft gegen die Händler und die Händler gegen die Konsumenten auszuspielen. Durch die Verhetzung der Stände gegeneinander werden weder das Fleisch noch das Brot, weder die Fische noch die Milch billiger. Von Haß gegen die Landwirtschaft können sich nur noch ganz blöden Theoretiker des Freihandels und Asphaltliberalismus betören lassen. Der Krieg hat die Bedeutung der Landwirtschaft für Deutschlands Existenz in hellstem Lichte erstahlen lassen. Je höher die deutsche Landwirtschaft in ihrer ganzen Entwicklung und Produktionsfähigkeit steht, je besser sie geschützt ist vor der Verseuchung von außen und durch die Ueberschwemmung vom Ausland, um so sicherer steht Deutschland in einem Weltkrieg gegen seine Feinde und ihre Aushungerungspläne. Ebenso sinnlos ist es, Ministerien gegeneinander auszuspielen. Wir haben uns deshalb stets an die für das Volk einzig verantwortliche Stelle gewandt: an das Reichsamt des Innern, weil hier die Verantwortung für das Gelingen oder Mißlingen aller Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung liegt. Hinter dem Reichsamt des Innern steht der Reichskanzler, wie er ausdrücklich versichert hat, mit ganzer Kraft und ganzem Interesse. Unser Ruf nach einem wirtschaftlichen Diktator entsprang dem Gefühl, daß das Reichsamt des Innern zu schwach oder nicht willens sei, mit den nötigen energischen Maßnahmen allen die Lebensmittel verteuernden Elementen entgegenzutreten. Wenn dabei der Ruf nach einem General als wirtschaftlichem Diktator erhoben wurde, so entsprang dieser Ruf nach einer militärischen Spitze in der wirtschaftlichen Versorgung Deutschlands wirklich nicht dem Militärkoller, sondern sachlichen Rücksichten. Als im Westen die Klagen über Kartoffelmangel laut wurden, wies man in erster Linie auf die Notwendigkeit genügender Wagenmengen und Güterzüge für die Beförderung der Kartoffeln hin. Die Frage der Verteilung der Futtermittel und des Getreides ist zum großen Teil eine Verkehrsfrage. Vor wenigen Tagen brauchte ein Eilgutstück von Berlin nach einem Vorort, den man mit dem Vorortzug in 20 Minuten erreicht, fünf bis sechs Tage. Als Grund für die Verzögerung wurde von Berliner Güterbahnhofsvorstehern die Verstopfung der Berliner Güterbahnhöfe angeführt. Dabei ist der jetzige Eisenbahnminister Spezialist im Wagenmangel. Schon als Eisenbahnpräsident in Köln machte er damals den großen Wagenmangel im Industriegebiet mit. Ein Diktator in Uniform hätte die Macht und die Autorität gehabt, Widerstände oder Reibungen mit einem Schlag niederzudrücken, Ressortfragen und Ressortinteressen auszuschalten und einzig und allein im militärischen Interesse die Sicherheit der Ernährung des Volkes mit aller Rücksichtslosigkeit und ungekränkelt durch Theorien durchzuführen.

Die Gefahr des Schlagwortes taucht wieder auf. Im letzten Jahre sind einem Schlagwort unsere Schweine zum Opfer gefallen, als von gewissen landwirtschaftsfeindlichen Schreiern das Wort „Schweineabschlachtung" zum Schlagwort gemacht wurde. Heute soll das Schlagwort „Karte" alle Sorgen lösen. Brotkarten waren gut, weil sie den Verbrauch eines Lebensmittels einschränkten und verteilten, das wir in genügenden Mengen besaßen. Auch Kartoffelkarten wären in diesem Sinne möglich, wenn sie auch nicht nötig sind. Die Lebensmittel: Mehl, Brot und Kartoffeln lassen sich in bestimmten Qualitäten gleichmäßig an alle liefern. Aber man lasse um Himmels willen die Finger von Butterkarten. Der Süden verbraucht nicht den zehnten Teil an Butter, den der Norden verzehrt. Die Einführung der Butterkarten würde also im Süden die Leute zum Butteressen anreizen und nötigen. Wie kann man ferner den Verbrauch eines Lebensmittels durch Karten für die Allgemeinheit verteilen, wenn von diesem Lebensmittel bei weitem nicht genügende Mengen für die Allgemeinheit vorhanden sind? Man lasse auch die Finger von Fleischkarten, wenn man sie nicht in ein Verhältnis zur Brot- und Mehlkarte bringen kann. Nur wenn Fleisch- und Brotkarte wahlweise gelten, so daß für eine bestimmte Menge Fleisch wahlweise eine bestimmte Menge Mehl genommen werden kann oder umgekehrt, nur dann hat die Fleischkarte Sinn und Zweck. Das Fleisch selbst zerfällt in ein Dutzend verschiedene Qualitäten. Man trage nicht in das Kartensystem soziale Grade und Unterschiede hinein. Bei der Brotkarte kann das vermieden werden, auch bei der Milchkarte, aber nicht bei der Fleischkarte nnd nicht bei der Butterkarte. Zurzeit ist die schwerste Sorge die Beschaffung der Futtermittel. Die Futtermittelfrage ist nicht gelöst, und sie ist zurzeit die wichtigste. Auch die Kartoffelfrage ist noch nicht für das ganze Reich befriedigend gelöst. Es ist unerträglich, wenn eine Stadt wie Köln noch bis zum letzten Samstag ohne Kartoffeln war. Man hört immer wieder die Frage, weshalb die Kartoffelgroßhändler geschont und für sie keine Höchstpreise durchgeführt werden. Für Jänner und Februar taucht die Eierfrage auf. Die Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln ist im Augenblick die wichtigste militärische Angelegenheit. Sie ist so wichtig wie irgend ein neuer militärischer Aufmarschplan oder eine neue strategische Aktion. Deshalb haben wir einen wirtschaftlichen Diktator im militärischen Gewand verlangt. Im ganzen Volk war das Wort populär: „Das Militär wird's schon machen". Und das Militär hätte es gemacht, daran zweifeln wir nicht.

Der Reichstag wird nicht auseinandergehen, ehe er Gewißheit darüber erlangt hat, daß die Reichsregierung die Frage der Lebensmittelversorgung und der Futtermittelversorgung wirklich gelöst hat."

Fremdenblatt
26./XI. 1915

Die Ministerialverordnung über den Lebensmittelhandel in Ungarn.

K. **Budapest**, 25. November. (Ungarisches Telegraphen-Korrespondenz-Bureau.) Die heute bereits gemeldete Ministerialverordnung in Sachen des Lebensmittelhandels ermächtigt die Verwaltungsbehörde, sowohl Produzenten als auch Kaufleute zu verpflichten, daß sie die den eigenen Verbrauch übersteigenden Vorräte gegen Barzahlung zur Verfügung stellen und abgeben. Auch kann die Verwaltungsbehörde im Interesse der Approvisionierung gewisse Personen, die sich bisher gewerbsmäßig mit dem Lebensmittelhandel nicht befaßt haben, vom Handel ausschließen oder den Vertrieb von Lebensmitteln von der Erteilung einer behördlichen Konzession abhängig machen.

Fremdenblatt Abendbl.
26./XI. 1915

(**Wie billig man in Warschau lebt,**) beweist die Speisekarte eines viel besuchten bürgerlichen Restaurants in Warschau. Die Abendkarte eines der letzten Tage, die wir hier wortgetreu in der polnisch-deutschen Orthographie wiedergeben, wies folgende Gerichte auf:

den 8. November 1915.

Viener Schaschlik		1.— Mark
Beafsteak mid Kom.		1.— „
Rumsteak		1.— „
Viener Schnitzel		1.— „
Kalbsbraden		1.— „
Vurst mit Kraud		1.60 „
Omlett mit Ananaß		0·65 „
Kompott		0.50 „
Bier	ein kleines	0.13 „
„	ein großes	0.25 „
Kaffee		0.20 „
Thee		0.15 „

Da anzunehmen ist, daß in einem Speisehaus, das Militärs zu seinen Hauptkunden zählt, die Portionen nicht allzu klein sein können, sind die Preise wirklich recht billig.

Kölnische Zeitung
26./XI. 1915

Der Vorwärts über unsere Vorräte und den Preisausgleich.

♀ **Berlin**, 26. Nov. (Telegr.) An die Gewerkschaften hatte sich die halbamtliche Korrespondenz „Ernährungsfragen" gewandt. Sie hatte unter Würdigung der Gewerkschaften als „nützliche und wertvolle, ja in gewissem Sinne unentbehrliche Organe des nationalen Wirtschafts- und Gemeinschaftslebens, denen wiederholt vom Regierungstische die Anerkennung der Nation ausgesprochen sei," die Gewerkschaften aufgefordert, ihren großen Einfluß bei den Massen durch sachgemässe Aufklärung und Beruhigung über die Nahrungsmittelfrage einzusetzen. Die Gewerkschaften brauchten auf keine Kritik zu verzichten. Dann hieß es:

Es entspricht doch nur ihrem eigenen, selbst- und freigewählten Programm positiver Staatsbejahung und bedingungslosen Durchhaltens bis zum glücklichen Ende, wenn sie durch sachgemäße Aufklärung und Beruhigung mit dazu beitragen, daß jede, auch die geringste Störung und Hemmung unserer Kriegsführung durch die Ernährungsfrage unterbleibt. Dies zu erreichen ist durchaus möglich, denn die Mißlichkeiten in der Lebensmittelversorgung sind nicht so schwerwiegend, daß man sich mit ihnen bei einigem guten Willen in einer Zeit, wo Millionen auf den Schlachtfeldern bluten, wo die Schicksale führender Großstaaten in den Schmelztiegel geworfen sind, nicht abfinden könnte. Die Gewerkschaften werden zweifellos in diesem Punkt ganz ebenso wie in ihrer übrigen Kriegsarbeit weiterhin ihre vaterländische Pflicht erfüllen. Sie haben im ersten Kriegswinter an der Volksbelehrung über die notwendige Einschränkung des Mehl- und Brotverbrauchs lebhaft mitgewirkt, sie werden auch im zweiten ihren Anteil an der allgemeinen nationalen Aufklärungsarbeit übernehmen.

Dazu wird im Vorwärts bemerkt: „Die Gewerkschaftsorgane haben ebenso wie die übrige Arbeiterpresse in der Ernährunsfrage immer die Auffassung vertreten, daß von einem wirklichen Mangel an Lebensmitteln in Deutschland nicht die Rede sein könne, daß eben deswegen die jetzt beliebte Preistreiberei — egal, von welcher Seite sie komme — den schärfsten Tadel verdiene. Das ist ein Standpunkt, der jede Störung und Hemmung der Kriegsführung ausschließt. Wenn im Auslande Gerüchte über Lebensmittelmangel und Unzufriedenheit in der deutschen Bevölkerung verbreitet werden können, so trägt die Schuld daran die unberechtigte Preistreiberei, nicht ihre Kritik. Die halbamtliche Korrespondenz weist ja selbst die Zumutung zurück, daß die Gewerkschaftsorgane sich eine nach ihrer Ansicht nötige Kritik versagen sollten. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die nicht betont zu werden brauchte. Man kann der Arbeiterpresse nicht gut eine Auffassung des Burgfriedens zumuten, die lediglich die Hersteller und Vermittler schützt, die Verbraucher aber wehrlos preisgeben würde. Der Beruhigung der Bevölkerung und der Beseitigung jeder Störung und Hemmung in der Kriegsführung bringen uns überdies nicht sanfte Worte näher, sondern jede Handlung, welche Nahrungsmittelproduktion und Nahrungsmittelpreise in ein berechtigteres Verhältnis zu einander hinzwingen, als dies gegenwärtig in Deutschland der Fall ist. Wenn schon von vaterländischer Pflicht gesprochen werden soll, dann besteht eine solche bei den Organen, die in der Lage sind, einen solchen Ausgleich herbeizuführen. Die Gewerkschaftsblätter werden mit ihrer Anerkennung nicht kargen, wenn das wirklich und ausreichend geschieht."

Kölnische Zeitung
26/XI. 1915.

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

Die Schandsäule.

Aus dem Felde schreibt uns ein Mitkämpfer:

Unser Volk ist groß in Wollen und Wirken, ehrenhaft, opferfreudig, aber, um Goethes Wort zu gebrauchen, auch ihm hängt das Gemeine an. Auf der Deutschen blankem Ehrenschild ist der in diesen Zeiten doppelt schändliche Nahrungswucher ein Schandfleck. Schlimm, daß besondere Gesetze, Strafandrohungen erlassen werden mußten, noch schlimmer, daß selbst diese nicht fruchten, die Verbrecher nicht zur Besinnung bringen, sie nicht von ihrem schimpflichen Treiben zurückschrecken. Da muß denn, um Wandel zu schaffen, der Heilige Zorn aller Guten die Besserung erzwingen, erzwingen durch die allgemeine öffentliche Verachtung.

Jeder Fall der Bewucherung ist ungesäumt anzuzeigen und muß binnen kürzester Frist — in wenigen Stunden — durch harte Strafe seine Sühne finden. An dem Geschäfte des Betreffenden ist sofort ein Anschlag anzubringen, der mit großen, weithin lesbaren Lettern den Nahrungswucherer, sein Vergehen, seine Bestrafung bekanntgibt. Auf den Marktplätzen, an den Rathäusern sind Schandsäulen aufzustellen, die Namen, Stand und Wohnung der Sünder verkünden. In den Kreisblättern sind alle Namen zu veröffentlichen, sowohl aus dem Kreise wie aus den benachbarten Großstädten, wo die Kreiseingesessenen einzukaufen pflegen.

Handelt es sich bei diesem schmutzigen Gewerbe etwa um Großhändler, so muß die Handelskammer für schleunige Bekanntgabe in den einflußreichen Tagesblättern sorgen. Für etwa ihre Erzeugnisse zurückhaltende Grundbesitzer würde die Brandmarkung durch die Kreisblätter allein sicher schon genügen.

Wer seine Mitbürger in diesen Zeiten schwerer Not aus gemeiner Geldgier zu schädigen sucht, wer die Armen und Ärmsten durch Bewucherung bestiehlt, der setzt sich selber derart außerhalb aller bürgerlichen Ehre, daß er schonungslos der öffentlichen Verachtung preisgegeben werden muß. Haben diese Verbrecher auch keinen Funken von Ehrgefühl im Leibe, so werden sie doch ein Grauen empfinden, von der Allgemeinheit in ihrer nackten Schuftigkeit erkannt zu werden, aus Angst und Eigensucht werden etwa Schwankende abgehalten werden, den Weg des Verbrechens zu gehen!

Die Schandsäule tut leider, leider not, sie möge wirken! Schlimm ist es, daß der Pranger des Mittelalters wieder aufleben muß, aber Schurken verdienen keine Schonung. — Gottlob wird dieser Schatten hell überstrahlt durch das Licht entsagungsvoller Nächstenliebe, das überall und aller Orten größte Opfer, schönstes Wirken hell beleuchtet!

Tägliche Rundschau
27./XI.1915

Die bayerische Nahrungsmittel-Kriegsversorgung. Im bayerischen Ministerium des Innern fand, wie unser Münchener Mitarbeiter drahtet, eine wichtige Besprechung über die weitere Milch- und Fleischversorgung in Bayern statt. Die Vertreter des Bayerischen Landwirtschaftsrates des Bayerischen Städteverbandes, des Landesverbandes der mittelbaren Städte und Märkte und aller Landgemeinden Bayerns nahmen an dieser Sitzung teil. Man befaßte sich mit der Regelung des Milchverbrauchs und mit der Festsetzung von Grundpreisen für Fleisch- und Wurstwaren. — Bezüglich der Milchversorgung wurde von allen Vertretern anerkannt, daß von einer Milchnot gegenwärtig in Bayern nicht gesprochen werden könne, daß darum die Einführung von Milchkarten in den Städten vermeidbar sei, daß man aber für alle Fälle die nötige Grundlage schaffen müsse, um gegebenenfalls sofort eingreifen zu können. Hinsichtlich der Fleisch- und Wurstwaren war man sich über die Einführung von Höchstpreisen einig und erklärte, daß wenn auch den Höchstpreisen bei Wurstwaren wegen der Verschiedenartigkeit der Zusammensetzung große Schwierigkeiten entgegentreten werden, diese Schwierigkeiten doch zu überwinden seien. Es wurde betont, falls eine gesteigerte Abwanderung von Fleischwaren aus Bayern erfolgen sollte, müßten entsprechende Vorkehrungen getroffen werden; die Ausfuhr im bisherigen Umfange wird keine Beschränkung erleiden.

Neues Wiener Tagblatt
27./XI. 1915

* **(Die Privatbeamten und die Teuerung.)** Vom Verband der Privatangestelltenorganisationen Oesterreichs erhalten wir nachstehende Zuschrift: Der furchtbare Druck der Teuerung der ganz besonders hart auf den Existenzen der Privatbeamtenfamilien lastet und Tausenden derselben eine bürgerliche Lebensführung unmöglich macht, dringt in unzähligen Kundgebungen der Privatbeamtenschaft, welche die so ungleich verteilten Lasten, die der Krieg der Bevölkerung bisher auferlegte, nicht länger ertragen kann, an die Oeffentlichkeit. Den Privatbeamten, welche zum großen Teile im Felde für das Vaterland kämpfen, während die im Hinterlande Verbliebenen gleichfalls gern und freudig große Kriegsopfer bringen, wie dies selbst bei offiziellen Tagungen der Industriellen anerkannt wurde, das Durchhalten in diesem für die Monarchie und deren Industrie- und Handel so bedeutungsvollem Kriege zu ermöglichen, ist patriotische Pflicht jedes Dienstgebers. Um diesen den Notstand der Privatbeamten vor Augen zu führen und um sie zu veranlassen, zur Jahreswende mit ausgiebigen Gehaltsaufbesserungen und Teuerungszulagen, welche die herrschende Geldentwertung ausgleichen sollen, die Angestellten in ihrem schweren Existenzkampfe zu unterstützen, hat das Präsidium des rund 30,000 deutschbürgerliche Privatbeamte umfassenden Verbandes der Privatangestelltenorganisationen Oesterreichs beschlossen, für Mitte Dezember dieses Jahres eine Verbandstagung einzuberufen, an der Delegierte aus allen Teilen Oesterreichs teilnehmen werden.

Die Zeit
27./XI. 1915

Z [**Die ungarischen Staatsbeamten gegen die Teuerung.**] Aus Budapest, 26. d., wird uns telegraphiert: Der Landesverband der ungarischen Staatsbeamten wendete sich mit einer Vorstellung an den Ministerpräsidenten, in der die verschiedensten Wünsche gegenüber der immer mehr steigenden Teuerung geäußert wurden. Der Verein verlangt die Entsendung eines bevollmächtigten Regierungskommissärs, der mit entsprechendem Verständnis der Teuerung und den gewaltigen Preistreibereien entgegentreten soll. Der Regierungskommissär soll bevollmächtigt werden, nach seinem eigenen Ermessen die vornehmsten Lebensmittel und Konsumartikel, ferner Textilmaterial festzustellen, Preise für den Produzenten, ferner für die Groß- und Kleinhändler im ganzen Lande zu bestimmen, die Vorräte aufnehmen zu lassen und auch den Verkaufszwang anbefehlen zu können. Außerdem sollen ihm Polizei, Finanzorgane und eventuell auch Militärorgane zur Verfügung gestellt werden. Der Export der erstrangigen Konsum- und Lebensmitteln, ferner der Kleidungsstücke, soll verboten werden, insolange die Preise nicht auf die Höhe der Preise im Deutschen Reiche herabsinken. Die Provinzvereinigungen der Staatsbeamten haben ebenfalls gleiche Eingaben an die Regierung gerichtet.

Kölnische Zeitung
27./XI. 1915.

Höchstpreise in der Schweiz.

WTB **Basel**, 26. Nov. (Telegr.) Nach einer Meldung der Basler Nachrichten aus Bern erklärte sich der schweizerische Bundesrat mit der Festsetzung von Höchstpreisen für Zucker, Käse und Butter einverstanden. Die Preisgrenzen werden alsbald festgesetzt werden. Dem Vernehmen nach sind für den Großhandel Zuschläge von 2 v. H., für den Kleinhandel solche von 20 v. H. vorgesehen. [Vgl. Nr. 1203.]

Die Zeit
28./XI. 1915

Die Teuerungsenquete in Ungarn.

Eine unerfreuliche Tabelle.

** Budapest, 26. November.

Sonntag den 28. d. treten, wie schon berichtet wurde, in der Budapester Handels- und Gewerbekammer die Abgesandten der hervorragendsten ungarischen wirtschaftlichen Korporationen zu einer Enquete zusammen, die Mittel und Wege feststellen soll, um der Verteuerung aller Lebensmittel einen Damm zu setzen. Spät, aber doch! Längst hätte dies geschehen sollen, denn die Schwerfälligkeit der Behörden einerseits und die sozusagen erbitterte Passivität des großen Publikums andererseits tragen die Schuld daran, daß die Preistreiberei in Ungarn außerordentliche Dimensionen annehmen konnte. Allerdings hat die Regierung in den letzten Stunden eine neue Verordnung gegen die Lebensmittelwucherer erlassen, aber mit Verordnungen allein — und deren gibt es bereits die schwere Menge — ist dem Uebel nicht beizukommen. Vielleicht daß nun nach der erwähnten Enquete schärfere Maßnahmen ergriffen werden, die, wenn auch nicht zu einer vollständigen Sanierung der beklagenswerten Zustände, so doch zu einer Besserung der allgemeinen Verhältnisse führen.

Wie höchst unerfreulich die Preissteigerungen auf allen Gebieten sind, zeigt eine Tabelle am deutlichsten, die den Enqueteteilnehmern zur Verfügung gestellt wurde. Aus dieser Tabelle wird ersichtlich, daß vom 30. Juni 1914 bis zum 15. November 1915 in Budapest unter anderem Rindfleisch um 231 Prozent, Schweinefleisch um 186 Prozent, Wurstwaren um 173 Prozent, Speck um 326 Prozent, Fett um 419 Prozent und Eier um 159 Prozent teurer geworden sind. Demnach erscheint es nur zu begreiflich, daß eine arme, aus Mann, Frau und drei Kindern bestehende Familie, die im Jahre 1914 noch mit 21 Kronen 75 Heller wöchentlich ihr Auslangen fand, jetzt 50 Kronen wöchentlich benötigt, um das Notwendigste kaufen zu können.

Alle diese Ziffern sind ja schon an und für sich kennzeichnend. Wenn man aber noch in Betracht zieht, daß in Berlin das Rindfleisch um 90 Prozent, das Schweinefleisch um 73 Prozent, der Speck um 60 Prozent das Fett um 66 Prozent weniger gestiegen ist als in Budapest, also in einem Agrarstaat ersten Ranges, dann begreift man die Verstimmung und Erregung der Bevölkerung, die endlich dazu führt, daß die kompetenten Faktoren an gründliche Abhilfe nicht nur denken und davon reden, sondern auch zu energischen Taten schreiten wollen.

Gewiß ist, daß sehr viel Zeit versäumt wurde. Manche Unterlassung muß den Behörden zur Last geschrieben werden, und manche Saumseligkeit ließen sich auch die Vertreter des Handels und der Industrie zuschulden kommen. Hoffentlich haben die traurigen Erfahrungen der Kriegsmonate nach allen Seiten hin Belehrungen gebracht, und die Budapester Stadtverwaltung wird endlich nach fünfzehn Monaten dasselbe vollbringen können, was man in Berlin schon seit einem Jahr ohne besondere Kraftanstrengung zu leisten vermag.

Fremdenblatt
28/XI. 1915

Etwas für die Hausfrau.

Berliner und Wiener Höchstpreise. — Etwas zur Milchknappheit. — Beantwortung der Fragen.

Ein kleiner Vergleich zwischen Wiener und Berliner Schweinefleischpreisen zwischen dem 22. bis 25. November wird unsere Hausfrauen bestimmt sehr interessieren.

In Berlin kennt man eben die feinen Unterschiede der Qualitäten, d. h. die Ansetzung der Preise von 6.20—7.40 z. B. nicht. Da wird einfach bestimmt, das Fleisch kostet so und so viel. Ist das Fleisch weniger gut in der Qualität, geht die Kundschaft ohnehin dem Verkäufer weiter. Aber es ist nicht dem Verkäufer freigestellt, sein Mastvieh höher einzuschätzen. Fragt man in Wien ganz bescheiden, warum er z. B. den Preis von 7.20 für Rindfleisch nicht einhält, so bekommt man die Antwort: „Bitt' schön, Sie können ja wo anders hingehen, i hab's beste Fleisch in der Halle".

Auch von enormer Verbilligung des Kalbfleisches war diese Woche viel die Rede. Am 23. November kostete im Detail Schlegel Kr. 7.20 bis 7.60 und Schulter Kr. 5.20 bis 5.60, Beuschel Kr. 4.— und Leber Kr. 5.20. Da ist unsere Verbilligung. Wer das billigere Fleisch hat, das ist eben unergründlich. Diese Daten sind der Praxis entnommen, keinerlei offiziellen Berichten. Wenn es aber ernstlich Kalbfleischhöchstpreise gäbe, so müßte sich jeder Verkäufer auch daran halten.

Berliner Höchstpreise für Schweinefleisch.

Berlin		Wien	
Schweinespeck . . .	Mk. 2.30	Speck	Kr. 7.60—7.80
Geräucherter Speck . .	„ 2.30	Geräuch. Speck . .	7.80—8.—
Rollschinken im Ganzen	„ 2.60	Rollschinken im Ganzen	6.20—7.40
Rohschinken im Ganzen	„ 2.20	Rohschinken im Ganzen	7.40
		Gekocht zum Aufschnitt	Kr. 16.—

Zur Milchknappheit ergriff kürzlich Dr. Kurt Ochsenius in der „Köl. Z." das Wort. Es wird unsere Hausfrauen in der Zeit der Milchnot gewiß interessieren, darüber etwas zu erfahren. Dem Bericht entnehmen wir unter anderem, daß in sogenannt guten Kreisen die Milch in ihrem Wert als Kindernahrung überschätzt und infolgedessen in unnötig großen Mengen verbraucht wird. Ein gesundes Kind braucht nach dem 2. Lebensjahre an einem Tage nicht mehr Milch, als es in seinem Kaffee oder Kakao zu sich nimmt. Sein Eiweißbedarf wird durch eine ausreichende gemischte Kost vollauf gedeckt. Daß die so eisenarme Milch, die den sogenannten blutarmen Kindern in oft unglaublichen Mengen beigebracht wird, diesen eher schadet als nützt, ist einwandfrei erwiesen. Aber auch auf andere Weise kann die Milch direkt schaden. Durch das bequeme Trinken — besonders aus der Flasche — werden die Kinder kaufaul. Und doch ist das Essen wichtiger als das Trinken, denn die Milch enthält nicht alle dem Körper nötigen Bestandteile in ausreichender Menge. Sie sättigt aber durch ihren großen Wassergehalt (sie enthält rund $^9/_{10}$ Wasser) so sehr, daß die Kinder nicht mehr genügend Appetit zur Aufnahme der gemischten Kost haben. Weil nun die Kinder umso schlechter kauen lernen, je später ihnen die Milchflasche entzogen wird, so verlangt man heutzutage, daß ein Kind mit $1^1/_2$ Jahren aus dem Becher oder der Tasse trinkt. Denn das zweite Jahr hat die Aufgabe, das Kind von der vorwiegend flüssigen Kost des ersten Jahres allmählich auf die feste Kost der Erwachsenen zu bringen. Viel gesündigt durch ein Zuviel wird aber auch im ersten Jahre. Ein Kind soll frühestens am Ende des ersten Jahres und dann erst, wenn es 10 Kilogramm wiegt, einen Liter Milch bekommen, aber niemals darüber. Kinder, die zu viel und zu lange vorwiegend Milch erhalten, werden blaß, hartleibig und bekommen welkes Fleisch. Aber darauf achten die Laien nicht; sie schwören auf den Wert der Milch und vernachlässigen, in diesem Irrtum befangen, die Gesundheit ihrer Kinder.

Dr. Ochsenius fährt nun weiter fort: Die Butter ist das Milchfett. Wir wissen von ihr, daß sie direkt gesundheitsschädlich wirken kann, zum Beispiel bei Kindern mit Anlage zur englischen Krankheit. Man kann sogar bei diesen Kindern durch zu viel Butter (zu fette Milch) die Symptome der englischen Krankheit zum Ausbruch bringen. Es soll und kann im Haushalte der Säuglinge und der Kinder mehr an Butter gespart werden. — Wir haben in diesem Krieg so manches gelernt, aus so manchem Nutzen zu ziehen verstanden. Mögen doch auch unsere Kinder aus der jetzigen Zeit Vorteile erringen, indem die Eltern dem Vaterland zuliebe mit alten Vorurteilen brechen und sich von der Richtigkeit dessen überzeugen, was die moderne Kinderheilkunde schon so lange lehrt.

Die Zeit
28/XI. 1915

— * [Gegen die Teuerung im Königreich Sachsen.] In der letzten Sitzung des sächsischen Landtages wurden, wie uns aus Dresden berichtet wird, verschiedene Lebensmittelprobleme im Königreich Sachsen erörtert. Alle Fraktionen hatten Anträge gestellt, durch die die Lebensmittelversorgung sichergestellt werden soll. Als erster Redner sprach der Führer der nationalliberalen Fraktion Abg. Nitzschke. Er erklärte, daß mannigfache Vorkommnisse gezeigt hätten, daß viele Landwirte ihren Eigennutz über die Vaterlandsliebe stellten. Er macht allerdings keinem einzelnen Stand oder Beruf einen Vorwurf, denn auch in Handel und Industrie hätten sich gleiche Mißstände gezeigt. Aber sie müßten mit aller Schärfe beseitigt werden. Insbesonders fordert er eine Erklärung, was man dagegen getan habe, daß Bayern sich als Gerstenland so vollkommen abgeschlossen und sogar einen Ausfuhrzoll auf Gerste gelegt habe. Weiter wünschte der nationalliberale Redner die Einrichtung einer eigenen Getreidestelle, da es sich gezeigt habe, daß Sachsen ein Ueberschußgebiet sei. Es müsse volle Unabhängigkeit von der Reichsgetreidestelle erstrebt werden. Die Brotpreise müßten herabgesetzt werden, ebenso die Kartoffelpreise. Der konservative Abg. Mehnert meinte, daß viele bessergestellte Leute noch viel zu gut lebten. Es müßten alle kriegsmäßig leben. Er wendete sich gegen die unbeschränkte Vertragsfreiheit in Lebensmitteln, die zu einer Verteuerung beigetragen hätte. Es seien viel zu viel Verordnungen erschienen, die man unmöglich alle beachten könne. Der Minister des Innern Graf Vitztum gab ohneweiters zu, daß die Frage der Volksernährung während des Krieges noch nicht einwandfrei gelöst worden sei. Wenn Deutschland auch nicht ausgehungert werden könne, so habe doch die große Preissteigerung eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Auf dem Gebiete der Vermittlungsorganisation und Preisfestsetzung gebe es noch viel zu tun. Die Preissteigerungen seien durchaus nicht immer auf wucherische Ausbeutung zurückzuführen. Sie seien mit dem Kriege bis zu einem gewissen Satze verbunden. Für die Regierung liege eine große Schwierigkeit darin, daß es außerordentlich schwer sei, festzustellen, wo der erlaubte Gewinn aufhöre und wo der Wucher anfange. Uebrigens würde die Knappheit der Futtermittel durch unsere Verbindung mit Bulgarien und durch den Handel mit Rumänien behoben werden. Der Ruf nach einem Einschreiten der Staatsgewalt bleibt trotz allem durchaus berechtigt. Der Minister wies schließlich darauf hin, daß alle Hoffnungen der Entente auf einen Erschöpfungskrieg vollkommen töricht seien.

Die Zeit
28/XII. 1915

Die Privatbeamten und die Teuerung.

Der Vorstand der Privatangestellten-Organisationen teilt mit: Der furchtbare Druck der Teuerung, der ganz besonders hart auf den Existenzen der Privatbeamtenfamilien lastet und Tausenden eine bürgerliche Lebensführung unmöglich macht, dringt in unzähligen Kundgebungen der Privatbeamtenschaft, die die so ungleich verteilten Lasten, die der Krieg der Bevölkerung bisher auferlegte, nicht länger ertragen kann, an die Oeffentlichkeit. Den Privatbeamten, die zum großen Teile im Felde für das Vaterland kämpfen, während die im Hinterlande Verbliebenen gleichfalls gern und freudig große Kriegsopfer bringen, wie dies selbst bei offiziellen Tagungen der Industriellen anerkannt wurde, das Durchhalten in diesem für die Monarchie und deren Industrie und Handel so bedeutungsvollen Kriege zu ermöglichen, ist patriotische Pflicht jedes Dienstgebers. Um diesen den Notstand der Privatbeamten vor Augen zu führen und um sie zu veranlassen, zur Jahreswende mit ausgiebigen Gehaltsaufbesserungen und Teuerungszulagen, die die herrschende Geldentwertung ausgleichen sollen, die Angestellten in ihrem schweren Existenzkampf zu unterstützen, hat das Präsidium des rund 30.000 deutschbürgerliche Privatbeamte umfassenden „Verbandes der Privatangestellten-Organisationen Oesterreichs" beschlossen, für Mitte Dezember dieses Jahres eine Verbandstagung einzuberufen, an der Delegierte aus allen Teilen Oesterreichs teilnehmen werden.

Vossische Zeitung
29./XI.1915

Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen.

Die neue Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges bildet den 6. Nachtrag zu dem ersten, vor nunmehr gerade Jahresfrist veröffentlichten Weißbuche über den gleichen Gegenstand.

Der Darstellung der Nahrungsmittelversorgung ist ein einleitender Ueberblick vorangeschickt, der die Hauptaufgaben der Nahrungsmittelpolitik und die Maßnahmen zu ihrer Lösung in den letzten drei Monaten in knapper Zusammenfassung behandelt. Ihm folgt die Darlegung der einzelnen Maßnahmen in vier Hauptabschnitten: Der erste behandelt allgemeine Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung und zur Preisregelung, die drei folgenden die einzelnen Hauptgebiete der Ernährungsfragen, nämlich menschliche Lebensmittel pflanzlichen Ursprungs, menschliche Lebensmittel tierischen Ursprungs, und endlich Futtermittel.

Die Denkschrift führt aus, daß mit wachsender Genugtuung darauf hingewiesen werden kann und muß, daß auch nach den Ergebnissen der letzten Monate in Deutschland von einer Nahrungsmittelnot, d. h. von einer wirklich bedrohlichen Knappheit an Lebensmitteln auf keinem Gebiete der Volksernährung die Rede sein kann. Der Aushungerungsplan unserer Gegner hat — sehr gegen den Willen seiner Urheber — den Anstoß zu einer stetig verbesserten Organisation aller Zweige unserer Volkswirtschaft, sowohl der Erzeugung, als der Verteilung und vor allem auch des Verbrauchs der Güter, namentlich der Nahrungsmittel, gegeben. Schon heute läßt sich mit Deutlichkeit erkennen, daß damit nicht nur das Durchhalten während der Kriegszeit gesichert ist, sondern daß über diese hinaus wirtschaftliche und technische Neuschöpfungen erzielt worden sind, die dauernd der deutschen Volkswirtschaft zugute kommen werden. Unter dem Zwange der von den Gegnern versuchten Einschließung haben die hochentwickelte deutsche Wissenschaft und Technik auch auf dem Nahrungsmittelgebiete gerade in denjenigen Zweigen, in denen am ehesten ein Mangel zu besorgen war, rechtzeitig wirksame Ersatzmittel entdeckt und erfunden. Es sind für manches früher vernachlässigte Naturprodukt Werte nachgewiesen, die zu einer dauernden Bereicherung der deutschen Volkswirtschaft führen werden, was durch praktische Beispiele im folgenden mehrfach zu belegen sein wird.

Hat durch alles dies die eigene angestrengte und systematische Arbeit des deutschen Volkes eine erhöhte Erzeugung von Nährwerten erzielt, so findet sie in jüngster Zeit, im engsten Zusammenhange mit der immer günstigeren politisch-militärischen Entwickelung eine Erleichterung und Unterstützung durch vermehrte Zufuhren aus dem Auslande.

Somit hat die kriegswirtschaftliche Lage Deutschlands — entgegen den im feindlichen Auslande geflissentlich verbreiteten Behauptungen — nicht mit einer Unzulänglichkeit der notwendigen Nahrungsmittel zu rechnen. Vielmehr mußte das Grundproblem der Nahrungsmittelpolitik in anderen Schwierigkeiten gesehen werden, die in den letzten Monaten in steigendem Maße in die Erscheinung traten und in erster Linie Fragen der volkswirtschaftlich und sozialpolitisch wünschenswerten und gerechten Verteilung der Lebensmittel auf die verschiedenen Volksschichten und die im engsten Zusammenhange damit die Regelung einer angemessenen Preisgestaltung betrafen.

Es konnte nicht verkannt werden, daß die Preissteigerung, die in den Herbstmonaten in verschärfter Weise sich bemerkbar machte, vielfach über das Maß dessen hinausgegangen ist, was als natürliche und unvermeidliche Folgeerscheinung unserer Wirtschaftslage im Kriege hinzunehmen ist. Dabei ergriff diese Verteuerung zum Teil gerade die notwendigsten Nahrungsmittel, deren die minderbemittelten Volkskreise für ihre Lebenshaltung am stärksten bedürfen, und die Preise dieser Erzeugnisse stiegen zeitweise so, daß für weite Volksschichten eine ausreichende Ernährung beeinträchtigt zu werden drohte, und dies, wie nochmals betont sei, nicht wegen eines wirklichen Mangels an Vorräten, sondern wegen der Höhe der Preise.

In der klaren Erkenntnis dieser Sachlage galten die Bemühungen der verbündeten Regierungen in den letzten Monaten vor allem dem Kampfe gegen die Lebensmittelteuerung, soweit dieser nur irgend durch Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung geführt werden kann.

Neues Wiener Tagblatt
29./XI. 1915

Die Approvisionierung im Kriege.

Eine Enquete in Budapest.

Budapest, 28. November. Auf Anregung der Budapester Handels- und Gewerbekammer ist heute eine Enquete zusammengetreten, die den Zweck hat, Maßregeln gegen die Teuerung der Lebensmittel zu treffen, und an der Vertreter aller Gesellschaftsklassen, Arbeitgeber, Arbeiterdelegierte, Vertretungen aller industriellen und kaufmännischen Interessen sowie Führer von Arbeitergewerkschaften teilnahmen. Die Regierung hatte die Ministerialräte Dr. Alexander Vertesy, Johann v. Serban und Dr. Gustav Emich sowie den Sektionsrat Julius Kiszely entsendet. Den Vorsitz führte der Präsident der Budapester Handels- und Gewerbekammer Geheimer Rat Leo Lanczy.

In einer Ansprache wies der Vorsitzende darauf hin, daß Ungarn, das als ein zweites Kanaan gerühmt werde, gerade am meisten unter der Teuerung leide. Er verwies darauf, daß es der erste Fall sei, daß Arbeitgeber und Vertreter der Arbeiter sich zu einer gemeinsamen Aktion vereinigen. Schließlich besprach der Präsident ein durch das vorbereitende Komitee beschlossenes Elaborat, worin die Regierung ersucht wird, gewisse, in jener Eingabe näher bezeichnete Verfügungen zu treffen und für deren energische Durchführung Sorge zu tragen.

Nachdem die Vertreter der teilnehmenden Körperschaften sowie die Vertreter der Regierung ihren Standpunkt gekennzeichnet hatten, wurde der Beschluß gefaßt, die obenerwähnte Eingabe dem Ministerpräsidenten durch eine Deputation unter Führung des Geheimen Rates Leo Lanczy am Dienstag nachmittag überreichen zu lassen.

Frankfurter Zeitung
29./XI. 1915

Städtische Lebensmittelversorgung.

Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zugehen lassen, in der die städtische Lebensmittel- und Futtermittel-Versorgung während des Kriegs eingehend erörtert wird. Die dankenswerte Arbeit stammt, wie wir hören, von Stadtrat Dr. Fritz Rößler. In dem Vortrag wird die jetzt bestehende Organisation für die ebensmittelversorgung geschildert und zugleich ein Bild ihrer Entwicklung und ein zusammenfassender Ueberblick über das auf diesem Gebiet von der städtischen Verwaltung geleistete gegeben. Die Darstellung erstreckt sich auf die Tätigkeit der städtischen Lebensmittelkonserven, die Mehl- und Brotversorgung, von der mitzuteilen ist, daß vom 31. Oktober 1914 bis 31. Oktober 1915 von der Mehlverteilungsstelle 193 675 Doppelzentner Weizen- und Roggenmehl im Wert von 7 573 225 Mk. und 12 890 Doppelzentner Kartoffelmehl im Wert von 572 26 Mk. abgesetzt worden sind. Ein weiteres Kapitel behandelt Schweinefleisch, Dauerware und Fische. Es wurden u. a. 1744 Zentner Dauerware im Betrag von 246 708 Mk. angekauft. Die von der Zentral-Einkaufsgesellschaft bis zum 1. Februar 1915 beschafften 5058 Gefrierschweine im Gewicht von 491 785 Kilogramm, kosteten 650 000 Mk. Ferner erfolgte die Beschaffung von 563 285 Dosen verschiedener Schweinefleisch-Konserven im Wert von 646 611 Mk. Die Dauerwaren sind ausverkauft. Andere Kapitel befassen sich mit der Versorgung von Kartoffeln, Obst und Gemüse, Fett, Butter, Milch und Eiern, dem Einkauf von Kolonialwaren und sonstigen Lebensmitteln. Zum Schluß erfolgt eine Darlegung der bisherigen Tätigkeit. Der Preisprüfungsstelle, der sich Mitteilungen über die Neuordnung der Geschäftsverteilung anschließen.

Die Zeit
30./XI. 1915

— (**Die ungarischen Agrarier über die Lebensmittelnot.**) Aus Budapest wird uns geschrieben: Eine Rede des ehemaligen ungarischen Ackerbauministers Geheimen Rates Dr. Ignaz Daranyi, die dieser Führer der Agrarier in der letzten Sitzung des Vereins der ungarischen Landwirte hielt, liegt nun im Wortlaut vor, und es dürfte von Interesse sein, einige Stellen aus ihr wiederzugeben: „Es sei konstatiert — so begann Dr. Daranyi —, daß die Lage der Landwirte keineswegs beneidenswert ist. Wohl konnten wir unsere Produkte — insoweit solche vorhanden waren — zu entsprechenden Preisen verwerten, aber andererseits verteuerten sich jene Waren, deren wir bedürfen, in außerordentlicher Weise. Die landwirtschaftlichen Produkte wurden maximalisiert, aber für industrielle Produkte, wie Oel und Stoffe, wurden keine Höchstpreise festgesetzt. Dabei war die Ernte nicht gut. Der Weizen brachte im größten Teil des Landes Enttäuschung, auch in Hafer und Mais gab es Enttäuschungen. Von der Weinlese will ich gar nicht reden, denn sie blieb hinter den pessimistischesten Schätzungen zurück. Die Herbstsaaten wurden bloß mangelhaft bestellt. Es fehlte an Arbeitskräften, und die Kriegsgefangenen bewährten sich nicht. Das nächste Jahr ist ein großes Fragezeichen. Und dabei werden die Agrarier angegriffen. Man wirft den Landwirten vor, daß sie schuld an der Lebensmittelnot tragen, weil sie die Maximalpreise nicht respektierten. Das ist gewiß nicht in Ordnung, aber ich frage: Wer respektiert denn bei uns die Maximalpreise? Diejenigen, die sie beachten, sind gewiß sehr ehrenwerte und loyale Menschen, aber sie befinden sich in verschwindender Minderheit. Weder die Verkäufer noch die Käufer, weder die Produzenten noch die Konsumenten halten sich an die Höchstpreise, und am allerwenigsten die Zwischenhändler. Auch wird der Vorwurf laut, daß manche Landwirte ihr Getreide zurückbehalten. Das ist gewiß zu verurteilen, aber es hat seinen Grund in der Requisition, die ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bauern vorgenommen wurde. Jetzt stehen wir wieder vor einer neuen Requisition. Wenn diese nach demselben System wie früher durchgeführt werden sollte, ist nichts Gutes von der nächsten Ernte zu erwarten. Mit Zwangsmaßnahmen ist nichts zu erreichen. Ein Zusammenwirken aller wirtschaftlichen Faktoren muß herbeigeführt werden ...“

Die Zeit Abendbl.
30./XI. 1915

Die Lebensmittelversorgung.

Wichtige deutsche Durchfuhrverbote.

Wie wir erfahren, hat der deutsche Reichskanzler auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 25. November d. J. über das Verbot der Durchfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen am 26. d. ein Durchfuhrverbot erlassen für lebende Tiere, und zwar für Rindvieh, Schafe, Ziegen und Schweine; für Fleisch und Fleischwaren aller Art sowie für Butter und Butterschmalz.

Wie wir hier an kompetenter Stelle erfahren, ist diese einschneidende Maßnahme der deutschen Bundesregierung im Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn getroffen worden, um der schrankenlosen und maßlosen Einkaufstätigkeit spekulativer Kreise im neutralen Ausland ein Ziel zu setzen. Die Durchfuhr der von der deutschen Verordnung betroffenen Artikel wird von nun ab nur jenen Firmen gestattet sein, die von den Regierungen Oesterreichs und Ungarns den in Betracht kommenden deutschen Stellen näher bezeichnet werden.

Vossische Zeitung
30./XI. 1915

Neue Bundesrats-Verordnungen.

Keine Höchstpreise für ausländisches Schweinefleisch. Erweiterte Befugnis zur Kartoffelbeschlagnahme.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrates gelangten zur Annahme: eine Aenderung der Verordnung zur Regelung der Preise für Schlachtschweine und für Schweinefleisch vom 4. November 1915, und eine weitere Aenderung der Bekanntmachung über die Regelung der Kartoffelpreise, vom 28. Oktober 1915. Zu diesen Aenderungen erfahren wir folgende Einzelheiten: Die Verordnung zur Regelung der Preise für Schlachtschweine und für Schweinefleisch vom 4. November wird dahin ergänzt, daß ihre Vorschriften keine Anwendung auf aus dem Ausland eingeführte Schweine und auf frisches (rohes) Schweinefleisch und frisches (rohes) Fett, das aus dem Ausland eingeführt wird, finden. Die Landeszentralbehörden erlassen Bestimmungen über den Vertrieb dieser Waren. Sie können bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft werden.

Zu der Aenderung hinsichtlich der Bekanntmachung über die Kartoffelpreise ist zu bemerken, daß diese wohl die Möglichkeit gab, Kartoffeln bei Landwirten zu enteignen. Es war jedoch die Einschränkung vorgesehen, daß diese Enteignung sich auf höchstens 20 v. H. der gesamten Kartoffelernte eines Kartoffelerzeugers erstrecken dürfe. Der Bundesrat hat nunmehr in seiner Sitzung vom 29. November den Landeszentralbehörden oder den von ihnen bezeichneten Behörden die Berechtigung gegeben, zu bestimmen, daß auch über mehr als 20 v. H. verfügt werden könne. Diese Behörden können also die in der 20-Prozentgrenze liegende Einschränkung teilweise oder auch ganz und gar aufheben. Ferner hat der Bundesrat verlangt, daß auf die Mengen, die enteignet werden können, nur die Mengen anzurechnen sind, die der Landwirt bereits nachweislich nach dem 10. Oktober 1915 als Speisekartoffeln verkauft und geliefert hat. Die Voraussetzung der „Lieferung" ist hierbei neu.

•

Der Kriegsausschuß für Konsumenteressen hat durch eine Eingabe an den Magistrat der Stadt Berlin gefordert, einer Erhöhung der Höchstpreise für Schweinefleisch nachdrücklich entgegenzutreten. Die Spannung zwischen Fleisch-Höchstpreisen und Schweine-Höchstpreisen muß sich, besonders in Anbetracht der günstigen Lage für hochwertigere Schweine, zuungunsten der Schweinepreise ausgleichen lassen.

Fremdenblatt
30./XI. 1915

Maßregeln gegen die Teuerung in Ungarn.

Budapest, 28. November. Auf Anregung der Budapester Handels- und Gewerbekammer ist heute eine Enquete zusammengetreten, die den Zweck hat, Maßregeln gegen die Teuerung der Lebensmittel zu treffen, und an der Vertreter aller Gesellschaftsklassen, Arbeitgeber, Arbeiterdelegierte, Vertretungen aller industriellen und kaufmännischen Interessen sowie Führer von Arbeitergewerkschaften teilnahmen. Die Regierung hatte die Ministerialräte Dr. Alexander Vertesy, Johann v. Serban und Dr. Gustav Emich sowie den Sektionsrat Julius Kiszely entsendet. Den Vorsitz führte der Präsident der Budapester Handels- und Gewerbekammer Geheimer Rat Leo Lanczy.

In einer Ansprache wies der Vorsitzende darauf hin, daß Ungarn, das als ein zweites Kansan gerühmt werde, gerade am meisten unter der Teuerung leide. Er verwies darauf, daß es der erste Fall sei, daß Arbeitgeber und Vertreter der Arbeiter sich zu einer gemeinsamen Aktion vereinigen. Schließlich besprach der Präsident ein durch das vorbereitende Komitee beschlossenes Elaborat, worin die Regierung ersucht wird, gewisse, in jener Eingabe näher bezeichnete Verfügungen zu treffen und für deren energische Durchführung Sorge zu tragen.

Nachdem die Vertreter der teilnehmenden Körperschaften sowie die Vertreter der Regierung ihren Standpunkt gekennzeichnet hatten, wurde der Beschluß gefaßt, die obenerwähnte Eingabe dem Ministerpräsidenten durch eine Deputation unter Führung des Geheimen Rates Leo Lanczy am Dienstag nachmittags überreichen zu lassen.

Hamburger Fremdenblatt
30/XI. 1915.

Die Regelung der Lebensmittelpreise.

wb. **Berlin**, 29. November. (Drahtbericht.) Amtlich. Eine Bekanntmachung über Kartoffelpreise vom 26. Oktober 1915 gab die Möglichkeit, Kartoffeln bei den Landwirten zu enteignen. Es war jedoch eine Einschränkung vorgesehen, daß die Enteignung sich auf höchstens 20 v. H. der gesamten Kartoffelernte eines Kartoffelerzeugers erstrecken dürfe. — Der Bundesrat gab nunmehr in der Sitzung am 29. November den Landeszentralbehörden oder den von ihnen bezeichneten Behörden die Berechtigung, zu bestimmen, daß auch über mehr als 20 v. H. verfügt werden könne. Diese Behörden können also die in der 20 Prozent-Grenze liegende Einschränkung teilweise oder ganz und gar aufheben. Ferner verlangte der Bundesrat, daß auf die Mengen, die enteignet werden können, nur Mengen anzurechnen sind, die der Landwirt bereits nachweislich nach dem 10. Oktober 1915 als Speisekartoffeln verkauft und geliefert hat. Die Voraussetzung der Lieferung ist hierbei neu.

wb. **Berlin**, 29. November. (Drahtbericht.) Amtlich. In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Die Aenderung der Verordnung zur Regelung der Preise für Schlachtschweine und Schweinefleisch vom 4. November 1915, eine weitere Aenderung der Bekanntmachung über die Regelung der Kartoffelpreise vom 28. Oktober 1915.

wb. **Berlin**, 29. November. (Drahtbericht.) Amtlich. Der Bundesrat beschloß in seiner heutigen Sitzung eine Verordnung, in der bestimmt wird, daß die Verordnung zur Regelung der Preise für Schlachtschweine und Schweinefleisch vom 4. November 1915 auf aus dem Auslande eingeführte Schweine und frisches Schweinefleisch und Fett, das aus dem Ausland eingeführt wird, keine Anwendung findet. Den Landeszentralbehörden ist überlassen, Bestimmungen über den Vertrieb dieser Waren zu treffen.

Hamburger Fremdenblatt

30/XI. 1915.

Die Grenzen der Teuerung in Lebensmitteln.

Da Deutschland in Friedenszeiten für mehr als drei Milliarden Mark Lebensmittel (Getreide, Schmalz, Eier, Obst, Kakao und Kaffee) und Futtermittel (Kleie, Reisabfälle, Oelkuchen, Palmkerne und Mais) aus dem Auslande bezogen hat und diese Einfuhr durch den Krieg in weitem Maße unterbunden ist, so wäre theoretisch ein zahlenmäßiger Ausgleich schon möglich, wenn die Erzeugung der deutschen Landwirtschaft um diesen Betrag gesteigert würde oder ein Rückgang im Verbrauch um diesen Betrag durchzusetzen wäre; oder wenn die Steigerung der Erzeugung und die Einschränkung des Verbrauchs gemeinsam die Lücke, die durch die fehlende Einfuhr entstanden ist, ausfüllen würden.

Theoretisch wäre diese Auffassung richtig, praktisch ist die Sachlage aber eine völlig andere, weil der Weg zu den theoretischen Zielen kein gerader und glatter ist, sondern durch eingewurzelte Gewohnheiten und liebgewordene Bequemlichkeiten des einzelnen und durch geschäftliche Verhältnisse und Einrichtungen ganzer Geschäftszweige und durch die Unmöglichkeit, die Erzeugung sofort zu steigern, versperrt ist und die Ueberwindung dieser in der Praxis vorhandenen Hindernisse der schnellen Umgestaltung und Ueberführung auf die durch die Theorie gegebenen Grundlagen entgegensteht.

Alle Teile der Bevölkerung, ganz gleich, ob Erzeuger, Händler oder Verbraucher, müssen nun daran mitarbeiten, diese Hindernisse zu überwinden. Die größte Aufgabe fällt hierbei dem Verbraucher zu. Der Verbraucher kann durch das, was er an Nahrungsmitteln verlangt, ganz außerordentlich darauf einwirken, daß wir wirtschaftlich durchhalten: wenn er nämlich die Nahrungsmittel bevorzugt, die wir zur Verfügung haben, die nach Möglichkeit meidet, in denen eine Knappheit besteht, und diejenigen völlig ausschaltet, in denen ein Mangel vorhanden ist, was er von Fall zu Fall beim Einkauf unschwer sehen wird.

Der Händler muß in seinem Geschäftsbetriebe in gleichem Sinne wirken und sich bemühen, seinen Betrieb auf die veränderten Verhältnisse einzustellen. Der Kolonialwarenhändler darf nicht etwa glauben, den Ausfall in seinem Gewinn für fehlende Kolonialwaren allein durch einen erhöhten Verdienst auf die verbleibenden Artikel wettmachen zu dürfen, sondern er muß bemüht sein, durch Aufnahme neuer Artikel, besonders von Landesprodukten, deren Verkauf er früher geringen Wert beilegte, den Ausfall an Verdienst auszugleichen. Dasselbe gilt für den Schlachter und für die große Masse aller Kleinhändler.

Der Verbraucher muß also den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen, indem er Speisezettel, Küche und Haushalt auf die reichlich vorhandenen Nahrungsmittel einstellt und nicht durch Nachfrage nach knappen oder völlig fehlenden Nahrungsmitteln unnötige Schwierigkeiten hervorruft. Der Händler muß dieser Entwicklung, soweit möglich, durch Umstellen seines Geschäftsbetriebes Rechnung tragen und der Erzeuger darf das Bemühen, die Höhe seiner Erträge zu steigern, nicht aus dem Auge lassen.

Bei solchem gegenseitigen Ineinanderarbeiten werden die vorhandenen Schwierigkeiten gewiß leichter überwunden werden, die sich dem völligen Ausgleich in der Ernährung immer noch entgegenstellen. Es wird auf diesen Wegen möglich sein, das aufgenötigte Ziel, die Volksernährung Deutschlands während des Krieges allein durch die Erzeugnisse der deutschen Landwirtschaft sicherzustellen, zu erreichen, und wenn dieses Ziel erreicht ist, sind auch die Grenzen der Verteurung der Lebensmittel erreicht und es ist vielleicht ein allmählicher Rückgang der Preise zu erwarten, bis normale Weltmarktsverhältnisse wiederhergestellt sind.

Die Zeit Abendbl.
1./II. 1915

Die Musterküche der „Rohö".

Im Hause Bellariastraße Nr. 12 wurde heute in den Lokalitäten der Olso-Lichtgesellschaft die erste Musterküche der „Rohö" eröffnet, der in den anderen Bezirken weitere Kücheneröffnungen folgen sollen. Die im Souterrain gelegene Küche ist sehr nett in Weiß gehalten, mit den modernsten Einrichtungen versehen und bietet für ein dreißigköpfiges Auditorium Raum. Die Hausfrauen werden dort Gelegenheit finden, einer Reihe von Vorträgen beiwohnen zu können, die mit praktischen Demonstrationen verbunden sein werden. Die Vorträge werden alle wichtigen Fragen betreffen, deren Lösung zur Vereinfachung, Verbesserung und Verbilligung des Haushaltes führen soll. An die Küche — in der heute eine Vierbundspeisenfolge gezeigt wurde, nämlich Wiener Gemüsesuppe, Fisch mit Salat in den ungarischen Farben rot-weiß-grün, Berliner Schnitzel mit schwarz-gelbem Salat (Nüsse, gelbe Rüben), bulgarische Kartoffeln und türkischer Kaffee mit Halbmondgebäck — reiht sich ein Lesezimmer. Die hübschen Räume wurden von der Präsidentin, Frau Freund-Marcus, mit einer Ansprache eröffnet, der der Vortrag der Küchenleiterin Frau Melanie Zack folgte. Die Schlußworte der Eröffnungsfeier sprach Frau Rosa v. Miari. Die Vorträge in der Musterküche wechseln von Woche zu Woche; sie werden die Verwertung der Innereien, die Zubereitung fettarmer Speisen, die Anwendung von Maschinen in der Küche sowie das Thema „Roh- und Kulturküche" u. a. behandeln und finden mit Ausnahme von Freitag und Samstag jeden Tag von 10 bis 12 Uhr vormittags, von 2 bis 4 Uhr nachmittags, von 4 bis 6 Uhr und von 6 bis 8 Uhr abends statt. An Sonntagen sollen Vorträge für Arbeiterfrauen gehalten werden.

Ministerpräsident Graf Tisza über die Lebensmittelversorgung.

Budapest, 30. November.

Nach Schluß der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses empfing Ministerpräsident Graf Tisza die unter Führung des Handelskammerpräsidenten Leo Lanczy erschienene, aus 30 Mitgliedern bestehende Abordnung der am Sonntag stattgefundenen Teuerungs-Enquête. Dem Empfange wohnten auch die Minister Baron Harkanyi, Baron Ghillany, Dr. Teleszky und v. Sandor bei. Handelskammerpräsident Leo Lanczy legte die Gründe der Teuerung dar und überreichte dem Ministerpräsidenten eine Denkschrift, in der zur Abhilfe der Teuerung führende Maßnahmen vorgeschlagen werden.

In seiner Erwiderung führte Ministerpräsident Graf Tisza aus: Was die Verweisung auf die Verhältnisse in Deutschland betrifft, fällt es mir nicht ein, in Zweifel zu ziehen, daß in Deutschland die Verhältnisse nicht so schlecht sind wie bei uns, aber in Deutschland stehen sowohl die wirtschaftlichen Faktoren als auch der Verwaltungsorganismus — und es sei gestattet zu sagen — auch die Gesellschaft auf einer so hohen Stufe, daß dies bei der Lösung dieser Frage sehr in die Wagschale fällt. Auch müsse in Betracht gezogen werden, daß in Deutschland die Lebenshaltung auch in Friedenszeiten billiger ist.

Was den Vorwurf betrifft, daß die Regierung in der Approvisionierungspolitik die Interessen der Produktion gegenüber den Interessen der anderen Gesellschaftsklassen bevorzugt habe, so, bemerkt der Ministerpräsident, habe er ihn, zumindest soweit er seine Person betrifft, sicherlich nicht verdient. Es sei bekannt, daß er von jeher stets den heftigsten Angriffen der Agrarier ausgesetzt war.

Bezüglich der Einfuhr von Fleisch aus den neutralen Staaten sagt der Ministerpräsident, daß der transozeanische Verkehr unter schonungslosester Kontrolle unserer Feinde stehe, und es wird von jenseits des Ozeans in die neutralen Länder keine größere Menge hineingelassen, als dies dem inneren Verbrauche des betreffenden neutralen Landes entspricht.

Der Ministerpräsident verbreitet sich sodann über die Maximalpreise und sagte dabei, er gebe zu, daß die Maximierung zu spät erfolgt sei. Dies habe jedoch zwei sehr ernste Ursachen. Die Landwirte haben nämlich die vorjährige Ernte ganz falsch beurteilt, und die Regierung konnte sich eben in dem Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit nur nach schwerer und gewissenhafter Erwägung entschließen, in das Getriebe des wirtschaftlichen Lebens einzugreifen.

Zum Schlusse sagte Graf Tisza, daß die Produktionskosten der Landwirte heuer höher gewesen sind als zu welcher Zeit immer, und wenn die Landwirte für einzelne Artikel einen sehr hohen Preis bekommen und darin eine Entschädigung finden, so bitte ich deswegen nicht zu glauben, daß die Landwirte damit ein besonders glänzendes Geschäft gemacht haben.

Bezüglich der Frage der Ausfuhrverbote erklärte der Ministerpräsident, es sei vorgekommen, daß die nach Oesterreich gelieferten Nahrungsmittel kontingentiert wurden und anderseits in Verbindung damit mit Oesterreich ein einheitliches Verfahren festgestellt wurde. Es ist doch nur natürlich, daß derartige Maßnahmen das erwünschte Resultat nur in dem Falle herbeiführen können, wenn sie einheitlich getroffen werden, und darin ist auch die Hauptschwierigkeit dieser Angelegenheit zu suchen. So wie das Kontingent der nach Oesterreich zu liefernden Quantitäten von Schweinefleisch und Fett festgestellt wurde, so wurde auch das Kontingent der Weizen- und Brotfrüchtemengen festgestellt. Es besteht diesbezüglich ein Abkommen, das natürlich heute einer Revision unterworfen werden muß, wonach das endgiltige Resultat der Fechsung sowohl bei uns wie auch in Oesterreich festgestellt werden kann. Die Verhandlungen, ohne welche diese Angelegenheit nicht gelöst werden kann, sind im Zuge. In unseren Vereinbarungen können wir uns natürlich kein anderes Prinzip vor Augen halten, als womöglich ein und dasselbe Verhältnis sowohl für die österreichische wie für die ungarische Bevölkerung herbeizuführen, und zwar nicht bloß, weil wir gemeinsam einen Kampf auf Leben und Tod führen, in welchem eine Aushungerung der einen Bevölkerung ebenso die militärischen und die politischen Lebensinteressen auch des anderen zugrunderichten würde, sondern auch, weil zwischen den beiden Staaten der Monarchie ein freier Verkehr besteht. An hundert und hundert Punkten mußten wir diesen freien Verkehr durchbrechen. Wir müssen aber trotzdem die Verhältnisse regeln, denn der Grundgedanke muß feststehen, daß hinsichtlich der Beschaffung der Nahrungsmittel die österreichischen und die ungarischen Staatsbürger völlig gleichberechtigt bleiben; denn dieser Grundgedanke muß unbedingt loyal und ehrlich zur Durchführung gelangen. Die Ausfuhr muß kontingentiert werden, damit kein im Auslande festgestellter Maximalpreis uns unseren ganzen Vorrat entziehe und damit nicht die ungarischen Konsumenten in schlechtere Verhältnisse geraten als die des Auslandes. Wir müssen aber bestrebt sein, ein gleiches Maß anzuwenden. Dieses besteht nicht darin, daß wir zum Beispiel alle Produkte gleich verteilen, sondern darin, daß bei der Feststellung dieses Maßes billigerweise auch andere Konsumartikel in Betracht gezogen werden.

Was den Import anlangt, bemerkte der Ministerpräsident, dürfe man sich diesbezüglich keinen allzugroßen Illusionen hingeben. Aus neutralen Staaten kann eigentlich nur das eingeführt werden, was in diesen produziert wird, auf überseeischen Import kann man leider überhaupt nicht rechnen. Andererseits gibt es gewisse Einfuhrmöglichkeiten, die unbedingt ausgenützt werden sollen.

„Ich hoffe, daß nunmehr allmählig die günstigen Resultate in Erscheinung treten werden. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir einen wirtschaftlichen Krieg, einen Kampf auf Leben und Tod führen. Wir kämpfen nicht nur mit der militärischen, sondern auch mit der wirtschaftlichen Uebermacht unserer Feinde und deshalb müssen wir mit der größten Entschlossenheit und mit der größten moralischen Stärke den Kampf gegen den doppelten Feind fortsetzen, wenn wir siegen wollen. Wir müssen uns unserer im Schützengraben kämpfenden Helden würdig zeigen und die Prüfungen der Kriegszeiten mit derselben Ruhe, Ausdauer und Entschlossenheit tragen, wie es unsere Helden tun, die ihr Leben aufs Spiel setzen. Es soll dies bei weitem nicht bedeuten, daß wir nicht alles mögliche versuchen, um gewissen Mißständen abzuhelfen. Die Regierung erwartet auch weiterhin die Unterstützung der ganzen Gesellschaft. Sie erwartet die bisher zur Schau getragene heldenhafte Haltung, welche notwendig ist, damit wir diese riesige Kraftprobe bestehen. Ich bin überzeugt, daß wir sie bestehen werden." (Großer Beifall.)

Magnatenhausmitglied Lanczy dankte für die begeisternden Worte des Ministerpräsidenten, der darauf mit folgenden Worte antwortete: „Seien wir Mitarbeiter und Kameraden".

Wirtschaft und Recht.

Die Versorgung Kölns mit Butter und Kartoffeln.

* **Köln**, 2. Dez. Der Buttermangel ist in den letzten Tagen auch in Köln eher schlimmer als besser geworden. Die Ursache ist nur darauf zurückzuführen, daß, während wir in Friedenszeiten zum weitaus größten Teile mit holländischer Butter versehen worden sind (in Köln mit etwa 70 Prozent), jetzt durch Bundesratsverordnung alle aus dem Auslande kommende Butter der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft in Berlin zur Verfügung gestellt werden muß. Dadurch ist die Tätigkeit der Butterhändler mehr oder weniger lahm gelegt worden, und infolgedessen haben wir auch in Köln gegenwärtig an der Butterknappheit zu leiden. Die Stadtverwaltung, die während des Krieges schon in so mancher Beziehung Rat geschaffen hat, will, wie wir hören, sich nunmehr auch in der Butterfrage in das Mittel werfen und die Versorgung der Bevölkerung mit Butter, soweit das eben möglich ist, in die Hand nehmen. Zu diesem Zwecke wird die Stadt in den allernächsten Tagen an die Butterhändler Butter zum Verkauf an das Publikum zur Verfügung stellen, und zwar in ½-Pfundpaketen, die die Aufschrift „Stadt Köln" tragen. Der Preis beträgt 2,35 ℳ das Pfund. Um eine etwaige Ausfuhr nach auswärts zu verhindern, soll diese Butter nur gegen Vorzeigung des Brotbuches, und zwar an jeden Inhaber eines solchen Buches nicht mehr als zwei Pfund in der Woche abgegeben werden. Die Molkereibutter bleibt natürlich im freien Verkehr. In den städtischen Fettverkaufsstellen, in denen ebenfalls Butter zu haben ist, soll der Preis für das Pfund auf 2,20 ℳ herabgesetzt werden. Zum Bezuge sind in diesem Falle nur diejenigen Haushaltungen berechtigt, deren Einkommen 5000 ℳ nicht übersteigt. Aus Rücksicht auf die Butter- und Fettknappheit soll die Menge, die die Stadt den einzelnen Haushaltungen zugesteht, demnächst verdoppelt werden, so daß die einzelnen Haushaltungen nunmehr zwei Pfund Fett oder Speck oder Butter beziehen können. In Kartoffeln sind, wie wir erfreulicherweise hören, die Zufuhren für die Stadt Köln in den letzten Tagen etwas reichlicher gewesen, so daß die Verwaltung die eingekellerten Vorräte über den Tagesbedarf hinaus hat vermehren können. Leider befinden sich unter den Eingängen bereits erhebliche Mengen Kartoffeln mit Frostschäden, welche die Stadt sich entschlossen hat, auslesen zu lassen. Mit Rücksicht aber darauf, daß es trotz aller Sorgfalt beim Auslesen vorkommen könne, daß sich unter den an das Publikum zu vergebenden Mengen erfrorene Ware befindet, bittet die Stadt die Bürgerschaft schon im voraus, diese Mängel in der gegenwärtigen Zeit mit in den Kauf zu nehmen.

Kölnische Zeitung

2./XII. 1915.

Reichsten Kolonien.

Höchstpreise in Deutsch-Ostafrika.

Berlin, 1. Dez. (Telegr.) Nicht nur durch die Tapferkeit seiner weißen Bevölkerung und seiner Schutztruppe, an deren erfolgreichem Widerstand alle englischen Eroberungsgelüste bisher gänzlich gescheitert sind, zeichnet sich Deutsch-Ostafrika aus, auch seine wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen verdienen volle Anerkennung. So sind nach dem uns vorliegenden Amtlichen Anzeiger des mit Europäern und Eingeborenen stark besiedelten Bezirks Moschi vom 1. Januar 1915 folgende Höchstpreise für die hauptsächlichsten Lebensmittel festgesetzt worden:

Für das Liter Chiroko (eine Art Erbsen), Kunde (eine Art Bohnen), Reis aus dem Paregebirge je 15 Heller, für ein Ei 3 Heller, für ein Huhn afrikanischer Rasse 50 Heller. Von zerlassener Butter kosten 20 Liter 20 Rupien, das Liter also eine Rupie. Für einen Zentner Mais darf nicht mehr als 4,5 Rupien verlangt werden, für 20 Liter europäische Kartoffeln 1 Rupie. Zuckerrohrzucker kostet das Pfund 28 Heller, gereinigter Honig das Kilo 75 Heller. Der Preis für einen Zentner europäische Bohnen ist auf 9 Rupien, für einen Zentner Roggenmehl auf 20 Rupien festgesetzt.

Zu den Preisen bemerken wir, daß 1 Rupie 1,33 ℳ entspricht, 15 Rupien also gleich 20 ℳ, 15 Heller gleich 20 ₰ sind.

Kölnische Zeitung
2./XII. 1915.

Die Herstellung von Süßigkeiten.

△ **Berlin**, 1. Dez. (Telegr.) Wie wir erfahren, trägt man sich in Bundesratskreisen mit dem Gedanken, die Verwendung von Milch und Sahne jeder Art, sowie Fett zur gewerbsmäßigen Herstellung von Schokolade und Süßigkeiten zu verbieten, ferner die Verwendung von Kakaomasse, Kakao und Schokolade zur gewerbsmäßigen Herstellung von Süßigkeiten, sowie von Zucker zur gewerbsmäßigen Herstellung von Christbaumschmuck. Gewerbliche Betriebe, in denen Süßigkeiten hergestellt werden, dürfen danach vom 1. Januar 1916 ab monatlich nur noch die Hälfte der Zuckermenge verarbeiten, die sie in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 durchschnittlich monatlich verarbeitet haben. Als Süßigkeiten gelten die handelsüblich als Konfitüren bezeichneten Waren jeder Art, also Bonbons, Pralines, Marzipan, Ostersachen usw. In Konditoreien, Bäckereien, Gast- und Schenkwirtschaften, Vereinsräumen usw. sollen zur Bereitung von Kuchenteig keine Eier oder Eierkonserven und auf 500g Mehl nicht mehr als 100g Fett oder 100g Zucker verwendet werden. Ähnliche Einschränkungen gelten auch für die Bereitung von Tortenmasse und von Rohmasse für Makronen. Die Verwendung von Hefe ist verboten, dagegen die Verwendung von Backpulver als Triebmittel gestattet. Zu den genannten Arbeiten ist die Bereitung von Backwaren in siedendem Fett oder unter Verwendung von Mohn, die Herstellung von Baumkuchen oder von Creme unter Verwendung von Eiweiß, Fett, Milch oder Sahne verboten.

Hamburger Fremdenblatt
2./XII. 1915

Freier Verkehr oder Höchstpreise?

Unter den vielen Vorschlägen, die für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gemacht werden, kehrt auch die Forderung immer wieder, daß der Markt und besonders die Preisgestaltung für Lebensmittel sich selbst überlassen bleiben müssen. Die Verfechter dieser Auffassung erwarten, daß steigende Lebensmittelpreise die Erzeugung erhöhen werden, und daß dann die auf diesem Wege erhöhte Erzeugung den bestehenden Bedarf besser decken und schließlich auch wieder infolge des vermehrten Angebots auf die Preise ermäßigend einwirken wird. Die Anhänger dieser Auffassung behaupten ferner, daß die bestehende Teuerung nicht durch Höchstpreise, Enteignungen und Beschlagnahmen bekämpft werden könne, und schließen, die Regierung befinde sich mit ihren Maßnahmen auf falschen Wegen.

Trifft nun diese doktrinäre Auffassung auf die Verhältnisse Deutschlands unter dem Kriegszustand zu? Für die Größe und den Umfang der Teuerung ist der Preis maßgebend, den der Verbraucher zu zahlen hat. Dieser Preis setzt sich zusammen aus dem Entgelt, das der Erzeuger erhält zuzüglich des Gewinnes, den der Zwischenhandel, Großhandel und Kleinhandel, als mehr oder minder notwendige Verteilungs- und Vermittlungsorganisation einstreicht.

Es ist sicher richtig, daß hohe und steigende Preise verbrauchseinschränkend und die Erzeugung steigernd wirken. Aber diesen Wirkungen sind durch die Lebensnotdurft der Bevölkerung bestimmte Grenzen gezogen. Sie heißen Nahrungsmittelknappheit und Lebensmittelwucher. Beides ist aber mit den nationalökonomischen „Gesetzen" von Angebot und Nachfrage und ihren Wirkungen auf die Preishöhe und die Höhe der Erzeugung nicht zu bekämpfen.

Stärker noch als alle Argumente widerlegen die Lehren des Krieges das Eintreten für das freie Spiel der Kräfte. Die Preise von Milch, Butter sowie überhaupt von allen Molkereiprodukten sind seit Ausbruch des Krieges ununterbrochen gestiegen. Und trotz dieser Preissteigerung ist die Erzeugung gesunken.

Die Erzeugung ist aber nicht zurückgegangen, weil sie trotz der eingetretenen Preissteigerung weniger rentabel oder überhaupt unrentabel wurde, sondern weil die Vorbedingungen in steigendem Maße zu fehlen begannen, mit deren Hilfe die früheren technischen Höchstleistungen erzielt worden waren. Das freie Spiel der Kräfte wird niemals dahin führen, in dem von allen Zufuhren bislang fast vollständig abgeschnittenen Deutschland die Kuhkrippen und Schweinetröge wieder mit Kraftfuttermitteln, wie Kleie, Mais oder Eosingerste, zu füllen. Diesen Futtermitteln verdankte aber Deutschland die früheren Leistungen. Auf ihren Mangel ist der Rückgang der Erzeugung, und zwar trotz steigender Preise, zurückzuführen.

Was hier von den Molkereiprodukten gesagt wird, trifft einigermaßen für Fleisch, Eier und Kleintierzucht ebenfalls zu. Es trifft nicht zu für Wild und Fische. Aber gerade auf die Vermehrung der Erzeugung dieser freilebenden Tiergattungen dürfte das freie Spiel der Kräfte ohne Einfluß bleiben, wenn auch zugegeben werden soll, daß stärkerer Abschluß und vermehrtes Ausfischen die Folge höherer Preise sein könnten.

Das Gesagte genügt, um zu zeigen, daß die eigenartigen und besonderen Verhältnisse der Ernährungsfragen in Deutschland während der Kriegszeit Einflüssen unterliegen, die mit dem freien Spiel der Kräfte sehr wenig zu tun haben, und daß infolgedessen, um diesen Einflüssen zu begegnen oder ihre Wirkungen abzuschwächen, andere Kräfte eingesetzt werden müssen. Und diese können nur sein: Höchstpreise, Enteignungen und Beschlagnahmen.

Frankfurter Zeitung
2./XII. 1915

Die mißlungene Aushungerung.

Die mehrfach erwähnte Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, die der Stellvertreter des Reichskanzlers Dr Delbrück jetzt dem Reichstage unterbreitete, weist, wie schon kurz erwähnt, mit Genugtuung darauf hin, daß auch nach den Ergebnissen der letzten Monate in Deutschland von einer Nahrungsmittelnot, d. h. von einer wirklich bedrohlichen Knappheit an Lebensmitteln, auf keinem Gebiete der Volksernährung die Rede sein kann. Sie bringt dafür einen neuen Beweis bei, der in dieser Form bisher noch nicht veröffentlicht worden war. Daß wir mit Brot, mit Kartoffeln (die in diesem Jahre eine besonders günstige, auf mindestens 54 Millionen Tonnen zu schätzende Ernte aufweisen), mit Zucker und anderem reichlich versorgt sind, das wissen nachgerade auch wohl unsere Gegner. Die schwierigste der zu lösenden Aufgaben ist die Ernährung unserer Viehbestände, für die wir im Frieden Futtermittel in großem Maßstabe aus dem Auslande einzuführen hatten. Darum ist es besonders interessant, jetzt zu erfahren, welches Ergebnis die Viehzwischenzählung am 1. Oktober 1915 gehabt hat. Dieses Ergebnis teilt, wie im Ersten Morgenblatt berichtet, die Denkschrift jetzt ziffernmäßig mit. Danach brauchen Besorgnisse sogar für die Pferdezucht trotz der starken Inanspruchnahme für militärische Zwecke, nicht zu bestehen; im Gegenteil wird nach Rückgabe der für militärische Zwecke angeforderten Pferde mit einer nicht unbeträchtlichen Gesamtvermehrung des Pferdebestandes gerechnet werden dürfen. Auch der Rindviehbestand weist gegenüber der Zählung vom 1. Dezember 1914 nur einen geringfügigen Rückgang auf. Der Bestand an Schafen und an Ziegen ist gegen die damalige Zählung nicht unerheblich gestiegen. Vor allem hat der Schweinebestand gegenüber der letzten Zwischenzählung vom Frühjahr eine Zunahme von 16 Prozent aufzuweisen, und bei demjenigen Teile des Schweinebestandes, auf dem für die nächste Zeit die Aufgabe der Fleischversorgung der Bevölkerung beruht, ist diese Zunahme noch viel größer, sie beträgt bei den ein Jahr alten und älteren Schweinen 46.6 Prozent und bei den ½ bis 1 Jahr alten sogar 87 v. H. Das Federvieh endlich zeigt gegenüber der letzten Zählung vom 2. Dezember 1912 die erfreulich geringe Abnahme um 8.7 Prozent und zwar ausschließlich bei den Hühnern, während Gänse und Enten eine nicht unerhebliche Zunahme aufzuweisen haben. Das Gesamtergebnis der Viehzählung ergibt somit „ein den Umständen nach durchaus erfreuliches Bild; es zeigt, daß trotz einiger kleiner Rückgänge im einzelnen der deutsche Viehbestand sich in seiner Gesamtheit auch in der Kriegszeit günstig entwickelt hat und die Fleischversorgung der Bevölkerung auch fernerhin nicht gefährdet ist." Das war am 1. Oktober. Seitdem haben uns unsere Heere den Weg zum Balkan geöffnet und damit den Zugang zu seinen großen Vorräten an Lebensmitteln und vor allem gerade auch an Futtermitteln freigemacht: die ersten Anzeichen davon merken wir jetzt bereits in der Schweinezüchtung, die der preußische Staat sich in erheblichem Umfange zugelegt hat, indem er, wie im dritten Sonntag Morgenblatt ausführlich berichtet, den sehr interessanten neuen Weg beschritt, daß er landwirtschaftlichen Genossenschaften und ähnlichen Verbänden die jetzt vom Balkan kommenden Futtermittel zu einem festgesetzten Preise übergibt, während diese nach bestimmter Frist die gemästeten Fettschweine zu einem festen Preise etwas unter Höchstpreis zu liefern haben, worauf dann die Kommunen das Fleisch und Fett übernehmen und zu festen Preisen an ihre Bevölkerung verkaufen. Man sollte meinen, daß das Gewicht dieser Tatsachen auch im feindlichen Auslande allmählich verstanden würde. Die Lebensmittelfrage in Deutschland besteht nicht in einer Unzulänglichkeit notwendiger Nahrungsmittel, sondern einzig und allein, wie es auch die Denkschrift sagt, in dem inneren Problem „der volkswirtschaftlich und sozialpolitisch wünschenswerten und gerechten Verteilung der Lebensmittel auf die verschiedenen Volksschichten und im engsten Zusammenhange damit in der Regelung einer angemessenen Preisgestaltung." Der Aushungerungsplan, ein Produkt der wirtschaftlichen Kurzsichtigkeit unserer Gegner, ist mißlungen und kann auch bei keiner noch so langen Dauer des Krieges gelingen.

[Die Winterversorgung der französischen Hauptstadt.] In Paris macht sich, wie die Times berichtet, eine empfindliche Kohlennot geltend. Die Schwierigkeiten der Kohlenbeschaffung suchte der Stadtpräfekt durch Einfuhr von Kohlen aus England zu beheben, doch konnte er nicht genügende Mengen erhalten. Immerhin sind bereits 600.000 Tonnen (eine englische Tonne = 1016 Kilogramm) importiert worden. Der Preis der Kohle stellt sich auf etwa 9 Kronen 60 Heller pro Meterzentner. Was die Lebensmittelversorgung betrifft, so hat das Pariser Approvisionierungskomitee in Anbetracht des Mangels an Schlachtvieh Gefrierfleisch aus Südamerika und Kanada kommen lassen. Der Eier- und Gemüsebedarf des Pariser Marktes wird zum großen Teil von Marokko gedeckt. Die Gemüseknappheit, die in Paris herrscht, wird auf den Mangel an Arbeitskräften in den Gemüsegärten der Umgebung von Paris zurückgeführt. Auch an Butter herrscht ziemliche Not; daher wird der Verkauf von Buttersatzmitteln von der Stadtbehörde aus sehr begünstigt. Das Parlament befaßt sich mit einer Vorlage, die die Erlassung des Mietzinses in bestimmten Fällen befürwortet. Im Jahre 1870 trugen der Staat, der Hausherr und die Partei zu gleichen Teilen die Lasten, und man beabsichtigt, auch heuer eine ähnliche Aufteilung zu treffen. Am schwersten leiden unter den teueren Mietzinsen die Mittelstandklassen, namentlich die geistigen Berufe, dann die kleinen Leute, die ihre Ersparnisse bereits aufgezehrt haben, während die Handwerker und Fabriksarbeiter durch günstige Verdienstgelegenheiten verhältnismäßig besser daran sind.

Pester Lloyd 2./XII. 1915

Der Gesetzentwurf über die Mißbräuche durch Preistreiberei.

Von **Dr. Anrel Lengyel,**
Gerichtsrat im kön. ung. Justizministerium.

Budapest, 1. Dezember.

Die kriegerischen Ereignisse haben außerordentlich große und tiefgehende Veränderungen im Wirtschaftsleben herbeigeführt. Infolge der Kriegführung und insbesondere einzelner Kriegsoperationen sind wertvolle Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion für mehr oder minder lange Zeit unverwendbar geworden und der Betrieb zahlreicher großer industrieller und kommerzieller Unternehmungen mußte wenigstens zeitweilig eingestellt oder beschränkt werden. Dieser Umstand hat die Ausmaße der Produktion im allgemeinen wesentlich verringert. Die Kriegführung erfordert die Herstellung der verschiedensten Materialien von ungeheurer Quantität mit gespannter Kraft, sowie ihre Anhäufung in bisher unbekannten Mengen, und dieser Umstand beeinflußt nicht bloß in den kriegführenden, sondern auch in den neutralen Staaten empfindlich die Ausmaße der Produktion der mit den Zielen der Kriegführung nicht zusammenhängenden Artikel. Die Hindernisse des Seeverkehrs, sowie das Stocken des Zivilverkehrs zu Lande ziehen durch die Schwierigkeit der Materialbeschaffung eine weitere Abnahme der Produktion nach sich. Hiezu kommt noch, daß die ins Feld gerückten, sowie die zum Kriegsdienst in Anspruch genommenen Millionen der Bevölkerung der produzierenden bürgerlichen Arbeit entzogen sind. Die Kriegführung hinwieder verzehrt unglaubliche Mengen der hergestellten Artikel und auf dem Schauplatze der Kriegsoperationen gehen an unbeweglichen und beweglichen Sachen unermeßliche Werte zugrunde. Als eine Auswirkung all dieser Faktoren macht sich in ganz Europa und so auch bei uns die Teuerung und insbesondere das unverhältnismäßige Hinaufschnellen der Lebensbedarfs- und sonstigen allgemein unumgänglichen Bedarfsartikel geltend.

Die Regierung hat es seit Beginn des Krieges zu ihren wichtigsten Aufgaben gezählt, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensbedarfs- und sonstigen allgemein unumgänglichen Bedarfsartikeln durch entsprechende wirtschaftliche und administrative Verfügungen zu sichern und dafür zu sorgen, daß solche Artikel dem öffentlichen Gebrauch nicht entzogen oder nicht in einer ihre Inanspruchnahme für den öffentlichen Gebrauch gefährdenden oder verteuernden Weise benützt werden können. So wurden für viele Lebensbedarfs- und sonstige allgemein unumgängliche Bedarfsartikel der für sie zulässige Höchstpreis festgestellt. Um konstatieren zu können, welche Mengen von einzelnen besonders wichtigen Artikeln für die Kriegführung und die Bedeckung des sonstigen öffentlichen Bedarfes im Inlande zur Verfügung stehen, hat die Regierung die Konskription und Evidenzhaltung der in einzelnen Artikeln vorhandenen Vorräte angeordnet. Hinsichtlich mehrerer Artikel, bei denen die Unzulänglichkeit der vorhandenen Vorräte und die Schwierigkeit ihres Ersatzes außerordentliche Verfügungen notwendig gemacht hat, damit die Bestände je länger zur Bedeckung der wichtigsten und dringlichsten Bedürfnisse reichen, hat die Regierung hiefür durch die entsprechende Regelung des Konsums sowie der Inverkehrsetzung, beziehungsweise des Verbrauchs Sorge getragen und die Vorräte in diesen Artikeln dem Bedarf entsprechend auch unter Sperre genommen. Außerdem hat die Regierung die Verwaltungsbehörden ermächtigt, den Produzenten, den Kaufmann und welche andere Person immer, die einen seinen eigenen häuslichen und Wirtschaftsbedarf übersteigenden Vorrat in irgendeinem Lebensbedarfsartikel besitzt, zu verpflichten, den den eigenen Bedarf übersteigenden Teil des Vorrates der Behörde oder einer von ihr bezeichneten Firma, einem Institut, einer Genossenschaft oder einer anderen Person gegen Barzahlung zu überlassen (Requisition); sie hat die Verwaltungsbehörden ferner ermächtigt, die Vermittlung des Verkehrs der Lebensbedarfsartikel zu regeln und insbesondere solche Personen, die sich mit der Inverkehrsetzung solcher Artikel gewerbsmäßig bisher überhaupt nicht oder nicht berufsmäßig beschäftigt haben, von ihr auszuschließen, diejenigen aber, die sich mit ihrer Inverkehrsetzung auch bisher auf Grund eines ordnungsgemäßen Gewerbescheines beschäftigt haben, verpflichten zu dürfen, daß sie ihr Geschäft in der durch die Behörde festgestellten Weise betreiben und jenen, welche der Verfügung der Behörde nicht entsprechen, die Inverkehrsetzung des betreffenden Artikels zu verbieten.

All diese Maßnahmen sind mit voller Erschöpfung der der Regierung in den Gesetzen über die Ausnahmeverfügungen für den Kriegsfall erteilten Vollmachten zustande gekommen.

Gleichzeitig hat die Regierung nach zwei Richtungen die Initiative zu legislatorischen Verfügungen getroffen, um unsere wirtschaftliche Bereitschaft auch für die weitere Dauer des Krieges zu sichern, namentlich für die Bedeckung der Lebensbedarfs- und sonstigen allgemein unumgänglichen Bedarfsartikel und eine Reserve sorgen und zu diesem Behufe die Inverkehrsetzung, sowie dadurch auch den Konsum wirksamer als bisher regeln zu können. Einerseits hat sie in dem Gesetzentwurf über die neuerliche Ergänzung der Gesetze betreffend die Ausnahmeverfügungen für den Kriegsfall um die Ermächtigung zu wesentlich weitgehenderen wirtschaftlichen und administrativen Maßnahmen als die bisherigen angesprochen, die sie berechtigen soll, auch von den bestehenden Gesetzen abweichende Verfügungen zu treffen, wodurch sie in der Lage sein wird, eine auf dem Prinzip der staatswirtschaftlichen Omnipotenz beruhende Einrichtung zu schaffen, deren Erwerbung seit Jahrhunderten den Traum schwärmerischer Volksbeglücker gebildet hat. Andererseits aber schlägt sie im Hinblick darauf, daß die heutige strafrechtliche Qualifizierung einzelner unlauterer Machenschaften, die darauf gerichtet sind, die Preise der Lebensbedarfs- und sonstigen allgemein unumgänglichen Bedarfsartikel in die Höhe zu treiben oder deren Emporschwellen zur Folge haben, dem moralischen Gewicht und der sozialen Gefährlichkeit dieser Handlungen nicht entsprechen, strengere Qualifizierung vor und beantragt strengere strafrechtliche Folgen für jene Mißbräuche, welche die Teuerung der Lebensbedarfs- und sonstigen allgemein unumgänglichen Bedarfsartikel in einem durch die Verhältnisse nicht motivierten Maße erfahrungsgemäß in erster Reihe zur Folge haben, was die Existenzmöglichkeit breiter Schichten der Bevölkerung gefährdet, auf die Volkshygiene nachteilig wirkt, ja sogar die lebenskräftige Entwicklung der neuen Generation in ihrer Wurzel angreift.

Wenn die letzterwähnte Vorlage Gesetzeskraft erlangt, verlieren von den in früheren Gesetzen und Verordnungen enthaltenen Strafbestimmungen nur diejenigen ihre Wirksamkeit, die den Verfügungen dieser Vorlage zuwiderlaufen. Der Gesetzentwurf ist also nicht als ausschließlicher Kodex der gegen die durch Preisteuerung verübten Mißbräuche gerichteten Strafmaßnahmen anzusehen, er ist nur auf die Abstellung der hervorstechendsten Mißbräuche gerichtet, die im höchsten Maße von der antisozialen Empfindung derjenigen zeugen, die sie verüben.

Der Gesetzentwurf bietet in erster Reihe gegen die auf Gewinnsucht beruhenden unbefugten Machenschaften mit den Lebensbedarfs- und sonstigen allgemein unumgänglichen Bedarfsartikeln Schutz. Sein Ausgangspunkt ist der, daß eine seinen häuslichen und Wirtschafts- oder Betriebsbedarf unverhältnismäßig übersteigende Menge von Lebensbedarfs- und sonstigen allgemein unumgänglichen Bedarfsartikeln zur Kriegszeit nur derjenige anschaffen darf, der sich mit der Inverkehrsetzung solcher Artikel berufsmäßig oder im Ausflusse seines Berufes beschäftigt, oder eine behördliche Erlaubnis zur Anschaffung eines solchen Artikels behufs seiner Inverkehrsetzung erhalten hat. Wenn die Behörde aber auf Grund der bestehenden Normen verfügt, daß die das Maß des häuslichen, Wirtschafts- oder Betriebsbedarfes übersteigende Menge der Lebensbedarfs- oder sonstigen allgemein unumgänglichen Bedarfsartikel einem anderen zu überlassen (Requisition), oder in Verkehr zu bringen sei, ist nicht einmal derjenige berechtigt, den Lebensbedarfs- oder sonstigen allgemein unumgänglichen Bedarfsartikel zurückzubehalten, der den betreffenden Artikel berufsmäßig oder im Ausflusse seines Berufes oder auf Grund einer behördlichen Erlaubnis rechtmäßig angeschafft hat.

Pester Lloyd 2./XII. 1915

I

Der Gesetzentwurf über die Mißbräuche des Preis-

50

Die Handlung desjenigen, der zur Kriegszeit einen Lebensbedarfs- oder einen sonstigen allgemein unumgänglichen Bedarfsartikel aus Gewinnsucht in der erwähnten unverhältnismäßigen Menge anschafft, ohne sich berufsmäßig oder im Ausflusse seines Berufes mit der Inverkehrsetzung solcher Artikel zu beschäftigen, oder ohne daß er zur Erwerbung eines solchen Artikels behufs Inverkehrsetzung die behördliche Erlaubnis erhalten hätte, sowie die Handlung desjenigen, der einen solchen Artikel zur Kriegszeit aus Gewinnsucht entgegen der behördlichen Verfügung in einer seinen eigenen häuslichen, Wirtschafts- oder Betriebsbedarf übersteigenden Menge dem Verkehr vorenthält, bildet ein Vergehen, das mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und einer Geldstrafe von 100 bis 20.000 Kronen bestraft wird.

Der Gesetzentwurf wünscht die kontinuierliche Tätigkeit der sich mit der Erzeugung, Herstellung, Aufarbeitung oder Inverkehrsetzung von Lebensbedarfs- und sonstigen allgemein unumgänglichen Bedarfsartikeln beschäftigenden Betriebe für den Fall zu sichern, wenn die Einstellung oder Beschränkung der Tätigkeit solcher Betriebe gegen das öffentliche Interesse verstoßen würde. Derjenige, der den in dieser Angelegenheit durch die Behörde erlassenen Verfügungen zuwiderhandelt, begeht, vorausgesetzt, daß seine Handlung absichtlich, also beispielsweise nicht aus dem Zwange der Verhältnisse erfolgt ist, auch dann ein Vergehen, wenn er seine Handlung nicht aus gewinnsüchtigem Motiv begangen hat. Die Strafe ist Gefängnis bis zu zwei Jahren und eine von 100 bis 20.000 Kronen reichende Geldstrafe.

Unser Strafgesetz bestraft die Vernichtung des eigenen Vermögens nur in jenem Falle, wenn die Vernichtung in einer die Person oder das Vermögen anderer gefährdenden Weise, beispielsweise durch Brandlegung erfolgt. In Kriegszeiten jedoch gefährden die Interessen der öffentlichen Versorgung ernsthaft, am unmittelbarsten und in nicht wettzumachender Weise jene Personen, die auch die ihr Eigentum bildenden Vorräte an Lebensbedarfs- oder sonstigen allgemein unumgänglichen Bedarfsartikeln aus welchem Grunde immer vernichten. Es ist vorgekommen, daß einzelne behufs Verminderung des Angebotes, andere aus Unzufriedenheit wegen der behördlichen Preismaximierung, ja sogar manche aus purem Trotz Wertzerstörungen begangen haben. Behufs Verhinderung der Verbreitung solcher Handlungen erklärt der Gesetzentwurf auch die Vernichtung des eigenen Vermögens für ein Vergehen, wenn sie zur Kriegszeit, absichtlich und ohne entsprechenden Beweggrund erfolgt ist. Die Strafe ist Gefängnis bis zu drei Jahren und eine von 100 bis 10.000 Kronen reichende Geldstrafe. Die Offenbarung der Absicht in einer solchen Handlung, welche objektiv zur Durchführung der Absicht geeignet erscheint, gefährdet derart den durch den Gesetzentwurf beabsichtigten Zweck, der in erster Reihe die Prävention ist, daß es begründet erscheint, den Versuch unter Strafe zu stellen.

Dieses präventive Ziel kann in seiner Gänze nur dann erreicht werden, wenn wir die Entziehung der Lebensbedarfs- oder sonstigen allgemein unumgänglichen Bedarfsartikel vom Konsum oder das Hinauftreiben ihrer Preise nicht nur nachträglich durch eine Strafe ahnden, sondern auch die darauf abzielenden und zu einer strafrechtlichen Sanktion geeigneten vorbereitenden Handlungen kriminalisiert werden. Eine solche vorbereitende Handlung ist hauptsächlich eine derartige Verabredung oder Vereinigung, deren Zweck irgendeine der angeführten Strafhandlungen ist. Auch wenn die Gesetzgebung, die juristische Praxis und die Theorie sich in der Frage noch nicht geeinigt haben, ob die Kartellfrage auch im allgemeinen den guten Sitten zuwiderlaufe, so gibt es kaum eine Meinungsverschiedenheit in der Hinsicht, daß Kartelle, welche zu solchen Zwecken gegründet werden, die gegen die guten Sitten und gegen die Gesetze verstoßen, widerrechtlich sind. Ebenso also wie das Gesetz die erwähnten Handlungen als Strafhandlungen deklariert, besteht die juristische Grundlage dafür, daß auch die sich auf die erwähnten Handlungen richtenden kartellartigen Vereinbarungen als Strafhandlungen deklariert werden. Den Tatbestand der Handlung stellt der Gesetzentwurf derart fest, daß sowohl die nur gelegentlichen, auf den Abschluß einzelner Geschäfte sich richtenden Ringe, die unter der Bezeichnung „Corner" bekannten Verabredungen, wie auch die auf eine im vorhinein nicht festgestellte Reihe von Geschäften abzielenden Vereinigungen ständigeren Charakters, mögen diese nun in Form von privatrechtlichen, Handelsgesellschaften oder sonstigen Vereinigungen erscheinen, gedeckt seien. Die Sanktion der Verfügung erstreckt sich mithin also auch auf die trustartigen Gebilde. Wie unser Strafrechtssystem im allgemeinen dort, wo die vorbereitende Handlung zur selbständigen Strafhandlung erhoben wird, deren Strafbarkeit in dem Falle ausschließt, wenn der Täter vor der Entdeckung der Tat und bevor er über die Vorbereitungen hinaus sonstiges hätte verüben können, von ihr absteht und dies durch eine Tat dokumentiert, so sichert auch der Gesetzentwurf demjenigen Straflosigkeit zu, der — bevor die Behörde die Verabredung oder Vereinbarung hätte entdecken können und bevor er über die Verabredung oder Vereinbarung hinaus sonstiges hätte verüben können —, von der Tat absteht und dies nicht nur seinen Genossen zur Kenntnis bringt, sondern sich auch bemüht, sie gleichfalls zu bewegen, daß sie ihren Plan fallen lassen, oder wenn er die Verabredung und Vereinigung der Behörde anzeigt. Während diese Verfügung einerseits mit noch größerem Nachdruck den präventiven Charakter der ganzen Institution zum Ausdruck bringt, liefert sie andererseits dem Teilnehmer der Verabredung oder Vereinbarung einen wirksamen Beweggrund dafür, daß er, seine Handlung bedauernd, deren Konsequenzen gutzumachen bestrebt sei, bevor es zu spät wäre.

Wir haben oben erwähnt, eine wie große Geldstrafe in den Fällen der im Gesetzentwurfe festgestellten Verbrechen und Vergehen neben der Freiheitsstrafe anzuwenden sei. Das höchste Maß der anzuwendenden Geldstrafe übersteigt wesentlich die im Strafgesetzbuch festgestellte Grenze (8000 Kronen). Und der im Gesetzentwurf bei den einzelnen Strafhandlungen festgestellte Betrag der Geldstrafe ist noch keineswegs das äußerste Maximum. In jenen Fällen nämlich, in denen die Summe jenes Gewinnes festzustellen ist, welchen der Täter durch seine Handlung illegitim erreichte, hat die anzuwendende Geldstrafe keine im Gesetze festgestellte oberste Grenze. In einem solchen Falle ist das höchste Maß der anzuwendenden Geldstrafe: die um den doppelten Betrag des konstatierten Gewinnes erhöhte, im Gesetzentwurf festgestellte Geldstrafe. In solchen Fällen also, wenn das Gericht beispielsweise festgestellt hat, daß der Täter durch die Zurückhaltung eines Lebensbedarfsartikels vom Verkehr einen illegitimen Nutzen von 80.000 Kronen erreicht hat, beträgt das Maximum der Geldstrafe 180.000 Kronen.

Mit Rücksicht auf den infamierenden Charakter der im Gesetzentwurf festgestellten Strafhandlungen spricht der Gesetzentwurf aus, daß auch der Amtsverlust und die Suspendierung von der Ausübung der politischen Rechte festgestellt werden kann. Dem wirksamen Schutz der Konsumenten wünscht jene Verfügung zu dienen, wonach in den im Gesetzentwurf festgestellten Fällen von Strafhandlungen dem Verurteilten für den Zeitraum bis zu drei Jahren die Inverkehrsetzung des betreffenden Artikels oder ähnlicher Artikel verboten werden könne, ferner, daß der Verurteilte aus einer solchen Gemeinde, welche nicht sein Zuständigkeitsort ist, für bestimmte Zeit oder ein für allemal ausgewiesen, der Ausländer aber des Landes verwiesen und seine Rückkehr verboten werden könne. Im Falle sämtlicher im Gesetzentwurf festgestellten Strafhandlungen kann das Gericht anordnen, daß das Urteil nach den Umständen des Falles nebst der Begründung in einem seinerseits festgestellten oder in mehreren inländischen Blättern veröffentlicht werde.

Der Gesetzentwurf wendet scharfe Maßnahmen jenen gegenüber an, die, von der gierigen Sucht der Bereicherung geleitet, dem inneren Feinde gleich die Bereitschaft und Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung schwächen. Diese Energie ist umso begründeter, als die im Gesetzentwurf festgestellten Strafhandlungen mittelbar oder unmittelbar auch die Interessen der Kriegführung berühren. Das je frühere Gesetzwerden der Vorlage wird mithin zugleich eine Bereicherung jener Waffenwehr sein, hinsichtlich deren erfolgreicher Verwendung wir keinen Zweifel hegen.

Fremdenblatt
2./VI. 1915

Musterküche der „Rohö".

Praktische Neueinführungen. — Zweck und Plan der Küche. — Patriotische Speisenfolge.

Alles, was diese verständigen und zielbewußten Freuen der „Rohö" anfangen, ist mit der Absicht gemacht, den unversierten Hausfrauen aus den ihnen durch die schwere Zeit auferlegten Wirtschaftssorgen herauszuhelfen. Man will sie beraten und ihnen das immer schwerer werdende Wirtschaften erleichtern, indem man sie mit Verbilligungen und Neuerungen auf dem Wirtschaftsgebiet bekannt macht. Bisher hat der Vorstand der „Rohö" theoretisch versucht, den Hausfrauen all dies wissen zu lassen, und nun geschieht dies durch praktische Vorführungen. Frau Melanie Zack, eine ebenso bescheidene wie tüchtige Frau, hat es übernommen, in einer wahrhaften Musterküche praktische Kochkurse zu leiten. Vor- und nachmittags, auch abends, um eventuell auch Frauen, die tagsüber einem Beruf nachgehen, in allen Wirtschaftsdingen zu unterweisen.

Die weißblau gekachelte Küche ist natürlich mit allem Komfort ausgestattet, ein Tisch, der unsichtbar in seinem Innern eine Eis- und Kochkiste birgt, Maschinen zum Nudelabschneiden, um Gemüseschnitzel zu machen, ein amerikanischer Abwaschtisch mit Trockenvorrichtung, um Zeit fürs Abtrocknen zu ersparen, findet sich da, und natürlich Gasherde, die zum Ankochen dienen, bevor die Speisen in die Kochkiste kommen. Frau Zack wird u. a. von Frau Raab unterstützt, weiters von einer Köchin und einigen anderen Damen des Vorstandes.

Die Präsidentin der „Rohö", Frau Fanny Freund-Markus, hielt an die Erschienenen eine Ansprache, in welcher sie Zweck und Plan dieser Neueinrichtung klarlegte. Frau Freund sagte u. a., daß die „Rohö" gewillt sei, derartige Musterküchen in jedem Bezirke zu errichten. Diese erste Küche befindet sich Bellaria Nr. 12, um allen Frauen Wiens die praktische zeitgemäße Wirtschaftsführung zu demonstrieren.

Nebst Frau Melanie Zack, die alle Demonstrationen übernommen hat, wird Frau Netty Schweinburg über Nährhefe sprechen und verschiedene andere Vorträge von den Damen Rott, Nachod usw. gehalten werden. Speziell der Kochkiste, deren 3000 Stück von Seite der „Rohö" — die ohne staatliche Hilfe diese Aktion in Szene setzte — in Vertrieb kamen, soll ein eigenes Kapitel gewidmet werden, denn die Vereinfachung und Verbilligung durch deren Einführung in die Wirtschaft, speziell bei arbeitenden Frauen, ist hoch einzuschätzen.

Während Frau Freund den erschienenen Frauen alle diese höchst interessanten Mitteilungen machte, bereitete Frau Zack mit ihren Helferinnen eine sehr appetitliche Speisenfolge, die, reizend hergerichtet, mit guten Ratschlägen und Rezepten als erwünschte Beilage versehen, serviert wurde. Es gab ein unendlich schmackhaftes und sehr patriotisches Mahl. Eine Wiener Gemüsesuppe, die prachtvoll schmeckte, und die nach der von Frau Freund ausgegebenen Parole „Nichts wegwerfen" gemacht war. Und zwar: aus lauter Abfällen von Gemüsen — ein wenig Spinatblätter, Radieschenblätter, Kohlstückchen und ein wenig Extrawurst. All dies kommt in die Maschine, wird vorher rasch gewaschen, aber nicht lange im Wasser gelassen, damit die Nährsalze nicht verloren gehen, und ohne Fett angedünstet. Nachdem das Gemüse aufgegossen und gesalzen wird, stellt man die Suppe, in die man Nockerln einlegt, auf eine halbe Stunde in die Kochkiste. Fingerdick wird Gelatine von einer Scheibe heruntergeschnitten und in die Suppe hineingegeben; dann gab es einen am Rost gebratenen Kabeljau mit weiß-rot-grünem Salat. Der Fisch war ohne Fett gebraten! Berliner Schnitzel mit selbstgetrockneten Schwämmen, Taronya und fettlose Mayonnaise (Ei mit Wasser abgerührt, mit Milch oder Wasser verdünnt, auf der Herdplatte gesprudelt bis die Flüssigkeit dick wird und dann über den mit Essig und Oel hergerichteten Salat gegossen; schmeckt glänzend). Leider mußten die „bulgarischen gefüllten Kartoffel" ausfallen, weil in ganz Wien das billigste aller Nahrungsmittel, der Hering, nicht zu haben war. Zum Schluß gab es türkischen Kaffee mit Bäckerei. Schmackhafte Zubereitung bei billiger Wirtschaftsführung, das ist es, was man dort lernen kann. Frau Zack wird jeder Frau mit Rat und Tat an die Hand gehen, bei allen Rezepten Nährwert und Preisbestimmung geben, und ebenso über Krankenkost sprechen, wie über alles, was eine praktische Hausfrau in der jetzigen Zeit interessiert.

C. P.

Die Zeit
2./XII. 1915

Die Lebensmittelfrage in Ungarn.

Von Hofrat Prof. Dr. Bela Földes.

Tagtäglich beschäftigt jetzt die Lebensmittelfrage die ganze Presse und öffentliche Meinung, ebenso wie unsere Staatsmänner und Verwaltungsbeamten. Gewiß, Teuerung und Mangel waren stets schwierige Probleme, und die soziale Arzneikunde beschränkte sich zumeist darauf, keinerlei drastische Mittel anzuwenden, sondern das Uebel sich selbst zu überlassen. Heute freilich gestalten sich diese Fragen anders. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist derzeit keine Privatfrage mehr, sondern eine Seite des großen Weltkrieges. Auch trifft die Notlage nicht bloß die unteren Schichten, sondern das ganze Gemeinwesen. Die Versorgungsfrage ist also geradezu eine Kriegsfrage geworden. Sie erhöht die Kriegsgefahr, die Kriegssorgen und Kriegslasten, und diejenigen, die sie eigenmächtig hervorrufen, müssen wie Feinde der Nation behandelt werden. Müßte doch im Kriege überhaupt die Regel gelten, daß aus der Gefahr der Gesamtheit für keinen anständigen Bürger Vermögensvorteile und für keinen Bürger Vermögensnachteile erwachsen dürfen.

Wenn ich nun die Verfügungen unserer Regierung zur Sanierung der gegenwärtigen Notlage ins Auge fasse, muß ich offen erklären, daß diese meiner Ueberzeugung nach, vollständig ungenügend waren und daher versagen mußten. Man hat sich mehr oder weniger mit der Festsetzung gewisser Höchstpreise begnügt, aber keineswegs dafür gesorgt, daß diese Höchstpreise in einem richtigen Verhältnis zu den Preisen sonstiger Waren stehen sollen, die in einem gewissen Zusammenhang mit den von Höchstpreisen direkt betroffenen Waren stehen. Man hat noch weniger dafür Sorge getragen, daß diese Höchstpreise eine nachdrückliche Sanktion erhalten und am allerwenigsten besaß man den Mut, den ausgegebenen Ministerialverordnungen hierzulande durch rücksichtslose Strenge Ansehen zu verschaffen. Fast erweckt das den Eindruck, als wäre alles nicht allzu ernst gemeint gewesen. Wahrlich, auch hier gilt der Satz: die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen.

Hätte man jene, die sich mit dem öffentlichen Interesse in einen Gegensatz zu stellen wagten, streng bestraft, ihnen — wie dies Delbrück vorschlug — die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen, hätte man drakonische Maßnahmen auch solchen Leuten gegenüber zur Anwendung gebracht, die im Wappen eine mehrzackige Krone tragen oder als Direktoren Hunderttausende Gehalt beziehen — die Höchstpreise würden wohl genützt haben. Weil dies jedoch nicht geschah, haben die Höchstpreise mehr geschadet als genützt. Freilich wäre bei uns mit der Festsetzung der Preise eine gründliche Organisation der Kontrolle des Warenmarktes notwendig gewesen, und vor allem hätte man nach deutschem Muster die Preisprüfungsämter einführen sollen. Leider wurde dies und noch manches andere verabsäumt, und es ist zu befürchten, daß sehr viel Zeit verloren ging, so daß die Fehler kaum mehr vollständig gutgemacht werden können. Da aber ein harter Winter vor der Tür steht und auch mit weiteren schweren Kriegsmonaten gerechnet werden muß, ist es die Pflicht des Staates, mit aller Kraft und mit allen Mitteln gegen die Mißstände anzukämpfen und sie nach Möglichkeit zu beseitigen. Denn bei einem Weiterwuchern der derzeitigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Approvisionierung drohen die größten Gefahren.

Es müßte vor allem so rasch als möglich das Uebel an der Wurzel gefaßt werden: bei der Produktion. Alles muß geschehen, um die Produktion zu heben, eventuell müssen Staat und Gemeinde die Unwilligen zur Produktion zwingen, im Notfall die Produktionsstätten selbst in Bewegung setzen. Wenn der Staat eine Anzahl verläßlicher und sachverständiger Personen im ganzen Lande gewissenhaft nachforschen ließe, würden sich schon jetzt versteckte Vorräte ergeben und dann kämen wohl — nach verdienten Strafen — noch weitere ansehnliche Quantitäten an Lebensmitteln aller Art zum Vorschein. Aber, es sei wiederholt, mit der rigorosesten Strenge müßte vorgegangen werden: ohne Ansehen der Person, der Parteistellung, des sozialen Ranges und des Vermögens.

Ferner wäre die Konsumtion auf das notwendigste zu reduzieren. Jetzt, im zweiten Winter des schrecklichen Weltkrieges ist es die höchste Zeit, jedem Luxus ein Ende zu bereiten, den Konsum nach Möglichkeit einzuschränken und die sparsamste Wirtschaft zu betreiben.

Endlich hätte der Staat die Pflicht, einzugreifen, um die Verteilung zu regeln. Wir leben im Kriege. Da muß jedes Privatinteresse verstummen. Wo jeder einzelne verpflichtet ist, dasjenige, was ihm das Teuerste ist: das Leben, zu opfern, da kann es keine Frage sein, daß der Staat das Recht hat, eine gerechte Verteilung der Lebensmittel vorzunehmen.

Die Durchführung dieser Prinzipien würde sicherlich noch eine Besserung der gegenwärtigen Situation bringen, speziell neue Vorräte dem Markte zuführen und den gewissenlosen Preistreibereien ein Ziel setzen. Die große und wichtige Frage der Kriegsversorgung erfordert endlich eine umsichtige, kluge und gewissenhafte staatliche Organisation. Die Staatsautorität kann wahrhaftig keine wichtigere Aufgabe haben als diesen Zweig der Selbstverteidigung voll und ganz in ihren Wirkungskreis einzubeziehen.

Neues Wiener Tagblatt
2./VII. 1915

* (Küchenreformen.) Daß man Kaffee mit der Mühle mahlt und daß es zum Reiben der Semmeln oder zum Faschieren des Fleisches eine Maschine gibt, das wissen alle Hausfrauen längst, und sie wissen auch, wie viel Zeit man durch sie erspart. Die Maschine zum Nudelschneiden oder zum Schneiden von Gemüsen ist schon weniger bekannt. Und solcher kleiner und größerer Behelfe existieren in Menge. Sie alle gehen, dem Geiste der Gegenwart entsprechend, darauf aus, in der Küche Zeit und Kraft zu sparen. Denn auf diese beiden Grundprinzipien kommt es im kleinen Haushalt genau so an wie in der großen Staatswirtschaft. Und von diesem ökonomischen Gedanken sind auch die Vorführungen geleitet, die jetzt täglich in der „Musterküche", 1. Bezirk, Bellariastraße Nr. 12, von der Rohö, der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs, veranstaltet werden. Wir wissen ja, wie schwer es die Hausfrauen gegenwärtig haben. Sie können nicht mehr kaufen, was sie zu kochen wünschen, sondern müssen kochen, was sich gerade auf dem Markt vorfindet. Viele Lebensmittel sind unerschwinglich im Preise, andre sind überhaupt ausgegangen. Und all diese Umstände vereint drängen zu einer Vereinfachung der Küche. Das heißt — auch das ist ein ökonomisches Prinzip —, man will den erforderlichen Nährwert in vereinfachter und vor allem verbilligter Form bieten. Und wie das geschieht, zeigen Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 10 bis 12 und von 2 bis 4, von 4 bis 6 und von 6 bis 8 Uhr, und Freitag von 10 bis 12 Uhr serienweise gegliedert die Vorstandsdamen der Rohö. Schon die Kurse sind durchaus praktisch. An der Wand hängt die Aufzeichnung der Speisenfolge des Tages. Sie ist eine kulinarische Huldigung für den Vierverband: Wiener Gemüsesuppe, Seefisch, Berliner Schnitzel mit weiß-rotgrünem Salat, bulgarische Kartoffeln und türkischer Kaffee. Die Bereitung dieser Gerichte wird ad oculos demonstriert. Der Gasofen ist geheizt — das spart schon die Mühe der Feuerung und die des Nachlegens. Man kann die Speisen auf dem Herd anwärmen und übergibt sie dann der ebenfalls bereitstehenden Kochkiste, worin sie in speziellen Kasserollen in ihrem eigenen Dunste garkochen. Das erspart wieder stundenlangen Gasverbrauch und vor allen Dingen persönliche Anwesenheit der Köchin. Denn man stellt die Speisen einfach in ihre Kiste und geht fort, geht seinem Berufe oder einer Wohlfahrtsarbeit nach, und wenn man mittags nach Hause kommt, sind Siedefleisch und Reis oder Bohnen und Selchkarree weich und saftig geworden. Wie die Kochkiste, so gibt es auch einen Kochbeutel, dessen Wände nach dem System der mit zerknülltem Zeitungspapier gefüllten, Dänischen Decken erdacht worden ist. Man erwärmt Kaffee oder auch eine feste Speise auf dem Herd und gibt sie dann in den Kochbeutel, der wie ein gewöhnliches Handtäschchen aussieht und den man somit überallhin leicht mitnehmen kann. Das Gericht bleibt darin stundenlang warm, ganz so, als wäre dieser sehr einfach herzustellender Beutel ein Thermophor. Ein einfacher Rost, zu studieren, wie der Seefisch ohne Fett — was jetzt eine so große Rolle spielt — zubereitet wird. Kein Gemüseabfall wird weggeworfen, sondern die Reste werden auf einem Organtinrahmen zum Dörren hingestellt. Eier sind in manchem Hause eine Rarität geworden — in der Musterküche wird für den Erdäpfelsalat eine Sparmayonnaise ohne Eier fabriziert. Die Bäckerei, die man zu kosten erhält, wurde mit Nährhefe bereitet. Auch sonst hört man, wie sehr man mit Fett sparen kann, und wie viele Handgriffe zu vereinfachen sind, wenn man einmalige größere Anschaffungen nicht scheut. Das dafür angelegte Kapital trägt reiche Zinsen. So ist es bekanntlich der Amerikanerin nur deshalb möglich, ohne Personal zu wirtschaften, weil sie so viele maschinelle Behelfe zur Hand hat: vor allem freilich die rationellere und praktischere Bauweise des Hauses selbst. Amerikanisieren wollen wir unsre Haushaltung sicherlich nicht, dazu ist der Wiener im Essen viel zu sehr verwöhnt. Ihm widersteht liebslose Küche. Aber lernen können wir, namentlich in der schwierigen Lage der Gegenwart, doch mancherlei von der Wirtschaftsführung jenseits des Ozeans. Die verschiedenen Sparsysteme der „Musterküche" erstrecken sich selbstverständlich auch auf Oekonomie des Raumes. Wir sehen einen Tisch, in dem ein Eiskasten und eine Kochkiste eingebaut sind. Alle Frauen, die sich für Neuerungen interessieren, können diese Kurse, die in den Abendstunden für erwerbende Frauen gehalten werden, kostenlos besuchen. Und wenn sie selbst Anregungen oder ausprobierte billige Rezepte bringen, so wird man sie in der „Musterküche" prüfen und darüber sprechen. Jegliche Frage ist gestattet, jede Auskunft wird erteilt, und auch in den einzelnen praktischen Handgriffen wird bereitwilligst unterwiesen. Es sind zeitgemäße wirtschaftliche Bildungskurse, die den Wienerinnen von der Rohö geboten werden, ähnlich, wie sie von verschiedener Seite schon im Vorjahre bei uns abgehalten worden sind. Bekanntlich ist gerade die Entwicklung der Küche in den letzten Jahrzehnten mehr oder weniger stillgestanden. Nun regt sich auch dort ein neuzeitiger, und zwar gegenwärtig, wie man weiß, ein wirtschaftlich sehr ernster Geist. Welche Hausfrau hätte jetzt nicht Lektionen im Sparen nötig?

Lebensmittelfragen in Westfalen.

⊡ **Münster**, 1. Dez. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen sprach in seiner letzten Sitzung die Überzeugung aus, daß der Bedarf der westfälischen Bevölkerung an Speisekartoffeln so gut wie gedeckt sei, daß im übrigen die ganze Versorgungsfrage nur noch wesentlich eine Transportfrage sei, da die Reichskartoffelstelle in der Lage sei, jede gewünschte Menge an Kartoffeln zu liefern. Zu weitergehenden Maßnahmen in der Beschlagnahme und Enteignung von Speisekartoffeln bei westfälischen Landwirten könne also ein Bedürfnis nicht anerkannt werden. In bezug auf die Bekanntmachung des Generalkommandos über die Milchversorgung der Stadtgemeinden wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die verfügte Festlegung der Magermilchlieferung auf die Molkerien beschränkt werde, daß sie aber für Landwirte nicht gelten solle, die der Magermilch zur Fütterung des Viehes dringend bedürften. In der Butterpreisfrage sprach sich der Vorstand für die Festsetzung eines einheitlichen Preises für große Bezirke, nicht also für einzelne Kreise, aus, hielt jedoch einen einheitlichen Preis für die ganze Provinz Westfalen mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Verhältnisse nicht für zweckmäßig, da hierdurch die Abwanderung der Butter aus den ländlichen Bezirken oder ihre Verteurung in diesen Bezirken eintreten würde. Es wurde ein besonderer Ausschuß gewählt, der über die Ansiedlung von Kriegsbeschädigten in der Provinz Westfalen beraten soll, besonders auch über die Frage, ob sich die Gründung einer Ansiedlungsgesellschaft empfiehlt.

Vossische Zeitung
3./XII. 1915

Die Ernährungsfrage.

Nach Abschluß der ersten Lesung des Kriegsgewinnsteuer-Gesetzentwurfs hat der Haushaltsausschuß des Reichstags gestern die Beratung der Denkschrift des Bundesrats über die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen begonnen und sich zunächst mit den Fragen der Volksernährung befaßt. Die Beratung begann mit längeren Ausführungen des Berichterstatters, die zum großen Teil für vertraulich erklärt wurden, da sich das von ihm vorgetragene Zahlenmaterial nicht zur Wiedergabe in der Oeffentlichkeit eignet. Er konnte aber daraus den Schluß ziehen, daß Deutschland auf allen Gebieten genug Lebensmittel hat, um das deutsche Volk vor Not zu bewahren. Die Ernährungsfrage liegt so, daß der Krieg ihretwegen nicht einen Tag früher zu enden brauche, als dies durch die Sicherheit des Reiches und die Interessen des ganzen Volkes gefordert werde. Die Einschränkungen im Verbrauch sind unvermeidliche Kriegswirkungen.

Vossische Zeitung
3./XII. 1915

Die Ernährungsfragen vor der Reichstagskommission.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verhandelte heute über die Bundesratsmaßnahmen betreffend die Volksernährung. Erklärungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück wurden für vertraulich erklärt.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter erklärte, daß das Resultat des ersten Kriegsjahres verhältnismäßig gut war, da eine allzu große Preistreiberei im Durchschnitt nicht wahrzunehmen war. Die sozialdemokratische Partei tadle nicht alles, sie erkenne an, daß manches geschehen ist, aber dies war unvollständig und kam verspätet, wodurch auf manchen Gebieten jener Wucher möglich wurde, den schließlich auch die Reisregierung festgestellt und zu dessen Bekämpfung sie sich entschlossen hat. Die Teuerung treffe sowohl die Arbeiter wie die Kleinbauern und den Mittelstand. Ihr Einfluß auf die Volksgesundheit könnte bei längerer Dauer nicht übersehen werden. Die wichtigste Frage sei, wie weit die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte gerechtfertigt sei. Im Landtage habe die Regierung erklärt, daß für 1914 Höchstpreise vielleicht nicht gerechtfertigt seien, aber für 1915 gerechtfertigt sein könnten. Im Landtage sei bereits darauf hingewiesen worden, daß die Preise für Kunstdünger nicht besonders gestiegen seien, die Arbeitslöhne in der Landwirtschaft desgleichen. Hohe Preise werden nur gerechtfertigt durch ein entsprechendes Verhältnis von Angebot und Nachfragen. Unter den jetzigen außerordentlichen Verhältnissen könne aber diese Richtschnur nicht gezogen werden. An Arbeit hat es der Bundesrat nicht fehlen lassen, da er 250 Verordnungen herausgegeben hat. Wenn man in landwirtschaftlichen Kreisen glaubte, daß die Höchstpreise erhöht würden, so war alsbald Zurückhaltung der Produkte zu verzeichnen. Eine Ursache der nicht völligen Wirksamkeit der Verordnungen ist, daß man nicht genau wußte, was im Lande vorhanden sei. Hoffentlich werde später eine bessere Statistik durch unabhängige Wirtschaftsstatistiker geführt werden. Vollkommen geklappt habe nur die Brotversorgung. Das Volk habe die Beschränkung des Konsums willig ertragen. Die Preise von Getreide, von Mehl stehen zueinander in gar keinem Verhältnis. Der Mangel an Höchstpreisen für Gerste habe Preistreibereien beim Bier ermöglicht. Die Interessenten fordern eine Erhöhung der Zuckerhöchstpreise um 15 M. Dem dürfe nicht stattgegeben werden. An der Verwirrung auf dem Kartoffelmarkt trage die Bestimmung Schuld, daß aus den geernteten Kartoffeln Speisekartoffeln verlesen werden könnten. Den Mangel an Futtermitteln habe man benutzt, um die Preise von Fleisch und Vieh zu treiben. Die Landwirtschaft halte die Schweine zurück, weil man auf eine Erhöhung der Preise hoffe. Es müßten Fleisch- und Fett-Karten eingeführt werden. Die fleischlosen Tage beständen nicht für diejenigen, die sich tags zuvor genug Fleisch kaufen. Es sollten nur Kriegswurst und Kriegskäse hergestellt werden. Wenn nur eine oder höchstens zwei bis drei Sorten angefertigt werden dürfen, so würde das zur Verbilligung dienen. Die jetzigen Butterpreise seien für die Unbemittelten zu hoch. Die Sozialdemokratie verlange nicht, daß die Produzenten unter den Erzeugungskosten verkaufen sollen, es sollen nur die Auswüchse beseitigt werden. Den Gemeinden sei ein weiteres Eingreifen aus finanziellen Gründen erschwert, weshalb das Reich ihnen zu Hilfe kommen müsse. Es müsse eine lückenlose Festsetzung von Höchstpreisen eintreten. Der von einem Zentrumsblatt geforderte wirtschaftliche Diktator würde sich noch weniger von Einflüssen freimachen können, die nicht als günstige bezeichnet werden könnten. Bei der Festsetzung der Kartoffelhöchstpreise scheinen Unstimmigkeiten zwischen dem preußischen Landwirtschaftsministerium und den Reichsstellen bestanden zu haben. Es gebe nur einen Diktator, der segensreich wirken könne, das ist die öffentliche Meinung. Man möge doch den einstimmigen Beschluß des Reichstags ausführen, nämlich eine Reichslebensmittelzentrale zu errichten, die die ganze Volksernährung kontrollieren soll. Der Reichstag sollte ständig mitreden.

Hamburger Fremdenblatt

3./XII. 1915.

Die Volksernährung im Reichshaushaltsausschuß.

Berlin, 3. Dezember. (Eigener Drahtber.) Der Ausschuß für den Reichshaushalt trat heute vormittag, nachdem er gestern abend dem Berichterstatter über die Bundesratsmaßnahmen betreffend die Volksernährung gehört hatte, in die Beratung dieser Frage ein. Als erster Redner sprach der **Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Dr. Delbrück**, dessen Ausführungen für vertraulich erklärt wurden. Ihr folgte

ein sozialdemokratischer Abgeordneter,

der zunächst erklärte, daß das Ergebnis des ersten Kriegsjahres verhältnismäßig gut war, da eine allzu große Preistreiberei im Durchschnitt nicht wahrzunehmen war. Die Sozialdemokratische Partei tadele nicht alles. Sie erkenne an, daß manches geschehe. Aber vieles war unvollständig und kam verspätet. Dadurch wurde auf manchen Gebieten jener Wucher möglich, den schließlich auch die Reichsregierung festgestellt, und zu dessen Bekämpfung sie sich entschlossen hat. Die wichtigste Frage sei, wie weit die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte gerechtfertigt sei. Hier bezieht sich der Redner auf die bekannten Darlegungen des fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Wendorff und des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Hofer. Im Landtage sei bereits darauf hingewiesen worden, daß die Preise für Kunstdünger nicht besonders gestiegen seien. Die Arbeitslöhne in der Landwirtschaft desgleichen. Die Preise von Getreide und Mehl stehen zueinander in gar keinem Verhältnis. Der Mangel an Höchstpreisen für Gerste habe Preistreibereien beim Bier ermöglicht. Die Interessenten fordern eine Erhöhung der Zuckerhöchstpreise um 15 Mk., dem dürfe nicht stattgegeben werden. Die Landwirtschaft halte die Schweine zurück, weil man auf eine Erhöhung der Preise hoffe. Es müßten Fleisch- und Fischkarten eingeführt werden. Es sollten nur Kriegswurst und Kriegskäse hergestellt werden. Wenn nur eine oder höchstens zwei bis drei Sorten angefertigt werden dürften, so würde dies zur Verbilligung dienen. Die jetzigen Futterpreise seien für die Unbemittelten zu hoch. Wir verlangen nicht, daß die Produzenten unter den Erzeugungskosten verkaufen sollen, es sollen nur die Auswüchse beseitigt werden. Der von einem Zentrumsblatt geforderte wirtschaftliche Diktator würde sich noch weniger von Einflüssen frei machen können, die nicht als günstig bezeichnet werden könnten. Bei der Festsetzung der Kartoffel-Höchstpreise scheinen Unstimmigkeiten zwischen dem preußischen Landwirtschaftsministerium und den Reichsstellen bestanden zu haben. Es gäbe nur einen Diktator, der segensreich wirken könne, daß ist die öffentliche Meinung. Man möge doch den einstimmigen Beschluß des Reichstages einführen, nämlich

eine Reichs-Lebensmittelzentrale

zu errichten, die die ganze Volksernährung kontrollieren solle. Der Reichstag sollte ständig mitreden.

Nach dem sozialdemokratischen Redner ergriff

ein konservativer Abgeordneter

das Wort. Er hob hervor, daß wir auskommen werden, solange die Erzeugung im Lande nicht zurückgeht. Infolge der Verfütterung von Zuckerrüben ist die Rübenablieferung an die Zuckerfabrikation gegen die Vorjahre etwas zurückgeblieben. Die Futtermittelpreise sind unverhältnismäßig höher gestiegen, als die Preise für Vieh und Fleisch. Die Produktion eines Liter Milch kostet heute 15 Pfennig mehr, als in normalen Zeiten. Es wäre zu wünschen, daß auch in den anderen Bundesstaaten das Vorgehen des preußischen Finanzministers befolgt werde, der sich bereitgefunden hat, Beiträge zur Vermehrung der Fleisch- und Futtervorräte durch Anschaffung von Schrot und anderen Futtermitteln für die Schweinemästung zur Verfügung zu stellen. Wenn genügend Eisenbahnwagen bestellt gewesen wären, so hätte im Westen eine Kartoffelknappheit nicht bestanden. Von Ausnahmefällen abgesehen, sind Kartoffel zum Zwecke von Preistreibereien nicht zurückgehalten worden. Eine Ursache der Preissteigerung liegt auch darin, daß im allgemeinen innerhalb des Landes mehr verdient wird. Der Redner faßt seine Aeußerungen dahin zusammen, daß die notwendigen Lebensmittel zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt werden müßten, die Produktion aber nicht gestört werden dürfe.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Hamburger Fremdenblatt

3./XII. 1915.

Keine Uebertreibungen!

Die Klagen über die Teuerung sollen keineswegs unterschätzt werden, aber vor Uebertreibungen sollte man sich schon aus nationalen Gründen hüten, denn mit Argusaugen wird von unseren Feinden die deutsche Presse auf diesem Gebiete verfolgt, um die gesunkene Siegeshoffnung neu damit zu beleben, daß man die geplante Aushungerung als Erfolg versprechend hinstellt und die Klagen über Teuerung als erste Anzeigen der ausbrechenden Hungersnot bezeichnet. Im feindlichen Auslande, sowie auch in den neutralen Ländern, sind die Lebensmittel zum Teil noch wesentlich höher gestiegen als bei uns und es ist sehr fraglich, ob dort die Kaufkraft der breiten Volksmassen sich mit der unsrigen messen kann. Wir haben im allgemeinen einen flotten Gang der Industrie, die Löhne sind z. T. nicht unwesentlich gestiegen. Arbeitslosigkeit gibt es heute weniger als je. Auf dem Lande herrscht sogar ein großer Arbeitermangel. Als Unterstützungen für die Familien der Einberufenen werden monatlich 125 Millionen Mark ausgezahlt. Die Grundlage der Lebensmittelversorgung, Brot und Kartoffeln, stehen in ausreichenden Mengen, zu verhältnismäßig niedrigen Preisen zur Verfügung. Wir können mit voller Sicherheit sagen, die Versorgung von Lebensmitteln ist, selbst wenn der Krieg noch lange dauern sollte, gesichert. Deutschland wird nie gezwungen werden können, aus diesen Gründen einen Frieden schließen zu müssen. Die Ernten 1914 und 1915 waren keine großen und doch reichen sie zur Versorgung unserer Bevölkerung aus; wie heute über allen Zweifel erhaben feststeht.

Die Klagen über Teuerung können sich nur auf tierische Produkte, Milch, Butter, Fleisch, Fett, Eier usw. und auf andere Artikel des täglichen Bedarfs beziehen. Die Ursache ist, soweit es sich um tierische Produkte handelt, in dem Mangel an Futtermitteln und in der dadurch bedingten Preissteigerung zu suchen. Wir führten bisher alljährlich für 1 Milliarde Mark Futtermittel aus dem Auslande ein, verfütterten ⅓ bis ¼ unseres geernteten Roggen. Alles dies fehlt uns während der Kriegszeit und deshalb sind die Konsumenten gezwungen, sich auf diesem Gebiete einzuschränken und diese Artikel teurer zu bezahlen. Jedenfalls kommt aber auch heute, bei der beschränkten Produktion, auf den Kopf der Bevölkerung noch soviel an tierischen Produkten, wie in den siebenziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Wir müssen bei dieser gebotenen Einschränkung und Teuerung immer wieder bedenken, daß wir uns in einem Weltkriege, in dem Kampfe um unsere ganze Existenz befinden und daß das Ziel unserer Feinde ist, uns durch Aushungerung zu einem faulen Frieden zu zwingen. Angesichts dieser Sachlage müssen wir uns sagen, daß wir getrost in die Zukunft blicken können, nicht um Durchhungerung handelt es sich für unsere Bevölkerung, sondern nur um Anpassung an die vorhandenen Lebensmittel.

Frankfurter Zeitung
3./XII. 1915

Frankfurter Angelegenheiten.

= Frankfurt, 8. Dezbr.

Stadtverordneten-Versammlung.

Den Vorsitz führte Stadtv. Gräf.

Zum Nassauischen Städtetag wurde das Büro der Stadtverordneten-Versammlung delegiert.

Die Vorlage des Jahresberichts der Gasgesellschaft gab Stadtv. Hené (Vp.) Veranlassung, eine übersichtliche Bilanzaufstellung zu empfehlen. Für Einführung eines Einheitspreises sei jetzt der günstigste Moment. Durch Wegfall der Gasmesser könnten große Ersparnisse erzielt werden. Der Redner rügte, daß die Gasgesellschaft die hier erzeugten Koks nach auswärts vergeben habe, während in Frankfurt Interessenten vorhanden sind. — Oberbürgermeister Voigt sagte die Aufstellung einer übersichtlichen Bilanz zu. Die Frage des Einheitspreises sei schwierig, da das Beleuchtungsgas fortwährend zugunsten des Heizgases abnehme. In der Koksfrage handle es sich um eine Offenbacher Firma. Der Abschluß erfolgte, da hier kein Bedarf war. Jetzt könnten wieder Koks, auch an kleine Käufer abgegeben werden. — Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen. Die Frage des Einheitspreises soll, nachdem der Aufsichtsrat sich damit beschäftigt hat, im Tiefbauausschuß behandelt werden.

Für die Landtagsersatzwahl werden 25 000 Mk. bewilligt.

Ueber die Bekämpfung der Diphtherie äußerte sich Stadtrat Woell. Er bestritt, daß von einer Epidemie die Rede sein könne; die Krankheit habe nachgelassen. Für eine wirksame Durchführung der Vorbeugemaßregeln wurde Vorsorge getroffen. So wurde Heilserum unentgeltlich abgegeben und die Aufnahme im Krankenhaus finanziell begünstigt. — Die zur Bekämpfung der Krankheit verlangten 46 400 Mark wurden genehmigt.

Zur Lebens- und Futtermittelversorgung

während des Krieges sprach Stadtv. Zielowski (Soz.). Er widerlegte die erschienene Denkschrift. Es wäre wünschenswert, wenn alle Städte auf diese Weise öffentliche Kritik üben würden. Das Zögern der Regierung hat seine Ursache in der Rücksichtnahme auf agrarische Interessen. Agrarisch ist auch noch in der Kriegszeit Trumpf. Es herrscht Kartoffelmangel. Die Reichskartoffelstelle hat vollkommen versagt. Ist es richtig, große Mengen der von der Stadt gekauften Kartoffeln erfroren angekommen sind? Wer hat den Fehler gemacht? Man hat gewußt, daß man einer Frostperiode entgegenging. Trotzdem sollen über 100 Waggons Kartoffeln bestellt worden sein, der Inhalt von 70 Waggons ist, wie es heißt, erfroren. Das wäre ein Schaden von etwa 21 000 Mk. Die Reichskartoffelstelle übernimmt keine Garantie und versichert sich vorher der Zahlungen. Die Stadt Frankfurt wird also den Schaden zu tragen haben. In der Frankfurter Gegend gibt es genügend Kartoffeln; sie werden aber zurückgehalten. Nun rächt sich das System, daß nur patriotisch geaichte Leute als Bürgermeister bestätigt wurden. Diese nehmen jetzt die Interessen der Kartoffelbauern wahr. Der Redner verlangte Beschlagnahme der Kartoffeln und praktischere Maßnahmen bei der Verteilung der Lebensmittel. Soweit die Lebensmittelversorgung in Betracht kommt, hat der Magistrat alles getan, was in seinen Kräften stand. Die Art der Verteilung bei Dörrfleisch, Butter usw. fordert aber zur Kritik heraus. Einen eigentümlichen Standpunkt nimmt der Magistrat jetzt den großen Konsum-Korporationen gegenüber ein. Der Redner legte ausführlich dar, in welcher Weise dem Konsumverein der Bezug von Butter aus dem Allgäu durch den sachlichen Berater des Gewerbe- und Verkehrsamts unterbunden worden sei. Von der Preisprüfungsstelle hat man mehr erwartet. Es ist ihr wohl nicht leicht gemacht in Aktion zu treten, aber andere Städte haben mehr erreicht als Frankfurt. Praktisch wurde nicht viel geleistet.

Stadtrat Dr. Rößler erklärte, die Affäre mit dem Konsumverein sei noch in der Schwebe. Es müsse auch die andere Seite gehört werden. Man hoffe, sich mit dem Konsumverein friedlich auseinandersetzen zu können. Man wird von jetzt ab mehrere Zentner Butter durch die Händler verkaufen lassen, nur bayerische Butter wird in der Markthalle verkauft. Man weiß niemals wieviel geliefert wird, darum kann man keine Butterkarte ausgeben. Die Versendung der Kartoffeln geht auf Gefahr des Empfängers. Ein Verschulden bei dem Erfrieren trifft niemand. Die Stadt muß den Schaden tragen. Es sind übrigens mehr Kartoffeln als in 70 Waggons erfroren. Ein Teil der ausgelesenen Kartoffeln wurde eingelagert, ein Teil wurde zu 1.50 Mk. der Zentner verkauft, mit der Bemerkung, daß sie beschädigt sind. Sie sind stark begehrt; viele wurden an Brennereien, an Trocknereien und zur Verfütterung abgegeben. Aus der näheren Umgebung erhält Frankfurt auch Kartoffeln. Vom Regierungspräsidenten sind die Landwirte angehalten, Frankfurt mit Kartoffeln zu versorgen, nötigenfalls wird von der Enteignung Gebrauch gemacht.

Stadtrat Meckbach verteidigte die Preisprüfungsstelle. Die Fleischpreise seien hier niedriger, als in Berlin.

Stadtv. Fleischer (nl.) befürwortete die Errichtung einer Einzelverkaufsstelle durch die Stadt. Ein dezentralisierter Verkauf würde die Schwierigkeiten beheben.

Stadtv. Rupp (Vp.) meinte, ein Teil der erfrorenen Kartoffeln scheint schlecht verpackt gewesen zu sein. Wer den Fehler beging, müsse verantwortlich gemacht werden.

Im weiteren Verlauf der Debatte sprach Stadtv. Zielowski nochmals über die Konsumvereinsaffäre. Oberbürgermeister Voigt wandte sich dagegen, eine schwebende Sache zu behandeln und legte Verwahrung dagegen ein, daß ein Beamter öffentlich heruntergekanzelt werde. Man werde den Beamten schützen.

Es folgten Ausschußberichte. Bei der Wahl von Mitgliedern für verschiedene Aemter und Kommissionen stellte Stadtv. Wedel (Vp.) in der Absicht einer weitergehenden Heranziehung der Frauen den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die Frage bezüglich der Zweckmäßigkeit ihrer Mitarbeit in Aemtern und Kommissionen und bezüglich ihrer rechtlichen Zulässigkeit in beschließender Eigenschaft zu prüfen. Der Antrag wurde angenommen.

Bei der Besprechung einer Anfrage Gräf wegen Abzugs der Militärrente vom Gehalt der in Betrieben der Stadt eingestellten Kriegsverletzten stellte sich Beschlußunfähigkeit der Versammlung heraus. Daraufhin wurde die Sitzung um 8¾ Uhr geschlossen.

Frankfurter Zeitung
3/XII. 1915

Höchstpreise.

Die Bekanntgabe der Höchstpreise für Gerste- und Haferprodukte durch die Reichsfuttermittelstelle (vergl. Zweites Morgenblatt vom 27. Novbr.) könnte zu der Auffassung berechtigen, daß die ausdrücklich als mit der Graupen-Zentrale Charlottenburg vereinbart bezeichneten Kleinhandelspreise schon jetzt allgemein für den Verkauf an die Verbraucher zu gelten hätten. Dem ist jedoch nicht so. Die Graupen-Zentrale ist nämlich jetzt und nach ihren Auskünften auch in den nächsten Wochen noch nicht in der Lage, Graupen für den allgemeinen Konsum zur Verfügung zu stellen. Die Nahrungsmittelgeschäfte sind also gezwungen, Gersten-Fabrikate im freien Verkehr zu kaufen. Dies ist aber, wenn überhaupt, nur zu Preisen möglich, die weit über den für den Verkauf im Kleinhandel festgesetzten Grenzen liegen.

Wir sehen uns veranlaßt, diese durch Belege einwandfrei erwiesenen Tatsachen der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, einmal um zu zeigen, daß nicht immer nur den Kleinhandel die Verantwortung trifft, wenn er zu den angesetzten Höchstpreisen nicht zu verkaufen vermag, und ferner, um darauf hinzuweisen, wie unzweckmäßig es ist, und wie leicht der Handel ungerechtfertigten Vorwürfen ausgesetzt wird, wenn von amtlichen Stellen Höchstpreise bekanntgegeben werden, bevor die Verhältnisse zu ihrer Durchführung reif sind.

= Berlin, 30. Novbr. (W. T. B. Amtlich.) Mit dem 1. Dezember 1915 tritt eine Bekanntmachung in Kraft, die für alle der Beschlagnahme unterliegenden Großviehhäute und Kalbfelle Höchstpreise festsetzt. Die Bekanntmachung bestimmt nur den Höchstpreis, den die Verteilungsstelle des beschlagnahmten Gefälles, die Kriegsleder-Aktiengesellschaft, an ihre Lieferanten zahlen darf. Im übrigen wird es dem Verkehr überlassen, beiden erlaubten Veräußerungsgeschäften über Häute und Felle entsprechend niedrigere Preise zur Anwendung zu bringen, so daß eine Lieferung an die Kriegsleder-Aktiengesellschaft noch möglich bleibt. Der Höchstpreis für die einzelnen Häute und Felle ist je nach Herkunft, Gewichtsklasse, Gattung, Schlachtung und Beschaffenheit verschieden. Er besteht aus dem für die einzelnen Klassen der Häute und Felle bestimmten Grundpreis, von dem festgesetzte Abzüge zu machen sind, je nachdem das Gefälle Fehler hat oder in einer besonderen Weise geschlachtet ist. Die Bekanntmachung, die die Preise und eine ganze Reihe von Einzelbestimmungen enthält, kann bei den Polizei-Behörden eingesehen werden.

Berlin, 1. Dezbr. Nicht nur durch die Tapferkeit seiner weißen Bevölkerung und seiner Schutztruppe, an deren erfolgreichem Widerstand alle englischen Eroberungsgelüste bisher gänzlich gescheitert sind, zeichnet sich Deutsch-Ostafrika aus, auch seine wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen verdienen volle Anerkennung. So sind nach dem „Amtlichen Anzeiger" des mit Europäern und Eingeborenen stark besiedelten Bezirks Moschi vom 1. Januar 1915 folgende Höchstpreise für die hauptsächlichsten Lebensmittel festgesetzt worden: für das Liter Chiroko (eine Art Erbsen), Kunde (eine Art Bohnen), Reis aus dem Parsgebirge je 15 Heller, für ein Ei 3 Heller, für ein Huhn afrikanischer Rasse 50 Heller. Von zerlassener Butter kosten 20 Liter 20 Rupien, das Liter also eine Rupie. Ein Zentner Mais darf nicht mehr als 4,5 Rupien kosten, 20 Liter europäische Kartoffeln nicht mehr als 1 Rupie. Zuckerrohrzucker kostet das Pfund 28 Heller, gereinigter Honig das Kilo 75 Heller. Ein Zentner europäischer Bohnen kostet 9 Rupien, ein Zentner Roggenmehl 20 Rupien.

(Zu den Preisen bemerken wir, daß 1 Rupie 1,33⅓ Mk. entspricht, 15 Rupien also gleich ca. 20 Mark, 15 Heller gleich 20 Pfennigen sind.)

Fremdenblatt Abendbl.
3./XII. 1915

Genügende Lebensmittel in Deutschland.

K. Berlin, 2. Dezember. Der Budgetausschuß des Reichstages nahm den Entwurf über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne in erster Lesung an und begann die Beratung von Ernährungsfragen.

Der Berichterstatter betonte nach einem Ueberblick über die Lage auf dem Lebensmittelmarkt: Wir haben Lebensmittel genug auf allen Gebieten, um die Not vom Volke fernzuhalten. Mit Rücksicht auf unsere Lebensmittel braucht der Krieg um keinen Tag früher zu Ende gehen, als es die Sicherheit des Reiches und die Interessen des Volkes erfordern. Gewisse Einschränkungen des Verbrauches allerdings sind als unvermeidliche Kriegswirkungen anzusehen und müssen in Kauf genommen werden.

Der Ausschuß vertagte sodann die Weiterberatung auf morgen.

Arbeiterzeitung
3./XII. 1915

Die Teuerung der Lebensmittel.

Frauenversammlung in Fünfhaus. Dienstag fand in Breits Gasthaus unter dem Vorsitz Grassingers eine sehr gut besuchte Wahlvereinsversammlung statt, die fast ausschließlich von Frauen besucht war. Die Genossin Boschek sprach über die Teuerung der Lebensmittel, die ins Unerträgliche gestiegen sind.

Wenn man, sagte sie, einen Vergleich mit den Verhältnissen in Deutschland, das doch ebenso die Lasten des Krieges trägt, anstellt, müsse man zu dem Schlusse kommen, daß bei uns noch lange nicht alle Mittel angewendet und, was besonders wichtig ist, bis zum Grunde durchgeführt wurden, um eine gerechte Verteilung aller Lebensmittel zu erschwinglichen und den wirklichen Verhältnissen entsprechenden Preisen zu erzwingen. Obwohl in Deutschland die Preise aller Lebensmittel durchschnittlich um 65 Prozent, in Oesterreich aber um 121 Prozent gestiegen sind, haben es die Gemeinden in Deutschland doch für ihre Pflicht erachtet, außer dem Zuschuß zu dem staatlichen Unterhaltsbeitrag noch Naturalien wie Kohle, Kartoffeln u. s. w. an die Familien der Eingerückten zu verabfolgen.

Zum Schluß empfiehlt Genossin Boschek eine Entschließung, deren Inhalt mit einer an das Ministerium abgegangenen Eingabe gleichlautend ist, in der von der Regierung wirksame Maßregeln gegen den Lebensmittelwucher verlangt und auf die Unzulänglichkeit der Unterhaltsbeiträge verwiesen wird. Die Ausführungen der Rednerin fanden lebhaften Beifall.

Kölnische Zeitung 4./XII. 1915.

Die Volksversorgung im Hauptausschuß.

♆ **Berlin**, 3. Dezember (Telegr.)

Die Budgetkommission des Reichtags (Ausschuß für den Reichshaushalt) trat heute vormittag, nachdem sie gestern abend den Berichterstatter über die Bundesratsmaßnahmen betreffend die Volksernährung gehört hatte, in die Beratung dieser Fragen ein. Als erster Redner sprach der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Dr. Delbrück, dessen Ausführungen für vertraulich erklärt wurden.

Ihm folgte ein sozialdemokratischer Abgeordneter mit einer langen Rede, in der er zunächst erklärte, daß das

Ergebnis des ersten Kriegsjahres

verhältnismäßig gut gewesen sei, da eine allzugroße Preistreiberei im Durchschnitt nicht wahrzunehmen gewesen sei. Die sozialdemokratische Partei tadle nicht alles, sie erkenne an, daß manches geschehen sei, aber dies sei unvollständig gewesen und verspätet gekommen. Dadurch sei auf manchen Gebieten jener Wucher möglich geworden, den schließlich auch die Reichsregierung festgestellt und zu dessen Bekämpfung sie sich entschlossen habe, die Teurung treffe sowohl die Arbeiter, wie die Kleinbauern und den Mittelstand. Ihr Einfluß auf die Volksgesundheit könnte bei längerer Dauer nicht übersehen werden. Die wichtigste Frage sei, wieweit die

Preissteigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse

gerechtfertigt sei. Hier bezieht sich der Redner auf Darlegungen des fortschrittlichen Abg. Wendorff und des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Hofer in Zeitungsaufsätzen und im preußischen Landtage. Im Landtage habe die Regierung erklärt, daß für 1914 Höchstpreise vielleicht nicht gerechtfertigt seien, aber für 1915 gerechtfertigt sein könnten. Im Landtage sei bereits darauf hingewiesen worden, daß die Preise für Kunstdünger nicht besonders gestiegen seien, die Arbeitslöhne in der Landwirtschaft desgleichen. Hohe Preise würden nur gerechtfertigt durch ein entsprechendes Verhältnis von Angebot und Nachfrage; unter den jetzigen außerordentlichen Verhältnissen könne aber diese Richtschnur nicht gezogen werden. An Arbeit habe es der Bundesrat nicht fehlen lassen, da er 250 Verordnungen herausgegeben habe. Wenn man in landwirtschaftlichen Kreisen glaube, daß die Höchstpreise erhöht würden, so sei alsbald Zurückhaltung der Produkte zu verzeichnen. Eine Ursache der nicht völligen Wirksamkeit der Verordnungen sei, daß man nicht genau gewußt habe, was im Lande vorhanden sei. Hoffentlich werde später eine bessere, Statistik durch unabhängige Wirtschaftsstatistik geführt werden. Vollkommen geklappt habe nur die Brotversorgung. Das Volk habe die Beschränkung des Verzehrs willig ertragen. Die Preise von Getreide und von Mehl ständen zu einander in gar keinem Verhältnis. Der Mangel an Höchstpreisen für Gerste habe Preistreibereien beim Bier ermöglicht. Die Interessenten fordern eine Erhöhung der Zuckerhöchstpreise um 15 ℳ; dem dürfe nicht stattgegeben werden. An der Verwirrung auf dem Kartoffelmarkt trage die Bestimmung Schuld, daß aus den geernteten Kartoffeln Speisekartoffeln verlesen werden könnten. Den Mangel an Futtermitteln habe man benutzt, um die Preise von Fleisch und Vieh zu treiben. Die Landwirtschaft halte die Schweine zurück, weil man auf eine Erhöhung der Preise hoffe. Es müßten Fleisch- und Fettkarten eingeführt werden. Die fleischlosen Tage beständen nicht für diejenigen, die sich am Tage zuvor genug Fleisch kauften. Es sollten nur Kriegswurst und Kriegskäse hergestellt werden; wenn nur eine, oder höchstens zwei bis drei Sorten angefertigt werden dürften, so werde das zur Verbilligung dienen. Die jetzigen Butterpreise seien für die unbemittelten zu hoch. „Wir verlangen nicht, daß die Produzenten unter den Erzeugungskosten verkaufen sollen, es sollen nur die Auswüchse beseitigt werden." Den Gemeinden sei ein weiteres Eingreifen aus finanziellen Gründen erschwert, weshalb das Reich ihnen zu Hilfe kommen müsse. Es müsse eine lückenlose Festsetzung von Höchstpreisen eintreten. Der von einem Zentrumsblatt geforderte wirtschaftliche Diktator würde sich noch weniger von Einflüssen frei machen können, die nicht als günstige bezeichnet werden könnten. Bei der Festsetzung der Kartoffelhöchstpreise schienen Unstimmigkeiten zwischen dem preußischen Landwirtschaftministerium und den Reichsstellen bestanden zu haben. Es gebe nur einen Diktator, der segensreich wirken könne, das sei die öffentliche Meinung. Man möge doch den einstimmigen Beschluß des Reichstags ausführen, nämlich eine Reichslebensmittelzentrale zu errichten, die die ganze Volksernährung überwachen solle. Der Reichstag sollte ständig mitreden.

Nach dem sozialdemokratischen Redner ergriff ein konservativer Abgeordneter das Wort. Er hob hervor, daß wir auskommen würden, solange die Erzeugung im Lande nicht zurückgeht. Hierauf muß dauernd die größte Rücksicht genommen werden. Die Erhebungen seien nicht ganz zuverlässig. Es müsse vermieden werden, daß weniger intensiv gewirtschaftet werde. Infolge der Verfütterung von Futterrüben sei die Rübenablieferung an die Zuckerfabrikation gegen die Vorjahre etwas zurückgeblieben. Der Rückgang der Produktion an Butter und Fetten sei nicht allein auf das Mißverhältnis zwischen Erzeugungs- und Verwertungspreis zurückzuführen. Der beste Regulator des Verbrauchs seien, wie der Volkswirtschaftler Richard Calwer ausgeführt habe, die Preise. Es sei unbedingt vaterländische Pflicht aller Landwirte, aus dem Boden zu holen, was möglich sei, auch dann noch, wenn es sich etwa nicht mehr lohnen sollte. So dächten nicht nur alle Männer, sondern auch alle Frauen in der Landwirtschaft. Natürlich habe diese Opferwilligkeit ihre Grenze in der Leistungsfähigkeit. Darum müsse zwischen

Erzeugungs- und Verkaufspreis

das richtige Verhältnis bestehen; es sei aber auf einigen Gebieten beeinträchtigt. Die Futtermittelpreise seien unverhältnismäßig höher gestiegen als die Preise für Vieh und Fleisch. Die Produktion eines Liters Milch koste heute 15 ₰ mehr als in normalen Zeiten. Es wäre zu wünschen, daß auch in den andern Bundesstaaten das Vorgehen des preußischen Finanzministers befolgt werde, der sich bereit gefunden habe, Beträge zur Vermehrung der Fleisch- und Fettvorräte durch Anschaffung von Schrot und andern Futtermitteln für die Schweinemästung zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für eine allgemeine Durchführung dieser Maßnahmen im ganzen Reiche würden nur den Kosten weniger Kriegstage gleichkommen, und ein solches Opfer wäre um so eher zu tragen, als auf diese Weise die Quelle vieler Mißstimmungen verstopft würde. Es sei unwirtschaftlich, etwa dem einen Landwirt die Futtermittel zu nehmen, um sie dem andern zu geben. Dies würde letzten Endes die Einführung der Gemeinwirtschaft bedeuten, wie sie in Rußland bestehe, und die noch nicht ein Drittel unserer Erträge liefere. Auf dem Gebiete der

Kartoffelversorgung

hätte ein Übereinkommen mit den zuständigen Landwirtschaftskammern gute und billige Versorgung bewirkt. Man habe aber im letzten Moment eine Beschlagnahme für nötig erachtet. Wenn nur die genügenden Eisenbahnwagen gestellt worden wären, so hätte im Westen eine Kartoffelknappheit nicht bestanden. Von Ausnahmefällen abgesehen seien Kartoffeln zum Zweck von Preistreibereien nicht zurückgehalten worden. Eine Ursache der Preissteigerung liege auch darin, daß im allgemeinen innerhalb des Landes mehr verdient werde. Für die Ver-

Kölnische Zeitung 4./XII. 1915

II.

65

Die Volksversorgung im Hauptausschuß

sorgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger müsse mehr gesorgt werden, da die Produktion durch Mehrverwendung von Stickstoffdünger gesteigert werde. Bessere Organisation der Gefangenenarbeit würde namentlich auch die kleinen Landwirte den Mangel an Arbitskräften besser ertragen lassen; man habe den Landwirten die Pferde zu billigen Preisen genommen und solle ihnen daher auch wieder billige Pferde zur Verfügung stellen. Der Redner faßt seine Ausführungen dann zusammen, daß die notwendigen Lebensmittel zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt werden müßten, die Produktion aber nicht gestört werden dürfe. Darauf tritt die Mittagspause ein.

Die Beratung wurde am Nachmittag fortgesetzt. Ein zweiter sozialdemokratischer Redner führte aus, daß ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zweifellos ein Unglück sein würde. Gewiß muß der Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Kosten decken. Zu bekämpfen sind nur ungerechtfertigte Preise. Aber Unzufriedenheit bekämpft man auf die Dauer nicht durch Pressezensur, sondern durch Beseitigung der Ursachen. Die Vorräte reichen, wie uns von der Regierung dargelegt wurde, aus, aber es muß auch für richtige Verteilung und mäßige Preise gesorgt werden. In dieser Hinsicht hat es das Reichsamt des Innern noch fehlen lassen. Es ist unrichtig, daß die Städter bei den Kartoffeln zu wählerisch seien, sie wollen nur genießbare Kartoffeln. Bei allen Maßnahmen der Regierung sind die großen Vermittler und die großen Unternehmungen immer sehr gut weggekommen. Der spekulative Zwischenhandel muß ausgeschaltet und die Kartoffelversorgung in die Hände der Gemeinden gelegt werden. Man sollte die Landwirte dadurch zur Hergabe ihrer Vorräte veranlassen, daß man für das Frühjahr niedrigere Preise festsetzt als jetzt. Der Reichstag darf nicht ausgeschaltet werden; er muß die Stellung des Staatssekretärs des Innern gegenüber gewissen einzelstaatlichen Einflüssen stärken.

Der Staatssekretär führte zur Angelegenheit der Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsleitung und preußischer Landwirtschaftsverwaltung aus, daß die Meinungen über das Richtige und Notwendige eben verschieden seien; wenn das preußische Landwirtschaftsministerium einen größern Schutz der Produzenten für notwendig halte, so tue es nur seine Pflicht. Es sei darauf angekommen, die Monopolisierung der Kartoffeln in den Gemeindeverwaltungen zu sichern. Das sei durch die Verordnung vom 25. September d. J. geschehen. Ein Zentrumsabgeordneter hob gleichfalls die Notwendigkeit hervor, die Verteilung richtig einzurichten; er ermahnte die Kritik, eingedenk zu sein, uns nicht vor dem Auslande bloßzustellen. Das Volk müsse den ernsten Willen sehen, daß alles geschähe, um die Lebensmittel ausreichend und zu erschwinglichen Preisen zu beschaffen. Der Staatssekretär möge offen sagen, wo die Widerstände liegen und ob die Verhandlungen mit den Einzelstaaten so glatt verlaufen seien, wie dies im Kriege nötig ist. Der Redner fragt, warum der Weg der Versorgung durch die Organisationen der Landwirte nicht betreten worden sei, ob sie Widerstand geleistet hätten, ob dies der Handel getan oder schließlich die Städte versagt hätten. Verschiedentlich stelle der Zwischenhandel für die Vermittlung zwischen Groß- und Kleinhandel übertriebene Forderungen; aber es habe auch verstimmt, wenn die Landwirte hier und da bockbeinig waren. Zu begrüßen sei, daß jetzt auch kleinere Mengen von Kartoffeln beschlagnahmt werden können. Einen besonders großen Kartoffelverbrauch hat das Industriegebiet des Westens, dessen Versorgung auf alle Fälle gesichert werden müsse. Die fleischlosen Tage müßten bestehen bleiben; denn durch sie werde auch jenen Bevölkerungskreisen begreiflich gemacht, daß Krieg ist, die sich bisher nicht eingeschränkt haben. Die Schweinepreise seien so geregelt, daß sehr bald eine bessere Versorgung der Städte mit Fleisch eintreten werde. Die Versorgung mit Futtermitteln ist äußerst wichtig; ob die Bereitstellung von 100 Millionen zur Schweinemästung der richtige Weg sei, müsse sich noch zeigen.

Der Staatssekretär erklärte, daß die Debatte ergeben werde, was zur Besserung der Lage noch zu geschehen habe. Nicht einzelne seien an den Schwierigkeiten schuld, sondern die vorliegenden Verhältnisse. Bei allen Instanzen hätten die Erfahrungen des Vorjahres dazu geführt,

besonders vorsichtig zu sein.

Diejenigen, die sich entschieden gegen einschneidende Maßregeln wehrten, beriefen sich gerade auf die Erfahrungen des Vorjahres. Die Städte haben von den Vollmachten der Septemberverordnung teilweise erst Gebrauch gemacht, als sich die Möglichkeit ergab, sich freihändig zu versorgen. Der Bundesrat habe ihn, den Staatssekretär, nach Kräften unterstützt, was er ausdrücklich dankend anerkenne. Die Schwierigkeit liege darin, daß es sich nicht nur um Ernährungsfragen, sondern auch um psycholgische Fragen handle, was man noch nicht allgemein erfaßt habe. Der Präsident der Reichsgetreidestelle und Unterstaatssekretär im preußischen Finanzministerium bezeichnete die Bedenken des Zentrumsredners gegen die Bereitstellung von Mitteln zur Schweinemästung als nicht begründet. Diese Maßnahme sei nötig, um die Mästung von Fettschweinen zu sichern, damit Fett gewonnen werde. Ein weiterer sozialdemokratischer Redner bemängelte, daß der Bundesrat seine Verordnungen nicht immer mit der erwünschten Schnelligkeit erlassen habe; es sei allgemein bekannt, daß der Widerstand vielfach in Preußen lag. Hierdurch könne gegebenenfalls die Frage einer Verfassungsänderung aktuell werden. Man müsse fordern, daß eine ebenso umfassende Organisation wie für das Brot auch für Milch, Butter und Fleisch geschaffen werde. Die fleischlosen Tage nützten nicht so viel, wie der Zentrumsredner annehme. Wenn auch die Futtermittel knapp seien, so dürften doch immerhin Fettschweine vorhanden sein, die man jetzt schon abschlachten könne. Auf dem Gebiet der

Butterversorgung

sei Bayern vorbildlich, das den Preis auf 2 ℳ festsetzen konnte gegen 2,55 ℳ in Norddeutschland. Die Bestimmung, daß nur Kartoffeln von Güter über 10 Hektar beschlagnahmt werden können, beruhe dem Vernehmen nach auf einem Kompromiß mit dem Landwirtschaftsminister. Die Denkschrift des Bundesrats hätte etwas eingehender die Zustände auf dem Lebensmittelmarkt schildern sollen, die die Notwendigkeit zeitigen Durchgreifens bewiesen. Unbegründet sei der Vorwurf, daß die Städter zu wählerisch seien. Leider seien Kartoffeln für Frankfurt infolge Verzögerung der Verladung erfroren. Es müßte eben vollendete Ordnung geschaffen werden, und die dürfe weder durch einen Mangel an Entschlußkraft, noch durch äußere Widerstände verhindert werden.

Der Staatssekretär erwiderte, daß es für das Überschußland Bayern viel leichter war, die Butterfrage zu regeln, als für die Zuschußbezirke. Pommern, das gleichfalls ein Überschußgebiet ist, hat es so gemacht wie Bayern, und der Erfolg davon ist, daß Berlin jetzt eine Butterknappheit hat. Die Reichsregierung erwägt eine Regelung nach der Richtung, daß größere Molkereien einen Teil ihrer Erzeugung für die Zuschußbezirke abgeben.

Nächste Sitzung: Samstagvormittag 10 Uhr.

Kölnische Zeitung 4./XII. 1915.

Wirtschaft und Recht.

Richt- und Höchstpreise.

WTB **Berlin**, 3. Dez. (Telegr.) Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat für den Großhandel in geschlachteten Schweinen Richtpreise, abgestuft entsprechend den Klassen der Bundesratsverordnung über die Höchstpreise für lebende Schweine festgesetzt. Diese Richtpreise werden für die Verkaufsvermittlung in der Zentralmarkthalle maßgebend sein und der Preisprüfung im Großhandel ebenfalls zugrunde gelegt werden. Die Beratungen der Preisprüfungsstelle über die Festsetzung von Höchstpreisen für Wurstwaren stehen vor dem Abschluß. Die Preisprüfung der Seifen und Kerzen ist ebenfalls eingeleitet. Besonders soll der übermäßigen Preisforderung und Preistreiberei in Kerzen, die sich jetzt zur Weihnachtszeit besonders bemerkbar macht, mit aller Entschiedenheit, wenn nötig durch Strafverfolgung, entgegengetreten werden.

Vossische Zeitung
4./XII. 1915

Die Volksernährung vor dem Haushaltsausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat gestern bei der Beratung über die Fragen der Volksernährung noch keine Beschlüsse gefaßt.

Nach dem sozialdemokratischen Redner hob ein konservativer Abgeordneter hervor, daß wir auskommen werden, solange die Erzeugung im Lande nicht zurückgeht. Die Erhebungen sind nicht ganz zuverlässig. Es muß vermieden werden, daß weniger intensiv gewirtschaftet wird. Infolge der Verfütterung von Futterrüben ist die Rübenablieferung an die Zuckerfabrikation gegen die Vorjahre etwas zurückgeblieben. Der Rückgang der Produktion an Butter und Fetten ist nicht allein auf das Mißverhältnis zwischen Erzeugungs- und Verwertungspreis zurückzuführen. Der beste Regulator des Verbrauchs sind, wie der Volkswirtschaftler Richard Calwer ausgeführt hat, die Preise. Die Futtermittelpreise sind unverhältnismäßig höher gestiegen als die Preise für Vieh und Fleisch. Die Produktion eines Liters Milch kostet heute 15 Pf. mehr als in normalen Zeiten. Auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung hätte ein Uebereinkommen mit den zuständigen Landwirtschaftskammern gute und billige Versorgung bewirkt, man hat aber im letzten Moment eine Beschlagnahme für nötig erachtet. Wenn nur die genügenden Eisenbahnwagen bestellt wären, so hätte im Westen eine Kartoffelknappheit nicht bestanden. Von Ausnahmefällen abgesehen, sind Kartoffeln zum Zweck von Preistreibereien nicht zurückgehalten worden. Eine Ursache der Preissteigerung liegt auch darin, daß im allgemeinen innerhalb des Landes mehr verdient werde. Der Redner faßt seine Ausführungen dann zusammen, daß die notwendigen Lebensmittel zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt werden müssen, die Produktion aber nicht gestört werden dürfe.

Nach der Mittagspause führte ein zweiter sozialdemokratischer Redner aus, daß ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zweifellos ein Unglück sein würde. Gewiß muß der Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Kosten decken, zu bekämpfen sind nur ungerechtfertigte Preise. Aber Unzufriedenheit bekämpft man auf die Dauer nicht durch Pressezensur, sondern durch Beseitigung der Ursachen. Die Vorräte reichen, wie uns von der Regierung dargelegt wurde, aus, aber es muß nun auch für richtige Verteilung und mäßige Preise gesorgt werden. In dieser Hinsicht hat es das Reichsamt des Innern noch fehlen lassen. Es ist unrichtig, daß die Städter bei den Kartoffeln zu wählerisch seien, sie wollen nur genießbare Kartoffeln. Bei allen Maßnahmen der Regierung sind die großen Vermittler und die großen Unternehmungen immer sehr gut weggekommen. Der spekulative Zwischenhandel muß ausgeschaltet und die Kartoffelversorgung in die Hände der Gemeinden gelegt werden. Man sollte die Landwirte dadurch zur Hergabe ihrer Vorräte veranlassen, daß man für das Frühjahr niedrigere Preise festsetzt als jetzt. Der Reichstag darf nicht ausgeschaltet werden; er muß die Stellung des Staatssekretärs des Innern gegenüber gewissen einzelstaatlichen Einflüssen stärken.

Der Staatssekretär führte zur Frage der Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsleitung und preußischer Landwirtschaftsverwaltung aus, daß die Meinungen über das Richtige und Notwendige eben verschieden seien; wenn das preußische Landwirtschaftsministerium einen größeren Schutz der Produzenten für notwendig halte, so tue es nur seine Pflicht. Es sei darauf angekommen, die Monopolisierung der Kartoffeln in den Gemeindeverwaltungen zu sichern. Das sei durch die Verordnung vom 25. September dieses Jahres geschehen.

Ein Zentrumsabgeordneter hob gleichfalls die Notwendigkeit hervor, die Verteilung richtig einzurichten. Das Volk müsse den ernsten Willen sehen, daß alles geschähe, um die Lebensmittel ausreichend und zu erschwinglichen Preisen zu beschaffen. Der Staatssekretär möge offen sagen, wo die Widerstände liegen und ob die Verhandlungen mit den Einzelstaaten so glatt verlaufen seien, wie dies im Kriege nötig ist. Die fleischlosen Tage müßten bestehen bleiben, denn durch sie werde auch jenen Bevölkerungskreisen begreiflich gemacht, daß Krieg ist, die sich bisher nicht eingeschränkt haben. Die Schweinepreise seien so geregelt, daß sehr bald eine bessere Versorgung der Städte mit Fleisch eintreten werde. Die Versorgung mit Futtermitteln ist äußerst wichtig. Ob die Bereitstellung von 100 Millionen zur Schweinemästung der richtige Weg sei, müsse sich noch zeigen.

Der Staatssekretär erklärte: Nicht Einzelne seien an den Schwierigkeiten schuld, sondern die vorliegenden Verhältnisse. Bei allen Instanzen hätten die Erfahrungen des Vorjahres dazu geführt, besonders vorsichtig zu sein. Diejenigen, die sich entschieden gegen einschneidende Maßregeln wehrten, beriefen sich gerade auf die Erfahrungen des Vorjahres. Die Städte haben von den Vollmachten der Septemberverordnung teilweise erst Gebrauch gemacht, als sich die Möglichkeit ergab, sich freihändig zu versorgen. Der Bundesrat habe ihn, den Staatssekretär, nach Kräften unterstützt, was er ausdrücklich dankend anerkenne. Die Schwierigkeit liege darin, daß es sich nicht nur um Ernährungsfragen, sondern auch um psychologische Fragen handele, was man noch nicht allgemein erfaßt habe.

Der Präsident der Reichsgetreidestelle und Unterstaatssekretär im preußischen Finanzministerium bezeichnete die Bedenken des Zentrumsredners gegen die Bereitstellung von Mitteln zur Schweinemästung als nicht begründet. Diese Maßnahme sei nötig, um die Mästung von Fettschweinen zu sichern, damit Fett gewonnen werde.

Ein weiterer sozialdemokratischer Redner bemängelte, daß der Bundesrat seine Verordnungen nicht immer mit der erwünschten Schnelligkeit erlassen habe; es sei allgemein bekannt, daß der Widerstand vielfach in Preußen lag. Hierdurch könnte gegebenenfalls die Frage einer Verfassungsänderung aktuell werden. Man müsse fordern, daß eine ebenso umfassende Organisation wie für das Brot auch für Milch, Butter und Fleisch geschaffen werde. Die fleischlosen Tage nützten nicht soviel, wie der Zentrumsredner annehme. Wenn auch die Futtermittel knapp seien, so dürften doch immerhin Fettschweine vorhanden sein, die man jetzt schon abschlachten könne. Auf dem Gebiet der Butterversorgung sei Bayern vorbildlich, das den Preis auf 2 M. festsetzen konnte gegen 2.55 in Norddeutschland. Die Bestimmung, daß nur Kartoffeln von Gütern über 10 Hektar beschlagnahmt werden können, beruhe dem Vernehmen nach auf einem Kompromiß mit dem Landwirtschaftsminister. Unbegründet sei der Vorwurf, daß die Städter zu wählerisch seien. Leider seien Kartoffeln für Frankfurt infolge Verzögerung der Verladung erfroren. Es müßte eben vollendete Ordnung geschaffen werden, und dies dürfe weder durch einen Mangel an Entschlußkraft, noch durch äußere Widerstände verhindert werden.

Der Staatssekretär erwiderte, daß es für das Ueberschußland Bayern viel leichter war, die Butterfrage zu regeln, als für die Zuschußbezirke. Pommern, das gleichfalls ein Ueberschußgebiet ist, hat es so gemacht, wie Bayern, und der Erfolg davon ist, daß Berlin jetzt eine Butterknappheit hat. Die Reichsregierung erwägt eine Regelung nach der Richtung, daß größere Molkereien einen Teil ihrer Erzeugung für die Zuschußbezirke abgeben.

Nächste Sitzung: Sonnabend vormittag 10 Uhr.

Hamburger Fremdenblatt

4/VII. 1915

Angebliche Streckung von Nahrungsmitteln.

Wirksame Mittel zur Ueberwindung der durch den Krieg geschaffenen Schwierigkeiten bestehen nur darin, daß man sich zweckmäßig der veränderten Lage anpaßt. Infolge der Knappheit einzelner Lebensmittel finden sich leider viele Leute, die in „wohlwollender" und „humaner" Weise ihre Mitbrüder und -schwestern lehren, diese Klippen fein zu umsegeln, durch Ankauf der von ihnen auf den Markt geworfenen „Streckungsmittel" oder Surrogate.

Solange Preis und Nährwert der Surrogate in einem normalen Verhältnis stehen und auch in der Zusammensetzung dem zu ersetzenden naturreinen Nahrungsmitteln ähneln, sind diese Bestrebungen begrüßenswert. Allein es soll an einigen Beispielen gezeigt werden, wie überaus vorsichtige Hausfrauen beim Ankauf der Surrogate und „angeblichen Streckungsmittel" vorgehen müssen, um nicht unnütz Geld zu verausgaben.

In jüngster Zeit findet man mit großer Reklame „Butterstreckmittel" angepriesen, die in einwandfreier Weise die Butter strecken sollen. Diese Wunderpulver bestehen im wesentlichen aus einer kleinen Menge schwach gefärbten Stärkemehls, werden zum zehnfachen Preise ihres reellen Wertes vertrieben und erzeugen in Wasser gequollen statt „Butter" regelrechten „Stärkekleister". Diese „Strecker" schädigen Gesundheit und Vermögen der Volksgenossen.

Will man die Butter strecken, so greife man zu Gelees, Marmeladen, Kunsthonig usw. — Da werden nun in großer Menge „Kunsthonigpulver" angepriesen, die größtenteils aus gefärbtem aromatisiertem Zucker mit Weinsäurezusatz bestehen und den Vorzug genießen, sehr teuer zu sein. Nach folgendem sehr billigen Rezept kann sich jeder einen gutschmeckenden aromatischen gelben Kunsthonig von vorzüglicher Bekömmlichkeit selbst herstellen: 10 Pfund Zucker löse man in 10 Liter Wasser, füge 5 Gramm Milchsäure (aus der Apotheke) hinzu und koche auf freiem Feuer und Umrühren bis auf ungefähr 11 bis 12 Pfund ein, zweckmäßig in gut emaillierten oder verzinnten Gefäßen. Das Produkt erstarrt allmählich wie Naturhonig zu einer schmalzartigen Masse.

Auch den verschiedenen „Eier-Ersatz-Präparaten" muß man mit Vorsicht begegnen. Einige derselben enthalten neben gefärbtem Kartoffelmehl nur geringe Mengen Pflanzeneiweiß. Es ist doch eigentlich ganz klar, daß alle diese Präparate, selbst wenn sie vollen Ersatz darstellen, viel zu teuer sind. In neuester Zeit wird sogar „Kartoffelmehlersatz" (Zentner 18—20 Mark) angepriesen. Dieses Produkt besteht aus Spelzenmehl unter Zusatz von Holzmehl und ist sehr geeignet, die menschliche Gesundheit zu schädigen.

Werfen wir noch einen Blick auf die „Liebesgaben-Industrie". **Gefälscht** wurden hier sehr häufig: Kaffee- und Teetabletten, Kakaowürfel, Milchtabletten und Kakao. Die Schäden liegen hier einmal in offenbaren Schwindelprodukten, die nur zur Bereicherung von skrupellosen Fabrikanten dienen, zum anderen sind die Liebesgaben zwar vollwertig, aber viel zu teuer. Das zweckmäßigste ist auch hier, von einwandfreien Firmen gute Nahrungs- und Genußmittel zu kaufen und selbst die Feldpostpackungen zusammenzustellen. Naturbutter ist abzuschmelzen und nur das Fett zu senden.

Es ist zu befürchten, daß unter den bestehenden Verhältnissen die Surrogatwirtschaft und die „angeblichen Streckungsmittel" noch weiterhin die schönsten Blüten treiben werden. Die Hausfrauen sollten aber doppelt und dreifach vorsichtig sein, diese Mittel genau zu prüfen, um auf die Bauernfängerei nicht hineinzufallen. Man halte sich möglichst an naturreine Nahrungs- und Genußmittel.

Tägliche Rundschau 4./III. 1915

Die Ernährungsfragen im Reichstagsausschuß.

Der Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt setzte am Sonnabend vormittag die Beratung der Volksernährungsfragen fort. Ein welfischer Abgeordneter zog aus der bisherigen Erörterung den Schluß, daß die Vorräte an Brotkorn und Kartoffeln bei fortgesetzt sparsamer Wirtschaft ausreichen. Die meisten Schwierigkeiten werde die Versorgung mit Fett bereiten. Die Zählung vom 1. Oktober hat zwar einen nicht unerheblichen Zuwachs an Schweinen ergeben, aber an Fettschweinen besteht zurzeit noch ein Mangel. Günstiger liegt die Sache beim Rindvieh. Unser Pferdebestand ist an Zahl nicht zurückgegangen, in Zukunft wird dafür gesorgt werden müssen, daß auch die Güte die alte bleibe. Verstimmung erregte es, daß die Verordnungen der Regierung verspätet kamen und lückenhaft waren. Die Futterpreise stiegen seit Beginn der Weidezeit, dann setzte auch die Preissteigerung in Kopenhagen ein. Hätte man damals den Preis auf 2 Mark festgesetzt, so wäre dies des Weidegangs wegen ausreichend auch für den Verbraucher gewesen.

Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern gab Auskunft über die Heranführung von Vorräten auf der Donau, solange sie fahrbar bleibe. Ueber die Schwierigkeiten auf dem Fettmarkt werde man durch eine bessere Organisation des Handels hinwegkommen müssen, die inzwischen eingetreten ist.

Der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei führte aus, daß die Erhebungen über die Bestände an sich nicht gerade gewaltige Ueberschüsse ergeben, jedoch lehre die Erfahrung, daß die Angaben bei den Erhebungen stark hinter der Wirklichkeit zurückzubleiben pflegen. Sobald sich die tatsächlichen Bestände übersehen lassen, müsse die Brotration erhöht werden. Die Leistungsfähigkeit der Donauschiffahrt am Eisernen Tore könnte durch Einrichtung von Schleppbahnen verdoppelt werden. Ebenso wäre die Leistungsfähigkeit der ungarischen Eisenbahnen durch Anlage von Ausweichstellen zu steigern. So könnte es ermöglicht werden, die Butterversorgung bedeutend zu verbessern. Die Verordnungen hätten viel früher erfolgen können, wenn nicht durch die Vorverhandlungen mit Preußen und insbesondere mit dem Landwirtschaftsministerium soviel Zeit verloren ginge. Um diese Verschleppung zu vermeiden, möge man damit brechen, die Bundesratsverordnungen stets zunächst dem preußischen Staatsministerium vorzulegen. Wäre die Kartoffelverordnung früher erlassen worden, so hätte man viele Schwierigkeiten vermieden. Auch hier läge die Schuld an den gleichen Ursachen. Das jetzige milde Wetter sollte man benutzen, um die Versorgung der großen Städte zu beschleunigen. Das Geschäftsgebaren der Zentraleinkaufsgesellschaft verteuere vielfach die Waren. (Der Redner verlas zum Beweise dafür verschiedene Zuschriften.) Dieses Vorgehen erschwere die Einfuhr und rufe beim Handel wie bei Erzeugern und Verbrauchern Verärgerung hervor. Man sollte den

Großhandel regeln und ihn verpflichten,

die Waren mit einem mäßigen Aufschlag an den Kleinhandel weiterzugeben, dann würden auch die Klagen über Bevorzugungen und Zurücksetzungen verstummen. Die Versorgung müsse erleichtert und gleichmäßiger werden. Gelegentlich wird die schnelle Verteilung auch durch im Kriege unvermeidlichen Wagenmangel erschwert; die Militärverwaltung möge tunlichst einen Teil der gelernten Leute in den Betrieben belassen.

Der Reichsschatzsekretär erklärte die Ausführungen des Vorredners über die Widerstände im preußischen Staatsministerium als nicht zutreffend. Wenn Verzögerungen entstanden seien, so waren sie auf die Notwendigkeit gründlicher Beratung zurückzuführen. — Ein Regierungsvertreter stellte in bezug auf die vorhin verlesenen Schriftstücke fest, daß es sich bei dem Vorgehen der Z. E. G. darum handelte, der Allgemeinheit einen Teil des in Aussicht stehenden großen Gewinns zu sichern. So wie jetzt die Einrichtung sei, erscheine die richtige Verteilung am besten gesichert.

Ein reichsparteilicher Abgeordneter wünschte dringend die Erhöhung der Brotration im Interesse aller körperlich Arbeitenden. Nach dem Ausfall der Viehzählung vom 1. April erscheine die Fettversorgung gesichert. Die Zunahme der Schweine im Alter von ¾ bis zu einem Jahre sei geradezu erstaunlich. Wenn das Landwirtschaftsministerium nicht die Interessen der Landwirtschaft vertreten solle, so wäre es überhaupt überflüssig. Daß die Reichsgetreidestelle die Brotversorgung des Volkes für mehr als gesichert halte, werde durch die Ueberweisung erheblicher Brotkornmengen zur Fütterung bewiesen. Die Kartoffelernte sei eine reiche. In den Viehbeständen haben wir so große Reserven, daß jegliche Sorge unberechtigt erscheinen müßte. Butterkarten würden wenig nützen; damit vermehre man die Vorräte nicht. Zu begrüßen sei das Vorgehen des preußischen Finanzministers, den Schweinemästern zu angemessenen Preisen Futter zur Verfügung zu stellen. — Denjenigen, die nicht in der Lage sind, sich die erforderlichen Lebensmittel zu verschaffen, müsse geholfen werden. Neben dem Brotgetreide sind die Kartoffeln das unentbehrliche Lebensmittel. Frühkartoffeln seien in sehr erheblichem Maße angebaut, ihre Ernte wie die der Spätkartoffeln habe sich durch die Witterung verzögert, und die Ueberführung der Kartoffelmengen gelang nicht, weil die größeren Gemeinden sich um die Frühkartoffeln nicht bekümmert hätten, als dann frühzeitig im Osten Frost eintrat, seien die Gemeinden unruhig geworden und hätten die Abfuhr verlangt, die wegen der noch nicht beendeten Rübenernte aber nicht möglich gewesen sei. Von einem

Mangel an gutem Willen könne nicht gesprochen werden.

Tägliche Rundschau
4./XII. 1915

4
73

Die Mobilmachung der Hausfrauen.

Ueber den notwenigen Zusammenschluß der deutschen Hausfrauen zu einer starken volkswirtschaftlichen Kraft sprach Frau Emma Stropp gestern anläßlich einer Veranstaltung der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Frauenbundes. Bezugnehmend auf die derzeitige Teuerung legte die Rednerin dar, daß es Pflicht der Hausfrauen Deutschlands sei, die Interessen der Verbraucherinnen mehr wie bisher zum öffentlichen Ausdruck zu bringen. Die deutschen Frauen, die hauptsächlichsten Träger des Verbauchs, müßten ihre vaterländische Aufgabe nicht nur darin sehen, durch Anpassung an die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse und Sparsamkeit im einzelnen der Gesamtheit zu dienen, sondern ebenso sehr danach trachten, durch geeignete Vertreterinnen, die als Beauftragte eines Hunderttausende umfassenden Verbandes Sitz und Stimme bei den gemeinsamen Beratungen der maßgebenden Stellen zu erhalten, Einfluß auf die volkswirtschaftlichen Maßnahmen zu gewinnen. Die Tätigkeit und die wirtschaftliche Bedeutung der „Reichsorganisation österreichischer Hausfrauen" schildernd, der es schon zu Friedenszeiten gelang, das preistreibende Zuckerkartell zu sprengen und damit eine Verbilligung der Zuckerpreise herbeizuführen, wies Frau Emma Stropp auf die Tätigkeit des im Frühjahr dieses Jahres gegründeten „Verbandes deutscher Hausfrauen-Vereine" hin, dessen Organisation, Ziele und bisherige Arbeit sie eingehend beleuchtete.

Pflicht jeder einsichtigen deutschen Hausfrau sei es, durch Beitritt zu den von dem Verbande begründeten oder noch ins Leben zu rufenden Hausfrauenvereinen den friedlichen Wehr- und Nährkampf der Frauen zu unterstützen und dessen zahlenmäßige Bedeutung zu erhöhen.

Wohl seien sich die deutschen Hausfrauen bewußt, daß Durchhalten auch ihre Losung sei, in den meisten lebe der Wille, sich den Urgroßmüttern von 1806 bis 1814, der Zeit der „schweren Not", würdig zu erweisen, wo aber andere Einflüsse als die vaterländische Notwendigkeit Einschränkungen notwendig machten, die eine Unterernährung des Volkes befürchten ließen und damit eine Schädigung der Volksgesundheit, müßten auch sie in der Lage sein, einheitlich und geschlossen durch die Vertreterinnen ihres Verbandes die Stimme dagegen zu erheben, gesetzliche Maßnahmen zur Abstellung erkannter Mißstände anzuregen und deren Durchführung zu unterstützen und zu beschleunigen. Bisher seien die Hausfrauen in der Mehrzahl nur der „leidende Teil" gewesen, Zeit sei es, zu handeln, durch Weiterentwicklung der hauswirtschaftlichen Kenntnisse der einzelnen Frauen, durch vertiefte hauswirtschaftliche Ausbildung der weiblichen Jugend, die in weitestem Sinne zu „umsichtigen" Hausfrauen herangebildet werden müßten, umsichtig im eigenen Haushalt, aber auch umsichtig im Ueberblick über die großen Ernährungsfragen des Volkshaushalts, weiter aber auch durch zielbewußten Zusammenschluß, um durch ihn nicht nur die Symptome der jetzigen Teuerung, der sich eine Friedensteuerung anschließen dürfte, entgegenzutreten, sondern auch mit Hand anzulegen, deren Wurzeln auszugraben. Bisher hätten gerade die Hausfrauen, die sich selbst als die „guten" bezeichnen, sich allen Organisationsbestrebungen verschlossen, gerade diese hätten aber den stärksten Familienegoismus gezeigt, als es sich darum handelte, in Rücksicht auf die Allgemeinheit auf überlieferte Küchengewohnheiten zu verzichten. Zeit sei es, darin Wandel zu schaffen, damit die heimkehrenden Krieger ihre Familien gesund wiederfinden, damit aber auch die zahllosen Heimatskämpfer beiderlei Geschlechts leistungsfähig blieben, daß Kindersterblichkeit und gesundheitliche Schädigungen vermieden würden. Die Mitarbeit der Frauen an den Volksernährungsfragen sei vaterländische Pflicht, sie diene der Zukunft Deutschlands. Die Ausführungen, an die sich eine längere Erörterung schloß, wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Fremdenblatt
4./XII. 1915

Statthalter Graf Clary für die Approvisionierung.

Statthalter Graf Clary trifft in umsichtigster Weise Vorsorge für die möglichste Erleichterung der Approvisionierung in Steiermark und da wieder speziell in Graz. Da vielfache Schwierigkeiten schon durch den Mangel an Fuhrwerk verursacht worden sind, hat Statthalter Graf Clary auch in dieser Richtung nach Abhilfe gesucht. Auf Grund einer am 27. v. M. bei der Statthalterei durchgeführten Besprechung wurden im Einvernehmen mit dem Vertreter der Militärbehörde die Grundsätze festgelegt, wonach in der Stadt Graz die Beistellung von Militärpferden für Wirtschaftsfuhren zu erfolgen hat. Die hiefür bestimmten Militärpferde wurden bereitgestellt. Der Stadtrat in Graz hat die Verpflichtung übernommen, darüber zu wachen, daß jeder Mißbrauch wegen Verwendung der Fuhrwerke unterbleibe. Das Ladegewicht einer Fuhre darf unter keinen Umständen das Höchstgewicht von 15 Meterzentner übersteigen. Die Parteien, die Militärfuhrwerke in Anspruch nehmen, haben für jeden Tag und für jedes Fuhrwerk bei einer Mindestleistung von zwei Fuhren im Tage einen Betrag von 7 Kronen 50 Heller zu erlegen, der Kriegsfürsorgezwecken zugute kommt. Jeder Mißbrauch in der Verwendung der Fuhrwerke hat die unnachsichtliche Entziehung der Begünstigung zur Folge.

In Erweiterung der Aktion zur Abgabe von Lebensmitteln und wichtigen Bedarfsartikeln zu ermäßigten Preisen hat Statthalter Graf Clary nunmehr veranlaßt, daß vom 6. d. ab auch Holz und Kohle an Unbemittelte abgegeben werden. Mit Rücksicht auf die noch nicht allzu großen Vorräte an Brennmaterialien, die bei den schwierigen Förderungs- und Zufuhrverhältnissen erst allmählich erhöht werden können, kann die Abgabe von Holz und Kohle vorläufig nur an die Allerbedürftigsten erfolgen. Aus dem Kreise jener, die bereits Karten zum Bezug billiger Lebensmittel besitzen, wurden daher die Aermsten ausgewählt und es wird mit der Verteilung der Bezugscheine für Holz und Kohle an diese in den betreffenden Verkaufsstellen zur Abgabe billiger Lebensmittel Ende dieser Woche begonnen werden.

Zur Behebung der Wildbret-Teuerung hat Statthalter Graf Clary vor kurzem maßgebende Jagdinteressenten nach Graz berufen, wo dann unter seinem Vorsitz eine Besprechung bezüglich des zu ermöglichenden Wildabschusses und der für Wildbret festzusetzenden Preise stattfand. Statthalter Graf Clary ließ sich von jedem einzelnen über den möglichen Abschuß berichten und es wurde dem steiermärkischen Jagdschutzverein übertragen, an sämtliche Jagdinhaber Steiermarks einen Aufruf zu richten, worin im Hinblicke auf die heutigen Verhältnisse zu ersuchen sei, den normalen Jahresabschuß soweit als möglich zu erhöhen. Was die Preise für Wildbret betrifft, so konnte der Statthalter mit Genugtuung feststellen, daß unter den Versammelten eine begrüßenswerte einheitliche Ansicht zum Ausdruck kam, dahingehend, es seien diese Preise gegenüber den normalen Friedenspreisen in keiner Weise zu erhöhen.

Fremdenblatt
4/XII. 1915

Kein Lebensmittelmangel in Deutschland.

K. **Berlin**, 3. Dezember. Der Hauptausschuß des Reichstages setzte die Beratung über die Ernährungsfragen fort. Im Laufe der Beratung äußerte sich der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück über die Lebensmittelversorgung, welche eine der wichtigsten Fragen der inneren Politik sei, und legte die schwierige Lage der heimischen Landwirtschaft dar, deren Produktion durch den Mangel an Arbeitskräften erschwert werde. Der Staatssekretär drückte die Meinung aus, daß im allgemeinen die der Kartoffelversorgung entgegenstehenden Schwierigkeiten jetzt überwunden seien, ebenso die Schwierigkeiten in der Butterfrage. Die Getreideversorgung sei durch eine erhöhte Einfuhr gesichert. Der Staatssekretär betonte schließlich, wir würden unter allen Umständen durchhalten können.

Fremdenblatt Abendbl.
4./XII. 1915

Einkäufe von Lebensmitteln im Auslande.

In jüngster Zeit mehren sich die Ansuchen von Gemeinden und Approvisionierungsorganisationen um die Erwirkung von Ausfuhrbewilligungen für einzelne Artikel, wie Reis und Fett, die ohne Ausfuhrbewilligung bei privaten Firmen loko Schweiz gekauft und teilweise auch bezahlt wurden.

Behufs Bewahrung der Käufer vor Schaden wird, da bis auf weiteres Ausfuhrbewilligungen nicht erwirkt werden können, davor gewarnt, Kaufverträge auf Lieferung von Auslandswaren, für die eine Ausfuhrbewilligung nicht vorliegt, abzuschließen. Allfällige Versprechungen, daß Ausfuhrbewilligungen nachträglich werden erwirkt werden, sind unter keinen Umständen zu berücksichtigen.

Hingegen ist es unbedenklich, Kaufverträge auf Offerte loko inländischer Stationen abzuschließen, sofern ganz unzweideutig bedungen wird, daß die Zahlung erst nach ausgewiesener Einfuhr der gekauften Waren in das Inland erfolgt.

Fremdenblatt 4./XII. 1915

Zur Frage der Höchstpreise.

(Aus der Handelspolitischen Kommission.)

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission stand als erster Punkt die prinzipielle Stellungnahme zur Frage der Höchstpreise (für Vieh und Fleisch, Fett, Milch, Butter, Eier, Oel, Fische und Wildbret). Dem einleitenden Berichte des Kammersekretärs Dr. Ziegler entnehmen wir folgendes: Man hat im allgemeinen mit den Höchstpreisen in Oesterreich keine günstigen Erfahrungen gemacht und es ist merkwürdig, daß gerade Produzenten und Händler, wohl weil sie sich dadurch vor der Beschuldigung der Preistreiberei geschützt glauben, anderseits die Konsumenten in ihrer breiten Masse, weil sie ein begreifliches Interesse an der Vermeidung weiterer Preissteigerungen haben, allgemein für die Erstellung von Höchstpreisen sind, während jene Stellen, insbesondere die Gemeinden, welche für die Versorgung der Bevölkerung verantwortlich sind, auf Grund der bisherigen Erfahrungen sich gegen die Festsetzung von Höchstpreisen aussprechen, von dem Grundsatze ausgehend: lieber teure als gar keine Lebensmittel. Sicher ist, daß trotz aller Fehler, die gemacht werden, die bisher aufgestellten Höchstpreise eine willkürliche Preissteigerung ins Ungemessene verhindert haben und es soll nach den Erfahrungen untersucht werden, inwieweit in der Art der Veranlagung Fehler gemacht wurden und wie diese Fehler in Hinkunft, falls man sich prinzipiell für die Festsetzung der Höchstpreise entscheidet, vermieden werden können. Unter ausführlicher Begründung stellt der Berichterstatter folgende Grundsätze für die Bestimmung von Höchstpreisen auf:

1. Die Höchstpreise müssen, wenn überhaupt beabsichtigt, möglichst frühzeitig festgesetzt werden.

2. Die Festsetzung der Höchstpreise muß beim Produzenten beginnen und für Groß- und Kleinhandel müssen prozentuelle Zuschläge bewilligt werden.

3. Höchstpreise müssen für ein möglichst großes Gebiet, womöglich für das ganze Reich festgesetzt werden und der Differenzierung müssen die Frachtdifferenzen zugrunde liegen.

4. Die Festsetzung von Höchstpreisen darf sich nicht auf bestimmte Artikel beschränken, sondern muß auch alle verwandten und Surrogatartikel betreffen.

5. Rohstoffe und die verschiedenen daraus verfertigten Erzeugnisse müssen nach denselben Grundsätzen gleichzeitig Höchstpreise bekommen, da sie sich gegenseitig konkurrenzieren.

6. Höchstpreise müssen nach oben unabänderlich sein, mindestens für eine ganze Kampagne; länderweise oder bezirksweise Zuschläge dürfen nicht bewilligt werden.

7. Höchstpreise müssen streng durchgeführt und Umgehungsversuche in jedem Falle streng bestraft werden.

8. In Oesterreich muß der größte Nachdruck darauf gelegt werden, daß die Festsetzung von Höchstpreisen für beide Ländergebiete (Oesterreich und Ungarn) möglichst gleichzeitig, einheitlich und den Bedürfnissen Oesterreichs entsprechend durchgeführt werde.

9. Mit den Höchstpreisen muß eine Requisitionsmöglichkeit durch bestimmte öffentliche Stellen gegeben sein.

Vorsteher Vierödl sagte, der jetzige Zeitpunkt sei für die Festsetzung von Höchstpreisen für Fleisch und Fett schlecht gewählt. Es sei auch nicht ausgesprochen worden, welchen Zuschlag der Kleinhändler nehmen dürfe, um nicht mit dem Gesetze in Konflikt zu kommen.

Kommerzialrat Saborsky: Die Festsetzung von Höchstpreisen für Fleisch und Fett ist für Oesterreich nicht von Vorteil. Die einzelnen Komitate Ungarns haben die Berechtigung, Höchstpreise für Fleisch für ihr Gebiet festzusetzen und es sei infolgedessen die Gefahr vorhanden, daß keine Ware nach Wien komme.

Gemeinderat Dr. v. Dorn gibt die Anregung, daß eine Abordnung der Approvisionierungssektion bei den neuen Ministern vorspreche, um sie über die Approvisionierungsverhältnisse der Großstadt eingehend zu informieren und sie zu bitten, bei der Herausgabe von neuen Verordnungen sich mit den bestehenden Konsumentenorganisationen vorerst in Verbindung zu setzen.

Vorsitzender Vizebürgermeister Hoß erwidert, diese Anregung könne nur so aufgefaßt werden, daß die beiden Präsidenten der Handelspolitischen Kommission, Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Präsident v. Schoeller, in Begleitung von einzelnen Delegierten der Approvisionierungssektion bei den Ministern vorsprechen können.

Sämtliche Redner sprachen sich prinzipiell für die Festsetzung von Höchstpreisen für die Gegenstände des täglichen Bedarfes aus, wünschen jedoch, daß diese Festsetzung nur nach gewissen Grundsätzen erfolge, etwa wie sie im Referate skizziert wurde.

Auf Antrag des Gemeinderates Dr. Stich wurde die Abstimmung verschoben.

Neue Freie Presse
4./XII. 1915

Die Musterküche der Rohö.

Die infolge des Krieges so vielfach veränderten Lebensbedingungen, namentlich der Frauen, die Schwierigkeiten der Verköstigung der Familie und die Notwendigkeit für viele Frauen und Mütter, während der Kriegszeit einem Erwerb nachgehen zu müssen, hat in den Kreisen der bürgerlichen Hausfrauen immer mehr den Wunsch nach Erleichterungen, nach Vereinfachung der Wirtschaftsführung wach werden lassen. Die Erfüllung dieses Wunsches brachte nun die Rohö mit der Eröffnung ihrer Musterküche in den Lokalitäten der Olso-Lichtgesellschaft, 1. Bezirk, Bellariastraße 12, der weitere derartige Küchen in den anderen Bezirken folgen sollen. Die im Kellergeschoß gelegene Küche ist sehr hübsch, ganz in Weiß gehalten, mit den modernsten Einrichtungen versehen und hat Raum für 30 Personen.

Die Hausfrauen finden dort Gelegenheit, einer Reihe von Vorträgen beizuwohnen, die mit praktischen Demonstrationen verbunden sein werden. Die Vorträge werden alle wichtigen Fragen betreffen, deren Lösung zur Vereinfachung, Verbesserung und Verbilligung des Haushaltes führen soll. An die Küche — in der dieser Tage eine Vierbundspeisenfolge gezeigt wurde, nämlich Wiener Gemüsesuppe, Fisch mit Salat in den ungarischen Farben Rot-Weiß-Grün, Berliner Schnitzel mit schwarz-gelbem Salat (Nüsse, gelbe Rüben), bulgarische Kartoffeln und türkischer Kaffee mit Halbmondgebäck — reiht sich ein Lesezimmer. Die hübschen Räume wurden von der Präsidentin Frau Frewnd-Marcus mit einer Ansprache eröffnet, der der Vortrag der Küchenleiterin Frau Melanie Zack, die in den Kreisen der Wiener Hausfrauen bereits durch ihre mit so vielem Erfolg durchgeführte Kochkistenaktion bekannt ist, folgte. Die Schlußworte der Eröffnungsfeier sprach Frau Rosa v. Miari.

Die Vorträge in der Musterküche wechseln von Woche zu Woche; sie werden die Verwertung der Innereien, die Zubereitung fettarmer Speisen, die Anwendung von Maschinen in der Küche, sowie das Thema „Roh- und Kulturküche" und anderes behandeln und finden mit Ausnahme von Freitag und Samstag jeden Tag 10 bis 12 Uhr vormittags, von 2 bis 4 Uhr nachmittags, von 4 bis 6 Uhr und von 6 bis 8 Uhr abends statt. An Sonntagen sollen Vorträge für Arbeiterfrauen gehalten werden.

4./XII. 1915

Die hohen Lebensmittelpreise.

Eine „Vereinsversammlung" im Arbeiterbezirk Favoriten.

Im Arbeiterheim Favoriten wurde Donnerstag abend eine Vereinsversammlung des Wahlvereins „Vorwärts" mit Vorträgen über die hohen Lebensmittelpreise abgehalten. Sie war als „allgemein zugänglich" angekündigt worden und wurde zuerst dieses Versehens wegen verboten. Das Verbot wurde dann aufgehoben. Es mußte aber in der Ankündigung ausdrücklich hervorgehoben werden, daß sie nicht „allgemein zugänglich", sondern eine Vereinsversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereines „Vorwärts" sei. Diese Sonderbarkeiten sind unsere Genossen und Genossinnen nicht mehr gewohnt, das heißt sie haben schon auf die Wirkungen eines Ausnahmszustandes auf das Versammlungsrecht vergessen, und die Aenderung in der Ankündigung brachte eine kleine Verwirrung unter ihnen hervor. Viele Vereinsmitglieder glaubten, sie müßten nun besondere Einladungen haben, und da sie solche nicht besaßen, blieben sie der Versammlung fern. Trotzdem wies der große Saal im Arbeiterheim einen guten Besuch auf, der umsomehr Beachtung verdient, als die Arbeiter in den Betrieben im Bezirk in zwölfstündiger Schicht bis 8 Uhr abends arbeiten, viele von ihnen aber auch durch Nachtschichten von dem Versammlungsbesuch abgehalten werden. Die Frauen bildeten die größere Hälfte der Versammlungsbesucher. Ihre Erregung über die Teuerung kam während der Reden der Genossin Popp und des Genossen Neumann wiederholt zu lautem Ausdruck. Der Vorsitzende Pölzer eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache, in der er die Bedeutung der Lebensmittelpreise für die arbeitende Bevölkerung hervorhob.

Hierauf ergriff

Genossin Adelheid Popp

das Wort

Milch sei nicht zu haben, Fleisch sei im Preise derart gestiegen, daß für Arbeiterfamilien die Fleischnahrung unmöglich geworden ist. In einem Züricher Blatte sei die Steigerung der Lebensmittelpreise in den kriegführenden Staaten prozentuell festgestellt worden. Genossin Popp gibt die Zahlen bekannt, die beweisen, daß in Oesterreich die größten Steigerungen vorgenommen wurden. In stürmischen Zwischenrufen äußerte sich der Unmut der Versammelten über den Lebensmittelwucher, der sich darin ausdrückt. Erst nach geraumer Weile konnte Genossin Popp ihren Vortrag fortsetzen. Sie zeigte durch die Marktberichte, daß die Zufuhr von Rindfleisch in der Großmarkthalle nicht geringer war als im vorigen Jahre, woraus hervorgehe, wie wenig die hohen Preise, die verlangt werden, gerechtfertigt seien. Die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung haben versagt. Die staatlichen Unterhaltsbeiträge stellen sich angesichts dieser Teuerung als unzureichend dar. Die Unterhaltsbeiträge zu erhöhen oder aber mindestens die Beiträge für Kinder unter acht Jahren mit den Beiträgen für Kinder über acht Jahre gleichzustellen sei ein Gebot der Notwendigkeit. (Stürmischer Beifall.) Auch ein Säugling kann bei einem Milchpreis bis zu 46 Heller für den Liter nicht mehr mit einem Unterhaltsbeitrag von 44 bis 66 Heller täglich ernährt werden. Die Gleichstellung aller Kinder ist daher notwendig. Die Frauen haben diesen Krieg mit bewunderungswürdigem Opfermut getragen.

Möge die Regierung das Notwendige veranlassen zur Erhöhung der Unterhaltsbeiträge und zur Herabdrückung der Lebensmittelpreise. In diesem Sinne schlug sie der Versammlung eine Entschließung vor, die unter großem, sich immer erneuerndem Beifall angenommen wurde.

Pölzer stellte fest, daß die Versammlung der Entschließung, die auch der Regierung überreicht werden soll, einstimmig beigetreten sei.

Neumann,

der hierauf das Wort nahm, führte aus:

Die Wochenmenge für Oesterreich ist 1960 Gramm Brot oder 1400 Gramm Mehl für einen Bewohner; in Ungarn werden Brot und Weißgebäck ohne Brotkarte abgegeben und die Mehlkarte lautet auf 2800 Gramm in der Woche. Ungarische Großgrundbesitzer verheimlichen ihre Vorräte und von einer Beschlagnahme ist in Ungarn ebensowenig die Rede wie in Oesterreich. Dazu ist die Heranschaffung für den Heeresbedarf nicht im Verhältnis zur Bodenproduktion vor sich gegangen. Oesterreich, das weniger erzeugt, mußte in weit höherem Ausmaß den Heeresbedarf decken als Ungarn. Es ist nicht klug, auf die Zivilbevölkerung, die „durchhalten" soll, so wenig Rücksicht zu nehmen. Man muß ihr das „Durchhalten", möglich machen, und beide Regierungen, die Regierung hüben und die drüben, müßten alle Tatkraft aufwenden, dem Wucher mit Lebensmitteln ein Ziel zu setzen. Jede Zeitungsnotiz wird sorgfältig auf ihre Wirkung geprüft, nichts wird durchgelassen, was aufreizen könnte, aber die aufreizende Wirkung unerschwinglicher Lebensmittelpreise wird übersehen. Lassen sich Schlachtviehpreise, die noch im vorigen Jahre zur gleichen Zeit auf 120 bis 140 Kronen standen und jetzt auf 330 bis 340 Kronen emporgeschnellt sind, noch mit irgend einem Ereignis rechtfertigen? Ist das nicht der ärgste Wucher, der mit den schwersten Strafen geahndet werden sollte? Unsere Regierung hat sich neues Blut eingeimpft. Neue Männer sind in das Ministerium eingetreten. Wird diese Auswechslung die Tatkraft erzeugen, dem Wucher mit Lebensmitteln, der geradezu katastrophale Wirkungen hervorbringt, entgegenzutreten? Der neue Handelsminister soll für die Handelsverträge, für den Ausgleich zu wirken berufen sein. Wird der agrarischen Schutzzollpolitik, der Absperrung vor der Einfuhr, die zum Teil die Ursache dieses furchtbaren Krieges ist, ein Ende gemacht werden?

Die Rede Neumanns löste stürmischen Beifall aus. In ihm und in den Zwischenrufen der Teilnehmer spiegelte die Versammlung die Stimmung der Bevölkerung wider. Hoffentlich wird aus ihr auch die richtige Lehre gezogen.

* *

Neue Freie Presse
4./XII. 1915

Die Versorgung Deutschlands mit Getreide, Kartoffeln und Butter.

Erklärungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück im Reichstag.

Berlin, 3. Dezember.

Der Hauptausschuß des Reichstages setzte die Beratung über die Ernährungsfragen fort. Im Laufe der Beratung äußerte sich der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück über die Lebensmittelversorgung, welche eine der wichtigsten Fragen der inneren Politik sei, und legte die schwierige Frage der heimischen Landwirtschaft dar, deren Produktion durch den Mangel an Arbeitskräften erschwert werde. Der Staatssekretär drückte die Meinung aus, daß im allgemeinen die der Kartoffelversorgung entgegenstehenden Schwierigkeiten jetzt überwunden seien, ebenso die Schwierigkeiten in der Butterfrage. Die Getreideversorgung sei durch eine erhöhte Einfuhr gesichert.

Der Staatssekretär betonte schließlich, wir würden unter allen Umständen durchhalten können.

Vossische Zeitung
5./XII.1915

Die Volksernährung vor dem Haushaltsausschuß.

Die Volksernährung vor dem Reichstagsausschuß.

Die allgemeine Besprechung über die Fragen der Volksernährung ist gestern im Haushaltsausschuß des Reichstags beendet worden. Am Montag vormittag wird der Ausschuß die Einzelberatung der Bundesratsdenkschrift über die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen beginnen.

Gester nachmittag führte im Haushaltsausschuß ein konservativer Abgeordneter vom Bund der Landwirte aus, daß der Ausspruch, der Wille zum Durchhalten habe unter dem Druck der Nahrungsmittelpreise gelitten, durch nichts berechtigt sei. Brot sei nicht wesentlich teurer als im Frieden! Die Kartoffeln ständen unter dem Friedenspreis, und in Deutschland seien die Preise niedriger als im Ausland. Die gleiche Menge Brot, die in Frankfurt 60 Pf. koste, werde in England mit 80 Pf. bezahlt, die Tonne Weizen dort mit 270 M., bei uns mit 260 M., Weizenmehl mit 37,75 gegen 36,75. Der Rindfleischpreis bei uns sei verhältnismäßig wenig gestiegen und sei niedriger als im Auslande. Milch koste in Berlin 28 Pf., in England 48 Pf., die Butter in Petersburg 3,40 M. Deutschland habe also keinen Anlaß zu klagen. Die Sozialdemokraten seien untereinander selbst uneinig, der eine sage, die Landwirte hätten die Kartoffeln zurückgehalten, der andere bestreitet dies. Eine Teuerung sei in Lebensmitteln eigentlich nicht vorhanden! Aber andere Artikel seien um 50 und 100 v. H. gestiegen, z. B. Leder, Eisen usw. Wenn wir uns einigen wollen, dürfe keinem Stande vorgeworfen werden, daß er eigensüchtige Ziele verfolge. Durch Verlesung von Zeitungsstimmen sucht der Redner nachzuweisen, daß die Landwirtschaft und der Bund der Landwirte maßlos verunglimpft wurden. Die Mißstimmung sei von der Presse durch maßlose Angriffe gegen einzelne Stände veranlaßt. Durch gegenseitige Aufklärung und Ausgleich der Interessen sei eine bessere Verständigung anzubahnen. Der Reichsleitung könne der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie nicht rechtzeitig und nicht ausreichend die zur Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln erforderliche Organisation geschaffen habe, so sehr auch die fleißige Arbeit in allen Reichsstellen anzuerkennen sei. Die Ernte an Brotgetreide und Kartoffeln reiche aus, bei den Kartoffeln sei zu berücksichtigen, daß sie wohl nicht so haltbar sein würden wie im Vorjahre. Fett sei knapp, aber Fleisch sei pro Kopf mehr vorhanden als im Jahre 1872. Unser Fleisch- und Fettkonsum war größer als in England; ein Rückgang hierin könne nicht schon als Unterernährung ausgegeben werden. Für die Milchversorgung bedeute schon der Mangel an Arbeitskräften einen Rückgang. Das Reich hätte durch Verträge reichlich Kartoffeln sichern können und müssen, dann wäre die Mißstimmung auf dem Lande geringer, und es wäre doch erwünscht, daß die freudige Stimmung zur zukunftsfrohen Mitarbeit auch der Landbevölkerung erhalten bliebe. Bei den Reichsstellen habe man nicht die auf dem Gebiete der Landwirtschaft genügend sachverständigen Männer zu Rate gezogen. Man lasse dem Landwirt fast nichts von seinen Produkten als Futter. Wenn man überall Höchstpreise einführe, müsse man auch Höchstgrenzen für Arbeiterlöhne ziehen. Man wolle die Produktion erschlagen, um den Konsumenten entgegenzukommen.

Der Reichsschatzsekretär besprach vorliegende Anträge über die Verteilung der Lasten zwischen Reich, Einzelstaat und Gemeinden. Die Einzelstaaten, insbesondere Preußen, seien über das ihnen zufallende Lastendrittel hinausgegangen. Wenn in einem Antrag verlangt werde, daß das Reich allein die Hälfte der ganzen Lasten, die aus der Volksernährung entstehen, übernehme, so dürfen, gegenüber der Absicht der Gegner, den Erschöpfungskrieg durchzuführen, unsere Mittel auch nicht verschleudert werden. Die Versorgung der Landwirtschaft mit Futtermitteln ist mehr eine Transportfrage als eine Preisfrage, und zur Lösung der Transportfrage tut das Reich das möglichste. Um die Preisfrage zu lösen, brauchten wir die Zentraleinkaufsstelle, die es ermöglichen wird, zu erheblich geringeren Preisen als bisher die Nahrungsmittel zu beschaffen. Der Preisstand für fast alle Waren ist in Deutschland niedriger als bei unseren Feinden. In England stieg die Teuerung gegen die gleiche Zeit des Vorjahres von 16 auf 66 v. H., der Weizenpreis von 25 auf 46, die Kartoffeln von 15 auf 19; in Frankreich kosten Kartoffeln 8 M., und die Preise seien gestiegen: für Brot um 20 v. H., Zucker 73 v. H., Rindfleisch 71 v. H., Hammelfleisch 68 v. H., Schweinefleisch 22 v. H., Gemüse 120 v. H. Daß die Verhältnisse in Deutschland günstiger liegen, scheint doch auch das Verdienst der Regierung zu sein. Die Presse müsse mitwirken, die Ueberzeugung im Volke zu verbreiten, daß die Regierung alles tue, was möglich ist zur Linderung der Not und zur Mäßigung der Teuerung. Wer hierzu mitwirke, erwerbe sich ein Verdienst um das Vaterland.

Hamburger Fremdenblatt

5./XII. 1915.

Die Volksernährung im Reichshaushaltsausschuß.

* Berlin, 4. Dezember. (Drahtbericht.) In der Fortsetzung der Beratung der Ernährungsfrage durch den Haushaltsausschuß des Reichstages widersprach ein konservativer Redner der Ansicht, daß die Landwirtschaft für ihre Produkte während des Krieges zu hohe Preise genommen hätte. Die heutigen Preise entsprächen vielfach den Friedenspreisen, so bei Brot und Kartoffeln. In den letzten vier Friedensjahren hätten Kartoffeln in Berlin im Kleinverkauf Mk. 4.40 und Mk. 4.50 gekostet, jetzt Mk. 4.— der Zentner. Mit anderen Artikeln sei es ebenso. Der Redner legte zahlenmäßig dar, daß Deutschland in Bezug auf die Lebensmittelpreise besser daran sei, als das Ausland. Wo Wucher vorliege, sei er zu verurteilen; in der Landwirtschaft sei er aber nicht zu finden. Warum rede man nicht von den hohen Lederpreisen und den Preisen anderer Artikel des Handels und der Industrie? Der Bund der Landwirte habe von Anfang an die Brotorganisation angeregt und eine amtliche Preisregulierung gefordert. Die Vorwürfe gegen den Bund der Landwirte müsse er zurückweisen. Ein Teil der Presse habe sich der Landwirtschaft gegenüber wenig objektiv verhalten, und statt aufklärend zu wirken, verwirrend gewirkt. Durch ungerechtfertigte Vorwürfe solle man nicht die so notwendige Arbeitsfreudigkeit der Landwirtschaft herabmindern. Der Redner erörterte eingehend die Kartoffelfrage. Bei Beschlagnahme zu großer Mengen entstehe die Gefahr, daß der Anbau eingeschränkt und die Ernte verringert werde. Bei aller Anerkennung der vielen Arbeit der Reichsämter, hätten sie doch das eine nicht verstanden, die Interessen der Konsumenten und die der Produzenten durch Förderung der Produktion in Einklang zu bringen.

Staatssekretär des Reichsschatzamts Dr. Helfferich gab dem Vorredner darin recht, daß das große zu lösende Problem sei, die Produktion mit der Leistungsfähigkeit in Einklang zu bringen. Dabei würden die Reichsfinanzen in erheblicher Weise berührt. Mit seiner Zustimmung seien zweimal 200 Millionen Mark zur Bekämpfung der Lebensmittelteuerung zur Verfügung gestellt worden. Die erhöhte Familienunterstützung solle den Minderbemittelten die Beschaffung ihres Lebensunterhaltes erleichtern. Demselben Zwecke dienten die Ausgaben für die Arbeitslosen. Die Unterstützungen für die Textilarbeiter würden zur Hälfte vom Reiche getragen. Wenn der Staat Summen hergebe für die Aufzucht und Mast von Schweinen, so sei das im Interesse der Konsumenten zu begrüßen. Was von Reichs wegen in dieser Hinsicht geschehen könne, werde geschehen. Es müsse daran erinnert werden, daß die Verhältnisse bei uns besser seien als in anderen Ländern, die eine viel größere Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkte hätten. Hier aufklärend zu wirken, halte auch er für eine wichtige Aufgabe der Presse, die dazu beitrage, die Einigkeit zu erhalten.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Montag vormittag vertagt.

Aus der Budgetkommission.

Die Ernährungsfragen.

N Berlin, 4. Dezbr. (Priv.-Tel.) Der reichsparteiliche Abgeordnete fuhr in seinen Ausführungen (Vergl. Erstes Morgenblatt) fort: In den Viehbeständen haben wir so große Reserven, daß jegliche Sorgen unberechtigt erscheinen müßten. Butterkarten würden wenig nutzen; damit vermehre man die Vorräte nicht. Zu begrüßen sei das Vorgehen des preußischen Finanzministers, den Schweinemästern zu angemessenen Preisen Futter zur Verfügung zu stellen. Denjenigen, die nicht in der Lage seien, sich die erforderlichen Lebensmittel zu verschaffen, müsse geholfen werden. Neben dem Brotgetreide seien die Kartoffeln das unentbehrlichste Lebensmittel. Frühkartoffeln seien in sehr erheblichem Maße angebaut. Ihre Ernte, wie die der Spätkartoffeln habe sich durch Witterung verzögert und die Ueberführung der Kartoffelmengen sei nicht gelungen, weil die größeren Gemeinden sich um die Frühkartoffeln nicht bekümmert hätten. Als dann frühzeitig im Osten der Frost eintrat, seien die Gemeinden unruhig geworden, und hätten die Abfuhr verlangt, die wegen der noch nicht beendeten Rübenernte aber nicht möglich gewesen sei. Von einem Mangel an gutem Willen könne nicht gesprochen werden.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter erklärte, mit dem Berichterstatter darin einig zu sein, die Ernährungsfrage ruhig und sachlich zu behandeln. Bedauerlich sei, daß draußen im Lande die agrarische Presse nicht nach diesen Grundsätzen verfahre. Es müsse beunruhigen und arg verstimmen, wenn von dieser Presse gerade da höhere Preise gefordert werden, wo die Minderbemittelten die Teuerung schon schwer genug empfinden. Selbstverständlich könne die Landwirtschaft nicht dauernd unter dem Herstellungspreis verkaufen, aber man dürfe in diesen Klagen nicht zu weit gehen. Die Einführung der Fettkarte für Kunstfette und von Höchstpreisen unter Berücksichtigung der Minderbemittelten sei erwünscht. Irrig seien die Ausführungen des konservativen Redners, daß die Futterpreise zehn mal mehr gestiegen seien, als die Viehpreise; man dürfe nicht lediglich die teuersten Futtermittel zur Grundlage der Berechnung machen. Das Vorgehen des preußischen Ministers des Innern in der Butterversorgung sei zu begrüßen. Bei der Verteilung der Futtermittel seien bedauerliche Ungleichmäßigkeiten vorgekommen. Es stehe zweifellos fest, daß die Kartoffelversorgung durch die Schuld des preußischen Landwirtschaftsministers verzögert worden sei. Der Staatssekretär des Innern habe erklärt, der preußische Landwirtschaftsminister habe seinen Ressortstandpunkt vertreten, der Reichsschatzsekretär habe aber gesagt, der Landwirtschaftsminister habe die allgemeinen Interessen vertreten. Ueber diese Differenz könne nicht ohne Weiteres hinwegegangen werden. Für des Redners Partei unterliege es keinem Zweifel, daß die Ursache der Verzögerung im Landwirschaftsministerium liege. Eine offiziöse Korrespondenz sollte sich jeder Polemik enthalten. In den „Nachrichten die für Ernährungsfragen" vom preußischen Ministerium des Innern herausgegeben werden, sei aber Objektivität zu vermissen.

Ein nationalliberaler Bauernbündler begrüßt gleichfalls die Butter-Maßnahmen des Ministeriums des Innern, wünscht aber, daß alle Gegenden gleichmäßig berücksichtigt werden. Die erheblichen Vorräte an Schlachtschweinen, die bei Kriegsausbruch vorhanden waren, und die auf der riesigen Zufuhr von ausländischem Futter im Frieden beruhten, haben es ermöglicht, daß wir bis Weihnachten 1914 normale Preise hatten. Alle Maßnahmen der Regierung zeugten von mangelndem Verständnis für den Kleinbetrieb, und die Schuld daran liege beim preußischen Landwirtschaftsminister, gegen den schon vor dem Kriege Beschwerden wegen ungenügender Berücksichtigung sozialpolitischer Grundsätze erhoben werden mußten. Bezüglich der Produktionskosten und Rentabilität der Landwirtschaft schließt sich der Redner seinem fortschrittlichen Vorredner an. Einzelne Betriebe müßten ja notleiden, namentlich diejenigen, die viel zukaufen müßten. Im ganzen aber seien die Angaben des fortschrittlichen Abgeordneten auch für größere Bauernwirtschaften zutreffend.

In der Nachmittagssitzung sprach als erster ein konservativer Abgeordneter vom Bund der Landwirte. Er führte aus, daß der Ausspruch, der Wille zum Durchhalten habe unter dem Druck der Nahrungsmittpreise gelitten, durch nichts berechtigt sei. Brot sei nicht wesentlich teuerer als im Frieden. Die Kartoffeln ständen unter dem Friedenspreis, und in Deutschland seien die Preise niedriger als im Ausland. Die gleiche Menge Brot, die in Frankfurt 60 Pfennig kostet, werde in England mit 80 Pfennig bezahlt, die Tonne Weizen dort mit 270 Mk., bei uns 260 Mk, Weizenmehl mit 37 75 gegen 36.75. Der Rindfleischpreis bei uns sei verhältnismäßig wenig gestiegen und sei niedriger als im Ausland. Milch koste in Berlin 28 Pfg., in England 48, die Butter in Petersburg 3.40. Man habe also keinen Anlaß zu klagen. Die Sozialdemokraten seien untereinander selbst uneinig; der eine sage, die Landwirte hätten die Kartoffeln zurückgehalten, der andere bestreite dies. Eine Teuerung sei in Lebensmitteln eigentlich nicht vorhanden, aber andere Artikel seien um 50 und 100 Prozent gestiegen, z. B. Leder, Eisen usw. Wenn man sich einigen wolle, so dürfe keinem Stande vorgeworfen werden, daß er eigensüchtige Ziele verfolge. Durch Verlesung von Zeitungsstimmen sucht der Redner nachzuweisen, daß die Landwirtschaft und der Bund der Landwirte maßlos verunglimpft wurden. Die Mißstimmung sei von der Presse durch maßlose Angriffe gegen einzelne Stände veranlaßt worden. Durch gegenseitige Aufklärung und einen Ausgleich der Interessen sei eine bessere Verständigung anzubahnen. Der Reichsleitung könne der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie nicht rechtzeitig und ausreichend die zur Versorgung des Volks mit Lebensmitteln erforderliche Organisation geschaffen habe, so sehr auch die fleißige Arbeit in allen Reichsstellen anzuerkennen sei. Die Ernte in Brotgetreide und Kartoffeln reiche aus. Bei den Kartoffeln sei zu berücksichtigen, daß sie wohl nicht so haltbar sein werden, wie im Vorjahre. Fett sei knapp, aber Fleisch sei pro Kopf mehr vorhanden als im Jahre 1872. Unser Fleisch- und Fettkonsum sei größer als in England gewesen. Ein Rückgang hierin könne nicht schon als Unterernährung ausgegeben werden. Für die Milchversorgung bedeute schon der Mangel an Arbeitskräften ein Rückgang. Das Reich hätte durch Verträge reichlich Kartoffeln sichern können und müssen, dann wäre die Mißstimmung auf dem Lande geringer, und es wäre doch erwünscht, daß die freudige Stimmung zur zukunftsfrohen Mitarbeit auch der Landbevölkerung erhalten bleibe. Bei den Reichsstellen habe man nicht wie auf dem Gebiete der Landwirtschaft genügend sachverständige Männer zu Rate gezogen. Man lasse den Landwirten fast nichts von ihren Produkten für Futter. Stellenweise seien auf leichtem Boden nur drei Zentner Roggen geerntet worden, was natürlich große Verluste bedeute. Wenn man überall Höchpreise einführe, müsse man auch Höchstgrenzen für die Arbeitslöhne ziehen. Man wolle die Produktion erschlagen, um den Konsumenten entgegenzukommen. Wenn man dem Landwirt alles zu festen Preisen wegnehme, so werde die Zukunft die Rechnung präsentieren. Wenn der preußische Landwirtschaftsminister für den Schutz der Produktion eingetreten sei, so sei nur zu bedauern, daß er nicht mehr Erfolg gehabt habe.

Der Reichsschatzsekretär besprach die vorliegenden Anträge über die Verteilung der Lasten zwischen Reich, Einzelstaaten und Gemeinden. Die Einzelstaaten, insbesondere Preußen, seien über das ihnen zufallende Lastendrittel hinausgegangen. Wenn in einem Antrag verlangt werde, daß das Reich allein die Hälfte der ganzen Lasten, die aus der Volksernährung entstehen, übernehme, so dürften gegenüber der Absicht der Gegner, den Erschöpfungskrieg durchzuführen, unsere Mittel auch nicht verschleudert werden. Die Versorgung der Landwirtschaft mit Futtermitteln sei mehr eine Transportfrage als eine Preisfrage, und zur Lösung der Transportfrage tue das Reich das Möglichste. Um die Preisfrage zu lösen, brauchten wir die Zentraleinkaufsstelle, die es ermöglichen werde, zu erheblich geringeren Preisen als bisher die Nahrungsmittel zu beschaffen. Der Preisstand für fast alle Waren sei in Deutschland niedriger als bei unseren Feinden. In England sei gegen die gleiche Zeit des Vorjahres der Weizenpreis von 25 auf 46 Prozent, der der Kartoffeln von 15 auf 19 Prozent gestiegen. In Frankreich kosteten die Kartoffeln 8 Mark, und die Preise seien gestiegen: für Brot um 20 Prozent, Zucker 73 Prozent, Rindfleisch 71 Prozent, Hammelfleisch 68 Prozent, Schweinefleisch 22 Prozent, Gemüse 120 Prozent. Daß die Verhältnisse in Deutschland günstiger lägen, scheine doch auch der Verdienst der Regierung zu sein. Die Presse müsse mitwirken, die Ueberzeugung im Volke zu verbreiten, daß die Regierung alles tue, was möglich sei zur Linderung der Not und zur Beseitigung der Teuerung. Wer hierzu mitwirke, erwerbe sich ein Verdienst um das Vaterland.

Am Montag Vormittag wird die Kommission in die Einzelberatung der Bundesratsdenkschrift über die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen eintreten.

Berlin, 4. Dezbr. (W. T. B. Nichtamtlich.) Im Hauptausschuß des Reichstages erklärte Staatssekretär Dr. Helfferich, daß mit seiner Zustimmung zweimal 200 Millionen Mark zur Bekämpfung der Lebensmittelteuerung zur Verfügung gestellt worden seien. Die erhöhte Familienunterstützung solle den Minderbemittelten die Beschaffung ihres Lebensunterhaltes erleichtern. Demselben Zweck dienten die Ausgaben für die Arbeitslosen. Die Unterstützungen für die Textilarbeiter würden zur Hälfte vom Reiche getragen. Wenn der Staat Summen hergebe für die Aufzucht von Schweinen, so sei das im Interesse der Konsumenten zu begrüßen. Was von reichswegen in dieser Hinsicht geschehen könne, werde geschehen. Es müsse daran erinnert werden, daß die Verhältnisse bei uns besser seien, wie in anderen Ländern, die viel größere Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt hätten. Hier aufklärend zu wirken, halte er auch für eine wichtige Aufgabe der Presse, die dazu beitrage, die Einigkeit zu erhalten.

Tägliche Rundschau

5./XII. 1915

Die Ernährungsfragen im Reichstagsausschuß.

In der Weiterberatung des Reichstagsausschusses am Sonnabend erklärte ein anderer fortschrittlicher Abgeordneter, mit dem Berichterstatter darin einig zu sein, die Ernährungsfragen ruhig und sachlich zu behandeln. Bedauerlich sei, daß draußen im Lande die agrarische Presse nicht nach diesen Grundsätzen verfahre. Es müsse beunruhigen und arg verstimmen, wenn von dieser Presse gerade dann höhere Preise gefordert werden, wo die Minderbemittelten die Teuerung schon schwer genug empfinden. Selbstverständlich kann die Landwirtschaft nicht dauernd unter den Herstellungspreisen verkaufen, aber man darf in diesen Klagen auch nicht zu weit gehen. Die Einführung einer Fettkarte für Kunstfette und von Höchstpreisen unter Berücksichtigung der Minderbemittelten sei erwünscht. Irrig seien die Ausführungen des konservativen Redners, daß die Futterpreise zehnmal mehr gestiegen seien, als die Viehpreise; man dürfe nicht lediglich die teuersten Futtermittel zur Grundlage der Berechnung machen. Das Vorgehen des preußischen Ministers des Innern in der Futterversorgung ist zu begrüßen. Bei der Verteilung der Futtermittel sind bedauerliche Ungleichmäßigkeiten vorgekommen. Es stehe zweifellos fest, daß die Kartoffelverordnung durch die Schuld des preußischen Landwirtschaftsministeriums verzögert worden sei. Der Staatssekretär des Innern habe erklärt, der preußische Landwirtschaftsminister habe seinen Ressortstandpunkt vertreten, der Reichsschatzsekretär aber gesagt, der Landwirtschaftsminister habe die allgemeinen Interessen vertreten. Ueber diese Differenz könne nicht ohne weiteres hinweggegangen werden. Für des Redners Partei unterliege es keinem Zweifel, daß die Ursache der Verzögerung im Landwirtschaftsministerium liege. — Eine offiziöse Korrespondenz sollte sich jeder Polemik enthalten; in dem „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen", der vom preußischen Ministerium des Innern herausgegeben werde, sei aber Objektivität zu vermissen.

Ein nationalliberaler Bauernbündler begrüßt gleichfalls die Futtermaßnahmen des Ministeriums des Innern, wünscht aber, daß alle Gegenden gleichmäßig berücksichtigt werden. Die erheblichen Vorräte an Schlachtschweinen, die bei Kriegsausbruch vorhanden waren und die auf der riesigen Zufuhr von ausländischem Futter im Frieden beruhten, haben es ermöglicht, daß wir bis Weihnachten 1914 normale Preise hatten. Alle Maßnahmen der Regierung zeugten von mangelndem Verständnis für den Kleinbetrieb, und die Schuld daran liege beim preußischen Landwirtschaftsminister, gegen den schon vor dem Kriege Beschwerden wegen ungenügender Berücksichtigung sozialpolitischer Grundsätze erhoben werden mußten. — Bezüglich der Produktionskosten und der Rentabilität der Landwirtschaft schließt sich der Redner seinem fortschrittlichen Vorredner an; einzelne Betriebe mögen ja Not leiden, namentlich diejenigen, die viel zukaufen müssen, im ganzen aber seien die Angaben der fortschrittlichen Abgeordneten auch für größere Bauernwirtschaften zutreffend.

Darauf trat die Mittagspause ein.

*

Ein konservativer Redner widersprach in der Nachmittagssitzung der Ansicht, als hätte die Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse während des Krieges zu hohe Preise genommen. Die

Gestaltung der Lebensmittelpreise

habe aus Mangel an Kenntnis der Sachlage Unzufriedenheit ausgelöst. Die heutigen Preise entsprächen aber vielfach den Friedenspreisen, so bei Brot und Kartoffeln. In den letzten vier Friedensjahren hätten Kartoffeln in Berlin im Kleinverkauf 4,40 M. und 4,50 M. gekostet, jetzt 4 M. der Zentner. Mit anderen Artikeln sei es ebenso der Fall. Redner legte zahlenmäßig dar, daß Deutschland in Bezug auf die Lebensmittelpreise besser daran sei, als das Ausland. Bestreiten wolle er allerdings nicht, daß mancher Verbraucher die Preise schwer erschwingen könne. Wo Wucher vorliege, sei er zu verurteilen; in der Landwirtschaft sei er aber nicht zu finden. Warum rede man nicht von den hohen Lederpreisen und den Preisen anderer Artikel des Handels und der Industrie? Der Bund der Landwirte habe von Anfang an die Brotorganisation angeregt und eine amtliche Preisbestimmung gefordert. Die Vorwürfe gegen den Bund der Landwirte, die hier und außerhalb des Hauses erhoben worden seien, müsse er zurückweisen. Ein Teil der Presse habe sich der Landwirtschaft gegenüber wenig sachlich verhalten und statt aufklärend zu wirken, verwirrend gewirkt. Wenn man jetzt sich im Verbrauch gewisser Dinge beschränken müsse, so sei dies erklärlich, aber auch möglich. Durch ungerechtfertigte Vorwürfe solle man nicht die so notwendige Arbeitsfreudigkeit der Landwirtschaft herabmindern. Redner erörterte eingehend die Kartoffelfrage. Bei Beschlagnahme zu großer Mengen entstehe die Gefahr, daß der Anbau eingeschränkt und die Ernte verringert werde. Man dürfe nicht nur diejenigen Landwirte in Betracht ziehen, die gute Böden und eine gute Wirtschaft hätten, sondern auch die anderen. Zu bedenken sei ferner, daß heute die Frau in der Hauptsache den landwirtschaftlichen Betrieb führen müsse. Bei aller Anerkennung der vielen Arbeit der Reichsämter, das eine hätten sie nicht verstanden, die Interessen der Verbraucher und die der Erzeuger durch Förderung der Herstellung in Einklang zu bringen.

Staatssekretar des Reichsschatzamts Dr. Helfferich gab dem Vorredner darin recht, daß die große zu lösende Aufgabe sei, die Herstellung mit der Leistungsfähigkeit in Einklang zu bringen. Dabei würden die Reichsfinanzen in erheblicher Weise berührt. Mit seiner Zustimmung seien zweimal 200 Mill. M. zur Verfügung gestellt worden. Die erhöhte Familienunterstützung solle den Minderbemittelten die Beschaffung ihres Lebensunterhaltes erleichtern; demselben Zweck dienten die Ausgaben für die Arbeitslosen. Die Unterstützungen für die Textilarbeiter würden zur Hälfte vom Reiche getragen. Einzelstaaten und die Gemeinden seien an der anderen Hälfte beteiligt. Staat und Gemeinden gäben noch weitere Beihilfen. Wenn der Staat Summen hergebe für Aufzucht und Mast von Schweinen, so sei das im Interesse der Verbraucher zu begrüßen und eine Mitarbeit an der Lösung des erwähnten großen Problems. Was von Reichs wegen in dieser Hinsicht geschehen könne, werde geschehen. Es müsse daran erinnert werden, daß die Verhältnisse bei uns besser seien wie in anderen Ländern, die vielgrößere Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt hätten. Hier aufklärend zu wirken, halte er für eine wichtige Aufgabe der Presse, die dann dazu beitrage, die Einigkeit zu erhalten.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Montag vormittag vertagt.

Tägliche Rundschau
5./XII. 1915

Sachsen und die Ernährungsfrage. Interessante Mitteilungen machte, wie unser Dresdener Mitarbeiter drahtet, die sächsische Regierung dem Gesetzgebungsausschuß der Zweiten Kammer über ihre Stellung zur Ernährungsfrage. Sie ließ erklären, daß sie im Bundesrat und beim Reichskanzler in dieser Frage für weitestgehende Maßnahmen eingetreten sei. Einer ihrer Erfolge sei es, daß die Höchstpreise schließlich auf ihrer alten Höhe belassen und nicht erhöht worden seien. Eine Herabsetzung der Höchstpreise für Getreide und Mehl zu erreichen, halte sie indessen für aussichtslos. Sie werde bestrebt sein, die unentbehrlichen Lebensmittel beim Erzeuger zu erfassen und sie dorthin zu leiten, wo sie gebraucht würden, und den Verbrauch so zu regeln, daß alle Verbraucher gleichmäßig an ihnen teilnehmen. Ferner die Preise so niedrig festzusetzen, als es möglich sei, ohne dadurch die Erzeugung oder Einfuhr zu unterbinden. Weiter erklärte die Regierung ihre Bereitwilligkeit, nach Feststellung der Getreidevorräte, die bekanntlich bevorsteht, dahin zu wirken, daß größere Mengen inländischen Weizens zu Grieß und Graupen verarbeitet werden, sofern, wie angenommen, sich genügende Mengen ergeben. Die Bildung von Nahrungsmittelversorgungsstellen in Dresden und Leipzig ist in Vorbereitung. Endlich teilte die Regierung noch mit, daß es ihren Bemühungen gelungen ist, den größten Teil der eingeführten Butter zugesichert zu erhalten und dadurch die in Sachsen bestehende Butterknappheit zu beheben.

Arbeiterzeitung
5./VII. 1915

Sonnen- und Gotteslehen!

Unsere Altvordern, die im finstersten Mittelalter den Boden urbar gemacht haben, von dem wir heute unser tägliches Brot heischen, waren in einigen Dingen recht helle, besonders in gewissen wirtschaftlichen Grundauffassungen. Was heute Weisen und Toren ganz selbstverständlich erscheint, daß jedes Stück Grund und Boden im freien und unbeschränkten Eigentum eines Grundbesitzers steht, gerade das wollte nicht in ihren Kopf, ja solche Behauptung galt ihnen schon als Anmaßung und Frevel. Nicht anders sahen sie das an, als wenn jemand Gottes Sonne und ihre Strahlen für sich einfangen und damit Handel treiben würde. Gottes Frühjahrssonne läßt die Halme sprießen, Gottes Herbstsonne macht die Beeren der Weintraube süß, und auch die Scholle, die Menschenhand pflügt, hat doch Menschenhand nicht geschaffen: die Scholle und das Luftreich darüber, mit Regen und Sonnenschein, war nach unserer Urväter Meinen dem Menschen nur geliehen.

nur ein Lehen. Dieses Lehen ward jedoch nicht empfunden als ein „Recht" im Sinne der gelehrten Juristen, die sie „schlechte Christen" nannten, sondern als Vollmacht, darauf zu schaffen, und als Auftrag, den Boden zu nützen zu Nutz und Frommen der Gemeinschaft, somit zuvörderst als Pflicht.

Kein Fleckchen Boden, das heute in den Grundbüchern irgend einem Heinz oder Kunz zugeschrieben steht, gibt es, das nicht vorerst, vor Jahrhunderten, bloß auf diese Weise verliehen worden wäre, und viele Menschenalter mußten dahingehen, bis es den Besitzern gelang, vom Lehen die Pflicht abzustreifen und das bloße Recht übrig zu lassen. Die Aufstände der Bauern um den Beginn des sechzehnten Jahrhunderts sind im Grunde ein flammender Protest wider die Versuche der Juristen gewesen, die alten Rechtstitel unseres einheimischen Rechtes am Boden, die „Gewere", in das schrankenlose Privateigentum nach römischem Rechte umzudeuten. Der Landbebauer hatte seinen Boden und seine Hofstelle geliehen vom Ritter, der Ritter sein Lehen vom Grafen oder Herzog, dieser vom König, der alles Land im Namen der Volksgesamtheit besaß und beschirmte. Der Bauer, der Ritter, der Graf oder Herzog, der sein Lehen nicht in Fleiß und Treuen bestellte, wurde sein verlustig erklärt. Aber auch vom König konnte man sich damals nicht vorstellen, daß er das Land zu ursprünglichem, eigenem, pflichtlosem Rechte besaß — er hatte es von Gott selbst und von der Sonne zu Lehen, wie er so jeder andere, der niemandes Lehensmann war: Er besaß ein Gottes- oder Sonnenlehen.

Ein tiefer und unzerstörbarer Rechtsgedanke liegt den halb religiös, halb naturphilosophisch verkleideten Auffassungen der Alten zugrunde. Der Gedanke konnte zurückgedrängt, konnte theoretisch sogar verleugnet werden, aber in der Stunde der Not ist er sofort wieder da. In diesem Kriege ist der erkünstelte Zauber des unbeschränkbaren und pflichtlosen Privateigentums sofort zerstoben. Die Gesetzgebung hat Anbaupflicht, Druschzwang und sonstige Eingriffe in großer Zahl verordnet, durchaus Vorkehrungen, die aus einer einzigen Idee fließen: Die Ernährung des Volksganzen geht voran, alle Besitzrechte können nur als hiezu taugliche oder untaugliche Mittel behandelt werden, alle Besitzrechte sind belastet mit der Pflicht, das Besitztum zu nützen im Interesse der Allgemeinheit. Mit den Augen des Juristen gesehen, hat das römische Privatrecht im Kriege die schwerste Niederlage erlitten.

In der Praxis des Lebens, im Wesen unserer Volkswirtschaft und vor allem im Bewußtsein der Eigentümer selbst ist die Niederlage freilich erst eine theoretische, eine prinzipielle. Was die Gesetzgebung ausgesprochen hat, scheitert zum großen Teil in der verwaltungsmäßigen Durchführung, gleichsam an dem Widerstand des Mittels. Aber die fortschreitende Erschwernis unserer Ernährung erzwingt die Verschärfung der Maßregeln.

Wir müssen leben — und wir können es auch. Wir müssen leben und gegen diesen allerhöchsten Rechtstitel eines vom Unheil heimgesuchten Volkes gibt es keinen Vorbehalt, kein unveräußerliches Privatinteresse. Wir können leben, die Scholle hat soviel getragen, daß wir bei gleichem Anteil aller uns einschränken, aber nicht darben müssen, wenn nur die Vorräte, die Scholle und Sonne im Verein mit menschlicher Arbeit bereitgestellt haben, auch herauskommen! Es wäre zu erwarten gewesen, daß Gemeingefühl und guter Wille, daß nach dem Worte des Tacitus gute Sitten mehr vermögen als Zwangsgesetze. Es wäre vorauszusetzen, daß die geistigen Führer aller Schichten, auf die es ankommt, in dieser Stunde eher Gemeinsinn als Eigennutz, eher Allgemeinpflicht als Privateigentum predigen und dem Staate das lästige und schwierige Mittel des Zwanges ersparen. Und soweit es erspart bleiben kann, sind wir die letzten, es zu fordern. Aber tausend Beispiele und die tägliche Erfahrung, alle öffentlichen Märkte wie der private Mittagstisch jedes einzelnen beweisen, daß wir eines strengen Ernährungsregimes nicht mehr entraten können. Die Massen des Volkes vermögen auf das Erzeugnis von Scholle und Sonne nicht zu verzichten und beanspruchen vom Sonnenlehen des Besitzes vollste Pflichterfüllung.

Fremdenblatt
5./XII. 1915

Etwas für die Hausfrau.

Wien ohne Wildbret. — Viel Geflügel zum Mästen auf den Wiener Märkten. — Reisspeisen.

Ueberall bekommt man Wildbret zu billigen Preisen, nur bei uns in Wien wird speziell Wild zur Rarität! In Brünn z. B. bekommt man einen schönen Hasen „mit Haut und Haar" um 3 bis 3½ Kronen, bei uns in Wien kostet ein Hasenrücken 3 Kronen 50 Heller bis 4 Kronen! Und gerade die Wiener, die doch starke Abnehmer dieser Sorte Fleisch seit jeher waren, sind jetzt damit so schlecht daran. Die Herren Jagdbesitzer — und es gibt deren sehr viele — müssen eben gezwungen werden, ein bestimmtes Quantum Wild auch für Wien abzugeben, denn gerade wir dürfen in dieser Zeit des Fleisch- und Fettmangels nicht ohne Wild gelassen werden.

Bei einer Nachfrage nach Geflügel erzählt uns die Präsidentin der „Rohö", Frau Fanny Freund-Markus, daß wohl alle Arten von Geflügel, zur Mast bestimmt, auf den Markt gebracht wird — aber mangels Futtermitteln zu Mastzwecken nicht aufgekauft werden kann. Das Geflügel, natürlich in erbärmlich magerem Zustande, muß deshalb geschlachtet werden. Wieso kommt es z. B., daß in Deutschland 500.000 Schweine aufgefüttert werden können, das Futter für die Mästung dieser Schweine — es ist Kukuruz — bei uns durchgeht und wir wieder einmal das Nachsehen haben?

Wir haben ja auch ein Fallen der Preise des Kalbfleisches zu verzeichnen gehabt und spüren im Detailverkauf absolut nichts davon! Wir wissen nur, daß die Reispreise noch immer sehr hoch sind, trotzdem waggonweise Reis nun von der Gemeinde verkauft wird, also niemals ein Reismangel existiert hat, da diese Reismassen immer hier waren. Es wird sich empfehlen, nun viele Reisspeisen zu machen, hauptsächlich für Kinder. Reis läßt sich auch ohne Fett sehr schmackhaft mit Zucker und Zimmt bereiten.

(Reissuppe.) Man läßt Wurzelwerk, um 6 Heller Leber dunkelbraun anrösten, vergießt mit Wasser, salzt es, läßt es aufkochen und passiert durch ein Sieb. Ausgelöste Hammelknochen werden nebst gewaschenem Reis in die Brühe gegeben. Eine Stunde kochen lassen. Melanie Zack.

(Reisauflauf.) 15 Deka Reis waschen und abbrühen, in Milch weich kochen lassen. 8 Deka Butter mit 3 Dottern abtreiben, dazu 10 Deka Staubzucker und Zitronenschale. In diese Masse wird löffelweise der erkaltete Reis verrührt und 3 Schnee hineingeben, die Hälfte dieser Masse in eine Backschüssel gegeben, Apfelspalten daraufgelegt, der andere Reis wird nun darüber gegeben und dreiviertel Stunden im Rohr gebacken.

(Apfelreis.) Der Reis wird gewaschen, gebrüht und dann mit Wasser, etwas Butter und Salz langsam gar gekocht. Inzwischen hat man Apfelmus gekocht (man braucht es nicht durchzuseihen). Reis und Mus werden zusammengerührt. Man gibt die Speise mit brauner Butter oder mit Zucker und Zimmt zur Tafel. Nach Wunsch kann man auch Milchreis kochen und diesen mit Apfelmus vermischen, auch das Apfelkompott neben dem Reis reichen.

Ein gutes und billiges Auskunftsmittel für fleischlose Tage ist Kalbsgekröse. Es wird entweder wie Kalbgulasch zubereitet oder in Salzwasser einen Tag früher weich gekocht. Man läßt es abtropfen, trocknet es gut ab, paniert es mit Semmelbröseln und backt es heraus. Schmeckt wie Bries. Preis 1 Krone 60 Heller.

5./XII. 1915

** [Die Teuerung als Erzieherin.] Aus Budapest wird uns geschrieben: Es geschehen Zeichen und Wunder in der Kriegszeit! Doch wenn die Mitwelt auf alle Ueberraschungen vorbereitet ist und die sensationellsten Ereignisse ziemlich ruhig, ja fast gleichgültig hinnimmt, das außerordentliche „Erlebnis“: daß die großen Budapester Hotels und Restaurants jetzt, wo alle Lebensmittelpreise mit Aeroplangeschwindigkeit in die Höhe fliegen, eine Reduktion der Preise auf den Speisekarten vornehmen, wirkt doch auf die Bevölkerung der ungarischen Hauptstadt verblüffend. Man weiß in der ganzen Welt, daß die großen Budapester Hotels musterhaft geführt sind, insbesondere Speise und Trank als erstklassig bezeichnet werden können. Im ersten Kriegsjahr blieben diese Speisehäuser bei ihren reichen Menüs und ließen bloß die Preise anwachsen, so daß ein „Dejeuner“ von 4 Kronen 50 Heller auf 7 Kronen stieg. Es scheint sich aber dieses System nicht recht bewährt zu haben, denn ein vornehmer Gasthof mußte sein Restaurant schließen; ein anderer reduzierte die Preise des Mittagessens von 6 auf 4 Kronen und ließ dafür einen Gang und das Dessert ausfallen. Die Folge davon war ein allgemeiner Wetteifer in der Herabsetzung der Preise. Allerdings blieben die außerhalb jeder Konkurrenz stehenden, vom reichsten Publikum besuchten Hotels — etwa drei bis vier im ganzen — bei ihrer reichen Speisefolge und ihren hohen Preisen, aber alle übrigen machten der gegen die Teuerung ankämpfenden Bevölkerung Konzessionen, indem sie so billige Preise ansetzten, wie man sie in Friedenszeit nicht einmal sah. So berechnet ein elegantes Restaurant auf dem Donaukai für ein „Kriegsmenü“, nämlich Suppe, Fleisch und Mehlspeise, 3 Kronen; ein vornehmes Hotel, ebenfalls auf dem Donaukai, gibt — allerdings bloß in seiner sogenannten „kleinen Restauration“ — den Gästen für 3 Kronen 20 Heller ebenfalls Suppe, Fleisch oder Braten mit Gemüse oder Salat, ferner eine Mehlspeise und Obst, und man muß gestehen, daß, wenn auch die Portionen klein geraten, die Qualität der Speisen tadellos ist. Und diesen Beispielen folgend, zeigt sich auf der ganzen Linie das Bestreben, dem unter der Lebensmittelteuerung schwer leidenden Publikum entgegenzukommen, das demzufolge jetzt oft im Gasthaus billiger und besser essen kann als daheim. Wie es die Gastwirte anstellen, um bei billigeren Preisen ihr Auslangen zu finden, ist nicht gar zu schwer zu ergründen. Sie geben nur das Notwendigste, vermeiden teure Delikatessen und exotische Vorspeisen und rechnen auf starken Konsum, der sich auch bereits da und dort einstellt. Die Masse muß es bringen! In dem großen Buche, das jetzt geschrieben wird und den Titel führt: „Der Krieg als Erzieher“, darf Budapest mit Genugtuung ein neues Kapitel einfügen mit der Aufschrift: Die Teuerung als Erzieherin.

Vossische Zeitung
6./XII. 1915

Die Volksernährung vor dem Reichstagsausschuß.

Der Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt setzte heute die Beratung über die Volksernährung fort. Ein fortschrittlicher Abgeordneter wies auf die Tatsache hin, daß im Westen ein Mangel an Kartoffeln bestand. Die Vertreter der Landwirtschaft hätten das rechtzeitige Eingreifen der Regierung mannigfach verhindert; auch heute noch mangle es an der richtigen Verteilung. Wenn die Preisprüfungsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates erklärte, daß die richtige Verteilung ohne Höchstpreise besser erfolgt sein würde, so ist dem entgegenzuhalten, daß dann die Preise vielleicht um zwei Mark höher gewesen sein würden. Des Redners Partei erkenne in vollem Umfange die Schwierigkeiten der Landwirtschaft an, sie wolle die Produktion durchaus nicht stören und sei gleichfalls der Meinung, daß ausreichende Preise bewilligt werden müßten. Ein Kartoffelpreis von 2,75 Mark müsse ausreichen, dagegen hätte der vom Landwirtschaftsrat vorgeschlagene Preis von 4 Mark geradezu aufreizend gewirkt. Auch die übrigen Preise reichen aus; ein Schweinepreis von 120 Mark bedeute eine Verdoppelung des Friedenspreises. Die Vertreter der Landwirtschaft haben den Anspruch auf Zollschutz stets mit dem Hinweis darauf begründet, daß im Kriege die Landwirtschaft leistungsfähig erhalten werden müsse; wenn nun gesagt werde, daß die jetzigen Viehpreise nicht genügten, so sei zu erwidern, daß wenn man im Frieden Gefrierhäuser in ausreichender Menge gebaut haben würde, die Vorräte an Schweinen konserviert hätten werden können. Die Partei des Redners habe stets betont, daß im Kriege die Viehhaltung gefährdet sein würde, dies sei jedoch von landwirtschaftlicher Seite bestritten worden. Wenn der agrarische Redner am Sonnabend darüber geklagt habe, daß die Schweinepreise zu spät festgesetzt worden seien, so müsse betont werden, daß die Landwirtschaft ein Interesse an dieser Verspätung gehabt habe. Wenn den Landwirten ausreichende Preise bewilligt werden sollen, so könne aber auch das Gewerbe nicht mit Schaden arbeiten, es dürfe die richtige Verteilung der Waren nicht gefährdet und auch den Konsumenten nicht Anlaß zu Klagen gegeben werden. Mißstimmung müsse es hervorrufen, wenn an einem Ort Mangel, an einem anderen Ueberfluß herrsche. Es müsse auch darauf hingewirkt werden, daß die Maßregeln der Regierung nicht in den einzelnen Verwaltungsbereichen durchkreuzt werden. Die Projektemacher störten die ruhige Entwicklung, der Schrei nach Höchstpreisen habe auch nicht immer genützt. Die Durchführung der Fleischkarte hält der in der Gemeindeverwaltung hervorragend tätige Redner für unmöglich. Wenn Butter zur Verfügung stehe, könnte man Karten einführen, wobei ähnlich wie bei der Milch auf die berechtigten Interessen der einzelnen Familien Rücksicht zu nehmen wäre. Im Kriege sei Teuerung wohl nicht zu vermeiden, aber wir wollen doch danach streben, daß der Wirtschaftsdruck bei uns geringer sei als in England und Frankreich. Die Partei des Redners habe Ueberverdienste in Handel und Industrie immer heftig bekämpft, wie sie besonders in der Lederindustrie erzielt werden, und deshalb trete man für die Kriegsgewinnsteuer ein. Die Rede des agrarischen Abgeordneten am Sonnabend hätte an Agitationsreden aus der Friedenszeit erinnert; er habe vergessen, daß diejenigen, die ihr Gewerbe stillstehen lassen müssen, viel schwerer leiden als die Landwirtschaft, deren großen Verdiensten gegenüber die Verdienste von Handel und Industrie nicht verschwiegen bleiben dürfen. Wir alle müssen ohne Aufreizung einzelner Berufsklassen gegeneinander nur das Bestreben haben, durchzuhalten. Die Schwierigkeiten dürfen nicht agitatorisch ausgenutzt werden, und deshalb müssen die hervorgetretenen Schäden soweit als möglich beseitigt werden.

Ein Zentrumsabgeordneter berichtete, daß die kleinen und mittleren Bauern in seiner niederbayerischen Heimat unter der Flut der Verordnungen leiden und die vielfachen Enteignungen mit Schmerzen ertragen. Die Zentralisierung der Maßregeln sei bis zu einem gewissen Grade zu begrüßen, z. B. bei der Hereinbringung der Futtermittel; die Zentralisierung auch auf die Verteilung auszudehnen, sei nicht ratsam. Auf die Bedürfnisse der kleineren Brauereien müsse die nötige Rücksicht genommen werden. Im Süden wirkten die fleischlosen Tage viel unbequemer als im Norden. Hauptsache sei die Aufrechterhaltung der Produktion, die Preisfrage komme erst in zweiter Linie. Die Ernte in Niederbayern sei befriedigend, hiernach könne man sehr zuversichtlich sein. Die Regelung der Butterversorgung in Bayern durch die Militärbehörden war nötig, weil eine wilde Preistreiberei eingetreten war.

Ein konservativer Redner betonte, daß hohe Preise notwendig seien, um die Produktion auf das höchste anzuspannen. Die Presse habe den Burgfrieden nicht gewahrt und würdige nicht genügend die Schwierigkeiten der Landwirtschaft. Dem preußischen Landwirtschaftsminister, der schon im Oktober die Freigabe von Waldstreu und anderes mehr angeordnet habe, dürfe man keinen Vorwurf machen, wenn er für die Erhaltung der Produktion eintritt. Die Kartoffel sei insofern eine sehr delikate Frucht, als ihr Futterwert viel höher sei als in den Höchstpreisen zum Ausdruck komme. Die nicht genügende Beschickung der Kartoffelmärkte sei zurückzuführen auf ungünstiges Wetter, Wagen- und Arbeitermangel, aber auch auf Nervosität der Konsumenten. Die Preise der Kartoffelerzeugnisse seien nicht zu hoch, dies werde durch das mangelnde Angebot an die Fabriken bewiesen. Der Spirituspreis sei gegenüber den Herstellungskosten auch nicht zu hoch. Die Erträge einzelner Wirtschaften lassen keinen Schluß für die Allgemeinheit zu. Während der agrarische Redner einen Rückgang der Einnahmen der deutschen Landwirtschaft um etwa 2 Milliarden berechnet habe, nehme der fortschrittliche Abgeordnete ein Steigen ihrer Einnahmen um 3 Milliarden an; für die letztere Annahme wären jedoch die Grundlagen nicht gegeben. Hätten wir nicht hohe Zölle gehabt, so wäre die Landwirtschaft nicht in der Lage gewesen, so wie es geschehen ist, Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen. Die vermehrte Abschlachtung von Kühen und Färsen sei nicht erwünscht, weil sonst der Mangel an Milch und Butter verschärft werde.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter meinte, daß die letzte Mahnung des Vorredners nicht erleichtert werde durch dessen eigene Rede und die Ausführungen des agrarischen Redners am Sonnabend. Der 400 Millionen-Fonds zur Hilfeleistung an die Gemeinden habe gewiß mildernd gewirkt, aber noch nicht genügt. Die Ernährungsverhältnisse könnten nur gebessert werden, wenn mehr als bisher, energischer und rascher eingegriffen werde. Die Grundlagen der landwirtschaftlichen Statistik seien außerordentlich unsicher. Die Kartoffelpreise seien nicht, wie behauptet wurde, Friedenspreise. Die Preissteigerung müsse für die Landwirte für mehr als ausreichend bezeichnet werden; ebenso liege es bei den Kartoffelerzeugnissen. Die Geschäftsberichte der Erwerbsgesellschaften mit ihren erhöhten Dividenden müßten Verärgerung hervorrufen. Immer neue Verordnungen werden nötig gemacht dadurch, daß die Spekulanten in allen Berufen, nicht nur in der Landwirtschaft, die Höchstpreise zu umgehen versuchen. Die Zensur mache es der sozialdemokratischen Presse unmöglich, über ländliche Arbeiterlöhne zu berichten. Die Festsetzung der Butterhöchstpreise erfolgte verspätet. Bezeichnend für unsere Zustände sei die Mitteilung des Staatssekretärs, daß die Reichsregierung die Militärbehörden zuhilfe nehmen müsse, um notwendige Anordnungen durchzusetzen. Es werden Kartoffeln zurückgehalten und überdies verteuert durch die Gewährung viel zu hoher Vermittlungsgebühren durch die Reichskartoffelstelle.

Hamburger Fremdenblatt

6./XII.1915

Die Ernährungsfragen im Reichshaushaltsausschuß.

□ **Berlin**, 6. Dezember. (Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Der Hauptausschuß des Reichstages setzte heute seine Beratungen über Ernährungsberatungen fort. Ein fortschrittlicher Redner führte aus: die Bundesratsverordnungen seien zu spät gekommen und zu wenig durchgreifend gewesen. Bei den Höchstpreisen soll die Produktion bestehen können, das wäre auch bei den festgesetzten Höchstpreisen gut möglich. Angemessene Preise für landwirtschaftliche Produkte wünsche auch er; für richtige Verteilung der Produkte müsse aber gesorgt werden. Fleischkarten halte er nicht für nötig und für wenig nützlich. Gegen die übermäßigen Verdienste in der Industrie müsse er sich ebenfalls wenden. So seien die Lederpreise unerhört hoch. Wenn man anerkennt, daß der Landwirtschaft Großes zu verdanken sei, so dürfe man nicht vergessen, daß auch die Industrie sehr wichtige Arbeit geleistet habe. Gegenseitige Aufreizung und Mißverständnisse sollten ausgeschaltet werden.

Ein Redner des Zentrums wies auf die Verschiedenart der Verhältnisse im Deutschen Reiche in Süd und Nord hin. Im Süden sei der kleinere Bauer durch die vielen Verordnungen und die gegenwärtige Lage vielfach bedrückt. Wenn zum Zwecke einer besseren Verteilung eine größere Zentralisierung gewünscht worden sei, so müsse er davor warnen. In Bayern sei die Verteilung der Produktion meist besser geregelt als anderswo, so die Gerstenfrage.

Ein konservativer Redner sagt, die Landwirtschaft sei nicht schuld an allem Uebel. Sie habe manche Schwierigkeiten zu überwinden, die durch die vielen Verordnungen nicht gerade kleiner würden. Ihre Einnahmen seien keineswegs höher als in früheren Jahren. Notwendig sei, durch eine entsprechende Preispolitik die Produktion zu fördern, den ärmeren Konsumenten aber durch Reichs- und Staatszuschüsse die Bezahlung der Produkte zu ermöglichen.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter betonte, nicht allein die Landwirtschaft sei an der jetzigen hohen Preisbildung schuld, der Handel habe ebenfalls ein gerütteltes Maß Schuld daran. Die Angaben der Landwirtschaft über höhere Herstellungskosten sollten nicht aufrechterhalten werden. Die Verantwortung des Staatssekretärs des Innern sei ungeheuer groß in der jetzigen Zeit und mit der des Generalstabschefs von Falkenhayn zu vergleichen. Den besser bemittelten Schichten müsse auf ganz andere Weise klargemacht werden, daß sie sich einschränken und an die Rationseinteilung sich halten müßten.

Staatssekretär des Innern Delbrück erklärte, daß er bei der Einzelberatung der vorliegenden Anträge sich zu verschiedenen Fragen noch äußern werde. Dagegen, daß bei der Durchführung der Kartoffelversorgung die Landräte versagt hätten, müsse er sich jetzt schon wenden. Die Frage der Fettversorgung sei nicht leicht zu lösen. Eine Rationalisierung halte er für nötig. Die aus den beschlagnahmten Rohstoffen gewonnene Margarine, die zu 1,40 Mk. abgegeben werden soll, sei bis jetzt noch nicht auf den Markt gekommen. Sie werde den Kommunen zur Versorgung der Minderbemittelten überwiesen werden. Demnächst werde eine Verordnung erlassen werden, um die Ueberschüsse großer Molkereien entsprechend zu verteilen. Im Hinblick auf die sich fortwährend ändernden Verhältnisse auf dem Buttermarkt konnte durch eine systematische Verordnung eine dauernde Regelung nicht erzielt werden.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes wandte sich gegen die Anschauung, als ob die ausländischen Preise der Lebensmittel zum Vergleich nicht herangezogen werden könnten. Unter Vorlegung eines reichen Zahlenmaterials wies er neuerdings nach, daß die Kosten der Lebenshaltung im feindlichen Ausland vielfach stärker gestiegen seien als bei uns. Das gelte ganz besonders für Brot und Kartoffeln. Die verbündeten Regierungen täten alles, was in ihrer Macht stehe, um dem deutschen Volke die Lebenshaltung zu erleichtern. In dieser Beziehung seien aber auch den Regierungen in den Verhältnissen gewisse Grenzen gezogen. Das müsse berücksichtigt werden, wenn man zu einer gerechten und sachgemäßen Beurteilung dieser schwierigen Frage kommen wolle.

Hamburger Fremdenblatt 7./XII. 1915.

Höchstpreise und ihre Wirkungen.

Hamburg, 7. Dezember.

Wenn in Friedenszeiten Gesetze gemacht werden, so ist in der Regel Zeit vorhanden, um die Gesetzesvorlagen genügend zu prüfen und umzuarbeiten, wenn solches notwendig erscheint; anders liegt es in Kriegszeiten, wo die Parlamente nicht tagen und Gesetzeserlasse in der Regel dem Bundesrat überlassen bleiben.

Höchstpreise sind mit Geltung für das Reich auch Erlasse des Bundesrats, und es ist sicherlich in dieser hohen Stelle reiflich erwogen, welche Wirkungen die vielen verschiedenen Erlasse wohl haben können, aber besonders welche Wirkungen sie haben sollen.

Wenn Erlasse solcher Art gegeben werden, sind es zunächst Folgen öffentlicher Klage, erst: Kritik über die bestehenden Zustände, und sehr häufig setzen solche Kritiker ein Urteil an, ohne auch nur die geringste Kenntnis von der wahren Sachlage zu besitzen. Es spricht das zu verausgabende Geld dabei zum großen Teil sehr mit, weil das zum Leben Nötige sehr oft das Doppelte kostet und mehr, als es in Normalzeiten gekostet hat. Will man aber Kritik ansetzen, muß man die Ursachen suchen, die zu solchen hohen Preisen für die notwendigen Lebensmittel geführt haben.

Im Herbst 1914 waren bis Ende November die Preise für Schweinefleisch noch ganz niedrig. Die Ursache hierfür war, daß der Schweinebestand zur Zeit noch recht groß war. Bei der Furcht vor möglicherweise nicht ausreichender Menge an Korn und Kartoffeln wurden Gesetze erlassen, die diese Früchte zu verfüttern verboten, weil solche für die Volksernährung notwendig erschienen. Es begann nun ein starkes Abschlachten des Schweinebestandes, das weiter fortgesetzt wurde, so daß der Bestand sich in nicht langer Zeit um etwa 40 v. H. verringerte. In dieser Zeit war es richtig, daß die Städtekriegsversorgungen Schweine abschlachteten und diese einfrieren ließen, um für kommende Zeit der Knappheit mit dieser Ware einspringen zu können. Daß der Schweinebestand im Deutschen Reiche sich bereits um etwa 15 bis 20 v. H. wieder gehoben hat, ist festgestellt, kann aber erst langsam in die Erscheinung treten. Daß wir viel Fleisch, mehr als in normalen Zeiten, gebrauchen, besonders für unser Militär, sollte jedem bekannt sein. Daß sehr viel zu diesem Gebrauch in Konserven zubereitet werden muß, ist auch erklärlich. Dieses sind die Ursachen, die eine Knappheit und dadurch Steigerung der Preise veranlaßt haben, zugleich sind sie aber auch Veranlassung zu den öffentlichen Klagen und Kritiken, wie sie in den Zeitungen oft zum Ausdruck gebracht werden.

Wenn nun der Bundesrat nach reiflicher Ueberlegung und besonders der Tatsache, daß wir zur Volksernährung genügend Korn und Kartoffel zur Verfügung haben, zum Erlaß von Höchstpreisen für Schweine gekommen ist und auch übersieht, daß er den Mästern billigere Futtermittel schaffen und für diese bereitstellen kann, so wird sicherlich durch den Erlaß von Höchstpreisen für Schweine der ungebührlichen Ausbeutung ein Riegel vorgeschoben. Es ist aber bei dem Höchstpreiserlasse übersehen, daß solcher Höchstpreis auch der Großstadt gilt. Vielleicht aber hat das Gesetz die Großstädte besonders im Auge gehabt, dann aber übersehen, daß im Gesetz nirgends die Rede davon ist, daß der Produzent diesen Höchstpreis ab Stall nicht nehmen darf, sondern, wie es billig wäre, etwa 20 Mark weniger für die 100 Kilogramm nehmen müßte, weil durch den Transport zum Markt etwa 14 Pfund Untergewicht sich ergeben, Frachten, Fuhrlohn, Kommission, Marktgebühr und Futtergeld sich auf etwa 20 Mark für 100 Kilogramm belaufen.

Den Höchstpreisen für Schweine folgten sofort Höchstpreise für Schweinefleisch, aber nur für Schweinefleisch, das durchweg als frisches Fleisch zum Verkauf gelangt. Höchstpreise für Konserven sind nicht gegeben worden. Die Folge davon ist, daß der Produzent seine Ware nicht zu Markt bringt, weil Konservenfabriken, auch Wurstmachereien an Höchstpreise nicht gebunden sind, diese also die Höchstpreise an den Produzenten ab Stall zahlen können. Wenn dies der Fall ist, so hat der Produzent nicht nötig, zu Markt zu ziehen, so daß folgerichtig der Markt nicht beschickt wird oder wenigstens in sehr geringem Maße, so daß die Zufuhren zurzeit um etwa 75 v. H. zurückgegangen sind. Hier zeigt das Gesetz eine Lücke, die ausgefüllt werden muß. Was nun Hamburg besonders betrifft, so hat der Bundesrat die Höchstpreise für die verschiedenen Städte verschieden festgesetzt, so z. B. Berlin 100 Mark für 100 Pfund, Hamburg 95 Mark für 100 Pfund.

Hamburg war mit seinen Zufuhren besonders auf Schleswig-Holstein, Hannover und Mecklenburg angewiesen und hatte aus diesen Landesteilen ziemlich bedeutende Zufuhr. Man wird nicht gut verlangen können, daß der Produzent, wenn er überhaupt zu Markte zieht, seine Ware nicht dem Markte zuführt, wo er höhere Preise erzielt, namentlich da die Frachten nach Berlin ungefähr die gleichen sind, wie nach Hamburg.

Wenn also der Produzent in Berlin für 200 Pfund 10 Mark mehr erzielen kann als in Hamburg, und dort wirklich Mehrunkosten, 2 bis 3 Mark für das Stück, hat, so verbleibt ihm ein Reingewinn von 7 bis 8 Mark für das Stück. Dieses Mehr ist das Doppelte von dem, was der Händler in normalen Zeiten für das Stück verdient. Die Folge davon ist, daß Hamburg keine Ware zugeführt wird.

Das sind die wirklichen Wirkungen der Höchstpreise.

Albert Köster, Mitglied der Bürgerschaft.

*

Im großen Ganzen decken sich die vorstehenden Ausführungen mit denen, die wir in unserem Artikel „Der Fleischverbrauch in Hamburg“ in Nummer 333 B des „Hamburger Fremdenblattes“ niedergelegt hatten. Nachdem auch die Preisprüfungsstelle für das Stadtgebiet Hamburg schon die auf die Ursachen des Rückgangs im Auftrieb von Schweinen in Hamburg hingewiesen hat, ist anzunehmen, daß diese Ursachen abzustellen, das Bestreben der maßgebenden Stellen sein wird.

Tägliche Rundschau
7./XII. 1915

Wirtschaftliche Anträge der Nationalliberalen. Die Abgeordneten Bassermann, Dr. Böhme, Held, Roland-Lücke und Dr. Stresemann, welche die nationalliberale Fraktion bei den Beratungen über die Ernährungsfrage im Ausschuß für den Reichshaushalt vertraten, haben folgende Anträge eingebracht:

I. Der Reichstag wolle beschließen:
folgende Resolution anzunehmen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei der weiteren Ausgestaltung der wirtschaftlichen Maßnahmen folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1) In Anbetracht, daß in verschiedenen Bezirken Deutschlands eine Brennholznot sich geltend macht, haben die zuständigen Behörden:

a. durch Anordnung und nötigenfalls zwangsweise Durchführung sofortigen genügenden Brennholzeinschlages in den fiskalischen und erforderlichenfalls auch in den Privatwaldungen,

b. durch Einführung angemessener Höchstpreise für Brennholz, die nicht höher als 20 v. H. über den letzten durchschnittlichen Friedenspreisen sein dürfen,

die wirkungsvolle Abstellung der Uebelstände zu veranlassen.

2) Die Nutzbarmachung privater Wälder für Zwecke der Landwirtschaft hat da, wo ein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt, falls es nicht freiwillig geschieht, zwangsweise zu erfolgen.

3) Bei einer Beschlagnahme von Futtermitteln ist künftig zu berücksichtigen, daß den kleineren Betrieben ein größerer Prozentsatz ihrer Ernte für die Viehversorgung zugebilligt wird als den größeren.

4) Bei der Verteilung einheimischer oder fremder Futtermittel ist in erster Linie die Viehzahl zu berücksichtigen mit der Maßgabe, daß denjenigen Betrieben, welche auf einer kleinen Fläche eine verhältnismäßig große Viehzahl halten, für den Kopf ihres Viehs mehr zugewiesen wird als solchen Betrieben, die auf der gleichen Fläche weniger halten.

II. Der Reichstag wolle beschließen:
folgende Resolution anzunehmen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, die eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung der Mühlenbetriebe — auch der mittleren und kleineren — nach ihrer Leistungsfähigkeit sicherstellen.

III. Der Reichstag wolle beschließen:
folgende Resolution anzunehmen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen dafür zu treffen,

a. daß im Interesse der Erhaltung der Schweinezucht den Züchtern eine entsprechende Menge Futtergetreide, nach Maßgabe der gehaltenen Zuchttiere, gegen die Verpflichtung der Fortsetzung der Zucht, aus den eigenen Erzeugnissen oder den von seiten des Reiches eingeführten Futtermitteln überlassen wird,

b. daß die Abgabe von Futtermitteln an Züchter und Mäster nur durch die Kommunalverbände erfolgt,

c. daß die Preise für die abgegebenen Futtermittel im angemessenen Verhältnis zu den Inlandpreisen, bei Uebernahme des Unterschiedes zwischen Einstands- und Abgabepreisen auf das Reich, gestellt werden.

Fremdenblatt Abendbl. 7./VII. 1915

* **(Höchstpreise in Berlin.)** Aus Berlin, 6. d., wird telegraphiert: Mit Wirkung vom 13. d. wurden folgende Großhandelspreise festgesetzt (für 50 Kilogramm): für Weißkohl Mark 2.50, Rotkohl 4.50, Grünkohl 3.—, Kohlrüben 2.50, Mohrrüben 5.—, Zwiebeln 6.—, Sauerkraut 12.—. Die Kleinhandelspreise betragen für das Pfund bei Weißkohl 5 Pfennig, bei Rotkohl 7 Pfennig, bei Wirsingkohl und bei Grünkohl 6 Pfennig, bei Mohrrüben 8 Pfennig, bei Zwiebeln 15 und Sauerkraut 16 Pfennig. Die Großhandelspreise am Berliner Markt für 50 Kilogramm Reingewicht betragen ab 13. d. bei Karpfen 105 Mark, Schleien 125.—, Hechten 110.—, Bleien über 2 Pfund 80.—, unter 2 Pfund 60.—, Plötzen und Rotaugen über ein Pfund 60.—, unter ein Pfund 50.—. Die Höchstpreise im Kleinhandel bei 1 Pfund betragen bei Karpfen Mark 1.30, Schleien 1.50, Hechten 1.25, Bleien über 2 Pfund 1.—, unter 2 Pfund —.75, Plötzen Rotaugen über 1 Pfund —.75, darunter —.65. Die vorstehenden Preise ermäßigen sich bei toten Fischen um 20 Prozent.

Neue Freie Presse
7./XII. 1915

Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs (Rohö).

Musterküche der Rohö, 1. Bezirk, Bellariastraße 12 (Olso-Licht-Gesellschaft), Demonstrations-Kochvorträge und zeitgemäße Wirtschaftsführung. Programm dieser Woche: Weihnachtsgerichte in neuer Kochart: Bäckereien und Teigwaren. Die Verwendung der Gelatine. Bohnengerichte verschiedener Zubereitung. Fischgerichte ohne Fett mit verschiedenen Tunken. Die Demonstrationen finden statt: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 10 bis 12, 2 bis 4, 4 bis 6 und 6 bis 8 Uhr, Freitag von 10 bis 12 Uhr. Vormerkungen mit Angabe von Datum und Stunde mittels Doppelkorrespondenzkarte oder persönlich.

Kölnische Zeitung
8./XII.1915.

Der Oberbürgermeister macht bekannt, daß die Stadt vom 10. d. M. an in ihren Kleinverkaufsstellen weiße Bohnen das Pfund zu 44 ₰ verkauft. Berechtigt zum Bezuge ist nur, wer mit einem Einkommen von nicht mehr als 3000 ℳ zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist. Mehr als 2 Pfund wöchentlich an eine Haushaltung werden nicht abgegeben. Der Kauf wird im Kölner Brotbuche vermerkt. Weiter verkauft die Stadt Schweinefleisch in Brühe, die 1-Pfund-Dose zu 1,50 ℳ, Leberwurst, die 1-Pfund-Dose zu 1,30 ℳ, Knackwurst, die 1-Pfund-Dose zu 1,30 ℳ, Rotwurst, die 1-Pfund-Dose zu 1,20 ℳ und Sülze, die 1-Pfund-Dose zu 1,25 ℳ. Berechtigt zum Bezuge ist nur, wer mit einem Einkommen von nicht mehr als 5000 ℳ zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist. Bei dem Kauf ist das Kölner Brotbuch vorzulegen. Infolge Abgabe vorgenannter Waren wird die Verabfolgung von Käse und Heringen eingeschränkt. Es werden für die Folge abgegeben: Holländer Käse nur ein Pfund wöchentlich und Heringe nur fünf Stück wöchentlich an eine Haushaltung gegen Eintragung der betr. Mengen im Kölner Brotbuch.

Zusammenschluß der Verbraucher.

v. Der Rothenburgsorter Bürgerverein von 1906 tagte unter dem Vorsitz des Herrn Rektor Kühl in seinem Vereinslokale, Billhorner Röhrendamm 37. Das Andenken der verstorbenen Mitglieder, Herren Jenssen, Rensch und Kronberg, wurde in üblicher Weise geehrt. Herr F. Fellgiebel wies auf die Notwendigkeit hin, daß die Liberalen sich auch mit kirchlichen Angelegenheiten mehr beschäftigen. Der Vorsitzende berichtete über die Verhandlungen des Zentralausschusses und teilte ferner mit, daß der Vorstand an der Nagelung des Eisernen Michael teilgenommen und dafür 30 Mk. geopfert habe. Herr Fellgiebel sprach noch über die im Zentralausschuß angeregte Verbilligung der Gas- und Elektrizitätsmesser und vertrat den Standpunkt, daß man nach dem Kriege diese Frage wieder aufnehmen und sehr energisch eine Herabsetzung der Miete für diese Messer fordern müsse. Hierauf hielt Herr F. Fellgiebel einen Vortrag über: „Die Organisierung des Konsums und die Volkswirtschaft". Er führte dabei aus, daß man während der Kriegszeit nicht mit Unrecht häufiger Klagen über Lebensmittelwucher gehört habe, aber auch in Friedenszeiten habe man die Erfahrung machen können, daß zeitweise in einzelnen Artikeln Preistreibereien stattfinden. Es sei allerdings nicht zu leugnen, daß die Behörden manches versäumt und manche Fehler während des Krieges gemacht haben. Jetzt haben sich Konsumentenorganisationen gebildet, die einen großen Teil der Bevölkerung hinter sich haben, die eine gerechte Preisregelung für Lebensmittel erstreben. Vielen habe die Einführung der Brotkarten nicht gefallen, und tatsächlich werde auch das Brot nicht gleichmäßig verteilt, denn in Berlin erhalte man beispielsweise mehr Brot als in Hamburg. Notwendig sei auch die Einführung von Fleisch- und Butterkarten, um der Verschwendung einzelner wirksam entgegenzutreten und die Vorräte zu strecken, denn hierzu reiche die Einführung der fleisch- und fettlosen Tage für die Wirtschaften nicht aus. Die Konsumentenorganisationen haben eine Sammelstelle errichtet, wo Vorschläge über eine gute Verteilung aller Lebensmittel entgegengenommen werden. Dort suche man auch die Haushaltungsvorstände über eine sparsamere Wirtschaftsführung zu belehren. Weiter suchen die Konsumentenorganisationen einen besseren Einfluß bei den zuständigen Behörden zu gewinnen. Der Deutsche füge sich gern in die Notwendigkeiten, die der Krieg mit sich bringt, aber auf der andern Seite befinde sich die Bevölkerung in einer Notwehr gegen den Preiswucher. Die notwendigsten Lebensmittel dürften nicht bewuchert werden, um einzelne zu bereichern. Bei der Festsetzung der Höchstpreise dürften von den Behörden nicht allein die Produzenten zu Rate gezogen werden, sondern man müßte dabei auch die Konsumenten hören. Es kommt heute überhaupt nicht darauf an, daß die Produzenten verdienen, sondern darauf, daß den Konsumenten genügend Lebensmittel zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen. (Lebhafter Beifall.)

Zu Rechnungsprüfern wurden die Herren Hagen und Roll durch Zuruf gewählt. Herr Fellgiebel sprach dann noch über die Fürsorge für die Krieger und hob dabei hervor, daß manche zurückkehrenden Krieger durch den Krieg wirtschaftlich schwer geschädigt wurden, und daß man auch für diese fürsorgend eintreten müsse. Es sei auch schon ein Ausschuß in der Bildung begriffen, der nach Mitteln und Wegen suchen solle, den zurückkehrenden Kriegern wieder zu einer Existenz zu verhelfen.

Fremdenblatt

8./XII. 1915

* **(Gegen die Verteuerung der Weihnachtsstimmung.)** Jawohl, es ist kein Zweifel. Es hat der Plan bestanden, uns allen die Weihnachtsstimmung zu vertreiben. In Palast und Hütte ist der Christbaum die allerwichtigste, die unentbehrlichste Voraussetzung für die richtige Weihnachtsstimmung. Den Christbaum mit seinen Lichtern, keiner möchte ihn missen, und je älter man geworden ist, umso heller strahlen die Lichter des Weihnachtsbaumes in unserer Seele, umso reiner wird unsere Freude. Um wieviel tiefer wird noch in diesem besonderen Jahre unser Wunsch sein, daß dieser Christbaum auch wirklich Frieden bringt. Diese vornehme köstliche Gabe des Weihnachtsabends im idealsten Sinne, sie sollte verteuert werden. Wenigstens hat es die Behörde gefürchtet und deshalb ihre besonderen Maßregeln getroffen.

Vom Magistrate der Stadt Wien wurden nämlich Höchstpreise für Christbäume bestimmt, und zwar dürfen Tannen bis zu 1 Meter um zwei bis vier Kronen, bis zu 1½ Meter um vier bis sechs Kronen und bis 2 Meter um sechs bis zehn Kronen verkauft werden. Fichten sind entsprechend billiger. Die Preise werden auf allen Märkten bekanntgegeben, Ueberschreitungen strenge bestraft. Es ist wünschenswert, daß das Publikum diesbezügliche Einkäufe rechtzeitig besorgt und nicht bis zu den letzten Tagen wartet, da die Verkäufer täglich mehr Kosten haben, welche sie naturgemäß auf die Ware aufschlagen müssen.

Zweifellos hat die Behörde zu dem Höchstpreise im Artikel Christbaum aus bestimmten Gründen gegriffen. Es war im Vorjahre dem einfachen Manne schwer, auch nur einen bescheidenen Christbaum zu erstehen, so unerhört waren die Preise in die Höhe getrieben worden. Die Berechtigung einer entsprechenden Erhöhung war ja immerhin vorhanden, da sehr viel Forstpersonal eingerückt war und die Verkehrsverhältnisse unter großen Einschränkungen litten. Aber die Behörde hat sich gemerkt, zu welchen Preisen sich manche Christbaumhändler verstiegen, und das Publikum wird gewiß die Maßnahme begrüßen, die eine Wiederholung der Preistreiberei auf diesem Marktgebiete verhindert. Ohne Christbaum keine Weihnachtsstimmung. Sie soll uns diesmal nicht unnötig verteuert werden. Die Behörde hat die Preise des Christbaumes nach der Höhe bemessen, es ist nur ein Glück, daß die wahre Festesseligkeit der Weihnacht nicht von der Pracht und Größe des grünen Weihnachtsgastes abhängt.

8. XII. 1915

Zur Approvisionierung Wiens.

Aus der Obmännerkonferenz.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain fand gestern eine Konferenz der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt. Der Bürgermeister berichtete über den Stand der Zentralstelle im Rathause; es wurden bezahlt: An fortlaufenden Unterstützungen 1,428.242 Kronen, an einmaligen Unterstützungen 412.281 Kronen, an Kosten der Ausspeisung 3,420.465 Kronen. An laufenden Unterstützungen sind bisher für 3910 Personen per Monat 109.775 Kronen bewilligt. Der Stand der Anmeldungen für den staatlichen Unterhaltsbeitrag beträgt per 6. Dezember 214.476 Kronen. Der Bericht des Oberstadtphysikus Dr. Böhm über die Gesundheitsverhältnisse in Wien besagt u. a.: Die für den Spätherbst seit Jahren charakteristische Zunahme des Krankenstandes und der Sterblichkeit war auch innerhalb der Berichtszeit (vom 10. November bis 6. Dezember) zu verzeichnen, wobei festgestellt werden konnte, daß sie sich in normalen Grenzen hielt.

Weiter berichtet der Bürgermeister über die Aktion der Gemeinde betreffend die Weihnachtsgeschenke für die im Felde stehenden Angehörigen des zweiten Korps. Zur Versendung der Liebesgaben sind annähernd 350 Kisten erforderlich, welche die Aufschrift: „Von der Gemeinde Wien für die im Felde stehenden, aus Wien sich ergänzenden Truppenkörper des zweiten Korps" tragen werden.

Obermagistratsrat Dr. Konstantin Mayer erstattet nun einen eingehenden Bericht über die vom 14. bis 22. November unternommene Reise des Gemeinderates Oberleithner und des Marktamtsinspektors Kneifel nach Galizien und Russisch-Polen. Die beiden Herren gewannen die Ueberzeugung, daß für die Versorgung Wiens aus den Beständen Galiziens und der besetzten Gebiete nur Kartoffeln und allenfalls etwas Schweine in Betracht kämen. Für die Einfuhr einer beschränkten Anzahl von Schweinen wäre deshalb an die Statthalterei von Galizien das Ansuchen um die Bewilligung zu richten. Ferner wären die Landwirtschaftliche Gesellschaft in Krakau und die Armee-Intendanz zu ersuchen, vorkommendenfalls bekannt werdende Offerte auf Approvisionierungsartikel an den Wiener Magistrat zu leiten. Die Lieferung von Eiern und Geflügel aus Galizien vollziehe sich im Wege des Handels. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Dann wurde der Ankauf von 1000 Kühen genehmigt. Hievon wird die Hälfte bei Wiener Milchmeiern eingestellt, bezüglich der zweiten Hälfte trifft die Gemeinde ein Uebereinkommen mit einer Gutsherrschaft, welche diese Tiere nebst einigen Zuchttieren in Pflege und Wartung übernimmt und sich verpflichtet, die von den Kühen gewonnene Milch nach Wien abzuliefern.

Die Gemeinde Wien hat sich ferner entschlossen, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage und im Hinblick auf den völligen Mangel an Reis im Detailverkehr ein größeres Quantum Reis aus den Vorräten, die in erster Linie zur Deckung der Bedürfnisse der eigenen Anstalten, Spitäler, Versorgungshäuser 2c. und der Zentralstelle für die Ausspeisung bestimmt waren, dem Konsum zu überlassen. Es wird ein Quantum von rund 63 Waggons zur Verfügung gestellt werden und die Ware wird durch den Verein der am Kolonialwarenhandel beteiligten Firmen und durch die Konsumvereine in den Handel gebracht werden; es soll aber auch ein Teil an die Reis verarbeitenden Genossenschaften (Gastwirte, Hoteliers, Auskocher und Zuckerbäcker) abgegeben werden. Im Kleinhandel wird sich der Preis für Primaware auf Kr. 2.36, für Sekundaware auf Kr. 1.88, für Tertiaware auf Kr. 1.64 und für Bruchreis auf Kr. 1.32 stellen.

Ferner wurde der Ankauf von Kondensmilch genehmigt und ein ausführlicher Bericht des Magistratsrates Dr. Ehrenberg über die Kartoffelaktion der Gemeinde zur Kenntnis genommen. Die Vereinbarungen der Gemeinde Wien mit einer Kartoffeltrocknungsanstalt, in welcher Kartoffelflocken, eventuell auch Kartoffelmehl erzeugt werden soll, werden gutgeheißen. Direktor Menzel erstattet schließlich ein umfangreiches Referat über die Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke und wird nach eingehender Debatte beschlossen, deputativ sich an die Ministerpräsidenten zu wenden.

Vom Schweinemarkt.

Bei der gestern von den Marktparteien des Schweinemarktes abgehaltenen Besprechung einigte man sich angesichts der reichlichen Marktbeschickung auf einen Höchstpreis von fünf Kronen per Kilogramm Lebendgewicht für Fettschweine, was einem Rückgang der Preise von 60 bis 70 Heller gegenüber der Vorwoche bedeuten würde. Die Kauflust war aber infolge geringen Absatzes im Detailverkehr so geschwächt, daß nur in ganz vereinzelten Fällen dieser Höchstpreis erreicht wurde. Primaware wurde allgemein für Kr. 4.80 bis 4.95 verkauft.

Die Detailmärkte.

Trotz des zu erwartenden gesteigerten Bedarfes anläßlich des bevorstehenden Feiertages und ungeachtet der relativ knappen Zufuhren wickelte sich der Verkehr auf den gestrigen Lebensmittelmärkten angesichts der fortgesetzt ungünstigen Konsumverhältnisse in ruhiger Stimmung ab. Angebot in Wildbret noch immer mäßig, hingegen in Geflügel und Fischen für den gegenwärtigen Bedarf ausreichend. Die auswärtigen Fleischzufuhren in der Großmarkthalle beliefen sich gestern auf siebzehn Waggons mit 85,4 Tonnen, worunter sich acht Waggons mit 37,2 Tonnen ausländische Provenienzen befanden. Man zahlte im Engros-Verkehr: Ausländisches Rindfleisch, vorderes Kr. 3.50, hinteres Kr. 3.80 bis 3.90, Schafe Kr. 3.70 bis 4.—, böhmisches Rindfleisch, vorderes Kr. 3.50 bis 3.60, hinteres Kr. 3.40 bis 4.20, und ungarisches Schweinefleisch Kr. 4.— per Kilogramm. Inländisches Rindfleisch hat sich um 30 bis 40 Heller, Schaffleisch um 20 bis 30 Heller und Schweinefleisch um 30 Heller per Kilogramm ermäßigt. Diese Rückgänge dürften im Laufe der Woche auch im Kleinverkehr zum Ausdruck gelangen. Rindsinnereien wurden aus Ungarn im Gewichte von 860 Kilogramm zugeführt. Für Schweinsinnereien wurden die Preise entsprechend dem Rückgange auf dem gestrigen Schweinemarkt auf Intervention des Marktamtes um 20 Heller per Kilogramm herabgesetzt. Man zahlte: Schweinsbeuschel Kr. 3.60 bis 4.—, Leber Kr. 3.10 bis 4.30 und Nieren Kr. 3.10 bis 4.30 per Kilogramm.

Butter und Eier. In Butter sind die Zufuhren zwar mäßig, allein der Bedarf kann noch immer ohne Schwierigkeiten gedeckt werden, da die Bestände mit importierten Vorräten hinreichend versehen sind. Hingegen herrscht auf den für den lokalen Konsum in Betracht kommenden Eiermärkten, da die Produktion eine weitere Abnahme erfahren hat, ein veritabler Mangel.

Volksernährung und Ernährungsminister.

Wir essen augenblicklich in Wien ein weißes Brot, wie wir es in Friedenszeiten nicht gehabt und nicht geliebt haben. Da wir unseren Roggen nicht rechtzeitig von den Landwirten hereinbringen konnten, mußten wir unsere Weizenvorräte stärker in Anspruch nehmen, und das war nicht in Ordnung. Wer erinnert sich nicht an den Herbst des ersten Kriegsjahres, wo wir Weißgebäck ohne Schranken genossen und unser Weizenmehl rasch aufzehrten, um im Frühsommer uns mit Mais zu behelfen? Das war Leichtsinn. Heute kann von Leichtsinn nicht die Rede sein, alle Getreidearten waren mit Erntebeginn beschlagnahmt, die Mehlvorräte nach den Ergebnissen einer bescheidenen Vorratsschätzung auf die ganze Konsumperiode aufgeteilt und der Konsum durch Brotkarten geregelt. Keinerlei Beschwer konnte uns zustoßen, wenn die behördlichen Maßnahmen auch durchdrangen. Vier Monate nach der Ernte haben wir uns die traurige Ueberzeugung verschafft, daß sich der Ernährungsplan — bis heute wenigstens — nicht durchsetzt. Und das ist nicht in Ordnung.

Woran liegt es? Die Regierung hat eine Vorratserhebung bei den Erzeugern und Verwahrern der Brotfrucht durchgeführt, diese war ein Fehlschlag! Man wird uns nicht vorwerfen, daß wir es jemals an der nötigen Kritik an der österreichischen Verwaltung haben fehlen lassen, es fällt uns nicht ein, Regierungsmaßnahmen zu beschönigen. Es hieße aber den Punkt verfehlen, auf den es ankommt, wenn man sich mit Vorwürfen gegen die Regierung begnügen wollte. Verordnet hat sie alles Nötige. Wahr ist, daß die staatlichen Lokalstellen, die Bezirkshauptmannschaften, die Verordnungen nicht ins Leben zu überführen imstande waren. Sie haben den mildernden Umstand geltend zu machen, daß sie mit verringerter Beamtenschaft und Gendarmerie arbeiten, auf die Mithilfe der autonomen Gemeindeorgane angewiesen sind und den Wall von Interessenten, dem unsere Gesetzgebung die Gemeinden des flachen Landes anvertraut, nicht durchdringen können. Unglückselig erweist sich in unserer Brotfrage unsere Verfassung, welche das einheitliche Wirtschaftsgebiet zwei Regierungen unterstellt und diese auf Verträge von Fall zu Fall verweist, welche die in ihrem Wesen einheitliche staatliche Verwaltung in zwei vertraglose Teile, in die landesfürstliche und in die autonome Verwaltung, zerlegt. Hiezu kommt, daß die landesfürstlichen Verwalter ausschließlich juristisch vorgebildet und schon darum ökonomische Aufgaben zu bewältigen wenig befähigt sind. All das wohlgerechnet, bleibt noch eine Lücke. Man hat die Vorräte gezählt, aber die Eigner der Waren haben Mengen einbekannt, die tief unter dem noch Möglichen liegen. Irrtum um einige Prozente, vom Eigeninteresse geleitete Vorsicht, mag sie um ein Zehntel von der Wahrheit abweichen, das wäre vielleicht begreiflich, aber angesichts der Kriegsnot schon schwer zu entschuldigen. Aber was vorliegt, ist weit mehr, ist starrsinnige Vorratsverschweigung durch die Eigner. Die Behörde konnte auf die entgegenkommende Willigkeit vieler Eigner nicht rechnen, sie mußte den Druschzwang verfügen. Trotzdem ist der Roggen nicht rechtzeitig frei und verfügbar geworden, die großen Konsumbäckereien können das erforderliche Backgut nur von Tag zu Tag mühsam erhalten, wissen selten gewiß, ob sie am nächsten Morgen wieder backen oder wider Willen stillstehen werden. Und am Ende müssen wir, um das zu vermeiden, nach dem Weizenmehl greifen, müssen die gut ausgedachten Vermahlungsvorschriften umstoßen, Weizen beinahe ganz — bis auf drei Prozent Grieß — zu Brotbackmehl (Gleichmehl) vermahlen und verlieren jede Zuversicht, ob wir den vorher durchdachten Ernährungsplan bis zur neuen Ernte werden durchhalten können. Das ist, wie offen ausgesprochen werden muß, nicht in Ordnung. Es muß ausgesprochen werden — denn sonst ist am Ende gar niemand da, der das Gewissen der Eigner weckt und ihnen zum Bewußtsein bringt, was sie durch ihren Starrsinn anrichten. Es muß von uns ausgesprochen werden, denn jene, die die Eigner dieser Ware geistig führen, tun ihre Pflicht nicht, erziehen ihre Gefolgschaft nicht zur Pflichterfüllung gegen die Allgemeinheit, ja sie gehen so weit, auch heute noch das Evangelium des Eigennutzes zu predigen und in ihren Anhängern die Vorstellung zu verstärken, als vollbrächten sie mit dieser interessierten Zurückhaltung ein gutes, gesundes, gottgefälliges Werk!

Die Gemeinschaft muß leben! Und darum hat sie den Eignern die Scholle, die nicht nur ihr, sondern aller Erdenkinder Teil ist, und ihre Erträgnisse anvertraut, daß die Ernährung des Volkes gesichert werde. Es kann nicht zugegeben werden, daß das Eigentum pflichtlos sei, daß die Eigner von Waren sie verschweigen und zurückhalten dürfen, in derselben Zeit, wo die Arbeitskraft auf der einen, Blut und Leben aller auf der anderen Seite kriegsleistungspflichtig sind. Die Gemeinschaft muß leben, und also müssen die Vorräte restlos einbekannt und für die Allgemeinheit bereitgehalten werden.

Ist der erste Versuch gescheitert, so muß eben ein zweiter mit verstärkten Mitteln unternommen werden. Die Dinge müssen eben in Ordnung gebracht werden!

Dem neuen Minister des Innern, dem Prinzen Konrad zu Hohenlohe, sind jetzt die Ernährungssorgen anvertraut. Vielleicht finden seine Verfügungen bei den Eignern der Brotfrucht mehr Vertrauen und Geltung, da er einem Geschlecht großer Grundherren entstammt, vielleicht glauben ihm Grundherr und Bauer eher, daß es sein muß, als dem verabschiedeten Baron Heinold. Hohenlohes Berufung in dieser Zeit, wo innere Regierung gleichbedeutend ist mit Versorgung des Hinterlandes, kann ja doch nur den Sinn haben, daß eine starke Hand den Wagen weiterstoße. Wir wissen wohl, daß Heinold und Enael schwere Mühe hatten, die

Bedenken und Vorbehalte zu besiegen, die Schuster im Interesse des legitimen Handels und Zenker im Interesse des bedrängten Grundbesitzes unermüdlich ins Feld führten. Wir nehmen an, daß sie deshalb wichen, weil sie nicht stark genug waren, diese Bedenken rechtzeitig niederzukämpfen — obschon es auffallen muß, daß der Vater aller Vorbehalte, der Ackerbauminister Zenker, bleibt und die Auskunft getroffen wird, drei starke Männer zu holen, auf daß er besiegt werden könne ... Aber wir verzweifeln daran, die Normen zu ergründen, nach denen Minister an- und abtreten. Wir müssen uns an jene Männer halten, die im Amte sind. Und so wollen wir — aus dem Gefühl der Verantwortung für die arbeitenden Massen — rechtzeitig den Prinzen Hohenlohe daran mahnen, daß unser Ernährungsregime eine eiserne Hand fordert und daß kein Tag mehr versäumt werden darf. Wir wollen ihm vorstellen, daß nunmehr er die Verantwortung dafür trägt, wie wir im Hinterland den Winter, den Frühling und den Frühsommer bis zur neuen Ernte durchleben werden. Und das ist wahrhaftig eine geschichtliche Verantwortung; dabei ist der Erfolg mehr als eine gewonnene Schlacht, der Mißerfolg aber in seinen Nachwirkungen nicht auszudenken!

Was zu tun ist? Der staatliche Verwaltungsapparat ist mit so viel Pflichtgefühl und Tatkraft zu erfüllen, daß er wider den interessierten Starrsinn der Eigner, der Erzeuger sowohl wie der Händler, durchdringen muß. Die neue Erhebung ist so zu führen, daß auch nicht ein Prozent unserer Vorräte den Augen der Behörde verborgen bleibt. Die Einbringung hat so rasch und so vollständig zu erfolgen, daß wir auf der Höhe des Winters der ganzen Brotfrucht habhaft sind und endlich, endlich über den Vorrat so verfügen, daß auf der einen Seite das Saatgut gesichert, beiseite gelegt, auf der anderen die Menge genau gemessen wird, die da ist. Was da ist, muß dann auf Monate und Tage endgiltig aufgeteilt werden. Was wir haben, werden wir essen. Am Ende kann sich jeder mit wenigem bescheiden, wenn er die volle Gewißheit hat, daß mehr nicht da ist. Der Gedanke aber ist furchtbar, daß der eine Mensch darbt, während der andere mit köstlicher Menschennahrung Haustiere füttert. Ist Erhebung und Aufteilung vollbracht, so muß mit größter Strenge darauf geachtet werden, daß die Zuteilungsvorschriften wirklich eingehalten werden. Eine Arbeit von höchstens zwei Monaten, aber entscheidend vielleicht für die ganze Zukunft des Staates.

Und was noch zu tun ist? Zwei Eilzugslinien und viele Telephondrähte verbinden Budapest und Wien; an dieser Verbindung hängt viel, sehr viel. Der innerste Geist des Ausgleichs, die Wirtschaftsgemeinschaft, die in den bisherigen Verhandlungen beinahe untergegangen scheint, ist zu retten und ins Leben wieder zurückzuführen. Wir müssen eine Versorgungsgemeinschaft erst wieder werden! Ein kleinliches Feilschen um jede Tonne Roggen und jede Dose Schmalz hat sich breitgemacht, Unterschiedlichkeiten haben sich eingeschlichen, die sich wider den Grundgedanken der nunmehr durch zwei Jahrzehnte bestehenden Wirtschaftseinheit und Verkehrsfreiheit wenden. Dazu hat jede Vereinbarung, wenn sie zustande kam, Monate bis zum Abschluß in Anspruch genommen und den Zeitpunkt versäumt, wo sie noch voll wirksam hätte sein können. Wir erinnern nur an die Fettpreise! Stark sein im Verkehr mit der ungarischen Regierung und rasch im Abschluß — das ist das zweite Gebot.

Dabei muß festgehalten werden, daß es nicht auf eine Probe ankommt, die wiederholt werden kann, wenn sie einmal mißlingt. Der Ernährungsminister muß diesmal und sofort durchgreifen; scheitert er, so ist unwiederbringliche Zeit verloren. Das vor allem ist es, warum die Volksmassen diesem Ministerwechsel mit besonderer Aufmerksamkeit folgen. Seine Nachwirkungen müssen am täglichen Tisch jedes kleinsten Haushalts fühlbar werden.

Arbeiterzeitung
9./XII. 1915

Höchstpreise in Deutschland für Gemüse und Fische. Wie vielseitig die Vorkehrungen der deutschen Verwaltung gegen die Preistreibereien sind, beweist eine neue Verordnung des deutschen Bundesrates, die am 13. d. in Kraft tritt. Sie setzt Höchstpreise für den Groß- und für den Kleinhandel von Gemüsen und Fischen fest. Folgende Grünwaren dürfen im Kleinhandel im Kilo höchstens kosten (wobei der Preis in Kronen nach dem heutigen Kurse von 1·43 Kronen umgerechnet ist): Weißkraut 10 Pfennig (14·3 Heller), Rotkraut 14 Pfennig (20 Heller), Grünkohl 12 Pfennig (17 Heller), Kohlrüben 10 Pfennig (14·3 Heller), gelbe Rüben 16 Pfennig (23 Heller), Zwiebeln 30 Pfennig (43 Heller), Sauerkraut 32 Pfennig (46 Heller). Viele dieser Waren sind halb so billig als in Wien. Hier bezahlt man jetzt im Kilo für Weißkraut 18 bis 26 Heller, für Rotkraut 40 bis 50 Heller, für Kohl im Stück bis 24 Heller, für gelbe Rüben im Kilo 30 bis 40 Heller, für Zwiebeln 64 bis 90 Heller, für Sauerkraut 48 bis 60 Heller. Im Kleinhandel bei den Gemischtwarenhändlern werden noch viel höhere Preise verlangt.

Auch für Fische hat die deutsche Regierung Höchstpreise im Groß- und im Kleinhandel bestimmt. Im kleinen kosten im Kilo: Karpfen 260 Pfennig (372 Heller), Schleien 300 Pfennig (430 Heller), Hechte 250 Pfennig (358 Heller), Plötzen und Rotaugen 150 Pfennig (215 Heller). Tote Fische sind um 20 vom Hundert billiger.

Die Fischpreise unterscheiden sich in manchem nicht sehr von den heute bei uns üblichen Preisen. Sehr nützlich wäre es, wenn auch wir für Grünwaren und Fische Höchstpreise bekommen würden, um den Preistreibereien ein Ende zu machen. Ob wir es erleben werden?

Hamburger Fremdenblatt
9./XII. 1915.

Die Preisbildung in- und ausländischer Nahrungsmittel.

Unser Verbrauch an Nahrungsmitteln setzt sich auch gegenwärtig aus drei verschiedenen Gruppen zusammen: solchen, die wir ausschließlich mit inländischen Produktionsmitteln im Inlande erzeugen, solchen, zu deren Herstellung wir in größerem oder geringerem Umfange eingeführte Produktionsmittel (Roh- und Hilfsstoffe) verwenden, endlich solchen, die wir als ganz oder beinahe ganz fertige Erzeugnisse aus dem Ausland importieren. Bei der ersten Gruppe ist unser Einfluß auf die Preisbildung naturgemäß am größten; wir können, von den Produktionskosten ausgehend, die Verkaufsforderungen fixieren (wobei die Untergrenze durch die notwendige Mindestrentabilität der Produktion gegeben ist) und das einmal geschaffene Preisniveau dauernd oder doch über die ganze Produktionsperiode unverändert halten. Das ist ja bekanntlich beim Getreide geschehen. Größere Schwierigkeiten ergeben sich schon bei der zweiten Gruppe, bei den Nahrungsmitteln, die teilweise mit ausländischen Roh- und Hilfsstoffen hergestellt werden.

Die Kosten dieser importierten Produktionsmittel sind nicht fest, sondern beweglich und tragen ein Element der Veränderlichkeit in den gesamten Produktionsaufwand. Steigen die Ausgaben für die eingeführten Roh- und Hilfsstoffe, während der Preis des Erzeugnisses fixiert bleibt, so wird die Rentabilitätsgrenze unterschritten und die Produktion eingeschränkt; ob mehr oder weniger empfindlich, hängt von dem Umfange ab, in dem bisher jene ausländischen Produktionsmittel bei der Erzeugung beteiligt waren. Will man trotzdem die Produktionspreise auf einer festen Höhe halten, so muß man sie entweder von vornherein so reichlich festsetzen, daß die Steigerung der Produktionskosten die Rentabilität nicht berührt (was auf Widerspruch der Verbraucher stoßen wird), oder man muß den Produktionsrückgang in Kauf nehmen oder schließlich durch irgendwelche Maßnahmen (Einkaufszentralisierung, äußerstenfalls auch öffentliche Zuschüsse, bezw. Verkauf zu niedrigeren als den wirklichen Einfuhrpreisen) die Erhöhung des Produktionsaufwands durch die Importverteuerung verhindern oder abschwächen.

Die praktische Lösung wird wahrscheinlich ein Kompromiß aus allen drei Möglichkeiten sein, das dem Außenstehenden viel Anlaß zur Kritik zu geben scheint, das aber aus der schwierigen Sachlage ganz naturgemäß herauswächst. Bei der dritten Gruppe, den fertig oder nahezu fertig aus dem Auslande eingeführten Nahrungsmitteln, ist unsere Preismacht selbstverständlich am geringsten. Wir können — und das geschieht ja auch — durch Organisation und Zentralisierung des Einkaufs vermeiden, daß wir uns selbst die Preise in die Höhe treiben; aber wir können an der Marktlage, die durch die Nachfrage anderer geschaffen wird, nichts ändern. Kein ausländischer Produzent oder Händler kümmert sich um etwa von uns festgesetzte Höchstpreise, wenn er Abnehmer findet, die ihm für seine Ware mehr bezahlen. Wollen wir nicht mitmachen, dann müssen wir eben verzichten. Auf Märkten, auf denen unsere Nachfrage quantitativ eine bedeutende Rolle spielt, kann übrigens der zeitweise, organisierte und systematische Verzicht stark auf die Preise einwirken. Der Politik unserer Getreideeinfuhr (oder vielmehr in den letzten Monaten -nicht-einfuhr) aus Rumänien lag diese Möglichkeit der Marktbeeinflussung zugrunde.

Vossische Zeitung

10./XII. 1915

Die Volksernährung im Krieg.

Der Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt setzte heute seine Beratungen über die Volksernährung fort. Die eingehende Besprechung über den Zentrumsantrag betr. die Errichtung einer Lebensmittelzentralstelle mit einem aus Reichstagsmitgliedern bestehenden und vom Reichstag ernannten Beirat spitzte sich schließlich auf die von einem konservativen Abgeordneten aufgeworfene Frage zu, ob diese Zentralstelle etwa den Bundesrat ausschalten solle. Auch der Staatssekretär des Reichsamts des Innern begründete seine verfassungsrechtlichen Bedenken damit, daß die beantragte Zentralstelle einen Eingriff in die verfassungsmäßigen Befugnisse des Bundesrats darstellen könnte. Der Ausschuß stellte die Abstimmung zurück bis zur Entscheidung über die meisten anderen Anträge.

Es folgte die Beratung über

die Höchstpreise.

Das Zentrum schlägt Resolutionen vor auf Festsetzung von Höchstpreisen möglichst für sämtliche Bedürfnisse des täglichen Lebens, Herabsetzung der Vermittlungsgebühren sämtlicher Bezugs- und Vermittlungsvereinigungen auf die niedrigst zu bemessenden Selbstkosten und Ablieferung der Ueberschüsse für die Kriegsinvalidenfürsorge, weitergehende Beurlaubung der für die Volksernährung notwendigen Arbeitskräfte aus dem Heere, insbesondere der Arbeitsverwendungs- und Garnisondienstfähigen, sowie der Genesenden, Förderung der Futtermitteleinfuhr aus dem Auslande, Erschließung und Verwendung neuer Futtermittelstoffe im Inlande, gerechte Verteilung aller Futtermittel nach dem Viehbestande; endlich Bereitstellung eines Teils der Familienunterstützungen statt in Bargeld in Hauptlebensmitteln, Ausgabe von Fleisch-, Fett- oder Gemüsekarten für gemeinschaftlichen Verkauf zu ermäßigten Preisen, Beschlagnahme von Kartoffeln für den Westen im Falle ungenügender Versorgung, Einschränkung des Butterverbrauchs in den Gast- und Speisehäusern, weitestgehende Fürsorge für den Bedarf an Eiern für Kranke und Kinder, etwa durch Errichtung von Sammelstellen für Eier.

Eine konservative Resolution will den Reichskanzler um Maßnahmen ersuchen, daß bei Festsetzung von Höchstpreisen für den Kleinhandel gleichzeitig auch Höchstpreise für den Großhandel festgesetzt werden, daß bei Inkrafttreten dieser Höchstpreise unverschuldete Verluste des Kleinhandels an nachweislich zu höheren Preisen eingekauften Waren, gegebenenfalls durch Einräumung angemessener Fristen vermieden werden und endlich, daß die Behörden und Gemeinden auf den Zusammenschluß des Kleinhandels zu Vereinigungen hinwirken, die als Großeinkäufer anerkannt werden.

Die Resolution der fortschrittlichen Volkspartei will den Reichskanzler ersuchen, auch weiterhin durch allgemein gültige Verordnung, eventuell durch Festsetzung von Höchstpreisen und durch Beschlagnahme ungebührlicher Preissteigerung entgegengewirkt und möglichst gleichmäßige Verteilung herbeigeführt wird, weiter daß im Interesse rechtzeitiger und ausreichender Versorgung bei der Bemessung der Höchstpreise die Erzeugungskosten hinreichende Deckung erfahren, daß aber hierbei auch die Weiterverarbeitung und die Verteilung, insbesondere Kleingewerbe und Kleinhandel entsprechend den erforderlichen Aufwendungen ausreichend entschädigt werden und daß, soweit diesem Grundsatz bisher nicht genügend Rechnung getragen ist, entsprechende Aenderungen alsbald bewirkt werden.

Ein Zentrumsabgeordneter forderte, daß die Gehälter und Vermittlungsgebühren bei den Bezugsvereinigungen nicht ins Ungemessene steigen. Wenn Gutsbesitzer für die Ablieferung des Ueberschusses hohe Vermittlungsgebühren beziehen, so sei das nicht zu billigen. Der Staatssekretär des Innern erwiderte, daß selbstverständlich die Gebühren nicht übermäßig hoch steigen dürften. Ein fortschrittlicher Abgeordneter führte aus, die Verordnung vom 8. November 1915 über Oele und Fette wirke im Verein mit der Beschlagnahme wie Enteignung. Der Redner führt Einzelfälle zum Beweis dieser Behauptung vor. Wenn man dem Handel zumute, Waren einzuführen, dann dürfe man nicht einen Teil seines Vermögens enteignen.

Kölnische Zeitung
10/XII. 1915.

Die Volksversorgung im Hauptausschusse.

(ℳ **Berlin**, 9. Dezember. (Telegr.)

Der Reichstagsausschuß für den Haushalt trat heute am Donnerstagabend wieder zusammen, um die Beratung über die Volksernährung fortzuführen. Es lag ein Zentrumsantrag vor, den Reichskanzler durch eine Entschließung angesichts der Entwicklung der Verhältnisse in den letzten Monaten erneut zu ersuchen, noch während der gegenwärtigen Tagung des Reichstages zur Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln usw. schleunigst eine

Zentralstelle für Lebensmittelversorgung

beim Bundesrat zu schaffen unter Hinzuziehung eines Beirats, der aus vom Reichstag ernannten Mitgliedern besteht. Die Zentralstelle erhält das Recht, Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen. Ein konservativer Abgeordneter wünschte Aufklärung, welche Stellung diese Zentralstelle einnehmen solle. Der Antragsteller führte aus, die Prüfungsstellen seien nicht das, was gewünscht worden sei; ihre Mitglieder hätten zu geringe Rechte. Da eine ungenügende Regelung der Ernährungsfragen geeignet sein würde, Mißstimmung im Volke zu erregen, sei es Pflicht, dafür zu sorgen, daß solche Mißstimmung nicht aufkommt. Wenn der Reichstag zur Regelung der Ernährungsfragen mit herangezogen werde, so werde dies das Vertrauen zur Regierung und ihren Maßnahmen stärken. Dazu solle der Antrag dienen. Die Reichstagsabgeordneten seien besser in der Lage, mit allen Schichten der Bevölkerung Fühlung zu halten als die Regierung. Die Zentralstelle solle nicht die Ausführung der Maßnahmen übernehmen, sondern sie mitberaten. Ein Reichstagsbeschluß auf Errichtung einer Zentralstelle liege bereits vor. Die Annahme des Zentrumsantrages würde die Ausführung dieses frühern Beschlusses bedeuten. Die einzelnen vom Reichstag ernannten Mitglieder sollen ständig in Berlin anwesend sein und Berichte erstatten.

Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern führte aus, es sei natürlich dringend zu wünschen, daß die Bevölkerung

Vertrauen zu den Maßnahmen der Regierung

habe. Wenn Abgeordnete mitwirkten, werde das Vertrauen auch leichter aufrechtzuerhalten sein. So wie der Antrag vorliege, scheine er nicht zweckmäßig zu sein. Er, der Staatssekretär, habe sich bemüht, den Gedanken des Antrages durch den § 11 der Verordnung über die Prüfungsstellen in die Praxis umzusetzen. Der dort eingesetzte Beirat bestehe aus etwa 50 Personen und sei in Ausschüsse für die einzelnen Stoffgebiete geteilt. Die Geschäftsordnung der Prüfungsstellen sei in bezug auf die Kommissionen der des Reichstages nachgebildet, die übrigen Paragraphen dieser Verordnung seien noch nicht voll zur Durchführung gekommen. Von der Zentralstelle erlassene Verordnungen versagten vielfach, weil sie sich den örtlichen Verhältnissen nicht genügend anpassen könnten. Aus diesem Grunde würden den Ausschüssen und Landeszentralstellen usw. weitgehende Befugnisse eingeräumt. Die Prüfungsstellen der Gemeinden fingen jetzt erst an zu arbeiten. Der Staatssekretär ging dann auf verschiedene Anregungen ein.

Nach dem Westen seien mehr Kartoffeln

eingeführt worden als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Höchstpreise für Heringe seien unmöglich, weil die Mehrzahl der Heringe aus dem Auslande komme. Es werde jetzt an der Organisation des Heringsverkaufs gearbeitet und in nicht langer Zeit werde es gelingen, durch Zusammenfassen der Ergebnisse der verschiedenen Preisprüfungsstellen Besserungen zu erlangen. Durch die Errichtung eines eigenen Unterstaatssekretariats für die Regelung der Lebensmittelversorgung werde eine raschere und bessere Lösung all dieser Fragen herbeigeführt werden. Die Annahme des in Rede stehenden Antrages würde Schwierigkeiten und Störungen ergeben. Die Verordnungen der Zentralstelle könnten nur dann rasch wirken, wenn die Landeszentralbehörden mit arbeiteten. Sollte es erforderlich sein, die Geschäftsordnung der Preisprüfungsstellen zum Zweck der Erleichterung ihrer Arbeiten zu verbessern, so sei er dazu bereit. Ein Regierungsvertreter machte gegen den Antrag verfassungsmäßige Bedenken geltend. Dem Bundesrat und dem Reichstage fehlten Vollzugsorgane. Sie seien auf die Mitwirkung der Landeszentralbehörden angewiesen. Die Annahme des Antrages würde unter Umständen Verwirrung anrichten.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter führte aus, daß der Antrag dasselbe enthalte wie der im August vorigen Jahres vom Reichstag einstimmig angenommene Antrag seiner Partei. Die Gründe der Regierungsvertreter gegen den Antrag erscheinen dem Redner nicht durchschlagend. Der beantragten Zentralstelle müsse das Beschlagnahmerecht gegeben werden, weil sonst die Verordnung der größern Gemeinden nicht sichergestellt werde. Die der Reichsregierung am 4. August 1914 erteilte Vollmacht sei so weitgehend, daß

verfassungsrechtliche Bedenken nicht vorliegen

könnten. Die Zentralstelle solle die Zentrale für die Verteilung sein, die Prüfungsstellen seien eine verkrüppelte Organisation und könnten daher nie das leisten, was man von ihnen erwarte. Durch Hinzuziehung von Abgeordneten würde die Öffentlichkeit erfahren, was vorgehe, und dies würde beruhigend wirken. Die Dinge lägen doch einmal so, daß die Ethik aufhöre, wo das Interesse an Geld beginne. Durch die Öffentlichkeit könnte aber das Hervortreten solcher Interessen verringert werden. Eine vernünftige Verordnung werde stets Rücksicht nehmen auf die Bedürfnisse der einzelnen Gegenden. Nur ein sicherer Überblick über das Ganze verbürge die richtige Verteilung auf die einzelnen Gebiete und könne die Ernährung der Menschen ebenso sicherstellen wie die Auffütterung des Viehes. Der Reichstag dürfe nicht auseinandergehen, ehe nicht das Zusammenarbeiten von Bundesrat und Reichstag für die Volksernährung sichergestellt sei.

Der Staatssekretär des Innern erwiderte, die Regierung habe geglaubt, daß die in der Richtung der Beschlüsse des Reichstags liegende Verordnung vom 25. September geeigneter sei zur Erreichung des Zwecks als der vorliegende Antrag. Alles was der Antrag wolle, sei in der Verordnung vorgesehen, nämlich die Befugnisse teilweise den Landeszentralbehörden, Kreiskommunalverbänden und Gemeinden zu übertragen. Auf Grund der Erfahrungen des Jahres 1914 sei man zu dieser Regelung gekommen. Der Vorredner habe recht, wenn er

die Information der breiten Öffentlichkeit

als erwünscht erkläre. Gerade zu diesem Zweck seien Vertreter aller Berufskreise und der Gemeinden in die Prüfungsstellen berufen, und hierzu sei die von dem Staatssekretär erstrebte Dezentralisation geeignet. Die stufenweise Herabsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln sollte die gleichmäßige Versorgung der einzelnen Gegenden sichern. Er habe sich nicht über die Wünsche des Reichstags hinweggesetzt, er habe im Gegenteil geglaubt, den Wünschen des Reichstags am besten gerecht zu werden durch die von ihm, dem Staatssekretär, getroffenen Anordnungen.

Ein anderer Zentrumsredner führte aus, daß die Prüfungsstellen zu einer Zeit zusammenberufen worden seien, als die Fragen der Höchstpreise und der Beschlagnahmungen gedrängt hätten. Es sei für die Abgeordneten nicht leicht gewesen, sich ganz rasch in die Materie einzuarbeiten. Zu bewundern sei der Fleiß und die Sachkenntnis der Beamten, denen gegenüber die Abgeordneten im Nachteil seien. Es komme darauf an, den Abgeordneten nicht eine Art von Ehrenposten zu geben, sondern sie in den Stand zu setzen, durch dauernde Mitarbeit fruchtbringende Arbeit leisten zu können. Wenn die Kartoffelverordnungen versagt hätten, so hätten dabei die agrarischen Sachverständigen wohl etwas mit Schuld. Dies hätte vermieden werden können, wenn den als Zuhörern zugelassenen Abgeordneten Beschlußrecht gegeben worden wäre. Die Preisprüfungsstellen seien an sich zu begrüßen, doch seien sie zu spät gekommen. Als besonders dringlich müsse die Butterfrage bezeichnet werden. Der Staatssekretär des Innern entgegnete, die Schwierigkeiten auf dem Buttermarkte seien aus Ursachen entstanden, die außerhalb unseres Machtbereichs lägen, er hoffe aber, daß

die Verhältnisse auf dem Buttermarkte

in allernächster Zeit bessere würden. Der Butter- und Fettmarkt bedürfe der Regelung, die jedoch sich nach den Vorräten richten müsse. Zur Regelung der Butterfrage sei etwas Geduld noch nötiger als Butter. Den Abgeordneten werde ausreichendes Informationsmaterial hierüber zugestellt werden. Ein fortschrittlicher Abgeordneter führte aus, daß seine Partei im August dem Antrag, der jetzt wieder vorliege, zugestimmt habe, obwohl sie zweifele, daß er viel nützen werde. Die Preisprüfungsstellen seien ein Versuch, diesem Beschluß gerecht zu werden. Die Stellung der Abgeordneten in den Ausschüssen der Prüfungsstellen sei allerdings bisher nicht so gewesen, wie es zu wünschen sei. Der Redner könne nicht empfehlen, nun wieder noch neue Organisationen zu schaffen. Sehr wichtig sei, daß sich die Anordnungen des Generalkommandos in der gleichen Linie bewegten wie die des Bundesrats.

Fragen der Lebensmittelversorgung.

Aus der Kriegskommission für Konsumenteninteressen.

Die Kriegskommission für Konsumenteninteressen befaßte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage einer besseren Reisversorgung, und zwar in Anwesenheit eines Vertreters der Zentraleinkaufsstelle des Ministeriums des Innern. Es wurde festgestellt, daß in absehbarer Zeit günstigere Verhältnisse im Reisbezug zu erhoffen seien, und daß die Aussicht bestehe, aus dem neutralen Ausland gegen Kompensationen Reis zu erhalten.

Hierauf gelangte die Wildbretversorgung in Anwesenheit von Vertretern des niederösterreichischen Jagdschutzvereins und der Genossenschaft der Wildbret- und Geflügelhändler zur Verhandlung. Unter Hinweis auf die kürzlich in Deutschland erfolgte Festsetzung von Höchstpreisen für Wild ab Schußplatz und im Kleinhandel wurde die Zweckmäßigkeit von Höchstpreisen für Wild in Oesterreich erörtert. Solche Höchstpreise müßten für das Reich einheitlich und im Einvernehmen mit Ungarn festgesetzt werden. Bei den hohen Fleischpreisen zeige sich in den meisten Orten, denen Jagdreviere benachbart sind, das Bestreben, erlegtes Wild an Ort und Stelle zum Verkauf zu bringen. Zur Erleichterung des Bezuges für Städte, namentlich für Wien, wurde allseits empfohlen, neuerdings die Aufhebung der städtischen und staatlichen Verzehrungssteuer zu verlangen, zumal seinerzeit die Regierung der Abordnung des deutschen Städtetages gegenüber diese Maßregel in Aussicht gestellt hatte. Der Ertrag dieser Steuer ist ein geringer: für Geflügel, Federwild, Wildbret und Fische wurden insgesamt im Jahre 1912 bei den Linienverzehrungssteuerämtern nur 1·6 Millionen Kronen eingenommen, wovon 440.000 Kronen auf die Gemeinde entfielen. Von der wichtigsten Wildgattung, den Hasen, wurden im erwähnten Jahre nur rund 160.000 Kronen Verzehrungssteuer eingenommen, wovon 37.000 Kronen auf die Gemeinde entfielen; für Fasane, Auer- und Birkhühner wurden 52.000 Kronen Steuer gezahlt. Hingegen belastet diese Steuer außerordentlich den Konsum: für Hasen pro Stück mit 39 Heller, für Hirschfleisch pro zehn Kilogramm mit K. 1.04, für Fasanen sogar pro Stück mit K. 1.04. Die Kriegskommission beschloß einstimmig, neuerdings die Aufhebung der Verzehrungssteuer für Wild auf Kriegsdauer zu verlangen.

Hierauf wurden die Maßregeln zur Bekämpfung der Ueberbesetzung des Lebensmittel-Kleinhandels im Zusammenhang mit der Teuerung erörtert. In Wien entfällt ein Lebensmittelgeschäft schon auf 196, in Berlin erst auf 637 Einwohner. Diese Ueberbesetzung des Lebensmittelhandels hat nicht, wie man annehmen könnte, durch die Konkurrenz preisermäßigend, sondern auf den Vertrieb der Lebensmittel verteuernd gewirkt. Es wurde eine Reihe von Vorschlägen auf Verbesserung dieser Verhältnisse gemacht, so über die Fernhaltung nicht geeigneter Elemente vom Lebensmittelhandel, ferner darüber, durch welche Mittel die Zahl der Lebensmittelgeschäfte in ein richtiges Verhältnis zum Lokalbedarf gebracht werden könnte usw. Gelegentlich dieser Beratungen wurde von mehreren Seiten neuerdings die Verbesserung der Organisation der Konsumenten erörtert und gewünscht, daß eine Konsumentenzentrale als eine offizielle Stelle, ähnlich wie die offiziellen Organisationen der übrigen Wirtschaftskreise, etwa den Konsumentenkammern, geschaffen werde.

Preistreibereianzeigen gegen Gastwirte.

In den letzten Tagen sind gegen eine Reihe von Wiener Gastwirten wegen der laut Genossenschaftsversammlungsbeschluß vom 24. November d. J. geforderten Mindestausschankpreise für Wein Anzeigen wegen Preistreiberei erstattet worden. Der bezügliche Beschluß lautete, daß ohne Rücksicht auf die Gestehungskosten die Mitglieder der Genossenschaft vom Tage des Beschlusses an für einen Viertelliter Weißwein 36, für einen Viertelliter Heurigen 32 und für einen Viertelliter roten Wein 40 Heller verlangen sollen. Fortgesetzt finden in den hiesigen Gastwirtschaften Erhebungen über die Weinpreise statt. Vorderhand scheint nach unseren Informationen die Frage noch nicht geklärt, ob der von der besagten Genossenschaftsversammlung gefaßte Beschluß als ungesetzlich aufgehoben werden wird oder ob gegen den gesamten Vorstand der Genossenschaft der Wiener Gastwirte auf Grund der kaiserlichen Verordnung gegen die Preistreibereien vom 8. August d. J. gerichtliche Schritte unternommen werden.

10./XII. 1915

Die Ernährungsfrage im Reichstagsausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstags begann heute abend die Einzelberatung der zur Ernährungsfrage vorliegenden Anträge:

Das Zentrum ersuchte den Reichskanzler in einer Entschließung angesichts der Entwicklung der Verhältnisse in den letzten Monaten, noch während der gegenwärtigen Tagung des Reichstages zur Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln usw. schleunigst eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung beim Bundesrat zu schaffen, unter Hinzuziehung eines Beirats, der aus vom Reichstag ernannten Mitgliedern besteht; die Zentralstelle soll das Recht erhalten, Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen.

In der Begründung wurde ausgeführt, ein solcher Antrag sei schon früher vom Reichstage angenommen worden, und die Regierung sei ihm durch Einrichtung einer Reichsprüfungsstelle in etwas entgegengekommen. Die Mitglieder dieser Prüfungsstelle hätten aber nicht die Stellung, die sie haben müßten. Das Vertrauen des Volkes müsse durch Zuziehung von Abgeordneten mit Vorschlagsrecht und entscheidender Stimme gestärkt werden.

Staatssekretär Dr. Delbrück verwies auf die Verordnung vom 25. September 1915, die durch Einrichtung der Reichsprüfungsstelle dem Antrage in der Hauptsache entsprochen habe. Die Schaffung einer mit Beschlagnahme- und Enteignungsbefugnis ausgestatteten Zentralstelle beim Bundesrat sei verfassungs- und verwaltungsrechtlich nicht durchführbar. Wenn in bezug auf Ausbau und Geschäftsordnung der Reichsprüfungsstelle Wünsche beständen, so würde er sie gewiß entgegenkommend prüfen. Dem Wunsche auf Mitwirkung der Abgeordneten im Beirat der Reichsprüfungsstelle sei in vollem Umfange Rechnung getragen. Uebrigens seien sowohl in den einzelnen Provinzen wie in den Gemeinden Prüfungsstellen geschaffen oder in Bildung begriffen. Im Zusammenwirken dieser Stellen mit der Reichsprüfungsstelle werde man einen Ueberblick über die Preisbildung auf dem Lebensmittelmarkt gewinnen.

Ein Vertreter der bayerischen Regierung pflichtete den staatsrechtlichen Bedenken des Staatssekretärs bei. Beschlagnahme und Enteignung berührten die Exekutive, die weder beim Bundesrat noch beim Reichstage liege; beiden fehlten hierzu auch die Ausführungsorgane. Reichstag und Bundesrat sollten zur Abstellung von Uebelständen einträchtig zusammenarbeiten, dazu bedürfe es aber keines neuen Weges.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter erklärte, die Preisprüfungsstellen genügten nicht; die Einwendungen staatsrechtlicher Natur könne er nicht als stichhaltig anerkennen. Die in dem Antrag vorgeschlagene Einrichtung werde den Bundesrat in seiner Verantwortung entlasten; der Reichstag müsse eine Kontrolle haben, daß seine Beschlüsse auch durchgeführt würden, dadurch würde das Vertrauen des Volkes erheblich gestärkt.

Staatssekretär Dr. Delbrück erwiderte, der Bundesrat habe die Beschlüsse des Reichstags wohl beachtet und eine Organisation geschaffen, die nach seiner Meinung am geeignetsten sei zur Erreichung des gewünschten Zieles. Der Bundesrat habe wiederholt Vorratserhebungen veranlaßt. Die Bundesstaaten dürften hier nicht ausgeschaltet werden, vielmehr müsse ihnen auch eine gewisse Freiheit für ihre Betätigung gelassen werden. In der Reichsprüfungsstelle seien auch die Konsumenten, die Gewerkschaften usw. vertreten. Die Auffassung, daß der Bundesrat den Wünschen des Reichstages in dieser Frage nicht hätte entsprechen wollen, müsse er als unzutreffend zurückweisen, er habe den Wünschen nur in anderer Form genügt.

Ein Zentrumsabgeordneter, zugleich Mitglied der Reichsprüfungsstelle, bedauerte, daß diese zu spät eingerichtet worden sei, und daß es daher bei allem Fleiße nicht möglich gewesen sei, sich in die Fülle des vorgelegten Materials hineinzuarbeiten und dauernd auf dem Laufenden zu bleiben. Bei dauernder Mitwirkung von Abgeordneten, die mit entsprechender Befugnis ausgestattet seien, würde auch die Tätigkeit der übrigen Vertreter in der Reichsprüfungsstelle ersprießlicher werden.

Ein Mitglied der Fortschrittspartei stand dem Antrage mißtrauisch gegenüber, obwohl auch er eine größere und weitergehende Beteiligung der Reichstagsmitglieder an der Reichsprüfungsstelle für sehr erwünscht erachtete. Allerdings würden die einzelnen Abgeordneten kaum Zeit haben, ständig an einer solchen Zentralstelle mitzuwirken. Es sei eben sehr viel schwerer, Dinge besser zu machen, als sie zu kritisieren.

Ein Zentrumsredner konnte den gegen seinen Antrag geltend gemachten staatsrechtlichen Bedenken nicht beitreten. Hätte die Regierung auf den Reichstag gehört und dessen Antrag zur Kartoffelversorgung rechtzeitig durchgeführt, so wäre es nicht zu den vielen Klagen darüber gekommen.

Staatssekretär Dr. Delbrück erwiderte, es handle sich hier lediglich um die Frage, ob die vorgeschlagene Einrichtung der Zentralstelle oder die Reichsprüfungsstelle das Bessere sei. Die staatsrechtlichen Bedenken dürften nicht beiseite geschoben werden. Seinerseits werde alles Mögliche getan, um auftretende Schwierigkeiten in der Frage der Ernährung zu beseitigen. Die Kartoffelverordnung hätte nicht erlassen werden können, bevor die Uebersicht über den Ernteertrag vorgelegen habe.

Weiterberatung heute, Freitag, vormittag

Fremdenblatt
10/VII. 1915

Die Approvisionierung Wiens.

Kriegskommission für Konsumenten-Interessen.

Diese Kommission befaßte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage einer besseren Reisversorgung, und zwar in Anwesenheit eines Vertreters der Zentraleinkaufsstelle des Ministeriums des Innern. Es wurde festgestellt, daß in absehbarer Zeit günstigere Verhältnisse im Reisbezug zu erhoffen seien, und daß die Aussicht bestehe, aus dem neutralen Auslande gegen Kompensationen Reis zu erhalten.

Hierauf gelangte die Wildbretversorgung in Anwesenheit von Vertretern des niederösterreichischen Jagdschutzvereines und der Genossenschaft der Wildbret- und Geflügelhändler zur Verhandlung. Unter Hinweis auf die kürzlich in Deutschland erfolgte Festsetzung von Höchstpreisen für Wild ab Schußplatz und im Kleinhandel wurde die Zweckmäßigkeit von Höchstpreisen für Wild in Oesterreich erörtert. Solche Höchstpreise müßten für das Reich einheitlich und im Einvernehmen mit Ungarn festgesetzt werden. Bei den hohen Fleischpreisen zeige sich in den meisten Orten, welchen Jagdreviere benachbart sind, das Bestreben, erlegtes Wild an Ort und Stelle zum Verkauf zu bringen. Zur Erleichterung des Bezuges für Städte, namentlich für Wien, wurde allseits empfohlen, neuerdings die Aufhebung der städtischen und staatlichen Verzehrungssteuer zu verlangen, zumal seinerzeit die Regierung der Abordnung des deutschen Städtetages gegenüber diese Maßnahme in Aussicht gestellt hatte. Der Ertrag dieser Steuer ist gering: für Geflügel, Federwild, Wildbret und Fische wurden insgesamt im Jahre 1912 bei den Linien-Verzehrungssteuer-Aemtern nur 1,6 Millionen Kronen eingenommen, wovon 440.000 Kronen auf die Gemeinde entfielen. Von der wichtigsten Wildgattung, Hasen, wurden im erwähnten Jahre nur rund 160.000 Kronen Verzehrungssteuer eingenommen, wovon 37.000 Kronen auf die Gemeinde entfielen; für Fasane, Auer- und Birkhühner wurden 52.000 Kronen Steuer gezahlt. Hingegen belastet diese Steuer außerordentlich den Konsum: für Hasen per 1 Stück mit 39 Heller, für Hirschfleisch per 10 Kilogramm mit Kr. 1.04, für Fasane sogar per Stück mit Kr. 1.04. Die Kriegskommission beschloß einstimmig, neuerdings die Aufhebung der Verzehrungssteuer für Wild auf Kriegsdauer zu verlangen.

Hierauf wurden die Maßregeln zur Bekämpfung der Uebersetzung des Lebensmittel-Kleinhandels im Zusammenhang mit der Teuerung erörtert. In Wien entfällt ein Lebensmittelgeschäft schon auf 196, in Berlin erst auf 637 Einwohner. Diese Uebersetzung des Lebensmittelhandels hat nicht, wie man annehmen könnte, durch die Konkurrenz preisermäßigend, sondern auf den Vertrieb der Lebensmittel verteuernd gewirkt. Es wurde eine Reihe von Vorschlägen betreffend Verbesserung dieser Verhältnisse gemacht, so über die Fernhaltung nicht geeigneter Elemente vom Lebensmittelhandel, ferner darüber, durch welche Mittel die Zahl der Lebensmittelgeschäfte in ein richtiges Verhältnis zum Lokalbedarfe gebracht werden könnte und andere. Gelegentlich dieser Beratungen wurde von mehreren Seiten neuerdings die bessere Organisation der Konsumenten erörtert und gewünscht, daß eine Konsumenten-Zentrale als eine offizielle Stelle, ähnlich wie die offiziellen Organisationen der übrigen Wirtschaftskreise, etwa den Konsumenten-Kammern, geschaffen werde.

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

Die Volksversorgung im Hauptausschuß.

♆ **Berlin,** 10. Dez. **(Telegr.)** Der Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt setzt seine Beratungen über die Volksernährung fort. Die eingehende Besprechung über den Zentrumantrag, eine Lebensmittelzentralstelle mit einem aus Reichstagsmitgliedern bestehenden und vom Reichstag ernannten Beirat zu errichten, spitzte sich schließlich auf die von einem konservativen Abgeordneten aufgeworfene Frage zu, ob diese Zentralstelle etwa den Bundesrat ausschalten solle. Auch der Staatssekretär des Reichsamts des Innern begründete seine verfassungsrechtlichen Bedenken damit, daß die beantragte Zentralstelle einen Eingriff in die verfassungsmäßigen Befugnisse des Bundesrats darstellen könnte. Der Ausschuß stellte die Abstimmung zurück bis zur Entscheidung über die meisten andern Anträge. Es folgte die

Beratung über die Höchstpreise.

Ein Zentrumsantrag schlägt Entschließungen vor, möglichst für sämtliche Bedürfnisse des täglichen Lebens Höchstpreise festzusetzen, die Vermittlungsgebühren sämtlicher Bezugs- und Vermittlungsvereinigungen auf die niedrigst zu bemessenden Selbstkosten herabzusetzen, ferner Ablieferung der Überschüsse für die Kriegsbeschädigten-Fürsorge, weitergehende Beurlaubung der für die Volksernährung notwendigen Arbeitskräfte aus dem Heere, insbesondere der Arbeitsverwendungs- und Garnisondienstfähigen, sowie der Genesenden, Förderung der Futtermitteleinfuhr aus dem Auslande, Erschließung und Verwendung neuer Futtermittelstoffe im Inlande, gerechte Verteilung aller Futtermittel nach dem Viehbestande, endlich Bereitstellung eines Teils der Familienunterstützungen statt in Bargeld in Hauptlebensmitteln, Kohlen, Koks usw., und zwar zu Preisen, unter den im freien Handel gezahlten, Ausgabe von Fleisch-, Fett- oder Gemüsekarten für gemeindlichen Verkauf zu ermäßigten Preisen an alle Haushaltungen mit einem Jahreseinkommen unter 2000 ℳ,

Beschlagnahme von Kartoffeln für den Westen

im Falle ungenügender Versorgung, Herabsetzung der Preise für die Trockenprodukte der Kartoffeln, Einschränkung des Butterverbrauchs in den Gast- und Speisehäusern, weitestgehende Fürsorge für den Bedarf an Eiern für Kranke und Kinder, etwa durch Errichtung von Sammelstellen für Eier.

♆ **Berlin,** 10. Dez. **(Telegr.)** Im Hauptausschusse des Reichstages erklärte bei Beratung einer vom Zentrum vorgelegten Resolution über die Errichtung einer Zentralstelle für Lebensmittelversorgung, der Staatssekretär des Innern, zu einem Ausbau der Reichsprüfungsstelle, in welcher ja bereits Mitglieder des Bundesrates, des Reichstages und Sachverständige säßen, gerne die Hand bieten zu wollen. Auf eine Anregung, Höchstpreise für Leder festzusetzen, erklärte Staatssekretär Dr. Delbrück, daß Maßnahmen zur Regelung der Lederpreise vorbereitet würden. Auf Klagen darüber, daß nur für Militärausrüstungsgegenstände die Lederpreise herabgesetzt worden seien, daß aber in der Privatindustrie die Preise noch viel zu hoch seien, und auch in Gerbrinde stark spekuliert werde, legte ein Regierungskommissar die einschlägigen Verhältnisse dar: Seit dem 1. Dezember seien seitens der in erster Linie beteiligten Militärverwaltung Höchstpreise für Leder festgesetzt, und eine weitere Herabsetzung der Preise werde im Laufe der Zeit erfolgen. Wie schwierig die Sache sei, zeige der Umstand, daß wegen der großen Verschiedenheit in der Güte des Leders 150 bis 160 Preissätze hätten festgesetzt werden müssen.

WTB **Berlin,** 10. Dez. **(Telegr.)** Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bundesratsverordnung vom 8. Dezember über den Butterverkehr.

Arbeiterzeitung
11./XII. 1915

Gegen die Teuerung.

Eine aufgelöste Versammlung.

Mit der Tagesordnung „Die hohen Lebensmittelpreise" fand Dienstag im Arbeiterheim in Meidling unter dem Vorsitz des Genossen Pirkebner eine sehr gut besuchte Vereinsversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereines statt. Als Regierungsvertreter war Kommissär Alfons Leuther vom Polizeikommissariat Meidling anwesend.

Ueber die hohen Lebensmittelpreise sprach Genossin Emmy Freundlich: Wir waren gezwungen, von dem zu leben, was wir hatten. Warum ist es nicht so eingehalten worden wie in Przemysl, daß einer nicht mehr zum Essen bekommen hat wie der andere? Unsere Brotkarte war der letzte Schutz. Der Mensch braucht auch eine gewisse Menge Fett, Milch und Fleisch. Allen Kreisen der Bevölkernng wird doch klar geworden sein, daß Erdäpfel immer nur Erdäpfel sind, und wenn man die ganze Woche nur von Erdäpfeln leben muß, so muß Unterernährung eintreten. In den letzten Monaten sind die Gemüsepreise unerhört gestiegen, so daß heute für Gemüse so viel bezahlt wird wie früher für Fleisch. Wie kann man Gemüse bereiten, wenn das Kilo Fett 8 Kronen kostet? Wir haben der Regierung Vorschläge unterbreitet, die aber noch der Erledigung harren. Wir Sozialdemokraten haben uns für die Einführung der Milchkarte eingesetzt, aber sie wurde bis heute nicht eingeführt. Nur ein Teil der Bevölkerung bekommt Milch. Kinder werden von den schlechtesten Surrogaten ernährt. Wir haben in Oesterreich während der Kriegszeit fünfhundert Verordnungen erhalten. Wenn wir Brot mit diesen Verordnungen backen hätten können, würde die Bevölkerung etwas gehabt haben. (Unterbrechung durch den Kommissär.) Wir haben immer gewartet, daß sich die Zustände bessern. Wenn ein Arbeiter mehr verdient, so braucht er auch mehr, wenn der Arbeiter heute vierzehn Stunden arbeitet statt neun wie früher. Schauen Sie in andere Branchen; ich verweise nur auf die Schokoladefabrik Stollwerck, wo es heute Wochenlöhne von neun Kronen gibt. Wir haben Haushaltungsrechnungen von Arbeiterfamilien gesammelt. (Unterbrechung des Kommissärs.) Wenn wir nicht reden dürfen, so fühlen wir doch alle, unter was für Verhältnissen wir leben. (Zustimmung der Versammlungsteilnehmer.) Wenn uns die Möglichkeit genommen wird, mit der Bevölkerung offen zu sprechen, so verkennen die Herrschenden den Ernst der Situation. Unterhaltsbeiträge werden an 163.000 Familien bezahlt, Tausende Kinder sollen mit 66 Heller täglich leben. In Deutschland hat man die Unterhaltsbeiträge erhöht. Man sorgt dort in ausgiebiger Weise für die Wöchnerinnen. Man hat dort von der Kriegsanleihe eine Milliarde zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt. Auch die Regierung hat ein Interesse daran, sich um das Hinterland zu bekümmern. Wir wissen, daß auch bei uns noch Vorräte vorhanden sind. Was die Bevölkerung an Selbstbeherrschung bis jetzt geleistet hat, überschreitet die allbekannte Wiener Geduld. Die Rednerin will eine Resolution verlesen, der Regierungsvertreter fordert dem Vorsitzenden das Blatt Papier ab und erklärt dann, nachdem er es einige Sekunden in der Hand gehalten, daß die Resolution nicht verlesen werden dürfe.

Gemeinderat Reumann verweist darauf, daß auch andere Parteien Versammlungen abhalten ohne Bevormundung. (Lebhafter Beifall.) Die Opfer, die wir jeden Tag bringen, sind groß. Wir haben Lebensmittelpreise wie kein Land. Väter und Söhne stehen im Felde und bluten für das Vaterland. Wir verlangen die Erhöhung der Zumessung der Brotkarte für den Proletarier. Ministerium und Statthalterei erwägen . . .

In diesem Augenblick steht der Kommissär auf, bedeckt sein Haupt und erklärt wegen Aufreizung gegen die Regierung die Versammlung für aufgelöst. Wache dringt in den Saal, an der Spitze von zwanzig Mann steht der Revierinspektor Franz Stillebacher; große Erregung bemächtigt sich der Versammlungsteilnehmer. Die Wache hält sich aber reserviert, unsere Vertrauensmänner ersuchen die Teilnehmer, in Ruhe nach Hause zu gehen.

* * *

Neues Wiener Tagblatt
11./XII. 1915

(Nahrungsmittelkäufe durch die deutsche Zentraleinkaufsgesellschaft für Oesterreich.) Eine kürzlich erlassene deutsche Bundesratsverordnung verbiete bekanntlich die Durchfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen durch Deutschland. Diese Verordnung ist, nach Berliner Berichten, in der Hauptsache das Ergebnis eines Abkommens, das mit der österreichischen Regierung abgeschlossen worden ist. Oesterreichische Händler überboten in den skandinavischen Staaten die deutsche Zentraleinkaufsgesellschaft beim Einkauf von Vieh, Fleisch, Butter, Schmalz und andern tierischen Erzeugnissen, was zu immerwährenden Preissteigerungen führte. Infolge des Abkommens übernimmt nun die deutsche Einkaufsgesellschaft auch für Oesterreich den Einkauf dieser Gegenstände, womit der gegenseitige Wettbewerb in Wegfall kommt und billigere Preise erzielt werden können. Sollten gleichwohl österreichische Händler den Wettbewerb fortsetzen, so wird ihnen die Durchfuhr ihrer Waren durch Deutsland untersagt — oder nur durch besondere Erlaubnis des Reichskanzlers gestattet, da der Reichskanzler Ausnahmen von dem Verbot zulassen kann. Die Maßregel soll aber auch ernüchternd auf die Händler aus andern Nachbarstaaten einwirken, die auf die Durchfuhr durch Deutschland angewiesen sind — denn das Verbot gilt eben für die Durchfuhr über alle Grenzen des Deutschen Reiches, soweit auch hier der Reichskanzler keine Ausnahmen zuläßt.

Reichspost Abendbl.
11./XII. 1915

Die Teuerung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung.

Offene Worte eines gewesenen ungarischen Ministers.

RG. Budapest, 10. Dezember.

Große Beachtung fanden und verdienten die Ausführungen des früheren ungarischen Ackerbauministers Grafen Bela Serenyi in der Donnerstagsitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses über die Fragen der Lebensmittelversorgung und über die Kriegsteuerung. Der Abgeordnete, der als hervorragender Fachmann in wirtschaftlichen Fragen gilt, führte unter anderem nach den Berichten der hiesigen Blätter aus:

Es ist unleugbar, daß bei der Lebensmittelversorgung drückende Mißstände herrschen und daß auch Fehler gemacht wurden. Aber dies war bei der Unorganisiertheit der Produktion und des Konsums nicht anders denkbar. Die Kriegskatastrophe hat alle Länder und alle Regierungen vor Aufgaben gestellt, für die es in der Praxis keinerlei Vorbilder gab. Jedenfalls darf man die Sanierung nicht darin suchen, daß ein Faktor den anderen ausspielt. Ware ist vorhanden, nur befindet sie sich nicht immer dort, wo sie sein müßte. (Bewegung). Wenn ich die Requirierungsaktion gemacht hatte, so hatte ich die Requirierung nicht Fremden anvertraut, sondern von den Stuhlrichtern mit Unterstützung der Finanzorgane und der Gendarmerie durchführen lassen. Man hätte die Preise maximieren und dann sofort requirieren sollen. Freilich, auch dieses Vorgehen hätte nicht vollständig zum Ziele geführt, denn das ungarische Publikum ist undiszipliniert und hätte sich vor Strenge nicht gebeugt. Durch eine systematische Erziehung des Publikums zur Sparsamkeit wäre es nichtsdestoweniger möglich gewesen, auch an Oesterreich und Deutschland Getreide abzugeben, wodurch unsere politische Position in der Zukunft stark gefördert worden wäre. Redner hätte ferner Mehl, Kartoffeln und Fett, die Hauptnahrungsmittel der Armen, sofort requiriert, außerdem die Spiritus- und Zuckerindustriellen angewiesen, statt Vieh zu mästen, Milchkühe einzustellen. Die städtischen Verwaltungen in Ungarn haben nicht entsprochen. Die Ausstrahlungen der wirtschaftlichen Kultur der Hauptstadt Budapest ist gleich Null.

Die Ursachen der Teuerung liegen sehr tief. Die Statistik lehrt, daß die Wirkung der seit dem Jahre 1906 bestehenden Schutzzölle in Ungarn von geringerer Bedeutung war, als beispielsweise in Oesterreich. Die Mehrproduktion seit der Einführung der agrarischen Schutzzölle beträgt in Oesterreich 45 Prozent, in Ungarn bloß 22 Prozent. Um diese Intensivierung der Landwirtschaft durchzuführen, dazu gehört nicht Geld, sondern bloß Liebe zum Boden. Diese Liebe muß der Jugend bereits in den unteren Schulen eingepflanzt werden. Die produktive Arbeit, die Steigerung jeder Produktion sind die einzigen Mittel, um die Lasten des Krieges aufzubringen. In erster Reihe muß auf eine Steigerung der agrarischen Produktion Bedacht genommen werden. Die Ertragfähigkeit des Bodens ist keine Privatsache. Ihre Förderung ist Aufgabe des Staates. Hinsichtlich der Lebensmittelversorgung der Städte ist zu bemerken, daß die Ware, ehe sie aus der Hand des Produzenten zum Konsumenten gelangt, eine ganze Reihe verteuernde Zwischenstadien zu durchlaufen hat. Die Hauptstadt hat sich noch immer nicht dazu bequemt, direkt mit den Produzenten zu arbeiten. Es gibt hier eine Reihe von Agenten und Müßiggängern, die ausschließlich von der Verteuerung der Lebensmittel ihre Existenz fristen. Hunderte Menschen dieser Sorte gehen in Budapest herum und es wäre das beste, sie irgendwo anzusiedeln. Das ist keine ephemere Erscheinung, deshalb muß ihr erhöhte Beachtung geschenkt werden.

Hunderte von Agenten und Müßiggängern, die ausschließlich von der Verteuerung der Lebensmittel ihre Existenz fristen, in Budapest allein. Und so wie hier, dürfte es in allen Städten sein. Es sind Leute, von denen der gewesene Minister sagt, daß sie erst „irgendwo anzusiedeln" wären. Also durchaus nicht Bodenständige oder Seßhafte. Man kann sich ja vorstellen, zu welcher Menschengattung sie gehören. Und nach den Mitteilungen des gewesenen Ministers wurden auch die Requirierungen durch „Fremde" vorgenommen. Da wird freilich alles begreiflich. Die Konsumenten und Produzenten sind in gleicher Weise dem Grafen Serenyi für den mannhaften Hinweis auf den Sitz des Uebels zu Dank verpflichtet.

Pester Lloyd

11./XII. 1915

Die Approvisionierung der Hauptstadt.

Sitzung der Zehner-Kommission.

Budapest, 10. Dezember.

Die heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Stefan Bárczy stattgehabte öffentliche Sitzung der Zehner-Kommission für Volksverpflegung zeichnete sich durch ihre außerordentlich kurze Dauer aus. Es wurden keine konkreten Approvisionierungsfragen verhandelt, sondern die Sitzung wurde zum größten Teile durch Anmeldungen der Approvisionierungssektion ausgefüllt. Beruhigend wirkte die Mitteilung des Vizebürgermeisters Dr. Bódy, die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft habe versprochen, alles aufzubieten, um ihren Verpflichtungen gegenüber der Hauptstadt nachzukommen. Allgemeinem Beifall begegnete eine Rede Dr. Wilhelm Vázsonyis, der die im Abgeordnetenhause gegen die Hauptstadt und gegen die ungarischen Städte überhaupt gerichteten Angriffe energisch zurückwies und gegen die stiefmütterliche Behandlung, die den ungarischen Städten zuteil wurde, protestierte. Die weitere Beratung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Magistratsrat Ludwig v. Folkusházy erstattete zunächst Bericht über die Mehlvorräte der Hauptstadt und teilte mit, daß am 4. Dezember die Hauptstadt noch über 93.400 Meterzentner Mehl verfügt hat. Infolge der Einschränkung des Mehlkonsums beträgt der Bedarf der Bevölkerung nur mehr 18.700 Meterzentner pro Woche.

Sodann teilte der Magistratsrat den Inhalt einer morgen zu affichierenden Kundmachung über den Verschleiß und die Preise von Mehl, Brot und Gebäck mit. Die Kundmachung, die wir weiter unten veröffentlichen, wurde zur Kenntnis genommen.

Der Magistratsrat meldete ferner, die Regierung habe auf Ersuchen der Hauptstadt das Vermahlungsprozent zugunsten des Brotmehls erhöht. Die Qualität des Brotmehls wird dadurch nicht wesentlich beeinflußt.

In seiner jüngsten Sitzung hat der Magistrat die Maximalpreise für die inneren Teile von Rindern und Schweinen festgesetzt; die Preise treten Dienstag in Kraft. Zwischen den Engros- und Detailpreisen besteht eine Differenz von 50—60 Prozent. Die Preise werden dieser Tage veröffentlicht.

Dr. Wilhelm Vázsonyi wünscht, daß auch die Preise der inneren Teile der Kälber maximalisiert werden.

Magistratsrat v. Folkusházy versprach, sich auch damit zu beschäftigen.

Der Direktor des kommunalstatistischen Amtes Dr. Gustav Thirring meldete, daß seit dem Inslebentreten des Beschlusses, wonach nur Fieberkranke, sowie an Infektionskrankheiten Leidende Milchlegitimationen erhalten sollen, sich die Lage auf dem Gebiete der Milchversorgung wesentlich gebessert habe. In der Zeit vom 1. bis 8. d. wurden im ganzen für 1700 Kranke Legitimationen ausgefolgt.

Auf eine Frage Franz Székelys teilte Vizebürgermeister Dr. Theodor Bódy mit, die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft sei noch mit der Lieferung von 290.000 Meterzentnern Getreide im Rückstande, doch sei die Leitung des Unternehmens bestrebt, in erster Reihe den Bedarf der Hauptstadt zu decken. Ungefähr 100.000 Meterzentner wurden bereits nach Budapest dirigiert, doch ist das Getreide wegen der Verkehrsschwierigkeiten noch nicht eingetroffen. Die Leitung der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft erklärte, die Hauptstadt habe zu Besorgnissen keinen Anlaß, und versprach, alles aufzubieten, um das bestellte Getreide zu liefern. Die Effektuierung weiterer Bestellungen hänge jedoch von der Entscheidung der Regierung ab.

Dr. Wilhelm Vázsonyi beschäftigt sich mit der Lage der Städte. Es wäre zu wünschen, daß die ungarischen Städte endlich offen ihre Lage enthüllten. Längeres Schweigen wäre eine Sünde, besonders wenn gegen die Städte ein Ton angeschlagen wird, wie es im Abgeordnetenhause geschehen ist. Die Städte dürfen nicht länger schweigen, sie müssen endlich energisch Stellung nehmen und die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche fordern. Redner wünscht, daß sich der Bericht, den der Magistrat der nächsten Generalversammlung über die Lage der Approvisionierung der Hauptstadt unterbreiten wird, auch auf die in Deutschland und in Oesterreich zur Verbesserung der Approvisionierung der Städte getroffenen Maßnahmen ausdehne. Er kann es nicht begreifen, wie man die Städte für den Lebensmittelwucher verantwortlich machen kann. Die ungarischen Städte haben monatelang kämpfen müssen, um die Maximalisierung der Schweinefett- und Speckpreise durchzusetzen, während in Deutschland die Regierung bereits die Preise aller wichtigeren Lebensmittel maximalisiert hat. Außerdem wurde dort den Städten erhebliche materielle Unterstützung zuteil. Man muß dagegen protestieren, daß Herren, die ihre Ernte und ihre Schweine teuer verkauft haben, einen Teil der städtischen Bevölkerung für die Teuerung verantwortlich machen. Das ist eine arge Verdrehung der Wahrheit. Die städtische Bevölkerung hat stets ihre Pflichten erfüllt und verdient eine bessere Behandlung, nicht aber Vorwürfe und Angriffe. (Lebhafter Beifall.)

Sodann wurden die Beratungen in geschlossener Sitzung fortgesetzt.

Eine Kundmachung.

Der hauptstädtische Magistrat wird morgen folgende Kundmachung über den Verschleiß von Mehl, Brot und Gebäck, sowie über die Aenderung der Preise dieser Artikel plakatieren lassen:

1. Im Sinne einer Regierungsverordnung werden die Maximalpreise des Kochmehls im Engrosverschleiß von 60 auf 52 k pro Meterzentner, im Detailverschleiß von 66 auf 58 h pro Kilogramm reduziert. Die reduzierten Preise treten am 19. d. M. in Kraft.

2. Der Höchstpreis des Weißbrotes wird von 66 auf 60 h pro Kilogramm reduziert. Dieser Höchstpreis tritt ebenfalls am 19. d. M. in Kraft.

3. Auf Grund einer Verordnung des Ministers des Innern wird der Verkauf von Brotmehl an das große Publikum eingestellt, doch können die Kaufleute (Spezereihändler, Greisler, Bäcker) ihre Vorräte an Brotmehl bis 31. d. M. gegen die Kupons der für den laufenden Monat ausgegebenen Brotmehlkarten verkaufen. Die Gültigkeit der Brotmehlkarten hört am 31. d. auf. Die Kaufleute haben die Kupons der eingelösten Brotmehlkarten bis 5. Januar dem Zentral-Mehlamte einzuliefern.

4. Vom 10. d. M. an ist die gewerbsmäßige Erzeugung von Semmeln, Kipfeln oder anderem Kleingebäck aus Weizen, Roggen, Gerste und deren Mischungen verboten. Solches Gebäck darf niemand in Verkehr bringen.

Das Verbot erstreckt sich jedoch nicht auf Zuckerbäckereien, zu deren Herstellung weniger Mehl als die Hälfte der übrigen Ingredienzien verwendet wird.

Vom 10. d. M. an dürfen also nur halbbraunes und weißes Brot von der festgestellten einheitlichen Sorte zu Zwecken des öffentlichen Konsums erzeugt werden, während die Erzeugung der verschiedenen Brotspezialitäten (Milchbrot, Salonbrot, Jourbrot, Pariser Brot usw.), sowie die Erzeugung von Kuchen, Guglhupf oder ähnlichem Backwerk zu Zwecken des öffentlichen Konsums verboten ist.

Die sub 4 angeführten Bestimmungen beziehen sich nicht auf die in Privathaushaltungen erzeugten und konsumierten Brot- und Gebäckarten.

Wer die in der Kundmachung enthaltenen Bestimmungen nicht beachtet, macht sich einer Uebertretung schuldig und wird mit Haft bis zu zwei Monaten und an Geld bis zu 600 Kronen bestraft.

Etwas für die Hausfrau.

Butterpreise in Amstetten. — Neue Rezepte für fleischlose Tage. — Beantwortung der an uns gestellten Fragen.

Ueberall gibt es eine Höchstpreisansetzung, die erschwinglich ist, überall bemüht man sich, dem Lebensmittelwucher tatkräftig entgegenzutreten; selbst in Amstetten — das ist doch gewiß nicht weit von Wien — ist man energisch gegen die Fettwucherpreise aufgetreten. Seit voriger Woche kostet die Butter dort Kr. 5.20 als amtlich festgesetzter Höchstpreis! Nur wir Wiener Hausfrauen müssen mehr zahlen, um unsere „allerhöchsten" Preise kümmert sich niemand. Deshalb müssen wir an Sparrezepte denken, um wenigstens auf diese Art gut zu wirtschaften. Fleisch ist im Preise nicht gesunken und da wird es gut sein, Eierspeisen, solche aus Kastanien und aus Kartoffeln einzuschieben. Eier hat man hoffentlich zur rechten Zeit in Garantol oder Wasserglas eingelegt und kann sie jetzt gebrauchen.

Rezepte für fleischlose Tage.

Rezepte von Frau S. R.

(Kastaniensuppe.) Die geschälten Früchte werden weich gekocht, ein paar schöne Kastanien in die Suppenterrine gelegt, die anderen passiert, kommen zu einem lichten, dünnen Einbrenn, werden mit etwas Knochenbrühe aufgegossen, gesalzen, gezuckert, gut verkocht und über die ganzen Kastanien anrichten; ein Schuß Wein oder ein Eigelb verfeinert sehr. Dieselbe Vorschrift sauceartig gehalten, kann zu Wildbret mit Preiselbeeren angewendet werden.

(Kastanien als Gemüse zu Rindfleisch.) Die Früchte werden nicht zu weich gekocht, daß sie nicht zerfallen, dazu kommt ein Stück Fett. Nun werden die Kastanien leicht gestaubt, mit Suppe oder etwas Wein oder Trockenmilchwasser vergossen und gut verkochen lassen, nach Geschmack kann man auch etwas Zucker beigeben.

(Kastanienpüree.) Passierte Kastanien mit etwas Milch und einem Stückchen Butter verrühren, in der Dicke eines Erdäpfelpürees. Zucker oder Salz nach Erfordernis. Empfehlenswert zu Geflügel.

Dasselbe Püree, ziemlich dick, ohne Zucker, dient auch als Fülle für Hühner, Tauben u. dgl. Mit ganzen gekochten Früchten füllt man die Ente oder Gans und garniert den Braten damit.

(Kartoffelknödel aus gekochten Kartoffeln.) Die Kartoffeln werden gerieben. Dann läßt man eine feingeschnittene Zwiebel in Butter dämpfen, nimmt sie mit dem Schaumlöffel heraus und röstet darin geriebene Weißbrotkrumen gelb. Dies alles wird zu den Kartoffeln gegeben, ferner 2 Eier, Salz und etwas Majoran. Dann werden die Knödel in üblicher Weise geformt und fertig gemacht.

Weitere Rezepte für fleischlose Tage.

(Gefüllte Eier.) Man dämpft Kräuter mit Butter ab, treibt es durch ein Sieb und Salz, Pfeffer und Muskat dazu. Hart gekochte Eier schneidet man zur Hälfte durch, entfernt die Dotter, rührt sie zu dem Sauerampfer und füllt die leeren Eiweiß mit der Fülle. Die so gefüllten Eier setzt man mit der gefüllten Seite nach unten nebeneinander auf eine runde Schüssel und überschüttet sie mit etwas Fülle, die man vorher beiseite stellte und mit ein wenig Milch oder saurem Rahm verdünnte. Die fest zugedeckte Schüssel stellt man auf kochendes Wasser, wo sie so lange bleiben muß, bis die Eier gehörig warm sind.

(Eier in Sauerampfer.) Man läßt Mehl in Butter gelb anlaufen, gibt einen bedeutenden Teil sehr fein geschnittenen Sauerampfer hinein und rührt es gut durcheinander. Hat es dann etwas abgedünstet, so läßt man es mit etwas Milchrahm, Salz und Gewürz aufkochen, gibt es sonach in die Eierspeisschale und schlägt die Eier hinein. So läßt man sie aufkochen, bis sich das Eiweiß bindet, der Dotter aber weich bleibt und richtet es dann an.

(Eier-Salat.) Hartgekochte Eier werden in Scheiben geschnitten und zierlich in die Salatiere gelegt. Zwei zerriebene Eidotter, ein Teelöffel voll Essig oder Zitronensaft, ein Teelöffel voll Senf, zwei Eßlöffel voll Oel, eine halbe geriebene Zwiebel, Pfeffer, Salz und drei Eßlöffel voll saure Sahne werden gut durcheinandergerührt und über die Eier gegossen.

(Geschmorte Süßkartoffeln.) Süßkartoffeln werden in Scheiben zerschnitten, flach in die Kasserole gelegt, darüber eine Tasse Zucker, ein Eßlöffel Mehl, etwas in Wasser angerührt, Butter und eine Tasse Wasser. So wird das Ganze gar geschmort, die Pfanne manchmal geschüttelt. Dieses Gericht wird vielfach ebenso verwendet wie Kompott.

Fremdenblatt
12./XII. 1915

Milch-, Mehl- und Brotversorgung.

Die Kriegskommission für Konsumenteninteressen befaßte sich in der letzten Sitzung neuerdings mit der Frage der Milchversorgung. Es wurde festgestellt, daß angesichts des verhältnismäßig geringen Rückganges der Milchanlieferung (636.000 Liter gegenüber 850.000 im Vorjahre) die Schwierigkeiten in der Milchversorgung und die Teuerung hauptsächlich auf eine unrichtige Organisation des Vertriebes und auf ungleichmäßige Zuteilung an die einzelnen Kunden zurückzuführen sei. Es werden bei der bevorstehenden Bedarfsregelung zwar in erster Linie Säuglinge, Kinder, Kranke und stillende Mütter berücksichtigt werden müssen; für die Versorgung der übrigen Bevölkerung jedoch erscheint eine gleichmäßige Bedarfsregelung unter besonderer Berücksichtigung der ärmeren Klassen notwendig.

Ferner wurde die künftige Mehl- und Brotversorgung erörtert und insbesondere die Sicherstellung der Verhältnisses mit Ungarn gefordert. Aus einzelnen Teilen des Reiches lagen Berichte vor, welche schon jetzt ein bedenkliches Knappwerden der Mehlvorräte dartun. Des weiteren wurde die Tätigkeit der deutschen Zentraleinkaufsgenossenschaft, die Möglichkeit der Durchfuhr von Nahrungsmitteln nach Oesterreich und die hiebei zutage getretenen Uebelstände erörtert.

Vossische Zeitung
13./XII. 1915

Pflanzenkost.

Vortrag von Geheimrat Professor Dr. Haberlandt.

Der gigantische Plan, unser Land auszuhungern, konnte nur in einem Lande entstehen, das vier Fünftel seiner Weizenmenge von außen einführt. Bei uns ist die Ernährung glücklicherweise nicht unbedingt vom Auslande abhängig, wenn wir auch vieles bisher vom Auslande bezogen. Es wird auch in unserer Ernährungsweise, so sagte gestern der bekannte Botaniker Geheimrat Professor Dr. Haberlandt in einem Vortrag „Botanische Betrachtung über Pflanzenkost im Krieg und Frieden", den er zum Besten des Heimathauses für Töchter höherer Stände hielt, die vegetarische Lebensweise mehr in den Vordergrund treten, wenn auch dafür gesorgt ist, daß die vegetarischen Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Die Nahrung soll uns einmal als Brennmaterial für die innere und äußere Arbeit dienen, die wir zu leisten haben. Der Mensch verbraucht täglich 2500 bis 3000 Kalorien, wobei wir unter einer Kalorie die Wärmemenge verstehen, die notwendig ist, um 1 Kilogramm Wasser um einen Grad zu erhöhen. Zum anderen dienen die zugeführten Nahrungsmittel zur Regeneration. Im Gegensatz zu der Maschine kann sich der Mensch selber reparieren. Für gewöhnlich nimmt man an, daß der Mensch täglich 80—90 Gramm Eiweiß, 60 Gramm Fett, 350 Gramm Kohlehydrate und 3 Liter Wasser verbraucht. Manche Physiologen glauben, daß 60 Gramm Eiweiß genügen; indessen kommen nach der Statistik, diesem großen Dauer- und Massenexperiment, 88 Gramm Eiweiß, auf den einzelnen, davon sind 40 Gramm pflanzliches Eiweiß. Von den 61 Gramm Fett, die wir nach der Statistik verbrauchen, sind nur 12 Gramm oder ein Fünftel Pflanzenfett. Das deutet schon darauf hin, daß wir einen Mangel an Oelfrüchten haben. Von den durchschnittlich 2500 Kalorien stammen 72 v. H. aus dem Pflanzenreich, bei den Italienern rund 90 v. H.

Alle pflanzlichen Nährstoffe sind in Zellen eingeschlossen; um ihre Zellwand oft sehr schwer aufzuschließen. Unser Gebiß genügt Gegensatz zur tierischen Zelle ist die pflanzliche scharf abgegrenzt, oft nicht allein zum Zerreißen der Zellwände, daher müssen technische Hilfsmittel wie Vermahlen, Verbacken usw. angewandt werden. Das Richtigste wäre, alle Pflanzenkost möglichst in Breiform zu genießen; dadurch würde aber die Lust am Essen oft herabgestimmt und die notwendige Sekretion der Verdauungssäfte gemindert werden. Bei der Pflanzennahrung ist der unverdauliche Anteil des Zellwände mitunter ganz beträchtlich. Durch Kochen suchen wir die Angriffsflächen für die Fermente zu vermehren.

Haben wir nun ein wenig Umschau unter den pflanzlichen Nahrungsmitteln. Die grünen Laubblätter enthalten verhältnismäßig viel Stärkekörper. Wollten wir aber vom Spinat, der im frischen Zustande 3,7 v. H. Eiweiß enthält, unseren Eiweißbedarf decken, so müßten wir 2,75 Kilogramm verzehren, für die nötigen Kohlenhydrate 7,5 Kilogramm. Um einigermaßen von Spinat allein leben zu können, müßte der Mensch 5,5 Kilogramm Spinat täglich zu sich nehmen. Die Blattgemüse sind im großen und ganzen zu arm an Nährstoffen; im grünen Winterkohl, im Rosenkohl sind nur etwa 5 v. H. Eiweiß. Spargel und Blumenkohl sind die rechten Zellkernengemüse, mit einer gewissen Andacht kann der Spargeleser die 20 Zentimeter lange Stange verzehren, in der nicht weniger als 14—15 Millionen Zellen sind. Gemüse und Obst haben aber deswegen noch eine besondere Bedeutung, weil sie eine Reihe anorganischer Stoffe, sogenannte Nährsalze, enthalten. Die Schwarzwurzel enthält 12½ Prozent Stärke, 2 Prozent Zucker. Die Zuckerrüben sind wegen ihres Zuckergehaltes außerordentlich zu schätzen. Ueberhaupt müssen wir auf den Zucker jetzt, wo wir eine Fettknappheit haben, hohes Gewicht legen. Zucker ersetzt das Fett. Der Japaner kommt mit 10 Gramm Fett aus, weil er sehr viel zuckerhaltige Nahrung zu sich nimmt. Der Russe begnügt sich mit 26 Gramm Fett. Die Amerikaner, die uns jetzt mit Granaten bedenken, haben uns auch einst ein unserer wichtigsten Nahrungsmittel, die Kartoffel, geschenkt, die es uns ermöglicht, den Ernährungskrieg, den England gegen uns führt, durchzuhalten. Nur müßten wir beim Schälen der Kartoffeln etwas vorsichtiger verfahren. Zwei Millionen Tonnen gehen dadurch jährlich verloren oder die Nahrung für rund 2 Millionen Menschen. Sehr überschätzt wird nach Professor Haberlandt der Wert der Pilznahrung. Gewiß sind sie außerordentlich eiweißreich, aber das Eiweiß ist sehr schwer auszunutzen, da die Pilzzellwände neben Zellulose noch Chitin (die Grundlage für den häutigen Teil der Insekten) enthalten.

Nüsse finden bei uns noch nicht die gehörige Beachtung. Eine Walnuß von 2½ Gramm Gewicht enthält 2 Gramm Fett. Mit 28 Walnüssen könnte man also den täglichen Fettbedarf und den sechsten Teil des nötigen Eiweißbestandes decken. Auch die Hülsenfrüchte werden noch vernachlässigt. Während Weizen 12 v. H. Eiweiß enthält, haben Linsen 26. Dazu kommt die anspruchslose Art ihrer Gewinnung. Die Hülsenfrüchte vermögen allein mit Hilfe der nitrifizierenden Bakterien den Stickstoff aus der Luft ohne weiteres aufzunehmen. Von allen Hülsenfrüchten die nahrhafteste ist die Sojabohne, die 32—44 v. H. Eiweiß enthält. 1877 gelang es dem Vater des Vortragenden, in den frühreifen Sojabohnen eine für unser Klima anbaufähige Hülsenfrucht zu gewinnen.

Wir müssen, so schloß Professor Haberlandt seine anregenden und viele wertvolle Winke namentlich für die Hausfrauen enthaltenden Ausführungen, mehr Gewicht auf unsere grüne Pflanzenwelt legen, die für uns die Nahrung bereitet. oe.

Frankfurter Zeitung
13./XII.1915

Kriegsausschuß für Konsumenten-Interessen.

Dem Bericht über die Tätigkeit des Kriegsausschusses für Konsumenten-Interessen Frankfurt a. M. in der Zeit Juli-November 1915 entnehmen wir folgendes: Zum Zwecke der Arbeitsteilung sind im K. A. vier Sonderausschüsse gebildet, die die aus Verbraucherkreisen einlaufenden Beschwerden und Anregungen prüfen und erforderlichenfalls durch Eingaben an städtische und staatliche Behörden weitergeben. Der Mehl-, Brot- und Kolonialwaren-Ausschuß hat durch seine Mitarbeit in den städtischen Kommissionen, wie Einkauf der Lebensmittel, sachverständige Beratungen bei städtischen Maßnahmen in der Preisregelung, von behördlicher Stelle anerkannte Dienste geleistet. Der Ausschuß für Gemüse, Kartoffeln und Hülsenfrüchte war erfolgreich tätig durch seine Marktüberwachung und besonders auch bei der Festsetzung der Kleinverkaufspreise bei der Marktverwaltung. Dem Ausschuß für Fleisch-, Oel- und Fettwaren waren von der städtischen Lebensmittelkommission die Erhebungen über die Ursachen der hohen Fleisch- und Wurstpreise aufgegeben. Die Untersuchungen haben ergeben, daß die Wurstpreise im Verhältnis zu den Fleischpreisen stehen, dagegen sind die Qualitäten mit den Preisen nicht vereinbar. Eine schätzenswerte Arbeit dieser Kommission ist eine statistische Zusammenstellung der Preise der verschiedenen Lebensmittel aus den Jahren 1906 bis 1915. Der Ausschuß für Milch, Molkerei-Erzeugnisse und Eier veranstaltete Erhebungen in den verschiedenen Milchgeschäften der Stadt über Angebot und Nachfrage der Milch, ferner eine systematische Kontrolle in den Milch- und Buttergeschäften, um zu erforschen, ob die Preise für In- und Auslandsbutter eingehalten werden. Die Kommission hat im Verlaufe ihrer Tätigkeit das Material geschaffen zu Anträgen an das Generalkommando betreffend die Milchknappheit und an die städtische Lebensmittelkommission für den Erlaß eines Verbotes gegen Herstellung und Verwendung von Buttercreme in den Konditoreien und Geschäften, die Backwaren verkaufen.

In seinen Eingaben wendete sich der Konsumenten-Ausschuß an das Generalkommando des 18. Armeekorps betreffend Verkauf des sogenannten „beschlagnahmefreien Mehles“ sowie an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung wegen städtischen Verkaufs von Kartoffeln, Obst, Gemüse, Fleisch, Schinken, Speck, Fleischkonserven und Fischwaren sowie wegen Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln aus der neuen Ernte. Der Frage der Kartoffelversorgung hat der Konsumenten-Ausschuß besondere Aufmerksamkeit zugewandt und gelegentlich einer Reise ins hessische Nachbargebiet vor einigen Tagen festgestellt, daß die dortigen Landwirte die Kartoffeln zurückhalten in der Erwartung, daß die jetzigen Höchstpreise aufgehoben werden, sodaß im freien Verkauf höhere Preise erzielt werden könnten. Von der Stadtverwaltung wurde der Kriegsausschuß zur Mitarbeit in der städtischen Lebensmittelkommission und in der kürzlich errichteten Preisprüfungsstelle hinzugezogen. Von zwei vom Kriegsausschuß einberufenen öffentlichen Versammlungen war namentlich die letzte im Börsensaal stark besucht. Aus allen Arbeiten des Kriegsausschusses ist bisher die Erkenntnis hervorgegangen, daß das Fortbestehen des Ausschusses auch nach dem Kriege eine Notwendigkeit sein wird.

Hamburger Fremdenblatt

13./XII. 1915.

Die Anträge zur Lebensmittelversorgung im Hauptausschuß.

□ Berlin, 13. Dezember. (Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Der Hauptausschuß des Reichstages trat heute in die Abstimmung über einen Teil der bisher durchberatenen Anträge ein. Einstimmig angenommen wurde eine von konservativer Seite vorgeschlagene Resolution, der Reichskanzler möge regelmäßig in nicht zu langen und einen Monat keinesfalls übersteigenden Zeitabschnitten die Preise der hauptsächlichsten Lebensmittel, wie sie in allen kriegführenden und den wichtigeren neutralen Staaten bestehen, amtlich bekanntgeben. Weiter ein Antrag der Fortschrittlichen: einheitliche Mehl-, Brot- und Butter-Höchstpreise für größere Bezirke festzusetzen und Fettkarten einzuführen, besonders auch die Versorgung der Bevölkerung der Städte und Industriebezirke mit Butter und Speisefett zu regeln, so daß die Versorgung mit den nötigen Fetten gesichert ist. Auch der Antrag der Sozialdemokraten auf Schaffung einer Organisation der Versorgung mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln (Kartoffeln, Fleisch und Fett) durch Beschlagnahme, Rationierung und Höchstpreise wurde mit Mehrheit angenommen. Der Antrag des Zentrums, erstens, daß Höchstpreise möglichst für sämtliche Bedürfnisse des täglichen Lebens eingeführt werden und zwar für den Erzeuger, für die Lieferungsverbände, für den Großhandel und für den Kleinhandel, und ferner, daß die Vermittlungsgebühren sämtlicher für Erzeuger und Verbraucher geschaffenen Bezugs- und Vermittlungs-Vereinigungen herabgesetzt werden auf die niedrigst zu bemessenden Selbstkosten, und daß die etwaigen Ueberschüsse dieser Vereinigungen an die Reichskasse für die Kriegsinvaliden-Fürsorge abgeliefert werden, wurde gleichfalls angenommen.

Desgleichen der Antrag der Konservativen, bei Festsetzung von Höchstpreisen für den Kleinhandel, auch Höchstpreise für den Großhandel festzusetzen. Der Antrag der Fortschrittspartei, daß im Interesse der rechtzeitigen und ausreichenden Versorgung der Bevölkerung, bei der Bemessung der Höchstpreise, die Kosten der Erzeugung, eine hinreichende Deckung erfahren, daß aber in diesen Preisen auch die Weiterverarbeitung und die Verteilung durch das Gewerbe, insbesondere das Kleingewerbe und den Kleinhandel, entsprechend den erforderlichen Aufwendungen, ausreichend entschädigt werden, fand gegen die Stimmen der Sozialdemokraten Annahme.

Der konservative Antrag, daß bei Inkrafttreten der Höchstpreise für den Großhandel unverschuldete Verluste des Kleinhandels in nachweislich zu höheren Preisen eingekauften Waren gegebenenfalls durch Einräumung angemessener Fristen vermieden werden, und daß bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln die bestehenden Kleinhandelsvereinigungen beteiligt, durch Behörden und Gemeindeverwaltungen auf die Bildung und den örtlichen Zusammenschluß weiterer derartiger Vereinigungen hingewirkt und die Kleinhandelsvereinigungen eines Ortes als Großeinkäufer anerkannt werden, wurde angenommen, ebenso ein Antrag, die Verwendung der unentbehrlichen Lebensmittel, deren Menge zu uneingeschränktem Verbrauch nicht ausreicht, dahin zu regeln, daß für die minderbemittelten Volkskreise eine bestimmte Menge unter Einschränkung des Verbrauchs der Wohlhabenden sichergestellt wird. Für alle Haushaltungen mit einem Jahreseinkommen unter 2000 Mk. sollen Karten, ähnlich den Brotkarten, ausgegeben werden, die zum Bezuge von bestimmten Mengen und Arten von Fleisch, Fett oder Gemüsen zu ermäßigten Preisen berechtigen. Die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland soll in umfassendem Maße gefördert werden unter Vereinheitlichung des Einkaufes. Nach einem Antrag der Sozialdemokraten ist an die Zentraleinkaufsgesellschaft ein Einfuhrmonopol für Lebensmittel zu verleihen. Nach fortschrittlichem Wunsche wird dabei die Zentraleinkaufsgesellschaft angehalten, einerseits den Besitzern eingeführter Waren bei deren Beschlagnahme die vollen Selbstkosten zu ersetzen, anderseits sich jeder nicht unbedingt erforderlichen Verteuerung der von ihr oder durch sie eingeführten Waren zu enthalten.

Von den Anträgen, die für die Mühlenbetriebe vorlagen, fand ein Antrag Annahme, die Reichsgetreidestelle zu veranlassen, schleunigst den mittleren Mühlen, insbesondere denen, die mit Wasserkräften arbeiten, entsprechende Getreidemengen zur Vermahlung zu überweisen, soweit das ohne Verteuerung des Mehles möglich ist. Es sind Maßnahmen zu treffen, die eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung aller Mühlenbetriebe, also auch der mittleren und kleineren, sicherstellen. Dagegen wurde ein Antrag, die Reichsgetreidestelle zu verpflichten, ausgeschalteten Mühlen eine angemessene Entschädigung zu gewähren, abgelehnt.

Bezüglich der Versorgung mit Gerste wurde zu der bestehenden Verordnung eine Aenderung dahin vorgenommen, daß zwecks Verbilligung der Volksernährung Gerste außer an kontingentierte Industriebetriebe auch an kommunale Verbände zum Zwecke der Verarbeitung zu Rollgerste, Gerstegrieß oder Malzkaffee geliefert werden darf.

Von den Anträgen, die zu der Kartoffelversorgung vorlagen, fand der Zentrumsantrag Annahme, für den Fall ungenügender Versorgung infolge mangelnder Zufuhr von Kartoffeln in die Bedarfsgebiete den Bedarf an Speisekartoffeln bei den Landwirten der Bedarfsbezirke zu beschlagnahmen, auch über die in der Bundesratsverordnung vom 28. Oktober 1915 gezogene Grenze von 20 Prozent hinaus unter Belassung des Bedarfs der Landwirte zur Selbstversorgung und unter angemessener Erstattung entstandener Unkosten; ebenso der sozialdemokratische Antrag, den Transport der Kartoffeln durch Frachtermäßigung und genügende Bereitstellung von Eisenbahnwagen und Heranziehung von Gefangenen zu erleichtern.

Der Hauptausschuß trat hierauf in die Beratung der Frage über

Fleisch und Futtermittel

ein.

Ein Zentrumsredner besprach die Notwendigkeit der Regelung des Handels mit Vieh und Fleisch auf dem Markte. Die Rindviehbestände dürften nicht verschleudert und der Aufzucht müsse die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Einkauf im Auslande solle von zentraler Stelle so geregelt werden.

Unterstaatssekretär Freiherr v. Stein betonte, hinsichtlich der Einfuhr sei dies geschehen. Die Ausfuhrzentrale zu regeln, sei kaum möglich. Die Ernte in Kurland sei, soweit die militärische Lage dies zugelassen habe, geborgen.

Ein sozialdemokratischer Redner begründete Anträge auf Einführung von Höchstpreisen für Vieh und Fleisch, Einführung eines Viehschlußscheines sowie von Fleisch- und Butterkarten.

Ein Regierungskommissar erwiderte, über die Lösung dieser Fragen schwebten Erwägungen. Eine bestimmte Antwort sei heute nicht möglich. Die Kartenfrage könne immer erst gelöst werden, wenn die Menge des fraglichen Produktes festgestellt sei.

Von nationalliberaler Seite wurde die Erhaltung der Schweinezucht befürwortet, während ein Fortschrittler Verteilung der Futtermittel entsprechend der Höhe des Viehbestandes wünschte. Auch die Geflügelzuchtanstalten sollten bei der Futterversorgung berücksichtigt werden.

Die Konservativen verlangten Einfuhr möglichst vieler Futtermittel. Der Unterstaatssekretär wandte sich dagegen, von Reichs wegen für die Futtermittelverteilung auf die einzelnen Wirtschaften einen einheitlichen Maßstab vorzuschreiben. Die Futterverteilung sei mit klugem Bedacht den Kommunalverbänden übertragen worden. Hinsichtlich des Wildschadens sei man mit den Landeszentralbehörden in Verbindung getreten. Der Konservenfrage werde die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Hierauf trat eine Pause ein.

———*+*———

Kölnische Zeitung

14./XII. 1915.

Die Volksversorgung im Hauptausschuß.

♀ **Berlin**, 13. Dez. (Telegr.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages fuhr in der Beratung der Volksernährungsfragen fort. Ein bayrischer Zentrumsabgeordneter empfahl die Einführung von auf Namen lautenden Schlußscheinen durch die Reichsgetreidestelle als Mittel der Kontrolle. Ein Nationalliberaler beklagte die nicht gleichmäßige Verteilung der Futtermittel. Ein Regierungsvertreter bemerkte zu den Anträgen auf Rationierung von Fleisch und Fett, daß man nur dann rationieren könne, wenn man wisse, was vorhanden sei.

Über Fleischkarten schweben Erwägungen.

Nicht ganz so groß seien die Schwierigkeiten bei Butterkarten, dagegen viel größer bei Fettkarten. Diese Fragen könnten nur von den Gemeinden gelöst werden. Für ausländisches Fleisch ließen sich Höchstpreise nicht einführen. Höchstpreise für Rindvieh müßten das letzte Mittel bleiben. Der gesamte Handel müßte an der gedeihlichen Lösung all dieser Fragen interessiert werden. Ein fortschrittlicher Abgeordneter besprach die Beschwerden über die Höchstpreise für Stroh wegen ihrer wechselnden Höhe. Der vermehrte Auftrieb auf dem Rindermarkt sei zurückzuführen auf den Schluß der Weidezeit. Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß schon im Frühjahr 1915 80 000 Stück Vieh nach Belgien auf die Weide gebracht wurden. Im kommenden Frühjahr werde Ähnliches geschehen. Der Redner gab dann Auskunft über die Beschaffung von Futtermitteln aus Kurland. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter klagte über Preistreiberei bei Rindfleisch, es müßten Höchstpreise eingeführt werden, schon um die Milchversorgung zu sichern. Abschlachtung von Milchvieh sei zu verhindern.

Abstimmung.

Auf konservativen Antrag wurde beschlossen, den Bundesrat um folgenden Zusatz zur Gersteverordnung zu ersuchen: „Im Falle einer nachgewiesenen Mißernte hat der Verzicht unter Anrechnung auf die Lieferungspflicht zu erfolgen."

Der sozialdemokratische Vorschlag, daß für Fabrikkartoffeln der Höchstpreis für Speisekartoffeln mit einem dem geringern Stärkegehalt entsprechenden Abzug gelte, wurde angenommen.

Das sozialdemokratische Ersuchen, die Höchstpreise für Speisekartoffeln, die nicht bis zum 1. Dezember 1915 angemeldet sind, um 25 Prozent herabzusetzen und endlich eine Frist zu bestimmen, bis zu der die Gemeinden die Höchstpreise für den Kleinhandel einführen müssen, wurde angenommen.

Eine Resolution des Zentrums über Beurlaubung von für die Volksernährung notwendigen Arbeitskräften, Förderung der Einfuhr ausländischer Futtermittel unter Vereinheitlichung des Einkaufs, Erschließung und Verwendung neuer Futtermittelstoffe und gerechte Verteilung aller vorhandenen Futtermittel wurde angenommen

Die fortschrittliche Resolution über Verteilung der Futtermittel nach Maßgabe des Viehbestandes, Futterverteilung an Geflügelzuchtanstalten, Belassung unentbehrlicher Futtervorräte bei den Landwirten, Berücksichtigung der keine Gerste bauenden Betriebe, angemessene Beteiligung des Großhandels, stärkern Anbau von Zuckerrüben, Nichterhöhung der Zuckerpreise, Herstellung stickstoffhaltigen Kunstdüngers, Festsetzung einheitlicher Mehl-, Brot- und Butterhöchstpreise für größere Bezirke, Einführung von Fettkarten, Ersatz der vollen Selbstkosten bei Beschlagnahme eingeführter Waren, Vermeidung jeder nicht unbedingt erforderlichen Verteurung durch die Zentraleinkaufsgesellschaft und endlich Freigabe des für den Heeresbedarf nicht notwendigen Leders unter Herabsetzung der Höchstpreise für Sohlen- und Oberleder wurde angenommen.

Die konservative Resolution auf Änderung der Kartoffelverordnung dahin, daß auf die sicherzustellenden Mengen alle Kartoffeln anzurechnen seien, die der Erzeuger nachweislich als Speisekartoffeln verkauft habe, wurde angenommen.

Die sozialdemokratische Resolution auf Ermäßigung der Lederpreise wurde angenommen, desgleichen die Resolution der Sozialdemokraten auf Verleihung eines Einfuhrmonopols für Lebensmittel an die Zentraleinkaufsgesellschaft und Festsetzung von Verkaufspreisen für die dringend notwendigen Nahrungsmittel unter Entschädigung der Z. E. G. durch das Reich für etwaige Verluste.

Eine konservative Resolution, daß beim Ausdrusch abfallende Unkrautsamen, Schmutz usw nicht dem Hinterkorn zugerechnet, und daß das aus dem Brotgetreide anfallende Hinterkorn dem Erzeuger belassen werde, wurde abgelehnt. Eine konservative Resolution über Ausgleich der Beschäftigung aller Mühlen Deutschlands wurde abgelehnt, ebenso eine reichsparteiliche Resolution ähnlichen Inhalts. Eine nationalliberale Resolution auf möglichst gleichmäßige Beschäftigung der Mühlenbetriebe nach ihrer Leistungsfähigkeit wurde angenommen. Der Antrag der Konservativen auf Regelung der Verwendung der unentbehrlichen Lebensmittel dahin, daß

für die minderbemittelten Volkskreise

eine bestimmte Menge unter Einschränkung des Verbrauches der Wohlhabenden sichergestellt wird, in Verbindung mit dem Zentrumsantrag auf Ausgabe von Bezugskarten für alle Haushaltungen mit einem Jahreseinkommen unter 2000 ℳ für Fleisch, Fett oder Gemüse bei den Gemeindeverwaltungen usw. zu ermäßigten Preisen, wurde angenommen. Die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung, bei der Verteilung der Beschäftigung der Mühlen auch das von Privatmühlen für die Heeresverwaltung vermahlene Getreide anzurechnen und eine sozialdemokratische Resolution betreffend Verbot der Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit in den Getreidemühlen wurden angenommen. Auch der sozialdemokratische Antrag auf Rationierung von Kartoffeln, Fleisch und Fetten und Festsetzung von Beschlagnahmen wurde angenommen.

Der Ausschuß setzte nach diesen Abstimmungen die Beratung fort. Ein Fortschrittler glaubt, daß Höchstpreise für Rindvieh nur verteuernd wirken würden, weil die Qualitäten zu verschieden seien. Einschränkung des Fleischgenusses in allen Ständen wäre erwünscht, auch bei denjenigen Arbeitern, die jetzt besonders viel verdienen. Die Einführung der Fleischkarte sei besonders für Rindfleisch praktisch unmöglich. Die Verteilung der Futtermittel auch durch die Gemeinden schließe Ungleichheiten nicht aus. Ein Reichsparteiler führte den verminderten Auftrieb von Schweinen auf den Berliner Markt zurück auf die direkte Versorgung der Großschlächter und Konservenfabriken durch die Händler auf dem Lande. Ein Zentrumsabgeordneter hält die Fleischkarte als radikale Verbrauchsregelung für nötig. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß wir in kurzer Zeit über erhebliche Mengen von Milchfutter, das heißt Strohmehl mit Hefe usw., verfügen werden. Ein Regierungsvertreter führte aus, die

Verteilung der Futtermittel

durch die Gemeindeverbände sei zweckentsprechend. Sie müßten einen gewissen Spielraum haben. Nicht zweckmäßig erscheine es, von Reichswegen den Viehstand als Grundlage der Verteilung zu bestimmen. Sollten Einzelfälle zu Klagen Anlaß geben, so sei Beschwerde bei der vorgesetzten Behörde zu erheben. Erhaltung der Geflügelbestände sei erwünscht. Die Reichsbehörden hätten bei den Einzelstaaten auf Verminderung des Wildstandes hingewirkt. Gerechtfertigt sei das Verlangen nach Kontrolle der Herstellung und des Vertriebs von Fleischkonserven. Ein sozialdemokratischer Redner wies darauf hin, daß die Schweinmäster deshalb zurückhielten, weil die Deutsche Tageszeitung eine Erhöhung der Schweinefleischpreise angekündigt habe. Nicht durch fleischlose Tage, sondern nur durch die Fleischkarte könnte Besserung geschafft werden. Auch die Wurstpreise seien zu hoch. Da die einzelne Gemeinde machtlos sei, müßten die Preise nach Gegenden geregelt werden. Die Kontrolle der Herstellung von Fleischkonserven sei dringend nötig. Ein Nationalliberaler verlangte, daß Waldstreu, Eicheln usw. auch der Privatwaldungen, der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Ein fortschrittlicher Abgeordneter meinte, daß gerechte Verteilung der Futtermittel nur auf Grund des Viehstandes möglich sei. Dann würden auch die Mittel- und Kleinbetriebe, und die städtischen Milchwirtschaften zu ihrem Rechte kommen. Der Zuckerrübenbau müsse auch vom Standpunkt der Futterversorgung gefördert werden. Ein agrarischer Redner bemerkt, allgemeine Nutzung der Privatwaldungen dürfe nicht zur Schädigung der Wälder führen. Die Furcht vor Höchstpreisen für Rindvieh treibe zum verstärkten Abstoß von Vieh. Ein fortschrittlicher Abgeordneter verlangt Auskunft über die Gründe, warum die Preise für Stroh so festgesetzt wurden, wie geschehen. Der Unterstaatssekretär führte aus, daß die notwendige

Zentralisation des Auslandbutterhandels

eine Beschränkung der Zahl der Butterhändler bedinge. Diese Organisation werde für Berlin manchen Mißstand beseitigen. Im Butterverbrauch werde sich ein jeder etwas einschränken müssen. Die Abgeordneten möchten auf die Gemeinden einwirken, damit sie von ihren Befugnissen ausreichenden Gebrauch machen. Wünschenswert sei, daß die Wohlhabenden ihren Fleischverbrauch einschränkten. In Wilmersdorf sei der Verkauf von Fleisch infolge der fleischlosen Tage um 28. v. H. zurückgegangen. Die Milchversorgung lasse sich auch auf Grund der Verordnung vom 25. September regeln. Die Bemessung der Strohpreise erfolgte, um zum Dreschen anzuregen, damit für die Fabrikation von Strohmehl und für das Heer genügende Vorräte schnell beschafft würden. Ein Nationalliberaler erklärte, daß seine Partei für die Fleischkarte in dem Sinne stimmen werde, daß die Minderbemittelten Vorzugskarten erhalten. Auch dieser Redner bedauerte, daß gegen den Wildschaden nicht mehr geschehen sei, obwohl er vielfach unglaublich groß gewesen sei. Ein Regierungsvertreter kündigte Vertragsschließung mit den Schweinemästern betreffend Futterlieferung an. Volkswirtschaftlich sei es jetzt geboten, Fettschweine zu erzeugen. Ein fortschrittlicher Abgeordneter forderte Erweiterung der Rechte der Gemeinden bei der Verteilung der Futtermittel und Viehprodukte. Die Einführung der Fleischkarte würde nur die Mißstimmung steigern. Die Einschränkung im Fleischverbrauch sei in den besser situierten Kreisen vielfach größer als bei den gut entlohnten Arbeitern. Höchstpreise für Rindfleisch würden möglicherweise preissteigernd wirken. Bei der Futterverteilung müsse auch darauf Rücksicht genommen werden, daß für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit gute Kindermilch von größter Bedeutung ist. So lange Bayern die Butterausfuhr verbiete, sollte ihm auch die Zufuhr von Schweinen aus Norddeutschland gesperrt werden. Die nachgeordneten Behörden hätten nichts zur Bekämpfung der Wildschäden getan, im Gegenteil, manchmal künstlich durch Verzögerung der Erteilung von Jagdscheinen und der Bekanntmachungen vorgesetzter Behörden den Abschuß verhindert. Der Reichsschatzsekretär sprach über die zurückgestellten Anträge betreffend Zuschüsse des Reichs zur Verbilligung der Lebensmittel, nur die Gemeinden könnten eine solche Frage lösen. Die beantragte

Erhöhung der Mannschaftslöhnung

halte die Heeresverwaltung nicht für nötig; es seien den Mannschaften erhöhte Rationen an Tabak usw. bewilligt worden, was nötiger gewesen sei. Die Erhöhung der Kriegsunterstützung auf 15 ℳ sei in vielen Gegenden ausreichend. Wenn ein Antrag die Erhöhung auf 20 ℳ fordere, so könnte wohl in einzelnen Bezirken eine weitere Erhöhung in Erwägung gezogen werden. Wenn die Erhöhung nicht überall erfolgte, so nicht aus bösem Willen, sondern weil die Mittel der Gemeinden nicht reichten. Man werde hier zu einer Lösung kommen, die Härten vermeiden und möglichst allen Wünschen entgegenkomme. Dankenswert seien die Anordnungen der preußischen Regierung über Zuschüsse für die Futtermittel. Ein konservativer Abgeordneter [illegible]

Bei allen kleinen Entscheidungen kennt der jetzige Sultan keinerlei Vorerwägungen; jeder Vorschlag seiner Ratgeber, wenn er nur dem Rande dienlich ist, kann auf seine Billigung rechnen, was er auch erhalten mag. Natürlich besteht die Umgebung des Herrschers aus Männern, deren Gedankenflug sich im allgemeinen im Einklang mit den Zwecken des jungtürkischen Ausschusses für Einheit und Fortschritt befinden. Sultan selbst hielt sich streng an die aufgerichteten bestehenden Formen. Aber während früher oft genug ein Ertrag Vertreter der seiner ganzen Persönlichkeit und Lebenserfahrung nach gar nicht imstande war, den Willen des Herrschers oder das wahre Bedürfnis der Lage voll zu erfassen, die Haltung der Ratgeber „Vorschlag", die der allerhöchsten Unterschrift harren, vornahm und turzen, nur formellen Vortrag darüber hielt, prüft Sultan Mehmed jedes einzelne zur Unterschrift vorgelegte Dokument genau mit dem Ministier des Äußern, oft in längerer Erörterung, durch. Und er macht sich diese Mühe oft genug, denn die Zahl der Dokumente, die er täglich unterzeichnet, beweist sich zwischen fünf und 25. Es ist klar, daß das Hochregieren des Landes durch diese peinliche Gewissenhaftigkeit ungeheuer gehemmt und die Erledigung, oft so folgenreichen Unterschriftsfindungen und Willkürakte jetzt so gut wie völlig fehlen.

Vossische Zeitung
14./XII. 1915

Die Volksernährung.

Aus dem Reichstagsausschuß.

In der Nachmittagssitzung des Reichshaushaltsausschusses erklärte ein sozialdemokratischer Redner, daß die Schweinemäster deshalb zurückhielten, weil die „Deutsche Tageszeitung" eine Erhöhung der Schweinefleischpreise angekündigt habe. Der Industriearbeiter sei auf Fleischnahrung mehr angewiesen als der Landarbeiter. Nicht durch fleischlose Tage, sondern nur durch die Fleischkarte könne Besserung geschaffen werden. Auch die Wurstpreise seien gegenüber den Fleischpreisen zu hoch. Da die einzelne Gemeinde machtlos sei, müßten die Preise nach Gegenden geregelt werden. Deshalb sei auch die Kontrolle der Herstellung von Fleischkonserven dringend nötig.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter meinte, daß gerechte Verteilung der Futtermittel nur auf Grund des Viehstandes möglich sei. Dann würden auch die Mittel- und Kleinbetriebe und die städtischen Milchwirtschaften zu ihrem Rechte kommen.

Der Unterstaatssekretär für Ernährungsfragen führte aus, daß die notwendige Zentralisation des Auslandbutterhandels eine

Beschränkung der Zahl der Butterhändler

bedinge. Diese Organisation werde für Berlin manchen Mißstand beseitigen. Im Butterverbrauch werde sich ein jeder etwas einschränken müssen. Die Abgeordneten mögen auf die Gemeinden einwirken, damit sie von ihren Befugnissen ausreichenden Gebrauch machten. Wünschenswert sei, daß die Wohlhabenden ihren Fleischverbrauch einschränkten. In Wilmersdorf sei der Verkauf von Fleisch infolge der fleischlosen Tage um 28 v. H. zurückgegangen. Die Milchversorgung lasse sich auf Grund der Verordnung vom 25. September regeln. Die Bemessung der Strohpreise erfolgte, um zum Dreschen anzuregen, damit für die Fabrikation von Strohmehl und für das Heer genügende Vorräte schnell beschafft werden.

Ein Nationalliberaler erklärte, daß seine Partei für die Fleischkarte in dem Sinne stimmen werde, daß die Minderbemittelten Vorzugskarten erhalten. Auch dieser Redner bedauerte, daß gegen den Wildschaden nicht mehr geschehen sei, obwohl er vielfach unglaublich groß gewesen sei.

Ein Regierungsvertreter kündigte Vertragschließung mit den Schweinemästern betreffend Futterlieferung an. Volkswirtschaftlich sei es jetzt geboten, Fettschweine zu erzeugen.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter und Stadtrat von Berlin forderte Erweiterung der Rechte der Gemeinden, damit sie bei der Verteilung der Futtermittel und Viehprodukte wesentliches leisten können. Die Einführung der Fleischkarte würde nur die Mißstimmung steigern. Die Einschränkung im Fleischverbrauch sei in den bessersituierten Kreisen vielfach größer als bei den gut entlohnten Arbeitern. Höchstpreise für Rindfleisch würden möglicherweise preissteigernd wirken. Bei der Futterverteilung müsse auch darauf Rücksicht genommen werden, daß für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit gute Kindermilch von größter Bedeutung ist. Solange Bayern die Butterausfuhr verbiete, sollte ihm auch die Zufuhr von Schweinen aus Norddeutschland gesperrt werden.

Der Reichsschatzsekretär sprach über die zurückgestellten Anträge betreffend Zuschüsse des Reichs zur Verbilligung der Lebensmittel. Nur die Gemeinden könnten eine solche Frage lösen. Die beantragte

Erhöhung der Mannschaftslöhnung

halte die Heeresverwaltung nicht für nötig; es seien den Mannschaften erhöhte Rationen an Tabak usw. bewilligt worden, was nötiger gewesen sei. Die Erhöhung der Kriegsunterstützung auf 15 M. sei in vielen Gegenden ausreichend. Wenn ein Antrag die Erhöhung auf 20 M. fordere, so könnte wohl in einzelnen Bezirken eine weitere Erhöhung in Erwägung gezogen werden. Wenn die Erhöhung nicht überall erfolgte, so nicht aus bösem Willen, sondern weil die Mittel der Gemeinden nicht reichten. Man werde hier zu einer Lösung kommen, die Härten vermeide und möglichst allen Wünschen entgegenkomme. Dankenswert seien die Anordnungen der preußischen Regierung über Zuschüsse für die Futtermittel.

Ein konservativer Abgeordneter findet es an sich gleichgültig, ob man die Mannschaftslöhne oder die Kriegsunterstützung erhöhe. Jedenfalls müßten Reich, Staat oder Gemeinden den Minderbemittelten beistehen.

Ein Zentrumsabgeordneter hielt eine Erhöhung der Familienunterstützung im allgemeinen nicht für nötig, wohl aber in einzelnen Bezirken. Wo die Gemeinden nicht in der Lage seien, die durchaus nötigen Zuschläge zu geben, könnte das Reich einspringen. Man könnte Abstufungen nach dem Bedürfnis vornehmen. Anträge auf Unterstützung von Ehefrauen und Kindern sollten ohne weiteres bewilligt werden.

Ein Sozialdemokrat trat für die allgemeine Erhöhung der Kriegsunterstützung ein und brachte Beschwerden über die Feststellung der Bedürftigkeit vor; es müßte mindestens eine Beschwerdeinstanz errichtet werden.

Der Ministerialdirektor führte aus, daß es sich um Millionen von Unterstützungsfällen handele, wobei aber nur selten Mißgriffe vorkämen. In der Frage, ob die Unterstützung ausreiche, müsse zwischen den einzelnen Gegenden unterschieden werden. Den Gemeinden, die keine Mittel für Zuschüsse haben, müsse geholfen werden, aber etwas müsse die Gemeinde immer beisteuern, mindestens ein Neuntel. Die deutsche Industrie leiste auf diesem Gebiete Anerkennenswertes. Der Wunsch, zu helfen, sei bei den Reichsbehörden wie bei den Einzelstaaten gleich stark vorhanden. Die Schaffung einer Beschwerdeinstanz würde einen Strom von Beschwerden entfesseln. Die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden sei zulässig und ausreichend. Es werden monatlich 100 Millionen an Unterstützungsgeldern ausgegeben, dazu noch 40 Millionen Zuschläge von den Gemeinden.

Ein fortschrittlicher Redner erklärte die Unterstützung der Eltern für unzureichend. Beschwerden an die Aufsichtsbehörden führten nicht zum Ziele. Herabsetzung der Gehälter bis zum Hauptmann abwärts wäre gerechtfertigt.

Ein agrarischer Abgeordneter bezeichnete die jetzigen Unterstützungen auf dem Lande als meistens ausreichend, vielfach sogar reichlich. Durch eine Einkommensgrenze würde noch nicht vermieden werden, daß dem einen gegeben wird, was er nicht braucht, und dem anderen nicht gewährt wird, was er braucht.

Auch der Ministerialdirektor wendet sich gegen den Zentrumsantrag auf Festsetzung einer bestimmten Einkommensgrenze für die Gewährung einer Unterstützung. Nachdem der Antragsteller noch ausgeführt hatte, daß durch die Festsetzung der Einkommensgrenze von 2000 Mark den Mängeln bei der Feststellung der Bedürftigkeit ein Ende gemacht werden könne und müsse, vertagt die Kommission die Weiterberatung auf Dienstag vormittag pünktlich 10 Uhr.

Die Mitteilung in dem gestrigen Vormittagsbericht über die Annahme der viel umstrittenen Zentrumsresolution auf Errichtung einer Zentrale für Lebensmittelversorgung mit einem vom Reichstag gewählten Beirat beruhte auf einem Versehen. Diese Resolution ist noch nicht zur Abstimmung gelangt.

Neue Freie Presse
14./XII. 1915

Beratung der Kriegskommission für Konsumenteninteressen.

Diese Kommission befaßte sich in der letzten Sitzung neuerdings mit der Frage der Milchversorgung. Es wurde festgestellt, daß angesichts des verhältnismäßig geringen Rückganges der Milchanlieferung (636.000 Liter gegenüber 850.000 im Vorjahre) die Schwierigkeiten in der Milchversorgung und die Teuerung hauptsächlich auf eine unrichtige Organisation des Vertriebes und auf ungleichmäßige Zuteilung an die einzelnen Kunden zurückzuführen sei. Es werden bei der bevorstehenden Bedarfsregelung zwar in erster Linie Säuglinge, Kinder, Kranke und stillende Mütter berücksichtigt werden müssen; für die Versorgung der übrigen Bevölkerung jedoch erscheint eine gleichmäßige Bedarfsregelung unter besonderer Berücksichtigung der ärmeren Klassen notwendig. (In dieser Hinsicht sollen Eingaben an die zuständigen Stellen gerichtet werden.)

Weiter wurde die letzte Kundgebung der Agrarpolitischen Zentralstelle besprochen, welche die bisherigen ernährungspolitischen Maßnahmen der Regierung als im einseitigen Interesse der Konsumenten gelegen bezeichnete und eine Vernachlässigung der Interessen der Landwirtschaft behauptete. Es wurde beschlossen, diese Anwürfe in zweckentsprechender Form zu widerlegen und entschieden abzuweisen.

Ferner wurde die künftige Mehl- und Brotversorgung erörtert und insbesondere die Sicherstellung des Verhältnisses mit Ungarn gefordert. Aus einzelnen Teilen des Reiches lagen Berichte vor, welche schon jetzt ein Knappwerden der Mehlvorräte dartun.

Hierauf gelangte die Stellungnahme der Zensur zu den ernährungspolitischen Kundgebungen zur Sprache. Es wurde beschlossen, die Schaffung einer die Zensurbehörde beratenden Stelle für die Fragen der Lebensmittelversorgung in Vorschlag zu bringen.

Vom deutschen Kriegsausschusse für Konsumenteninteressen in Berlin waren Berichte über dessen Tätigkeit eingelangt, welchen unter anderm zu entnehmen war, daß im Deutschen Reiche bereits in mehr als 140 Städten und Orten Bezirks- und Ortsausschüsse errichtet wurden, namentlich in folgenden größeren Städten: Bremen, Breslau, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Königstein, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Stuttgart.

Der Obmann der Kriegskommission, Regierungsrat Georg Fritz, erstattete schließlich einen ausführlichen Jahresbericht über die Tätigkeit des ersten Arbeitsjahres der Kriegskommission, welche schon frühzeitig in allen ernährungspolitischen Fragen, vielfach unter Zuziehung von Fachleuten, der Produktion und des Handels, alle zweckmäßigen Maßnahmen erörterte, die seither von anderen Seiten vorgeschlagen wurden, aber bisher, wie in so manchen Fällen, leider keine Berücksichtigung fanden.

Fremdenblatt
14./XII. 1915

Beschlüsse des Deutschen Reichstages in Ernährungsfragen.

Berlin, 13. Dezember. Der Hauptausschuß des Reichstages beendete die Debatte über die Ernährungsfragen und nahm eine Reihe von darauf bezüglichen Anträgen an, darunter einen Antrag der Fortschrittler betreffs Einführung von Fettkarten und einen Antrag der Sozialdemokraten auf Schaffung einer Organisation zur Versorgung mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln durch Beschlagnahme, Rationierung und Höchstpreise.

Frankfurter Zeitung
14/XII. 1915

Die westfälische Landwirtschaftskammer über Lebensmittelfragen.

N Berlin, 13. Dezbr. (Priv.-Tel.) Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit den für die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Butter, Milch und Fleisch erlassenen Verordnungen und den noch etwa weiter zu ergreifenden Maßnahmen beschäftigt. Die Verhandlungen haben über die Grenze von Westfalen hinaus Bedeutung. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, kam der Vorstand hinsichtlich der Kartoffelfrage zu der Ueberzeugung, daß der Bedarf der westfälischen Bevölkerung an Speisekartoffeln so gut wie gedeckt sei, und daß im übrigen die ganze Versorgungsfrage im wesentlichen nur eine Transportfrage sei, da die Reichskartoffelstelle in der Lage ist, jede gewünschte Menge an Kartoffeln abzuliefern. — Zu der Frage der Butterpreise sprach sich der Vorstand für die Festsetzung eines einheitlichen Butterpreises für große Bezirke, nicht also für einzelne Bezirke aus. — Was die Höchstpreise für Schlachtschweine anlangt, so nahm der Vorstand davon Kenntnis, daß die Beschickung der Schlachtviehmärkte nach Erlaß der Höchstpreise sehr gering geworden ist. Dafür ist jedoch nicht der Landwirt, sondern der Viehhandel verantwortlich zu machen. Gegenüber den irrigen Ansichten, die in landwirtschaftlichen Kreisen über die Geltung der Höchstpreise immer noch bestehen und deren Beseitigung erwünscht ist, betonte der Vorstand der westfälischen Landwirtschaftskammer, daß die festgesetzten Höchstpreise nicht ab Stall des Verkäufers gelten, sondern frei Schlachtviehmarkt oder in Gemeinden mit öffentlichen Schlachthäusern frei dieser zu verstehen sind. Es müssen also, wie schon früher von anderer berufener Seite vorausgesetzt worden ist, für Transportkosten, Gewichtsverluste, Händlergewinn usw. ebenso wie früher gegenüber der Notierung der Schweinepreise entsprechende Abzüge für den Verkauf ab Stall gemacht werden. Im Anschluß hieran wurde hervorgehoben, daß eine Herabsetzung der Schweinehöchstpreise oder eine Beschlagnahme der Schweine nicht zu erwarten sei. Derartige Gerüchte entbehren der Grundlage

Frankfurter Zeitung

14./XII. 1915

Die Volksernährung.

Beratungen des Reichstags-Ausschusses.

N **Berlin**, 13. Dezbr. (Priv.-Tel.) In der heutigen Nachmittagssitzung des Reichshaushaltsausschusses wies ein sozialdemokratischer Redner darauf hin, daß die Schweinemäster deshalb zurückhielten, weil die „Deutsche Tageszeitung" eine Erhöhung der Schweinefleischpreise angekündigt habe. Der Industriearbeiter sei auf Fleischnahrung mehr angewiesen als der Landarbeiter. Nicht durch fleischlose Tage, sondern nur durch die Fleischkarte könne Besserung geschaffen werden. Auch die Wurstpreise seien gegen die Fleischpreise zu hoch. Da die einzelne Gemeinde machtlos sei, müßten die Preise nach Gegenden geregelt werden. Deshalb sei auch die Kontrolle der Herstellung von Fleischkonserven dringend nötig.

Ein Nationalliberaler verlangte, daß Waldstreu, Eicheln usw., auch der Privatwaldungen, der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt würden. Ein fortschrittlicher Abgeordneter meinte, daß eine gerechte Verteilung der Futtermittel nur auf Grund des Viehstandes möglich sei. Dann würden auch die Mittel- und kleinen Betriebe und die städtischen Milchwirtschaften zu ihrem Rechte kommen. Der Zuckerrübenbau müsse auch vom Standpunkt der Futterversorgung gefördert werden. Ein agrarischer Redner regte an, den vom Kriege heimgesuchten Grenzgebieten Bauholz zum rascheren Aufbau der Ställe zur Verfügung zu stellen. Allgemeine Nutzung der Privatwaldungen möge erwünscht sein, dürfe aber nicht zur Schädigung der Wälder führen. Die Furcht, daß Höchstpreise für Rindvieh eingeführt würden, treibe zum verstärkten Abstoß von Vieh. Ein fortschrittlicher Abgeordneter verlangte Auskunft über die Gründe, warum die Preise für Stroh so festgesetzt worden seien, wie geschehen.

Der Unterstaatssekretär für Ernährungsfragen führte aus, daß die notwendige Zentralisation des Auslandsbutterhandels eine Beschränkung der Zahl der Butterhändler bedinge. Diese Organisation werde für Berlin manchen Mißstand beseitigen. Im Butterverbrauch werde sich ein jeder etwas einschränken müssen. Die Abgeordneten mögen auf die Gemeinden hinwirken, damit sie von ihren Befugnissen ausreichend Gebrauch machen würden. Wünschenswert sei, daß die Wohlhabenden ihren Fleischverbrauch einschränkten. In Wilmersdorf sei der Verbrauch durch die fleischlosen Tage um 28 vom Hundert zurückgegangen. Die Milchversorgung lasse sich auf Grund der Verordnung vom 25. September regeln. Die Bemessung der Strohpreise erfolgte, um zum Dreschen anzuregen und so schnell genügende Vorräte für die Fabrikation von Strohmehl und für das Heer zu beschaffen.

Ein Nationalliberaler erklärte, daß seine Partei für die Fleischkarte in dem Sinne stimmen werde, daß die Minderbemittelten Vorzugskarten erhielten. Auch dieser Redner bedauerte, daß gegen den Wildschaden nicht mehr geschehen sei, obwohl er vielfach unglaublich groß gewesen sei. Ein Regierungsvertreter kündigte Vertragsabschlüsse mit den Schweinemästern über die Futterlieferungen an. Volkswirtschaftlich sei es jetzt geboten, Fettschweine zu erzeugen. Ein fortschrittlicher Abgeordneter, Stadtrat von Berlin, forderte Erweiterung der Rechte der Gemeinden, damit sie bei der Verteilung der Futtermittel und Viehprodukte Wesentliches leisten könnten. Die Einführung der Fleischkarte würde nur die Mißstimmung steigern. Die Einschränkung im Fleischverbrauch sei in den besser situierten Kreisen vielfach größer als bei den gut entlohnten Arbeitern. Höchstpreise für Rindfleisch würden möglicherweise preissteigernd wirken. Bei der Futterverteilung müsse auch darauf Rücksicht genommen werden, daß für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit gute Milch von größter Bedeutung ist. Solange Bayern die Butterausfuhr verbiete, sollte auch die Zufuhr von Schweinen aus Norddeutschland gesperrt werden. Die nachgeordneten Behörden hätten nichts zur Bekämpfung der Wildschäden getan, im Gegenteil manchmal künstlich durch Verzögerung der Erteilung von Jagdscheinen und durch Bekanntmachungen vorgesetzter Behörden den Abschuß verhindert.

Der Reichsschatzsekretär sprach über die zurückgestellten Anträge betr. Zuschüsse des Reiches zur Verbilligung der Lebensmittel. Nur die Gemeinden könnten eine solche Frage lösen. Die beantragte Erhöhung der Mannschaftslöhnung halte die Heeresverwaltung nicht für nötig. Es seien den Mannschaften erhöhte Rationen in Tabak usw. bewilligt worden, was nötiger gewesen sei. Die Erhöhung der Kriegsunterstützung auf 15 Mark sei in vielen Gegenden ausreichend. Wenn ein Antrag die Erhöhung auf 20 Mark fordere, so könne wohl in einzelnen Bezirken eine weitere Erhöhung in Erwägung gezogen werden. Wenn die Erhöhung nicht überall erfolge, so geschehe das nicht aus bösem Willen, sondern weil die Mittel der Gemeinden nicht reichten. Man werde hier zu einer Lösung kommen, die Härten vermeide und möglichst allen Wünschen entgegenkomme. Dankenswert seien die Anordnungen der preußischen Regierung über Zuschüsse für die Futtermittel.

Ein konservativer Abgeordneter fand es an sich gleichgültig, ob man die Mannschaftslöhne oder die Kriegsunterstützung erhöhe. Jedenfalls müßten Reich, Staat oder Gemeinden den Minderbemittelten beistehen. Ein Zentrumsantrag bezeichnete eine Erhöhung der Familienunterstützung im allgemeinen nicht für notwendig, wohl aber in einzelnen Bezirken. Wo die Gemeinden nicht in der Lage seien, die durchaus nötigen Zuschläge zu geben, könnte das Reich eingreifen. Man könnte Abstufungen nach dem Bedürfnis vornehmen. Anträge auf Unterstützung von Ehefrauen und Kindern sollten ohne weiteres bewilligt werden. Die Bevölkerung im Inlande sei mehr oder weniger gegen Uebervorteilung durch Höchstpreise geschützt, die Soldaten an der Front aber nicht. Eine Herabsetzung der höheren Gehälter bis zum Hauptmann herab wäre sehr wohl möglich. Hierdurch würde Geld frei für die Erhöhung der Mannschaftslöhnung.

Ein Sozialdemokrat trat für die allgemeine Erhöhung der Kriegsunterstützung ein und brachte Beschwerden über die Feststellung der Bedürftigkeit vor. Es müßte mindestens eine Beschwerdeinstanz errichtet werden. Der Ministerialdirektor führte aus, daß es sich um Millionen von Unterstützungsfällen handle, wobei aber nur selten Mißgriffe vorkämen. In der Frage, ob die Unterstützung ausreiche, müsse zwischen den einzelnen Gegenden unterschieden werden. Den Gemeinden, die keine Mittel für Zuschüsse hätten, müsse geholfen werden, aber etwas müsse die Gemeinde immer beisteuern, mindestens ein Neuntel. Die deutsche Industrie leiste auf diesem Gebiete Anerkennenswertes. Der Wunsch zu helfen sei bei den Reichsbehörden wie bei den Einzelstaaten gleich stark. Die Schaffung einer Beschwerdeinstanz würde einen Strom von Beschwerden entfesseln. Die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden sei zulässig und ausreichend. Es würden monatlich 100 Millionen an Unterstützungsgeldern ausgegeben, dazu noch 40 Millionen Zuschläge von den Gemeinden.

Ein fortschrittlicher Redner erklärte die Unterstützung der Eltern für unzureichend. Beschwerden an die Aufsichtsbehörden führten nicht zum Ziele. Die Herabsetzung der Gehälter bis zum Hauptmann abwärts wäre gerechtfertigt. Auf die Frage des Redners erklärte der Reichsschatzsekretär, daß eine mit der Besoldungsvorschrift nicht im Einklang stehende Verfügung eines Generalgouvernements rückgängig gemacht worden sei. Ein agrarischer Abgeordneter bezeichnete die jetzigen Unterstützungen auf dem Lande als meistens ausreichend, vielfach sogar reichlich. Durch eine Einkommensgrenze würde noch nicht vermieden werden, daß dem einen gegeben werde, was er nicht brauche, und dem andern nicht gewährt werde, was er brauche. Auch der Ministerialdirektor wandte sich gegen den Zentrumsantrag auf Festsetzung einer bestimmten Einkommensgrenze für die Gewährung einer Unterstützung. Nachdem der Antragsteller noch ausgeführt hatte, daß durch die Festsetzung der Einkommensgrenze von 2000 Mark den Mängeln bei der Feststellung der Bedürftigkeit ein Ende gemacht werden könne und müsse, vertagte die Kommission die Weiterberatung auf Dienstag vormittag 10 Uhr.

Neues Wiener Tagblatt
15./XII. 1915

(Die Speisenkarte von Kempinsky.) Herr Landesausschuß Bielohlawek sendet uns eine Zuschrift, in der es heißt: „In Ihrem heutigen geschätzten Blatte ist die Speisenkarte des bekannten Berliner Restaurants Kempinsky abgedruckt und wird auf die billigen Preise dortselbst hingewiesen. Bemerkt ist dabei, daß die Portionen für hungrige Mägen zugeschnitten sind. Es drängt mich, in dieser Angelegenheit denn doch etwas aufklärend zu wirken. Vor allem sind die Preise nur scheinbar billig, denn eine Nudelsuppe um 45 Pfennig, das sind 60 Heller, kann nicht, es wäre denn in einem extra feinen Restaurant, als billig bezeichnet werden. Fleischstücke, wie Rumpfstück, Kalbschnitzel, kosten ohne Beilage 1 Mark 20 Pfennig, nach österreichischer Währung also 1 K. 70 Heller, die Beilagen kosten zwischen 25 und 45 Pfennig, durchschnittlich also 35 Pfennig, das sind zirka 50 Heller, so daß das Fleischstück mit Beilage 2 K. 20 H. kostet, was auch nicht mehr gar so billig genannt werden kann, wenn man nicht die erstklassigen Restaurants in Betracht zieht. Käse, eine Portion 45 Pfennig, das sind wieder 60 Heller, kein extra billiger Preis. Nun kommt aber die Hauptsache. Die Berliner Speisenkarte Kempinsky könnte noch als verhältnismäßig billig bezeichnet werden, wenn nicht der Zwang bestehen würde, ganz ohne Rücksicht darauf, ob man eine oder zwei Speisen genießt, dazu die billigste Sorte Wein, und zwar im Betrage von 1 Mark 20 Pfennig, das sind wieder 1 K. 70 H. pro Bouteille, bezahlen zu müssen. In diesem Weinzwang besteht der Vorteil der Firma Kempinsky, daß sie scheinbar billig sein kann." — Im letzten Punkte irrt der Herr Landesausschuß, denn der Einsender der Kempinskykarte versichert uns, daß man bei Kempinsky auch glasweise Wein oder ein Mineralwasser erhält. Weinzwang besteht nicht. In Friedenszeiten bekam man auch englisches Bier (Porter und Ale) glasweise.

Fremdenblatt
15./XII. 1915

Die Approvisionierung Wiens.

Die Frage der Lebensmittelversorgung.

In der letzten Sitzung der Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission wurde die Beratung über die prinzipielle Stellungnahme zur Frage der Höchstpreise für eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel fortgesetzt. Zu Beginn der Sitzung wies Gemeinderat Dr. Klotzberg darauf hin, daß ein Großhändler in Bulgarien sich erbötig mache, innerhalb 4 bis 6 Wochen 30.000 Rinder, rund 100.000 Weidegänse und 30.000 Waggons Schafwolle zu liefern. Er fragt, ob das Präsidium der Handelspolitischen Kommission alle Vorkehrungen treffen wolle, daß diese Quantitäten nach Oesterreich kommen und ein eventueller Widerstand der ungarischen Regierung gegen die Einfuhr der Rinder überwunden werde.

Vorsitzender Vizebürgermeister Hoß erwidert, er werde über diese Angelegenheit eingehende Erkundigungen einholen, und es werde sicherlich getrachtet werden, diese Waren, wenn irgend möglich, nach Oesterreich zu bringen.

Herr Medak erklärt namens der Butterhändler, daß diese mit der Festsetzung von Höchstpreisen selbstverständlich einverstanden sind. Er wünscht eine bessere Organisation für den Einkauf der ausländischen Butter und ersucht, daß auf die Existenz jener Zwischenhändler, welche bisher auf diesem Gebiete sich betätigt und bewährt haben, Rücksicht genommen werde.

Gemeinderat Dr. Hein spricht sich ebenfalls gegen die Ausschaltung der Zwischenhändler aus, da der Handel oft Wege findet, welche einer größeren Einkaufsgesellschaft verschlossen sind.

Herr Hofbauer spricht sich gegen die Festsetzung von Höchstpreisen für Fische aus, insbesondere für Nordseefische, da diese im Lizitationswege abgegeben werden.

Kais. Rat Maresch spricht sich gegen die Festsetzung von Höchstpreisen für Oel aus.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Ungerechtfertigte Ansammlung von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfes" bemerkt der Referent Kammersekretär Dr. Ziegler: Die Preissteigerungen veranlassen wiederholt spekulative Köpfe, Waren in größeren Mengen anzusammeln, vorläufig dem Verkehre zu entziehen, um im gegebenen Zeitpunkte aus der Preissteigerung einen ungerechtfertigten Gewinn zu erzielen. Die Festsetzung von Höchstpreisen wird in manchen Fällen ein wirksames Mittel gegen derartige Anhäufungen sein. Radikaler wird jedoch die Möglichkeit wirken, derartig angesammelte Waren jederzeit wegnehmen und dem Konsum zuführen zu können, wozu wieder notwendig ist, daß jener staatliche Faktor, welcher diese Requisitionen durchführt, Kenntnis von der Ansammlung erhält. Strafbar sind ja derartige Ansammlungen schon heute, nur wäre Gewicht darauf zu legen, daß nicht nur Geldstrafen, sondern auch Arreststrafen angewendet werden sollen.

Gemeinderat Dr. Stich fordert die Einführung eines Anbotszwanges für jene Gegenstände, welche für den Lebensunterhalt unumgänglich notwendig sind. Kommerzialrat Gemeinderat Partik und Kammerrat Vinzl weisen darauf hin, daß für Verheimlichung von Vorräten strenge Strafen bestehen. In Wien werden übrigens allmonatlich zweimal die Lagerbestände der Großkaufleute kontrolliert.

Herr Kaff gibt die Anregung, es mögen Zwangsgenossenschaften auf dem flachen Lande gebildet werden, welche zu verpflichten wären, landwirtschaftliche Artikel auf den Markt zu bringen.

Der Vorsitzende faßte das Ergebnis der Beratung zusammen: Für gewisse Artikel (Vieh, Fleisch, Fett, Milch, Butter, Eier) ist die Festsetzung von Höchstpreisen von Vorteil. Sie sind nicht auf bestimmte Artikel zu beschränken, sie müssen auch alle verwandten und Surrogatartikel erfassen. Die Festsetzung von Höchstpreisen muß mit einer Requisitionsmöglichkeit durch bestimmte öffentliche Stellen verbunden werden. Die Höchstpreise sind für beide Ländergebiete möglichst gleichzeitig und einheitlich, den Bedürfnissen Oesterreichs entsprechend, durchzuführen. Weiter seien gewisse Grundsätze für die Organisation des Einkaufes von Lebensmitteln im Auslande aufzustellen. Besondere Maßnahmen zur Vermeidung großer Ansammlungen von Lebensmitteln zu Spekulationszwecken seien nicht angezeigt, da ohnehin die großen Lagerhäuser und die anderen größeren Aufbewahrungsorte von den Behörden regelmäßig kontrolliert werden und vermieden werden müsse, die Kaufmannschaft mit komplizierten Mehrarbeiten zu belasten. In diesem Sinne werde eine Eingabe an die Regierung gerichtet werden.

Reichspost Abendbl.
15./XII. 1915

Graf Tisza über die Lebensmittelfrage.

Ein Rückblick auf die zurückgelegte Kriegszeit.

Budapest, 14. Dezember.

Die Nationale Arbeitspartei hielt heute unter dem Vorsitze des Präsidenten Grafen Khuen-Hedervary eine Sitzung ab, in welcher die Vorlagen über die neuen Ergänzungen der Ausnahmsregeln für den Kriegsfall verhandelt wurden. Im Verlaufe der Verhandlung ergriff Ministerpräsident Graf Tisza das Wort und sagte: Die öffentliche Meinung muß bezüglich eines Umstandes im Klaren sein. Man versuchte die Dinge so darzustellen, als ob tatsächlich hier Lebensmittel in Hülle und Fülle vorhanden gewesen seien oder als ob wir wenigstens genug gehabt hätten, so daß die Schwierigkeiten der Verpflegung und die Teuerung vorwiegend auf die Unfähigkeit und Gleichgültigkeit einzelner behördlicher und wirtschaftlicher Faktoren zurückzuführen wären. Diese Auffassung ist jedoch sehr gefährlich und höchst ungerecht. Es war uns im Vorjahre im Winter nicht möglich, die Lage in ihrem ganzen Ernste vor der Oeffentlichkeit darzulegen, nicht weil wir die Nation erschreckt hätten — davon habe ich mich nicht gefürchtet, sondern wir hätten jenseits unserer Grenzen Hoffnungen erweckt, welche ihre Wirkung bei der Gestaltung der militärischen und der diplomatischen Lage ausgeübt hätten.

Der Ministerpräsident erklärte sodann, daß weniger Getreide vorhanden gewesen sei, als der Konsum der Bewohnerschaft von Oesterreich und Ungarn erforderte. Jene Menge, welche eben nur für die allernotwendigsten Bedürfnisse notwendig war, konnte nur so beschafft werden, daß wir bedeutende Mengen Mais der Landwirtschaft entzogen haben, wodurch dann wieder die Aufzüchtung und die Mästung einer wahrhaften Krisis ausgesetzt waren. Hieraus hat sich dann jene Lage entwickelt, welche wir auch in bezug auf Speck und Fett wahrgenommen haben. Es ist auch in Betracht zu ziehen, daß in bezug auf die Lebensmittel die Armee große Anforderungen stellt. Eine operierende Armee von Millionen kann nicht so mit den Lebensmitteln umgehen, wie dies in den einzelnen Haushaltungen im Frieden geschieht. Man hört oft so viele scharfe Kritiken, Behauptungen und gute Ratschläge! Wenn wir in dieser Frage überhaupt etwas erreichen konnten, verdanken wir dies nur dem Umstande, daß in jenen Ressorts, welche durch diese Aufgaben in höchstem Maße in Anspruch genommen werden, hervorragende Mitarbeiter mit vorzüglich praktischem Sinn uns zur Seite stehen, die uns unschätzbare Dienste bei der Lösung dieser großen und schweren Aufgabe leisten. Es hängt von euch ab, ob ihr uns Euer Vertrauen entzieht, oder ob ihr uns weiter damit beschenkt. (Lebhafter Beifall) Ich kann nicht versprechen, daß wir für die ungarische Nation bequeme Verhältnisse, einen Ueberfluß schaffen können, aber ich kann versprechen, daß wir dafür sorgen werden, daß keine Hungersnot eintritt und daß, falls uns die ungarische Nation nicht im Stiche läßt und wenn sie jene Tugenden, welche sie im ersten Kriegsjahr bewiesen hat, auch auf wirtschaftlichem Gebiete beweisen wird, im zweiten Jahre des Krieges jener wirtschaftliche Angriff, welchen die Feinde gegen uns richten, ebenso erfolglos bleiben wird, wie die militärischen Angriffe erfolglos geblieben sind. (Langandauernder Beifall.) Unterstützt uns, aber unterstützt in erster Reihe die Nation damit, daß Ihr die Ueberzeugung in die große Oeffentlichkeit traget, daß es sich in den heutigen schwierigen Verhältnissen um die Lösung großer Aufgaben handelt, um die Lösung solcher Schwierigkeiten, welche ohne Entbehrungen, ohne Leiden nicht bewältigt werden können. Und seid davon überzeugt, daß an diesen Kämpfen auch die Regierung teilnimmt, welche durch Euer Vertrauen in dieser Riesenkrise der ungarischen Nation in eine glorreiche, aber auch verantwortungsvolle und segensreiche Stellung versetzt wurde. (Langanhaltender lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Graf Khuen-Hedervary dankte dem Ministerpräsidenten namens der Partei für seine die Lage beleuchtenden Erklärungen. Hierauf wurde die Gesetzesvorlage im allgemeinen und in den Details als Grundlage der parlamentarischen Beratungen angenommen und sodann die Sitzung geschlossen.

Reichspost Abendbl. 15./XII. 1915

* **An die Nörgler und Genießer** richtet der bekannte Schriftsteller Paul Höcker, der trotz seiner 50 Jahre als preußischer Hauptmann im Felde steht, sehr zeitgemäße Weihnachtswünsche. Er schreibt, die Daheimgebliebenen sollen sich nicht etwa bloß durch Zusammenbetteln von Liebesgaben begnügen, sondern ihre gute Gesinnung auch auf andere Weise bezeigen. Sie sollen sich am Stammtisch nicht als große Feldherren aufspielen. Sie sollen nicht durch ihre überlegene Diplomatie das Vertrauen in die dafür verantwortlichen Staatsmänner erschüttern. Sie sollen sich nicht darüber entrüsten, daß der Unteroffizier Lehmann das Eiserne Kreuz schon im Frühjahr bekommen hat und der Gefreite Schulz noch immer nicht; denn sie können dort in der Wirtsstube die Verhältnisse hier draußen nicht übersehen. Sie sollen nicht in die Philisterklagen über die Teuerung einstimmen. Das ist doch selbstverständlich, daß nach 16 Monaten Krieg das Fleisch und das Mehl und die Butter teurer werden müssen. Aber wie teuer wärs denn geworden, wenn die Franzosen und Engländer am Rhein säßen und die Russen in Königsberg oder Breslau? Und sie sollen jeder Regierungsmaßnahme mit derselben Selbstverständlichkeit folgen, mit der wir Feldgrauen im Gefecht halblinks schwenken, wenn's befohlen ist, obwohl wir zunächst glauben, der Angriff müßte halbrechts vorgetragen werden. Auch ihr Frauen könnt uns eine Weihnachtsfreude machen. Euer Stolz sei es, an fleischlosen Tagen auch wirklich kein Fleisch auf den Tisch zu bringen. Und verachten sollt ihr die armseligen Schleckermäuler, die durch heimliche Einkäufe und törichte Aufspeicherung von Vorräten den gesunden Gedanken der ausgleichenden Fürsorge im Reich schädigen. Denn es ist ja alles da, was das deutsche Volk braucht — aber das Verteilen und das Strecken der Vorräte ist eine soziale Wohltat, wie sie vom goldenen Zeitalter des Perikles an bis zum idealsten Zukunftsstaat stets als höchste Weisheit einer gerecht empfindenden Regierung erkannt werden mußte.

Tägliche Rundschau
15./XII. 1915

* **Gegen das Einhamstern** wird der „Nordd. Allg. Ztg." geschrieben: So oft irgendeine Art von Lebensmitteln im Detailhandel zeitweise knapp zu werden beginnt, finden sich immer eine Anzahl Verbraucher und vor allem Verbraucherinnen, die sich besonders klug vorkommen, wenn sie von Laden zu Laden eilen und Vorräte für etliche Wochen oder womöglich Monate zusammenraffen. Daß hierdurch die ohnehin knappen Angebotsmengen noch knapper und andere Leute überhaupt verhindert werden, etwas zu erhalten, kümmert diese Frauen anscheinend nicht, auch fragen sie wenig danach, ob sich die Ware, die sie einhamstern, zu längerer Aufbewahrung eignet. Anläßlich des Buttermangels der letzten Wochen konnte man dabei unliebsame Vorkommnisse wieder des öfteren beobachten; mit einer Geduld, die einer besseren Sache wert gewesen wäre, pilgerten manche Käuferinnen von Geschäft zu Geschäft, um schließlich 8 oder 10 halbe oder ganze Pfunde Butter heimzubringen und vielleicht am nächsten Tage die Wanderung in einem anderen Kreise von Läden von neuem zu beginnen. Daß bei solchem Verfahren das Plakat „Butter ausverkauft" an vielen Schaufenstern früher erschien, als es sonst nötig gewesen wäre, versteht sich von selbst. In den Haushaltungen dieser „vorsichtigen" Frauen fehlt es aber des öfteren an Eisschränken; und ehe noch der größte Teil der Vorräte verzehrt ist, ist der Rest schlecht und unbrauchbar geworden. Träfe dieser Verlust nun die klugen Käuferinnen, die übersehen haben, daß Butter keine Dauerware ist, so könnte man ihn als eine Art gerechte Strafe für Unbesonnenheit und mangelnde Rücksicht auf das Gemeinwohl hinnehmen; aber leider trifft er uns alle, indem er das verfügbare Quantum unserer nicht überreichen Nahrungsmittelvorräte vermindert. Die Allgemeinheit hat darum ein Recht, energisch zu fordern, daß der Unfug des Einhamsterns, im besonderen der grobe Unfug des Einhamsterns leicht verderblicher Nahrungsmittel, endlich unterbleibt!

Tägliche Rundschau
15./XII.1915

Anträge des gewerblichen Mittelstandes. Bedeutende Posten an Lebensmitteln und Verbrauchsgegenständen der verschiedensten Art werden noch immer durch Zeitungsanzeigen und Rundschreiben angeboten. So weist eine Eingabe an die Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise auf Angebote von 250 000 Kg. ausländischen Speck, 13 Waggons Kerzen, 350 000 To. Fleischwaren, zahlreiche Waggons Schweine usw. hin. Nach den vom Kleinhandel angestellten Ermittlungen sind die geforderten Preise höher als die im Kleinhandel üblichen und infolgedessen können die Waren nicht in den freien Handel übernommen werden. Der „Großeinkaufsverein Thüringer Kaufleute" hat Beweismittel dafür gesammelt, daß Großverkäufer auch wichtige Lebens- und Genußmittel vom Groß- und Kleinhandel zurückzukaufen suchen, anscheinend um Einfluß auf die Preisbildung auszuüben. Eingehend werden hierbei die Verhältnisse in der Margarineindustrie behandelt. Es wird nun die Beschlagnahme der Waren solcher Angebote als notwendig erachtet. Der Reichskanzler ist von den großen Verbänden des gewerblichen Mittelstandes gebeten worden, weitere Vertreter des kaufmännischen Kleinhandels in die Ausschüsse der Reichsprüfungsstelle zu berufen, mit Rücksicht auf die ausgiebige Vertretung, welche die Konsumvereinsverbände gefunden haben.

Hamburger Fremdenblatt

16./XII. 1915.

Veredlung der Höchstpreise.

In manchen Fällen reichen die staatlichen Höchstpreise nicht aus, um Preisausschreitungen auf den Lebensmittelmärkten hintanzuhalten. Wir wissen zur Genüge, wie mannigfaltig die Möglichkeiten sind, die vorgeschriebenen Höchstpreise zu umgehen, z. B. durch Beigabe von minderwertigen Waren, Anrechnungen von Vergütungen, Spesen, Nebengebühren und dergl. mehr. Und kann der Preiszwang durch Anwendung solcher unlauteren Handlungen nicht erfolgreich durchbrochen werden, so kommt wohl auch die Widerhaarigkeit der Produzenten und Händler in Anwendung, bestehend in der Weigerung, die von der Bevölkerung begehrte Ware auf den Markt zu bringen oder überhaupt herzustellen, z. B. Butter, eingeschlachtetes Fleisch usw. Mit den Höchstpreisen allein kann also die Lebensmittelversorgung nicht sichergestellt werden. Aus dieser Erkenntnis sind die Maßnahmen und Vorschläge hervorgegangen, zugleich mit der Verhängung der Preisgrenzen die Verfügung über den betreffenden Verkaufsartikel ganz oder teilweise den Händen der staatlichen oder gemeinnützigen Verwaltungsbehörden anzuvertrauen.

Beschlagnahme und Enteignung sind aber wiederum keine idealen Lösungen. Sie erscheinen dem Laien vielleicht durchaus wirksam, bedingen aber eine Aufwand von praktischer Betätigung, den die damit vertrauten Stellen kaum zu leisten vermögen. Mit der Uebernahme des Besitzrechts an bestimmten Waren auf die Allgemeinheit wird in der Regel die Verpflichtung verknüpft sein, auch für ihre Unterbringung Aufbewahrung und Bewirtschaftung in angemessener Weise Vorkehrungen zu treffen. Ferner erfordert die Austeilung der Vorräte an die Verkäufer sowie Arbeit und Umsicht, daß die Ausschaltung des privaten Handels als eine bedenkliche Sache erscheint.

Das System der Höchstpreise wird demnach mit einiger Vorsicht zu handhaben sein. Bei seiner Veranlagung dürfen außerdem nicht die Verkaufspreise allein maßgebend sein, sondern es werden die unter den Einwirkungen des Krieges erfolgten Veränderungen in den Kosten der Herstellung und Lieferung sorgfältig nachzuprüfen sein. Geschieht das nicht, so werden häufig unberechtigte Konjunkturgewinne in die Preisfestsetzungen sich einschleichen. Man hat daher eine Veredlung der Höchstpreise, ihre sachgemäße Anpassung an die verschiedenen Stufen beim Uebergange von Lebensmitteln und Rohmaterialien aus der ersten Hand bis zum letzten Verbraucher für notwendig erklärt. Gegen eine solche Veredlung läßt sich nichts Wesentliches einwenden, nur würden die aus der Einführung von Höchstpreisen sich ergebenden Weiterungen sich vergrößern, wenn die Preisschablone auf die Fülle der Einzelheiten ausgedehnt werden soll. Mindestens ebenso wichtig wie die „Veredlung" der Höchstpreise erscheint uns eine Veredlung der Handelsgewohnheiten nach der Richtung, daß die größtmögliche Ausnutzung aller Vorteile im Betrieb von Lebensmitteln auf Kosten der Gesamtheit als ein moralisch nicht einwandfreies Gebaren erachtet werde.

Fremdenblatt
16./XII. 1915

Die Approvisionierung Wiens.

Obmänner-Konferenz.

In der gestern unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien wurde der Ausweis über die Preise und Vorräte der wichtigsten Bedarfsartikel sowie über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentralviehmarkte am 6. und 13. Dezember vorgelegt.

Dem Bericht über die Gesundheitsverhältnisse in der Zeit vom 7. bis 13. Dezember ist zu entnehmen, daß die Sterblichkeit in dieser Woche weiter gestiegen ist, aber niedriger war als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Hinsichtlich der Infektionskrankheiten waren sechs Blatternfälle und zwei Flecktyphusfälle zu verzeichnen; die übrigen Infektionskrankheiten zeigten ein normales Verhalten.

Die Konferenz nahm sodann den Bericht über die vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Gaswerksdirektor Menzel unternommenen Schritte hinsichtlich der Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke mit Befriedigung zur Kenntnis.

Ueber Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wurde beschlossen, eine Petition an die Regierung mit der Bitte zu richten, den staatl. Unterhaltsbeitrag für die Angehörigen der Eingerückten zu erhöhen. Die Mittel der Privatwohltätigkeit, die von so vielen Seiten in Anspruch genommen werden, reichen fast nicht mehr hin, um jenen vom Kriege Betroffenen zu helfen, die keinen Anspruch auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag haben und so sind immer häufiger die Angehörigen der Einberufenen genötigt, die Hilfe der öffentlichen Armenpflege anzurufen. Die Regierung wird daher gebeten, den nahen Beginn des kommenden Jahres zum Anlaß zu nehmen, um die staatlichen Vergütungssätze für die Militär-Durchzugsverpflegung und damit das Ausmaß des staatlichen Unterhaltsbeitrages in einer den Zeitverhältnissen gerecht werdenden Höhe festzusetzen und für die möglichst beschleunigte Durchführung dieser Erhöhung zugunsten der Angehörigen Sorge zu tragen.

17./XII. 1915

[Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.] Aus Berlin wird uns berichtet: Die Erwartung, daß die von der deutschen Regierung erlassenen Lebensmittelverordnungen eine bessere Verteilung der genügend vorhandenen Lebensmitteln zur Folge haben würden, hat sich nur teilweise erfüllt, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil die in den Verordnungen aufgestellten Grundsätze nicht mit der nötigen Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden und weil an vielen Stellen der Glaube zu herrschen scheint, es sei nun genug damit getan, daß überhaupt eine Verordnung erschienen sei. So leidet, wie schon berichtet, in der letzten Zeit Berlin wieder unter Kartoffelknappheit. Diese hat allerdings auch ihre natürlichen Ursachen: Der starke Frost, der vor kurzem noch herrschte, beeinträchtigte die Zufuhr. Freilich besagt die Kartoffelverordnung, daß die Städte die Pflicht haben, für solche vorauszusehenden Fälle genügend Kartoffeln in Lagerräumen zu halten, aus denen sie ohne Gefahr dann auf den Markt geworfen werden können. Vielleicht haben nun die Städte nicht genügend lagernde Kartoffeln zur Verfügung, so daß sie glauben müssen, sie dürften nicht vorzeitig ihre Vorräte angreifen. Wenn das der Fall wäre, dann müßte bei dem gegenwärtigen milderen Wetter dafür gesorgt werden, daß diese Bestände so rasch wie möglich erhöht werden. Aber eine ganz andere Erscheinung trägt an der Kartoffelknappheit die Hauptschuld. Viele Kleinhändler erklären nämlich, daß die Kartoffelgroßhändler zwar über genügend Bestände verfügten, sich aber zu liefern weigerten mit der offenen Begründung, daß ihr Verdienst nicht hoch genug sei. Hier müßte rücksichtslos eingegriffen werden, denn die Verordnung enthält eine bedauerliche Lücke. Für die Produzenten ist nämlich in der Kartoffelverordnung die Enteignungsbefugnis ausgesprochen, für die Großhändler aber nicht. Allerdings bietet das Gesetz gegen die übermäßige Preissteuerung auf dem Lebensmittelmarkt die Handhabe zur Enteignung. Eine ähnliche Kalamität herrscht auf dem Schweinemarkt. Wie wir schon wiederholt berichteten, ist in den großen Städten Deutschlands in letzter Zeit Schweinefleisch kaum mehr zu haben. Zum Teil liegt es daran, daß die Schlächter nicht nur das Schweinefleisch, sondern auch das Rindfleisch in wachsendem Maße zur Wurst verarbeiten, weil ihnen dabei ein höherer Gewinn winkt. Diese Lücke in der ganzen Komplex der Verordnungen müßte verstopft werden, indem sofort für ganz Deutschland, wie es ja beabsichtigt ist, Höchstpreise für Wurst festgesetzt werden. Sehr bedenklich stimmt eine Mitteilung der Allgemeinen Fleischerzeitung. Diese besagt nämlich: „Die festgesetzten Höchstpreise für Schweine mögen in dem amtlichen Marktbericht zum Abdruck kommen. In Wirklichkeit wurden sie in den allermeisten Fällen weit überschritten." Das heißt also, daß hinten herum von den Kommissionären höhere Preise für Schweine gefordert und in der Notlage auch bezahlt wurden, als es gesetzliche Vorschrift ist.

Fremdenblatt

17./XII. 1915

Eine Approvisionierungsdebatte im ungarischen Abgeordnetenhause.

Das ungarische Abgeordnetenhaus hat gestern die Vorlage gegen Preistreibereien angenommen. Die Beratung darüber brachte eine Debatte über die Approvisionierungsfragen im allgemeinen, in welche auch Ackerbauminister Baron Ghillany, Handelsminister Baron Harkanyi und Justizminister Balogh eingriffen. Nachstehend der Bericht über den Verlauf der Sitzung.

Referent Niamessny betont, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Verfügungen im Interesse der nationalen Wirtschaft gelegen seien.

Hierauf ergreift Ackerbauminister Baron Ghillany das Wort, um auf die im Verlaufe der Indemnitätsdebatte gegen die Regierung erhobenen Beschuldigungen und Kritiken zu erwidern.

Zunächst weist der Minister nach, daß Requirierungen überall durch behördliche Verwaltungsorgane vorgenommen wurden; aus dem Kreise der Kaufmannschaft wurden den Verwaltungsorganen nur Aushilfskräfte zugewiesen, und zwar auf Anempfehlung der größten Firmen aus der Reihe jener Kaufleute, die in materieller und moralischer Beziehung vollständige Gewähr boten. Die Angriffe des Abgeordneten Rakovszky gegen die Banken, als ob sie bei der Verteilung des Saatkorns einen großen Nutzen erzielt hätten, sind unbegründet. Der Minister verweist auch auf die Tatsache, daß die von der Polizei vorgenommenen Nachforschungen nur das Vorhandensein von geringen Vorräten festgestellt haben und daß bei der Kreditbank überhaupt keine Fettwaren vorgefunden wurden.

Die spät erfolgte Aufhebung der Getreidezölle trage nicht die Schuld an den hohen Getreidepreisen, denn unmittelbar nachdem die Regierung die Getreidezölle aufgehoben hatte, wurde in Rumänien ein Getreide-Ausfuhrverbot erlassen und wurden sehr hohe, in Gold zahlbare Ausfuhrgebühren angeordnet. Unsere Ernte im Jahre 1914 war eine sehr schwache und verursachte eine große Enttäuschung. Wir haben damals hohe Maximalpreise festgesetzt, aber dennoch keine Ware bekommen. Die diesjährigen Ernteaussichten waren überaus günstig und die Landwirte glaubten fürchten zu müssen, daß sie ihre Ware nicht zu einem angemessenen Preise würden verkaufen können. Die Regierung ließ die ganze Ernte unter Sperre nehmen. Die Kriegs-Getreide-Gesellschaft wirkt den Intentionen entsprechend, die in den Konferenzen mit der Opposition in den Vordergrund traten. Der Minister des Innern habe schon unmittelbar nach dem Beginne des Krieges an die Munizipien einen Erlaß gerichtet, der ein energisches Auftreten gegen die unnatürlichen Preistreibereien vorsieht. Die Behörden vermochten dennoch in nur sehr wenigen Fällen einzuschreiten, weil seitens des Publikums keine konkreten Klagen erhoben wurden.

Der Minister spricht sodann über die Milchproduktion und sagt, daß die Festsetzung von Höchstpreisen für Milch das am allerwenigsten geeignete Mittel ist, um die Milchproduktion zu fördern. Der Minister sei bemüht, die vorhandenen Futtervorräte zu zentralisieren und dieselben den Milchwirtschaften zukommen zu lassen.

Der Minister weist hierauf auf Grund der Marktpreise nach, daß die Behauptungen, als ob die Lebensmittelpreise in Berlin billiger wären, mit Ausnahme der Fleischpreise absolut übertrieben sind. Es gab Zeiten, wo Schweinefleisch und Fett in Budapest billiger waren als in Berlin. Was die billigen Fleischpreise in Deutschland betrifft, so hat der große Futtermangel angesichts des großen Viehbestandes die Preise bedeutend herabgedrückt; die Folgen des Krieges haben natürlich gewisse Preiserhöhungen verursacht, aber mittelst Verordnungen läßt sich nicht alles erreichen, am allerwenigsten kann man Waren herbeischaffen. Der Redner verweist auf die Disziplinertheit des deutschen Publikums, während unserem Publikum das volkswirtschaftliche Leben gänzlich verschlossen war und es zu demselben erst herangezogen werden muß. Der gemeinsamen Kraft, dem gemeinsamen Willen und der gemeinsamen Arbeit werde es gelingen, alle Schwierigkeiten zu beseitigen. Redner empfiehlt die Vorlage zur Annahme. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Getreides in neutralen Staaten betraut wurde, so wird dadurch für eventuelle spätere Verfügungen durchaus kein Präjudiz geschaffen. Die Vereinheitlichung des Importes sei auch auf den Wunsch Deutschlands geschehen, das auf diese Vereinheitlichung schon im eigenen Interesse großes Gewicht gelegt habe.

Die Vorlage wird hierauf im allgemeinen angenommen, ebenso der erste Paragraph der Vorlage.

Abg. Csermak (Unabhängigkeitspartei) dankt dem Minister für die Aufklärungen und erklärt im Namen seiner Partei, daß sie die Vorlage im allgemeinen und in den Details annehme.

Abg. Julius Saghy (Unabhängigkeitspartei) wünscht Maßnahmen gegen die Verbreitung gesundheitsschädlicher Lebensmittel.

Abg. Stephan Rakovszky (Volkspartei) erwartet von der Vorlage keinen besonderen Erfolg; er behält sich vor, über die Wirksamkeit der Kriegseinkaufsgesellschaft Kritik zu üben, wenn die entsprechenden Berichte vorliegen werden.

Justizminister Balogh erklärt, daß bezüglich der Vergehen gegen die öffentliche Gesundheit bereits das Strafgesetzbuch verfügt, das in den nächsten Tagen der Oeffentlichkeit übergeben werden wird. (Beifall.)

Handelsminister Harkanyi erklärt auf eine Bemerkung des Abgeordneten Rakovszky, daß die Kriegseinkaufsgesellschaft durchaus kein Kind der Kreditbank sei; diese sei bloß ein Aktionär, der nach seinem angelegten Kapital eine Verzinsung von 5 Prozent erhalte. Die Kriegseinkaufsgesellschaft sei ein Organ der Regierung. Wenn die Kriegseinkaufsgesellschaft mit dem Ankauf des

Kölnische Zeitung 17./XII.1915.

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

♀ **Berlin**, 16. Dez. (Telegr.) Der Bundesrat hat folgende Verordnungen erlassen:

Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade.

§ 1. Gewerbliche Betriebe, in denen Süßigkeiten hergestellt werden, dürfen im Jahre 1916 nur noch die Hälfte der Zuckermenge zu Süßigkeiten verarbeiten, die sie in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 hierzu verarbeitet haben. Die nähern Bestimmungen erläßt der Reichskanzler.

§ 2. Milch und Sahne jeder Art sowie Fett dürfen zur gewerbsmäßigen Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade nicht verwandt werden.

§ 3. Als Schokolade im Sinne dieser Verordnung gelten alle Zubereitungen aus Kakaomasse und Zucker, auch unter Zusatz von Kakaofett, Kakaobutter, Gewürzstoffen, sowie Nußkernen, Mandeln u. dgl. Als Süßigkeiten im Sinne dieser Verordnung gelten Zuckerwaren jeder Art, insbesondere Bonbons, Dragees, Pralinees, Fondants, Marzipansachen, Christbaumzuckersachen, Osterzuckersachen. Als Fett im Sinne dieser Verordnung gelten Butter, Butterschmalz, Margarine, Kunstspeisefett sowie tierische und pflanzliche Öle und Fette aller Art, mit Ausnahme von Kakaofett und Kakaobutter.

§ 4. Die Beamten der Polizei und die von der zuständigen Behörde beauftragten Sachverständigen sind befugt, in die Räume der Betriebe, die von den Vorschriften der §§ 1 und 2 betroffen werden, jederzeit einzutreten, daselbst Besichtigungen vorzunehmen, Geschäftsaufzeichnungen einzusehen und nach ihrer Auswahl Proben zur Untersuchung gegen Empfangsbestätigung zu entnehmen. Die Unternehmer sowie die von ihnen bestellten Betriebsleiter und Aufsichtspersonen sind verpflichtet, den Beamten der Polizei und den Sachverständigen Auskunft über das Verfahren bei Herstellung der Erzeugnisse, über die zur Verarbeitung gelangenden Stoffe, insbesondere auch über deren Menge und Herkunft, zu erteilen.

§ 5. Die Sachverständigen sind, vorbehaltlich der dienstlichen Pflichterstattung und der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten, verpflichtet, über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, welche durch die Aufsicht zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Mitteilung und Verwertung der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu enthalten. Sie sind hierauf zu vereidigen.

§ 6. Die Unternehmer der von den Vorschriften der §§ 1 und 2 betroffenen Betriebe haben einen Abdruck dieser Verordnung in ihren Betriebsräumen auszuhängen.

§ 7. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 8. Mit Geldstrafe bis zu 1500 ℳ oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten wird bestraft: 1. wer den Vorschriften des § 1, Abs. 1, des § 2 oder des § 4, Abs. 2, zuwiderhandelt; 2. wer der Vorschrift des § 5 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet oder der Mitteilung oder Verwertung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen sich nicht enthält; 3. wer den im § 6 vorgeschriebenen Aushang unterläßt; 4. wer den auf Grund des § 1, Abs. 2, oder des § 7, Abs. 1 erlassenen Bestimmungen zuwider handelt. In dem Falle der Nr. 2 tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein.

§ 9. Die zuständige Behörde kann Betriebe schließen, deren Unternehmer oder Leiter sich in Befolgung der Pflichten unzuverlässig zeigen, die ihnen durch diese Verordnung oder die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen auferlegt sind. Gegen die Verfügung ist Beschwerde zulässig. Über die Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Die Beschwerde bewirkt keinen Aufschub.

§ 10. Die Verordnung tritt mit dem 18. Dezember 1915 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Die Bereitung von Kuchen.

§ 1. In gewerblichen Betrieben, insbesondere in Bäckereien, Konditoreien, Keks-, Zwieback- und Kuchenfabriken aller Art, in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Stadtküchen und Erfrischungsräumen, sowie in Vereinsräumen dürfen zur Bereitung 1. von Kuchenteig keine Eier oder Eierkonserven und auf 500 Gramm Mehl oder mehlartige Stoffe nicht mehr als 100 Gramm Fett und 100 Gramm Zucker, 2. von Tortenmasse auf 500 Gramm Mehl oder mehlartige Stoffe nicht mehr als 150 Gramm Eier oder Eierkonserven, 150 Gramm Fett und 150 Gramm Zucker, 3. von Rohmasse für Makronen auf 500 Gramm Mandeln nicht mehr als 150 Gramm Zucker und von Makronen auf 500 Gramm Rohmasse nicht mehr als 500 Gramm Zucker verwandt werden. Die Verwendung von Backpulver als Triebmittel ist gestattet. Die Verwendung von Hefe ist verboten.

In den im Abs. 1 genannten Betrieben und Räumen dürfen nicht bereitet werden: Backwaren in siedendem Fett, Backwaren unter Verwendung von Mohn, Baumkuchen, Kreme unter Verwendung von Eiweiß, Fett, Milch oder Sahne jeder Art, Fettstreußel, Teige und Massen, die außerhalb der genannten Betriebe und Räume hergestellt sind, dürfen in diesen Betrieben und Räumen nicht ausgebacken werden.

§ 2. Im Sinne dieser Verordnung gelten alle Backwaren, zu deren Bereitung mehr als zehn Gewichtsteile Zucker auf 90 Gewichtsteile Mehl oder mehlartige Stoffe verwandt werden als Kuchen oder Torten. Als Fett im Sinne dieser Verordnung gelten Butter und Butterschmalz, Margarine, Kunstspeisefett sowie tierische und pflanzliche Fette und Öle aller Art.

§ 3. Die Beamten der Polizei und die von der Polizei beauftragten Sachverständigen sind befugt, in die Geschäftsräume der dieser Verordnung unterliegenden Personen jederzeit einzutreten, daselbst Besichtigungen vorzunehmen, Geschäftsaufzeichnungen einzusehen und nach ihrer Auswahl Proben zur Untersuchung gegen Empfangsbestätigung zu entnehmen. Die Unternehmer und die von ihnen bestellten Betriebsleiter und Aufsichtspersonen sind verpflichtet, den Beamten der Polizei und den Sachverständigen Auskunft über das Verfahren bei Herstellung der Erzeugnisse und über die zur Verarbeitung gelangenden Stoffe, insbesondere auch über deren Menge und Herkunft, zu erteilen.

§ 4. Die Sachverständigen sind, vorbehaltlich der dienstlichen Berichterstattung und der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten, verpflichtet, über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, welche durch die Aufsicht zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Mitteilung und Verwertung der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu enthalten. Sie sind hierauf zu vereidigen.

§ 5. Die Unternehmen haben einen Abdruck dieser Verordnung in ihren Verkaufs- und Betriebsräumen auszuhängen.

§ 6. Die Vorschriften dieser Verordnung finden auch auf Verbrauchervereinigungen Anwendung.

§ 7. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Sie können weitergehende Anordnungen zur Beschränkung der Fett-, Eier- und Zuckerverwendung treffen. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 8. Mit Geldstrafe bis zu 1500 ℳ oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten wird bestraft: 1. wer den Vorschriften des § 1 oder des § 3, Abs. 2, zuwider handelt; 2. wer der Vorschrift des § 4 zuwider handelt, Verschwiegenheit nicht beobachtet oder der Mitteilung oder Verwertung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen sich nicht enthält; 3. wer den im § 5 vorgeschriebenen Aushang unterläßt; 4. wer den auf Grund des § 7, Abs. 1, erlassenen Bestimmungen zuwider handelt. In dem Falle der Nr. 2 tritt die Verfolgung nur auf Antrag des Unternehmers ein.

§ 9. Die zuständige Behörde kann Betriebe schließen, deren Unternehmer oder Leiter sich in Befolgung der Pflichten unzuverlässig zeigen, die ihnen durch diese Verordnung oder die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen auferlegt sind. Gegen die Verfügung ist Beschwerde zulässig. Über die Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Die Beschwerde bewirkt keinen Aufschub.

§ 10. Die Vorschriften dieser Verordnung finden keine Anwendung auf Keks-, Zwieback-, Honig-, Pfeffer- und Lebkuchenfabriken, soweit sie zu Keks, Zwieback, Honig-, Pfeffer- oder Lebkuchen Getreide oder Mehl verarbeiten, das ihnen von der Reichsgetreidestelle, von den Heeresverwaltungen oder der Marineverwaltung geliefert ist. Sie gelten ferner nicht für Zwieback, der für Rechnung der Heeresverwaltungen, der Marineverwaltung oder der Vereinslazarette der freiwilligen Krankenpflege hergestellt wird.

§ 11. Die Vorschriften der Verordnung über die Bereitung von Backware in der Fassung vom 31. März 1915 sowie die Vorschriften in §§ 47 bis 49 der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28. Juni 1915 bleiben unberührt.

§ 12. Diese Verordnung tritt mit dem 18. Dezember 1915 in Kraft.

Bekanntmachung über Zeitungsanzeigen.

§ 1. Anzeigen, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungs- und Futtermittel aller Art, sowie rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, Düngemittel oder Gegenstände des Kriegsbedarfs angeboten werden, oder in denen zur Abgabe von Angeboten über solche Gegenstände aufgefordert wird, dürfen in periodischen Druckschriften nur mit Angabe des Namens oder der Firma sowie der Wohnung oder der Geschäftsstelle des Anzeigenden zum Abdruck gebracht werden. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können Ausnahmen zulassen.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 1000 ℳ oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem 18. Dezember 1915 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Frankfurter Zeitung
18./XII.1915

Die Frage der Lebensmittelversorgung in der sächsischen Kammer.

O **Dresden**, 17. Dezbr. (Priv.-Tel., zens. Frkft.) Ein Vorspiel zu dem am Montag im Reichstag auf der Tagesordnung stehenden Bericht des Ausschusses für Ernährungsfragen gab es heute in der zweiten sächsischen Kammer. Die kürzlich von den verschiedenen Fraktionen gestellten Anträge zur Lebensmittelfürsorge sind nach ihrer Umarbeitung im Ausschuß einstimmig in zweiter Lesung heute angenommen worden. Die heute gefaßten Beschlüsse sollten sofort dem Reichstag und Bundesrat zugehen, um am Montag möglichst noch Berücksichtigung zu finden. Sie gipfeln namentlich darin, daß, wie es die Fortschrittliche Volkspartei beantragt, die Mahllöhne, Getreidepreise und alle Unkosten der Broterzeugung nachgeprüft werden, um das Brot zu verbilligen, namentlich sollen sämtliche Höchstpreise auf ihre Berechtigung untersucht und jede unverhältnismäßige Preissteigerung durch geeignete Maßnahmen verhindert, besonders auch Stallpreise für Schweine eingeführt und deren Höchstpreise nachgeprüft werden. Die sächsische Regierung wird unter anderem ersucht, im eigenen Lande zu bewirken, daß die Kommunalverbände zum Austausch von Erfahrungen und Ergreifung einheitlicher Maßnahmen miteinander in Verbindung treten, daß Milchpreis und Milchverbrauch überall geregelt, durch städtische Mittel die Schweinemast gefördert, dem Kriegswucher nachdrücklich entgegengetreten wird. Mit den bisher getroffenen Maßnahmen gingen sowohl die Sozialdemokraten wie die Fortschrittler und Nationalliberalen heute scharf ins Gericht. Man beklagte besonders die Unzulänglichkeit und Langsamkeit mancher Beschlüsse sowohl der Reichsregierung und auch Sachsens. Ein Nationalliberaler betonte, daß die Maßnahmen der Reichsregierung völlig undurchführbar seien, ihre Tätigkeit mute an wie die Echternacher Springprozession. Er griff die Regierung scharf wegen ungerechter Behandlung der einzelnen Stände bei den Maßnahmen an, die nach seiner Ueberzeugung zu Lasten von Handel und Industrie die Landwirtschaft begünstigten. Alles sei bei diesen Maßnahmen augenscheinlich ausgeschlossen, was ein Risiko für die Landwirtschaft bedeute. Vom Regierungstisch wurde diesen Angriffen gegenüber versichert, daß sich die Regierung einer Bevorzugung der Landwirtschaft keineswegs schuldig mache. Immerhin hat sie aus der heutigen Landtagsverhandlung entnehmen können, daß man ihren guten Willen und auch den der Reichsregierung zwar im allgemeinen nicht bezweifelt, daß aber auch die bürgerlichen Parteien ein zweckmäßigeres, schnelleres und energischeres Einschreiten für unerläßlich ansehen. Schließlich wurden noch, wie gestern schon von der Stadt Dresden, Mk. 60 000 für notleidende Künstler bewilligt.

Fremdenblatt
18./XII. 1915

Die Approvisionierung Wiens.

Eine Audienz der Kriegskommission beim neuen Minister des Innern.

Eine Abordnung der Kriegskommission für Konsumenteninteressen, bestehend aus ihrem Vorsitzenden Regierungsrat Fritz, den Damen Freund-Markus, Frau Granitsch, Gräfin Walterskirchen sowie den Herren Eldersch, Kaff und Landesgerichtsrat Dr. Putzker erschien am 16. d. beim Minister des Innern Prinzen Hohenlohe, um verschiedene, in der letzten Zeit besonders dringlich gewordene Fragen der Volksernährung zur Sprache zu bringen. Der Besprechung wohnte auch Herr Sektionschef v. Simonelli bei.

Vor allem wurde auf neuerdings zutage getretene Schwierigkeiten in der Brot- und Mehlversorgung für einige Kronländer und Konsumzentren hingewiesen. Hiebei gelangte auch die Kundgebung der „Agrarischen Zentralstelle" gegen die Maßnahmen der Regierung in Sachen der Volksernährung zur Sprache; es wurde die Notwendigkeit betont, den Konsumenten zur Vertretung ihrer Interessen und Bedürfnisse einen größeren Spielraum zuzugestehen, als dies bisher der Fall war. Um die Interessen der Konsumenten wahrzunehmen und gegen die einseitige Vertretung der Produktion und des Handels ein Gegengewicht, wenigstens in der Presse zu bilden, wurde angeregt, daß der Zensurbehörde ein Beirat beigegeben werde, der in ernährungspolitischen Fragen die Verbindung mit der Presse herzustellen hätte. Dieser Beirat soll aus volkswirtschaftlichen Schriftstellern und Schriftleitern der wirtschaftlichen Fachpresse bestehen. Auch das Verhältnis mit Ungarn und die Tätigkeit der Zentraleinkaufsgenossenschaft in Berlin sowie die vom Ministerium gebildete Zentralstelle in Wien gab der Abordnung Anlaß, verschiedene Wünsche vorzubringen.

Minister Prinz Hohenlohe nahm die in diesen Fragen geäußerten Wünsche mit größtem Wohlwollen nicht bloß zur Kenntnis, sondern beteiligte sich selbst lebhaft an der Auseinandersetzung über die Möglichkeiten einer Verbesserung der Lebensmittelversorgung und sagte seine energischste Beihilfe zu.

Im Anschluß daran fand noch eine längere Aussprache der Abordnung mit dem Herrn Sektionschef v. Simonelli statt, wobei die Fragen der Versorgung mit Milch, Reis, Kartoffeln und Fett sowie gewisse Erscheinungen bei der Verteilung und Preisbildung dieser Lebensmittel Gegenstand einer längeren Erörterung waren. Auch bei dieser Besprechung wurde die Zweckmäßigkeit betont, daß zwischen einzelnen Regierungsstellen und Einrichtungen, die mit der Lebensmittelbeschaffung befaßt sind, und den Konsumentenorganisationen im beiderseitigen Interesse eine Verbindung hergestellt werde. Ueber die Art dieser Verbindung wird in der nächsten Zeit eine Mitteilung erfolgen. Zum Schlusse brachte Herr Landesgerichtsrat Dr. Putzker unter Hinweis auf die Lage der Festangestellten noch einige besondere Angelegenheiten, so die nach dem Kriege zu befürchtende Steigerung der Mietzinse, vor.

Hamburger Fremdenblatt

18/XII. 1915.

Ernährungsfragen in der Schweiz.

wb. Bern, 17. Dezember. (Drahtbericht.) Im Nationalrat stellte Billeter, Zürich (freisinnig), namens der Gruppe freisinniger Nationalräte die Anfrage, welche Maßnahmen der Bundesrat getroffen habe, um die Versorgung des Landes mit Milch und Milchprodukten zu angemessenen Preisen zu sichern und nach welchen Grundsätzen die Regierung Ausfuhrbewilligungen für Milchprodukte und Vieh erteile. Der Fragesteller drückte seine Ueberzeugung aus, daß der Bundesrat zweifellos bemüht sei, die Versorgung des Landes mit den wichtigsten Lebensmitteln zu sichern, und daß er nach Möglichkeit die Preisgestaltung zugunsten der Verbraucher beeinflußte. Trotzdem kämen aus weiten Kreisen der Verbraucher Klagen über die Verteuerung der Lebensmittel, die nicht überhört werden könnten. Der Bundesrat müsse aber die Gelegenheit erhalten, sich über den Stand der ganzen Angelegenheit zu äußern, wobei es der Regierung jedenfalls gelingen werde, eine Beruhigung zu schaffen durch den Nachweis, daß der Stand der Dinge nicht schlimmer sei, als es nach der Zeitlage überhaupt möglich ist.

Die sozialdemokratischen Sprecher Grimm und Naine kritisierten die Ausfuhrpolitik des Bundesrats und verlangten eine weitere Einschränkung der Ausfuhr, wobei sie der Landwirtschaft künstliche Preissteigerungen vorwarfen. Von den bürgerlichen Vertretern wurde allseitig das Einverständnis mit den Maßnahmen des Bundesrates erklärt, ebenso von den Vertretern der Städte und der Bauernschaft.

Schultheß, Chef des Volkswirtschaftsdepartements, beantwortete die Anfrage in längeren Ausführungen und stellte fest, daß die Regierung durch ihre Maßnahmen die Milchversorgung des Landes tatsächlich zu Preisen sichergestellt habe, die nicht einmal die Milchpreise von 1912 erreichten, trotz des Rückganges der Milcherzeugung infolge mangelnder Zufuhr an Futtermitteln. Bei der Ausfuhr seien die nötigen Beschränkungen durchgeführt, indessen sei eine gewisse Ausfuhr sowohl für die Aufrechterhaltung des schweizerischen Geldkurses als auch für die Wirkung der Einfuhr anderer Waren aus dem Auslande von höchster Bedeutung. Alle Maßnahmen wurden im Einverständnis mit Vertretern der Erzeuger und Verbraucher, worunter auch Sozialdemokraten, getroffen. Die nicht von agitatorischen Zwecken beeinflußte Beurteilung der ganzen Sachlage müsse zur Billigung des Verhaltens des Bundesrates führen. Es sei zu bedauern, daß einzelne Kreise die infolge der kontinentalen Lage der Schweiz und der eingetretenen Zufuhrschwierigkeiten gesteigerten Lebensmittelpreise zu politischer Agitation mißbrauchen, während in den gegenwärtigen Zeiten auch in einem neutralen Staate vollständige moralische Einigkeit not tue und vaterländische Pflicht sei. (Starker Beifall bei allen bürgerlichen Parteien.) Der Fragesteller erklärte sich von den Erklärungen des Bundesrates vollständigt befriedigt.

Hamburger Fremdenblatt 18/XII. 1915.

Sächsische Lebensmittelfürsorge.

C. Dresden, 17. Dezember. (Drahtbericht unseres Vertreters.) Die Zweite Kammer des Landtags nahm heute eine Anzahl Anträge über die Lebensmittelfürsorge in zweiter Lesung an, die sofort dem Reichstag und dem Bundesrat übermittelt werden sollen, damit sie in der Reichstagsverhandlung über die gleiche Frage am Montag noch berücksichtigt werden können. Die heutigen Beschlüsse gipfeln darin, daß, wie es die Fortschrittliche Volkspartei beantragte, die Mahl-Löhne, Getreidepreise und alle Unkosten der Broterzeugung nachgeprüft werden, um das Brot zu verbilligen. Ueberhaupt sollen sämtliche Höchstpreise auf ihre Berechtigung untersucht und jede unverhältnismäßige Preissteigerung durch geeignete Maßnahmen verhindert, besonders auch Stallpreise für Schweine eingeführt und deren Höchstpreise nachgeprüft werden. Die sächsische Regierung wird unter anderem ersucht, im eigenen Lande zu bewirken, daß die Kommunalverbände zum Austausch von Erfahrungen und Ergreifung einheitlicher Maßnahmen miteinander in Verbindung treten, daß Milchpreis und Milchverbrauch überall geregelt, durch Staatsmittel die Schweinemast gefördert, der Kriegswucher nachdrücklicher verfolgt wird.

Schließlich bewilligte die Kammer noch, wie gestern schon die Stadt Dresden, 60000 Mark für notleidende Künstler.

Hamburger Fremdenblatt 18/XII. 1915.

Zu den neuen Höchstpreisverordnungen.

Die Festsetzung von Höchstpreisen für Gemüse ist eine bedeutungsvolle Maßnahme der Regierung. Die festgesetzten Preise die für Weißkohl 5 Pf., für Rotkohl 7 Pf., für Wirsingkohl und Grünkohl 6 Pf., für Kohlrüben 5 Pf., für Mohrrüben 8 Pf., für Zwiebeln 15 Pf., für Sauerkraut 16 Pf. für das Pfund bester Ware betragen, stellen lediglich Richtpreise dar, die den Gemeinden bei der bevorstehenden Festsetzung der Kleinhandelspreise als Höchstgrenze dienen sollen, aber nicht unbedingt erreicht zu werden brauchen. Durch diese Preisfestsetzung wird allen Volkskreisen die Möglichkeit erleichtert, sich mehr und mehr an die Gemüsekost zu gewöhnen und den Fleischgenuß einzuschränken, wie dies zur Streckung unserer Fleischvorräte erforderlich ist.

Dieser Preisherabsetzung für Gemüse steht die durch die gegenwärtige Butterknappheit verursachte Maßnahme des Bundesrats gegenüber, wonach ausländische Butter, die von der Zentral-Einkaufsgesellschaft in Berlin zu einem höheren Preise als dem Höchstpreis bezogen wird, über den Höchstpreis weiterverkauft werden darf. Die Verordnung hat sich deshalb als notwendig erwiesen, weil die neutralen Staaten an uns Butter nur zu einem höheren als dem für Deutschland festgesetzten Höchstpreis verkaufen wollen. Die Bundesratsverordnung stellt Ausführungsverordnungen der Landeszentralbehörden über den Vertrieb und die Preisstellung der ausländischen Butter in Aussicht. Damit ein Verkauf der im Inland erzeugten Butter als ausländische Butter zu höheren Preisen verhindert wird, wird eine scharfe Trennung der Verkaufsstellen für inländische und ausländische Butter erforderlich sein, um gewissenlosen Händlern von vorneherein entgegenzutreten. Mißbräuche solcher Händler sieht auch die Bundesratsverordnung voraus und droht mit Geschäftsschluß von Betrieben, „deren Unternehmer oder Leiter sich in Befolgung der Pflichten unzuverlässig zeigen, die ihnen auferlegt sind". Wie im einzelnen die Abgrenzung und Trennung von aus- und inländischer Butter zu erfolgen hat, ob und inwieweit die billigere inländische Butter den bedürftigen Volkskreisen vorbehalten werden kann, wird den Ausführungsbestimmungen der Zentralbehörden überlassen werden müssen. So bedauerlich es an sich ist, daß an den für Butter festgesetzten Höchstpreisen, soweit wenigstens ausländische Butter in Frage kommt, nicht festgehalten werden kann, so ist doch der durch die Bundesratsverordnung eingeschlagene Weg geeignet, der in der letzten Zeit eingetretenen Butterknappheit entgegenzuwirken.

Keine Mehl- und Fleischsendungen aus Ungarn.

K. **Budapest**, 18. Dezember. Das Amtsblatt veröffentlicht eine Verordnung des Handelsministers, wonach Weizenmehl, Roggenmehl, Gerstenmehl, Maismehl, Reismehl sowie Speck, Schmer, Schmalz und Schweinefleisch außerhalb des Gebietes der ungarischen heiligen Krone in Postpaketen nicht befördert werden dürfen. Diese Verordnung tritt am 20. Dezember in Kraft.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl.
18./XII. 1915

Transportverbot für Getreide, Fettprodukte und Schweinefleisch in Ungarn.

Budapest, 18. Dezember. (Privattelegramm.) Das Amtsblatt veröffentlicht heute eine Verordnung des Handelsminister, mit welcher der Transport von Weizen, Roggen, Gerste, Mais und Maismehl wie auch alle Arten von Speck, Schmerfett und Schweinefleisch nach Gebieten außerhalb Ungarns bis auf weiteres verboten wird.

Im Interesse der Wirksamkeit dieser Verordnung ist die ungarische Post berechtigt, alle Kolli, hinsichtlich deren Inhalt Zweifel auftauchen, in Anwesenheit des Aufgebers oder Adressaten, eventuell deren Bevollmächtigten, kommissionell wann immer zu öffnen.

Die gegen diese Verordnung Zuwiderhandelnden begehen eine Uebertretung, die mit 15 Tagen Haft und bis 200 K. Geldstrafe geahndet wird.

Die Zeit
18./XII. 1915

Die Teuerung in der Schweiz.

Debatte im Nationalrat.

KB Bern, 17. Dezember.

Im Nationalrat stellte Billeter, Zürich, (freisinnig) namens der Gruppe der freisinnigen Nationalräte die Anfrage, welche Maßnahmen der Bundesrat getroffen habe, um die Versorgung des Landes mit Milch und Milchprodukten zu entsprechenden Preisen zu sichern und nach welchen Grundsätzen die Regierung die Ausfuhrbedingungen für Milchprodukte und Vieh erteilte. Aus weiteren Kreisen der Verbraucher kamen Klagen über den Stand der Verteuerung der Lebensmittel, die nicht überhört werden können.

Die sozialdemokratischen Sprecher Grimm und Naine kritisierten die auswärtige Politik des Bundesrates und verlangten eine weitere Einschränkung der Ausfuhr, wobei sie der Landwirtschaft die Schuld an der Preissteigerung vorwarfen.

Bundesrat Schultheß, Chef des Volkswirtschaftsdepartements, beantwortete die Anfrage und stellte fest, daß die Regierung durch ihre Maßnahmen die Milchversorgung des Landes tatsächlich zu Preisen sichergestellt habe, die nicht einmal die Milchpreise des Jahre 1912 erreichen, trotz des Rückganges der Milcherzeugung infolge der mangelnden Zufuhr von Futtermitteln. Bei der Ausfuhr seien die nötigen Beschränkungen durchgeführt worden. Indessen sei eine gewisse Ausfuhr sowohl für die Aufrechterhaltung des schweizerischen Geldkurses als auch für die Wirkung der Einfuhr anderer Waren aus dem Auslande von höchster Bedeutung.

Es sei zu bedauern, daß einzelne Kreise die infolge der kontinentalen Lage der Schweiz und der damit zusammenhängenden Zufuhrschwierigkeiten gesteigerten Lebensmittelpreise zur politischen Agitation mißbrauchen, während in den gegenwärtigen Zeiten auch in einem neutralen Staate vollständige moralische Einigkeit notwendig und vaterländische Pflicht sei. (Starker Beifall bei allen bürgerlichen Parteien.)

Der Fragesteller erklärt sich von den Erklärungen des Bundesrates vollständig befriedigt.

Tägliche Rundschau

18.XI.1915

18
147

Ueber die neuen Lebensmittelverordnungen

des Bundesrates vom 11. November schreibt das Organ der Regierung, die „Nordd. Allg. Ztg.“:

Die Bundesratsbeschlüsse vom 11. November glauben wir als richtigen Weg bezeichnen zu dürfen. Zunächst aus dem Grunde, weil der Bundesrat den Reichskanzler ermächtigte, Bestimmungen und Verfügungen in betreff der einzelnen neuen Maßnahmen zu erlassen. Gegenüber dem naturgemäß etwas schwerfälligen Apparat der Beschlußfassung durch den Bundesrat gibt die Ermächtigung des Reichskanzlers Gewähr für schnelle Entscheidungen und Maßnahmen, und auf Schnelligkeit der Entscheidung kommt es nach Lage der Dinge sehr wesentlich an.

Der Inhalt der neuen Bestimmungen betrifft Verkehrs- und Preisregulierung und die Regelung der Rechtsfrage, wie sich Höchstpreise zu laufenden Verträgen stellen.

1) Verkehrs- und Preisregelungen für Kaffee, Tee und Kakao: Der Reichskanzler wird ermächtigt, die im Inlande befindlichen Bestände festzustellen, den Verkehr in diesen Produkten zu regeln und Höchstpreise zu erlassen, eventuell auch andere Kolonialwaren in die Regelung einzubeziehen und Strafbestimmungen anzuordnen. Damit ist der freie Verkehr auch in diesen Produkten unter Kontrolle genommen, beziehungsweise die Möglichkeit gegeben, sofort einzugreifen, wo sich unhaltbare Zustände zeigen. Diese Möglichkeit allein schon ist ein Dämpfer für spekulative Ausschreitungen.

2) Preisregelungen für Buchweizen und Hirse: Nach Anhörung von Sachverständigen kann der Reichskanzler Höchstpreise für Produzenten und Weiterverarbeiter festsetzen; freilich bleibt es — und bei der Verschiedenartigkeit der Wirtschaftsverhältnisse im Reich durchaus mit Recht! — den Landeszentralbehörden vorbehalten, die Höchstpreise herabzusetzen. Es ist sehr zu begrüßen, daß Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern verpflichtet, solche mit weniger als 10 000 und Kommunalverbände berechtigt sind — auch sie können durch die Landeszentralbehörde verpflichtet werden —, Kleinhandelshöchstpreise für Buchweizen und Hirse bzw. deren Fertigprodukte zu erlassen. Die Gemeinden können sich untereinander oder mit Kommunalverbänden zur Festsetzung solcher Höchstpreise für den Kleinhandel verbinden. Bemerkenswert ist die Bestimmung, daß Buchweizen und Hirse nicht zur Branntweinerzeugung verwandt werden dürfen.

3) Die skizzierten Bestimmungen, betreffend Buchweizen und Hirse, gelten ebenso für Gemüse, Zwiebeln, Obst, Sauerkraut: auch hier können Höchstpreise festgesetzt werden, desgleichen können die Landeszentralbehörden die festgesetzten Höchstpreise ermäßigen, wenn die Wirtschaftsverhältnisse in bestimmten Bezirken es gestatten.

4) Regelung des Milchverbrauchs. Gemäß der Bundesratsverordnung vom 4. November erläßt der Reichskanzler Sonderbestimmungen für die Milchversorgung von Kindern, stillenden Frauen und Kranken. Diese Regelung ist im Interesse gerade der gesunden und kräftigen Entwicklung des Nachwuchses, besonders auch in minderbemittelten Klassen, sehr zu begrüßen.

5) Eine für weite Hersteller- und Verbraucherkreise sehr wichtige Verordnung ist das Gesetz, betreffend die Einwirkung von Höchstpreisen auf laufende Verträge. Hier war die Frage: Welchen Einfluß hat der Höchstpreis auf schon vereinbarte Preise? generell zu entscheiden, sollte anders nicht eine große Rechtsunsicherheit mit schlimmen Folgen für den Geschäftsverkehr und auch für die Versorgung sich ergeben. Das Gesetz betrifft Verträge über Butter, Kartoffeln, Fische, Wild, Milch, Buchweizen, Hirse und deren Verarbeitungen, Obstmus und sonstige Fettersatzstoffe zum Brotaufstrich, Obst, Gemüse, Sauerkraut, Zwiebeln, soweit der Preis dieser Produkte durch Vertrag höher festgesetzt war als die Höchstpreise auf Grund der Verordnungen des Bundesrates. Das Gesetz stellt fest, daß für alle diese Lieferungsverträge mit dem Inkrafttreten der Höchstpreise diese Höchstpreise als verbindlich gelten, soweit Lieferung bis zur Veröffentlichung des Gesetzes nicht erfolgt ist. Höchstpreise dagegen, die schon vor der Bundesratsverordnung vom 11. November festgesetzt wurden, treten an Stelle der Vertragspreise nur für jene Lieferungen, die bei Inkrafttreten der Bundesratsverordnung noch nicht erfolgt sind. Preise, die vor Inkrafttreten der Verordnung bezahlt wurden und den Höchstpreis überschritten, können nicht zurückgefordert werden.

Eine wesentliche Erleichterung des Handelsverkehrs ist die Bestimmung, daß alle Streitigkeiten, die sich aus der Festsetzung von Höchstpreisen für laufende Lieferungsverträge ergeben, vor Schiedsgerichten zu erledigen sind. Damit ist für die Schnelligkeit und die Billigkeit des Verfahrens in bester Weise gesorgt. Beide Parteien können das Schiedsgericht anrufen über die Vertragsbedingungen. Beispiele: Ein Milchabnehmer (Käufer) hat vor der neuen Verordnung einen Lieferungsvertrag auf Milch abgeschlossen zu einem vereinbarten Preise, ohne daß Höchstpreise existierten. Er kann jetzt das Schiedsgericht anrufen, wenn er der Meinung ist, daß bei den veränderten Wirtschaftsverhältnissen ihm die Erfüllung der Vertragsbedingungen nicht zugemutet werden kann, mit anderen Worten, wenn er zu höheren Preisen kontrahiert hat, als die neu festgesetzten Höchstpreise betragen. Er kann das Schiedsgericht dagegen nicht anrufen für alle Leistungen, die vor Inkrafttreten der Verordnung getätigt wurden.

Auch der Verkäufer hat das Recht, das Schiedsgericht anzurufen, freilich nur bei Verträgen, die auf Lieferungen von Milch und Butter gehen, und zwar auch dann, wenn ein Höchstpreis für den Vertrag besteht. Gerade für eine Reihe von Händlern in und um Berlin hat diese Bestimmung praktische Bedeutung. Viele von diesen Leuten hatten zu sehr mäßigen Preisen abgeschlossen und waren lieferungspflichtig auf Grund von Verträgen, die unter ganz anderen Wirtschaftsverhältnissen eingegangen waren. Diese Händler können jetzt das Schiedsgericht anrufen und entscheiden lassen, zu welchen neuen Bedingungen sie weiter liefern können. Praktisch bedeutet das: der Lieferant, der Milch und Butter eventuell trotz geltender Höchstpreise billiger abgeschlossen hatte, kann nach Inkrafttreten der neuen Bundesratsverordnung das Schiedsgericht anrufen und bis zur Grenze der Höchstpreise bessere Bedingungen erwirken. Damit hört der Anreiz für diese Verkäufer auf, wegen der kontrahierten ungünstigen Vertragsbedingungen ihre Milch zu verfüttern oder auf andere Weise dem Konsum vorzuenthalten; der Anreiz, sie dem Konsum zuzuführen, ist verstärkt. Auch, falls der Landwirt oder Verkäufer vom Recht auf Erwirkung des Höchstpreises keinen Gebrauch machte, würde dieser Verzicht ja doch nicht dem Konsumenten, sondern höchstens dem Zwischenhändler zugute kommen.

Ein kurzes Wort über die Schiedsgerichte. Sie werden von den Landeszentralbehörden eingesetzt, ihr Vorsitzender muß ein ständig angestellter Richter sein; er hat zwei Beisitzer. Das Verfahren ist gebührenfrei. Das Gericht entscheidet nach freiem Ermessen, und seine Entscheidung ist für die ordentlichen Gerichte bindend. Nur bezüglich der Aenderung der Lieferungsfristen ist Zustimmung beider Parteien notwendig.

Frankfurter Zeitung
19/XII. 1915

Die Kochkiste.

Unter dem Namen „Kochkiste" bildete sich bald nach Kriegsbeginn eine Unterabteilung der Lebensmittelkommission des Nationalen Frauendienstes mit dem ausgesprochenen Zweck, allen Frauen, besonders aber den im wirtschaftlichen Leben stehenden, ein Mittel zur Vereinfachung ihrer häuslichen Arbeit zu weisen und sie in dessen Anwendung zu unterrichten. Schon vor dem Kriege war der Gebrauch dr Kochkiste vielfach üblich, gegen ihre allgemeine Einführung jedoch sträubte sich der konservative Sinn der meisten Hausfrauen, und erst dieser Zeit, die an alle Kräfte erhöhte Anforderungen stellt, blieb es vorbehalten, ihr größeres Interesse zuzuwenden. Vor allem galt es, das Vorurteil zu beseitigen, daß in der Kochkiste hergestellte Speisen an Wohlgeschmack verlieren. Das ist nämlich durchaus nicht der Fall, wenn die Kiste stets gut gelüftet wird und man die Bezüge der Holzwollkissen regelmäßig wäscht, sodaß kein Geruch haften bleibt. Auch daß sie manche Nahrungsmittel weniger gut ausnütze, ist ein Irrtum, der dadurch entstanden ist, daß Körnerfrüchte oder Hülsenfrüchte zwar sehr aufquellen, aber nicht zu einem Brei zerkochen, folglich den meisten Suppen noch eine Mehlschwitze zugesetzt werden muß, um sie zu binden. Aber gerade das Aufquellen der Hülsenfrüchte, das sonst nur durch Einweichen und stundenlanges Kochen zu erreichen ist, erhöht ihren Wohlgeschmack und ihre Verdaulichkeit und ermöglicht somit eine gesteigerte Ausnutzung der Nahrungsmittel durch den menschlichen Organismus. Bei Gemüsen, manchen Fleischspeisen, wie Schmorbraten, Suppenfleisch, Ragouts usw. ist das gleiche der Fall. Wenn man sie durch Ankochen oder Braten genügend erhitzt, bedarf es nur der stetigen Wärme, um sie vollends gar zu machen und ihre Nährstoffe aufzuschließen. Besonders auch eignet sich die Kiste zum Warmhalten fertiger Mahlzeiten, da selbst stundenlanges Aufbewahren des Gerichts in der wärmenden Umhüllung seiner Schmackhaftigkeit und Bekömmlichkeit keinen Abbruch tut. Dies ermöglicht es auch der, während eines Teiles des Tages auswärts beschäftigten Hausfrau ihre Mahlzeiten fertigzustellen, ohne durch ihre Abwesenheit die Kinder, die sonst das Essen selber wärmen müßten, den Gefahren des Herdfeuers auszusetzen.

Wie wir aus einem Gutachten von Professor von Noorden über die Vorzüge der Herstellung von Speisen in der Kochkiste ersehen, ist diese besonders auch zum Kochen von Gemüsen von großem Wert, da erfahrungsgemäß bei dem sonst geübten Abkochen der Gemüse der größere Teil ihrer Nährsalze und somit ihr eigentlicher Wert für die menschliche Ernährung verloren geht. Bei der Zubereitung in der Kochkiste wird das Gemüse besonders weich und ist nach den Ausführungen v. Noordens in dieser Form sowohl für den Magen gut bekömmlich, als auch für den Darm, wegen des langen und vollständigen Aufschließens der Faserstoffe und des pflanzlichen Zellgewebes besser ausnutzbar als nach kurzem Kochen.

Die Abteilung „Kochkiste" des Nationalen Frauendienstes, deren Geschäftsräume sich Fahrgasse 52 befinden, hat mit der Einführung der Kochkiste in allen Kreisen der Frankfurter Bürgerschaft überraschend gute Erfolge erzielt. die dem ursprünglich kleinen Unternehmen die Möglichkeit gaben, außer seiner Hauptgeschäftsstelle in verschiedenen Stadtteilen gelegene drei Nebenstellen zu errichten. War sie im Anfang noch auf einzelne Ratsuchende angewiesen, so gelang es ihr doch sehr bald, Vereine und Behörden für ihre Arbeit zu interessieren, bei denen sie restloses Entgegenkommen fand. Durch Vorträge und Vorführungen, auch in der Umgebung Frankfurts, wurde die Belehrung über die Vorteile der Verwendung der Kochkiste im Haushalt in weiteste Kreise getragen, vor allem wurden auch die Landfrauen in der Handhabung der Kochkiste unterwiesen.

In den Frankfurter Lehrstellen finden täglich zwei bis drei unentgeltliche Belehrungsvorträge mit praktischer Vorführung der Kochkiste statt. Auch haben sich in der Hauptgeschäftsstelle in der Fahrgasse verschiedene Unterabteilungen entwickelt, so eine Kochkistenwerkstätte, in der Hausfrauen in der Selbstanfertigung der Kiste unterrichtet werden, dann die Volksküche, in der täglich mehr als dreißig schwächliche Schülerinnen der Annaschule und zwanzig bis dreißig Schülerinnen des Tagesheims am Paulsplatz zu Mittag beköstigt werden, eine Lehrküche für schulentlassene Mädchen aus dem Tagesheim, und eine Werbeabteilung. Ferner übernahm diese Hauptstelle die Einschulung der Leiterinnen für ähnliche Betriebe in anderen Städten. Um die systematische Heranziehung der Kriegerfrauen zum Gebrauch der Kochkiste zu erreichen, werden an den Zahltagen der staatlich Kriegsfürsorge in der Geschäftsstelle, Neue Kräme 7, ununterbrochen Vorführungen veranstaltet; das gleiche geschieht während der Brotscheinausgabe abwechselnd in allen Bezirken. Durch dauernde Vorführungen während der Messe und durch regelmäßigen Betrieb in den Markthallen, der jetzt zu einer Speiseausgabe erweitert werden soll, ist man erfolgreich bemüht, auch die Landfrauen und die Inhaberinnen von Marktständen der Kochkiste zu gewinnen.

Um auch die Jugend in der Handhabung dieses Küchenhilfsmittels zu unterweisen, wurden Kurse für Schulkinder eingerichtet, an denen die Schülerinnen der Oberklassen verschiedener Volks- und Mittelschulen teilnahmen. Im ganzen wurden die Vorträge, Vorführungen und Lehrkurse vom 12. August 1914 bis 31. Oktober 1915 von 26 811 Personen besucht. Die Anzahl der an Private und an Volksküchen und ähnliche Betriebe abgegebenen Kochkisten betrug 2734; außerdem wurden 1200 Materialpäckchen zur Selbstanfertigung von Kochkisten verteilt. Eine fahrbare Kochkiste für Volksküchen, Kochbeutel und tragbare runde Kochkisten, ähnlich den bekannten Essenträgern, mit Segeltuchbezug und Lebereinfassung für den Gebrauch im Heere sind ebenfalls praktische Neuerungen der Abteilung „Kochkiste" und dürften sich gewiß sehr bald einführen, wie denn die Arbeit der Geschäftsstelle nicht wenig zur Einführung industriell hergestellter Kochkisten beigetragen hat.

Die Zeit
19./XII. 1915

Keine Lebensmittelpakete mehr aus Ungarn.

Nach einer Meldung des ungarischen Amtsblattes vom 18. d. veröffentlicht der ungarische Handelsminister eine mit 20. d. in Kraft tretende Verordnung, wonach Weizen-, Roggen-, Gersten-, Mais- und Reismehl sowie Speck, Schmer, Schmalz und Schweinefleisch außerhalb des Gebietes Ungarns in Postpaketen nicht befördert werden dürfen. Durch dieses Verbot wird zahlreichen Wiener Familien, die sich aus den ungarischen Grenzgebieten in der letzten Zeit recht eifrig mit Lebensmitteln versorgten, diese ungarische Nahrungsmittelquelle verstopft. Es ist ja kein Geheimnis, daß trotz der Beschlagnahme der ungarischen Ernte zugunsten der dortigen Kriegsprodukten-A.-G. in der letzten Zeit von privaten Händlerkreisen ziemlich viel Mehl seinen Weg in die Speisekammern österreichischer Hausfrauen genommen hat. Auch hat man sich von Bekannten oder Privaten aus Ungarn gern Brot, Schweinefleisch und Würste senden lassen, welche Lebensmittel man in Ungarn billiger erhielt, als wenn man sie zu den Wiener Marktpreisen erstehen mußte. Nun wurde in der letzten Zeit aber auch der Fettverkehr zwischen den beiderseitigen Regierungen im Kontingentierungswege geregelt, und auch bezüglich des Schweinefleischbedarfes Oesterreichs sollen demnächst besondere Abmachungen getroffen werden. Durch diese Verordnung sucht Ungarn die Abwanderung von Lebensmitteln zu verhindern.

Pester Lloyd
25./XI. 1915

Die Teuerungs-Enquete.

Budapest, 24. November.

In der Budapester Handels- und Gewerbekammer findet Sonntag, vormittags 10 Uhr, unter Mitwirkung der Vertreter der Handels- und Gewerbekammern, der industriellen und kommerziellen Vereinigungen, wie der Gewerkschaften eine Enquete zur Besprechung der wichtigen Fragen der Approvisionierung der städtischen Bevölkerung und der Linderung der Teuerung statt. Das Substrat der Verhandlung wird der Entwurf einer an die Regierung zu richtenden Eingabe bilden, die unter Hinweis auf die Fehler unserer Approvisionierungspolitik und die Ursachen der Teuerung konkrete Vorschläge in der Richtung enthält, wie diesen Fehlern abzuhelfen wäre und die Teuerung tunlichst gemildert werden könnte. Den Gedankengang dieses durch interessante Daten illustrierten und gründlich motivierten Elaborates skizzieren wir im folgenden:

Infolge der im Jahre 1906 ins Leben getretenen Agrarzölle haben die Lebensmittelpreise in Ungarn schon während des dem Ausbruche des Krieges vorangegangenen Jahrzehnts eine ständig steigende Tendenz verfolgt. Die Approvisionierung der Bevölkerung war bei uns schon vor dem Kriege teurer als in den westlichen industriellen Staaten Europas. Seit dem Ausbruch des Krieges aber hält die Teuerung der Lebensmittel unentwegt an. Der Erwerb der städtischen Arbeiterschaft ist vollständig ungenügend zum Ankaufe der notwendigsten Nahrungsmittel und die Familien kleiner Beamten führen ein kümmerliches Leben. Das aber wirkt auch auf die industrielle Produktion zurück, wie denn überhaupt die riesige Teuerung der Approvisionierung eine schwere Gefahr für unsere Volkswirtschaft bedeutet.

Die ungarische Industrie produziert gegenwärtig aus drei Gründen teuer: wegen des Arbeitermangels, wegen der erhöhten Arbeitslöhne und wegen der verringerten Arbeitsleistung der schlecht genährten Arbeiterschaft. Hält die ungenügende Ernährung der Arbeiter an und nimmt ihre Leistungsfähigkeit dauernd ab, so kann dies in der Zeit, wenn nach dem Weltkriege die internationale Konkurrenz sich wieder mit aller Kraft geltend machen wird, verhängnisvoll für die ungarische Industrie werden. Der Teuerung der Lebensmittel gegenüber sind Arbeitgeber und Arbeiter zusammen ebenso unfähig wie die auf ihre eigene Kraft angewiesenen Konsumenten. Diesem Uebel kann nur die Regierung abhelfen, der denn auch die Vertreter der verschiedenen Klassen der Konsumenten ihre motivierten Vorschläge unterbreiten.

In welchem Maße die Preise der wichtigsten Massenlebensmittel seit Kriegsausbruch gestiegen sind, zeigt die folgende, auf Grund der amtlichen Preisnotierungen der Budapester Markthalle zusammengestellte Tabelle:

Ein Kilogramm	1914 30. Juni Heller	1915 15. Nov. Heller	Steigerung Heller	Steigerung Prozent
Sekunda Rindfleisch	172	580	408	231
Sekunda Schweinefleisch	206	590	384	186
Geräucherte Wurst	230	630	400	173
Geräucherter Speck	190	810	620	326
Schweinefett	160	830	670	419
Schwarzbrod	35	48	13	37
Rosenkartoffeln	14	19	5	36
Sauerkraut	26	46	20	76
Kleine weiße Bohnen	44	56	12	28
Zucker	86	112	26	30
Eier	8·5	22	13·5	159
Milch	30	44	14	47

Wie aus dieser Tabelle hervorgeht, hat sich die Approvisionierung durchschnittlich um 130 Prozent verteuert. Eine aus fünf Mitgliedern bestehende Arbeiterfamilie, die nach diesen Einheitspreisen vor dem Kriege, am 30. Juni 1914 pro Woche k 21.86 benötigte, brauchte für dieselben Lebensmittel am 15. November 1915 k 49.08. Bedenkt man, daß hierin weder Spezereien, noch Brennmaterial, weder die Wohnungsmiete, noch die sonstigen unausweichlichen Ausgaben eingerechnet sind, so ist es klar, daß der ungarische Arbeiter nicht imstande ist, sich und seiner Familie aus seinem heutigen Erwerbe auch nur die nötigen Lebensmittel anzuschaffen.

Eine Teuerung der Lebensmittel hat jeder Krieg im Gefolge, daß aber die Approvisionierung der städtischen Bevölkerung trotzdem verwohlfeilt werden kann, zeigt uns das Beispiel Deutschlands, wo die meisten Lebensmittel wohlfeiler zu haben sind als bei uns, wie dies die nachstehenden Ziffern zeigen:

	Preis eines Kilogrammes in Hellern am 15. November 1915 Berlin	Budapest	Differenz	Prozent
Rindfleisch (Brust)	302	580	278	90
Schweinefleisch (Schlegel) ohne Zuwage	336	580	244	73
Geräucherter Speck	504	810	306	60
Schweinefett	500	830	330	66
Butter	600	900	300	50
Kartoffeln	12	19	7	60

Und dabei ist in Deutschland auch das Mehl und Brot billiger als bei uns, weil die Getreidepreise niedriger festgestellt wurden als in Ungarn.

Unsere bisherige Approvisionierungspolitik hatte zwei Fehler: zunächst hat man das Interesse der Produktion höher gestellt als jenes des konsumierenden Publikums, dann aber hat der Staat keinerlei Opfer für die wohlfeilere Approvisionierung des städtischen konsumierenden Publikums gebracht. Man hat die Agrarzölle und Einfuhrverbote viel zu spät suspendiert; von einzelnen Verkehrsbeschränkungen, wie von der Einfuhr lebenden Viehs aus dem Balkan hat man auch heute noch nicht abgesehen, und der Import überseeischen Fleisches wird auch heute noch bekämpft. Ein Fehler war es auch, daß der Lebensmittelbedarf der Armee ganz unsystematisch, ohne Heranziehung von Experten, häufig sogar auf denselben offenen Märkten gedeckt wurde, auf welchen das Zivilpublikum seinen Bedarf an Nahrung sichern mußte. Durch die auf diese Art entstandene zügellose Konkurrenz und nicht durch erhöhte Produktionskosten wurden die Preise in die Höhe getrieben. Auch wurden die behördlichen Getreidepreise zu spät festgestellt. In den ersten Kriegsmonaten sind sie sehr gestiegen und diesen allzu sehr erhöhten Preisen hat sich dann die behördliche Preisfeststellung angepaßt. Der behördliche Preis des Getreides steht in keinem Verhältnis zu den Produktionskosten. Die Approvisionierungspolitik der Regierung hat eben die Interessen der städtischen Bevölkerung nicht berücksichtigt und nur die des Produzenten begünstigt. Ueberdies werden auch die behördlichen Preise nicht eingehalten, sondern die landwirtschaftlichen Produkte werden zu noch höheren Preisen gekauft und verkauft. Die Behörden selbst sind mit bösem Beispiel vorangegangen und haben dadurch naturgemäß weitere Preissteigerungen herbeigeführt, an denen zum Teile auch der Umstand schuld ist, daß die Behörden bei der Durchführung der Verordnungen nicht genug Kraft entfalten und nicht einheitlich vorgehen.

Die Vorschläge, die in der Eingabe zur Linderung der Teuerung gemacht werden, beziehen sich einerseits auf die Menge, andererseits aber auf die Preise der Lebensmittel. Im Interesse der Sicherung der erforderlichen Menge der Lebensmittel wird die Organisierung einer Landes-Approvisionierungszentrale für notwendig erklärt, in deren Wirkungskreis die Feststellung der Höchstpreise der Lebensmittel, die Anordnung der Zwangsanmeldungen und Requisitionen, die Regelung der Aufteilung der Vorräte und die Organisierung der Lebensmitteleinfuhr gehören müßten. Die Regierung soll behufs genauer Feststellung der Lebensmittelmengen dringlich statistische Aufnahmen anordnen, die sich auch auf Getreide, Futterstoffe, Kartoffeln und den Viehstand erstrecken müßten. Die Einfuhr von Lebensmitteln, lebenden Tieren, Futterstoffen und Fleisch müßte mit allen Mitteln auch um den Preis materieller Opfer gefördert werden. Es wäre notwendig, die Ausfuhr all jener Lebensmittel, in denen bei uns ein Mangel herrscht, wie Fleisch, Eier, Milchprodukte, zu verbieten, die Ausfuhr nach Oesterreich aber zu kontingentieren. Die Regierung müßte erhöhte Sorgfalt darauf verwenden, daß die für die Ernährung der städtischen Bevölkerung notwendigen Lebensmittelerzeugnisse rascher und ungestörter in die Städte gelangen als bisher. Im Interesse der Linderung der Fleischnot müßte das Stechen von weniger als 120 Kilogramm schweren ungarischen Schweinen verboten und das Schlachtverbot auf zur Zucht geeignete Stierkälber, jüngere als dreijährige Kälber, sowie trächtige Schweine und Schafe ausgedehnt werden. Kraftfutter produzierende Fabriken wie Spiritusbrennereien, Bierbrauereien, Zucker-, Oel-, Stärkefabriken müßten zur Viehmastung gezwungen oder, insofern sie nicht dafür eingerichtet sind, zur Anmeldung ihrer Kraftfuttervorräte bei einer Futterzentrale verhalten werden. Der nachgewiesene Mais- und Gerstebedarf der Mäster ist dringlich sicherzustellen. Auch soll die Kaninchenzucht aufgegriffen und der große Wildstand des Landes der ärmeren Klasse zu wohlfeilen Preisen zur Verfügung gestellt werden.

Was nun die auf die Verringerung der Teuerung bezüglichen Vorschläge betrifft, so wird in der Eingabe im Wesen folgendes proponiert: Für die Hauptlebensmittel sollen außer dem Verkaufszwang dreierlei Höchstpreise festgestellt werden, und zwar der Preis, den der Großhändler dem Produzenten zahlt, der Preis, den der Kleinhändler dem Großhändler zahlt und der Preis, den der Konsument dem Detailisten zahlt. Für das ganze Land dürfen unter Zugrundelegung eines Zentralpreises nur die dem Produzenten zu zahlenden Preise festgestellt werden, die übrigen Preise sind nach Anhörung von Experten durch die lokalen Behörden zu bemessen und von den zu organisierenden Kommissionen zu kontrollieren. Zwischen Produzenten und Großhändlern, diesen und Kleinhändlern ist das Schlußbriefsystem einzuführen. Nach Oesterreich zu befördernde Lebensmittel müßten, gleich solchen Sendungen in Waggonladungen im Inlande mit Transportzertifikaten versehen werden. Die Produktionshöchstpreise, sowie die auf den Groß- und Detailhandel anzuwendenden Maximierungsschlüssel müßten mit Oesterreich auf paritätischer Grundlage, beziehungsweise in gleicher Weise festgestellt werden. Die Vorräte an Getreide und Kartoffeln, welche die Produzenten trotz der hohen behördlichen Preise bisher zurückgehalten haben, sollen im ganzen Lande zu einem wesentlich niedrigeren Preise requiriert werden. Diese Requisition wäre mit Militärgewalt bekleideten, von den lokalen Interessenten unabhängigen Regierungskommissären zu übertragen. Gleichwie in Deutschland die Verteuerung der Lebensmittel mit einer Geldbuße bis 10.000 Mark und einer Kerkerstrafe bis zu einem Jahre geahndet wird, müßte die gleiche Strenge auch bei uns zur Geltung kommen, welcher Gesellschaftsklasse der Angeklagte auch angehöre.

Im Interesse der Linderung der Fleischteuerung müßte zunächst der behördliche Preis aller Futterstoffe, dann aber der zentrale Maximalpreis der lebenden Tiere festgestellt werden. Diesem angemessen würden die Munizipien und Städte die behördlichen Maximal- und Minimalpreise des Lebendviehs auf ihrem Gebiete, sowie die behördlichen Detailpreise von Fleisch und Fett bemessen. Das Lebendgewicht der auf den Markt getriebenen Tiere soll durch das Füttern und Tränken des Viehs nicht künstlich erhöht werden dürfen. Insofern die Regierung die Ausfuhr von Vieh und Fleischprodukten nach Oesterreich nicht verbieten sollte, müßte sie dafür sorgen, daß der Preis des Viehs und der Fleischprodukte auch in Oesterreich entsprechend niedrig maximiert werde. Notwendig wäre es, die Fleisch-, Zucker- und Petroleumkonsumsteuer zu suspendieren. Was den Milchmangel anlangt, so müßte durch die Einführung von Legitimationen in erster Reihe die Milchversorgung der Kinder geregelt werden. Der Preis der Butter wäre so niedrig zu maximieren, daß es vorteilhafter erscheinen soll, die Milch in der Stadt zu verkaufen als Butter aus ihr zu erzeugen.

Notwendig wäre es ferner, die Preise der Brennmaterialien wie in der Hauptstadt in allen Städten des Landes behördlich festzustellen. Da in der Hauptstadt vornehmlich mit preußischer Kohle geheizt wird, müßte zur Begleichung ihres Preises für deutsche Zahlmittel vorgesorgt werden, denn das ständige Steigen des Markkurses erhöht automatisch den Preis der preußischen Kohle. Im Falle einer Liniensperrung müßte die preußische Kohle ständig auf Hilfsrouten hereingebracht werden. Auch die ungehinderte Zustellung der Kohle wäre durch behördliche Unterstützung zu erleichtern.

Zum Schluß wird in dem Elaborat darauf verwiesen, daß die Unterstützung der Familien der ins Feld gerückten Soldaten heute ebenso gering ist, wie bei Ausbruch des Krieges, obgleich die Lebensmittel seither um 130 Prozent gestiegen sind. Im Interesse der Erhaltung der künftigen Generation möge die Kriegsunterstützung der Teuerung der Lebensmittel entsprechend erhöht werden.

Das dem Ministerpräsidenten zu überreichende Memorandum, dessen Inhalt wir in obigem in großen Zügen gekennzeichnet haben, ist bereits von mehr als fünfzig Kammern, industriellen und kommerziellen Vereinigungen und Arbeitergewerkschaften gutgeheißen und unterzeichnet worden.

Hamburger Fremdenblatt

30/XI. 1915.

Für unentgeltliche Zuwendungen
Frau Küche.

Die nationalen Aufgaben der Küche.

Von Dr. med. W. Hanna z. Zt. Feldarzt.

Vieles hat uns dieser gewaltigste aller Kriege gelehrt. Nun gilt es, seinen Schrecken und furchtbaren Schäden dadurch ein Gegengewicht zu setzen, daß wir die mannigfach Segnungen, die er ebenso unverkennbar unserer Lebenshaltung bereichert hat, zu unserem dauernden Eigentum verarbeiten. Nicht nur unsere staatliche Politik hat nach außen wie nach innen für die zweckmäßige Sicherung des errungenen Gewinnes Sorge zu tragen; nicht nur unsere Volkswirtschaft muß die ausdrücklichen neuen Möglichkeiten, die sich ihr bieten, erfassen und halten; auch der Einzelhaushalt hat innerhalb seiner Grenzen daran mitzuarbeiten, daß die in der Not dieser Zeit neu erschlossenen oder wieder aufgedeckten Quellen sozialer Gesundheit und Kraft unserer Lebensfähigkeit erhalten bleiben.

Vor allem wird da die Küche mit neuen Aufgaben und in erhöhter Bedeutung zur Friedensarbeit zurückkehren. Mehr vielleicht genug, daß das Gefühl ihrer wichtigen nationalen Bestimmung ihr so ins Unterbewußtsein hatte versinken können. Aber es war Tatsache, daß die alltägliche Speisebereitung gerade in den letzten Jahrzehnten von der Höhe einer Kunst, die eine persönliche Veranlagung sowie Liebe zur Sache voraussetzte, immer mehr zum Tiefstand ungelernter Quantitätsarbeit hinabgeglitten drohte, der man offenbar keine Ziele zu stecken wußte, für die eine tiefere Vorbildung sich hätte lohnen können. Für die „höhere Tochter" war es ja beinahe typisch geworden, daß sie von den Geheimnissen der Kochkunst nicht eher sich das Kochbuch eingehender angesehen pflegte, ehe nicht eine in greifbare Nähe gerückte Heiratsaussicht sie dazu nötigte. Dabei blieb es natürlich noch dem subjektiven Ermessen überlassen, ob man die Grenzen dieses Notwendigen auf die „Gerichte" des Zukünftigen beschränkte oder etwas weiter zu stecken gewillt war. Und was in den gehobenen Lebenskreisen so als ein Auswuchs einer Kulturentwicklung entstand, die mit ihren vielfachen neuen Reizen und Anforderungen den Menschen stark für sich in Anspruch nahm und sein Interesse an allgewohnten Betätigungen in den Hintergrund zu drängen vermochte, das entwickelte sich in den mittleren und unteren Volksschichten ganz ähnlich, aber mit viel unfreiwilligerer Notwendigkeit, unter dem harten Zwang ihrer sozialen Lebenshaltung. Hier war es durchweg die unvermeidliche berufliche Inanspruchnahme, die das Weib außer hauswirtschaftlichen Beschäftigung vielfach entführende und auch seine Bedürfnisse auf Küche auf ein Mindestmaß begrenzen mußte. Zu Hilfe kam diesen beiden parallelen Entwicklungen, daß die Industrie sich ihre Tendenz zunutze machte und durch die erfindungsreiche Herstellung unendlich vieler fertiger oder halbfertiger Speisen in Konserven und Extrakten, in Würfel- und Pulverform den küchentechnischen Betrieb tatsächlich sehr zu vereinfachen verstand.

Es soll keineswegs verkannt werden, daß diese praktische Verwertung der modernen Errungenschaften der Chemie — ganz abgesehen von ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung — sich für viele Verhältnisse als ein unendlicher Segen erwiesen hat. Die Verproviantierung unserer Heere dankt die eigenen sanitären Konserven- fabriken und durch die so bequem gewordene Möglichkeit privater Liebesgaben ist gegenwärtig in der beste Beleg dafür. Auch der in dem Kriegsgesetzgebung die Hausfrauen auf ihre Verbrauch ganz gegenüber dem erwachsenen Mitgliedern des Haushalts die Pflicht der Küche unbedacht ganz Vergeudung noch verwertbare Nahrungsstoffe zur Genüge aufzuerfassen gemacht hat, so liegen sich alljährlich Hunderttausende von Millionen Mark für bolschewistische Hetzpredigten ersparen, die bessere Volksversorgung in großzügiger Weise die öffentlichen Wohlfahrtspflege zugewendet werden. In doppelter Weise könnte somit die Küche der allgemeinen Gesundheit wertvolle Dienste leisten.

Aber auch zur Gesundung der sozialpolitischen Zustände könnte durch eine vernünftigere Einsicht in die Notwendigkeiten der menschlichen Ernährung unsere Hausfrauen wesentlich Heilungen kommen. Heute gründet sich die Unzufriedenheit des arbeitenden Volkes vielfach auf den seit Jahrzehnten zunehmenden Unterschied der Lebenshaltung der Besitzenden und der Arbeiter. Kriegsmittelpreise richtig zusammengesetzte Nahrung von Mann aus die meisten jener Stoffe in sich schließt, die man den oft erst durch unsere nicht einwandfreie Ernährung leidend gewordenen Magen- tion eine große Rolle. Denn da die sogenannten „besseren" Kreise diesem ja in zunehmendem Umfange huldigen, so will das Proletariat nicht schlechter dran sein. Das ist im allgemeinen ein ganz naturgemäßes, psychologisch zu begreifendes und in seiner zu gesteigerten Wettbewerb anspornendes Kraft auch ein gut zu heißendes Bestreben. Nur ist es in diesem realen Falle ein sehr bedauerlicher Irrtum, wenn auch der Arbeiter glaubt, daß es der Gesundheit seines Körpers förderlich sei, täglich ein Quantum Fleisch im Topfe kochen zu haben. Er würde in normalen Friedensjahren, die ihm — sofern er etwas leistungsfähig ist, bewirkt durch alle Schichten der Bevölkerung. Auch handelt es sich hier nicht etwa durchweg um einen Mangel am Quantum des Genusses; sondern das Blut selber ist in unserem verarmt, als seine Zusammensetzung eine falsche trägt neben den manchfach andern Sünden einer vernunftwidrigen Lebensweise gewöhnlich in erster Linie unsere unbedachte Ernährung die Schuld. Wäre immer mit Einsicht dafür gesorgt worden, dem in der Entwicklungsperiode besonders empfindlichen Organismus neben den erforderlichen Nahrungsmengen auch die richtige Auswahl der Nährstoffen zu bieten, vor allem durch möglichst viel frisches Gemüse, Obst und Hülsenfrüchte den Hunger des jungen Stoffwechsels nach Kalk, Phosphor, Eisen- und andern Salzen zu befriedigen, so wäre es jetzt wohl kaum vonnöten, diese Versäumnisse durch allerlei Pillen und Tränke wieder gutmachen zu wollen. Aber wer hat in der Küche daran gedacht, daß beim üblichen Portionieren des Gemüses mit dem leider allzu weitgehenden Verputzen jener wichtigen Nährstoffe eine Vergeudung sondergleichen getrieben wird, die sich so bitter rächt. Wer ahnt denn z. B. ebenso, daß mit immer allgemeiner gewordenen Bevorzugung des weißen Gebäcks, das vor dem Kriegsverordnungen das Kraftreiten der Kriegsbrotes einst den Stand der Dinge bedeutete, das Volk um einen Hauptteil seiner Vitamine, jener Ergänzungsstoffe, die unsere Nahrung erst lebendig machen, betrogen wurde? Wie ist es möglich, daß wir uns so lange mit einem Brote begnügen konnten, das nicht einmal mehr imstande war, die Ratten zu ernähren, die sich in unseren Kellern und Speichern mästeten? Wie ist es möglich, daß wir uns so lange mit einem Brote begnügen konnten, das nicht einmal mehr imstande war, die Ratten zu ernähren, die sich in unseren Kellern und Speichern mästeten?

Wie ist es möglich, daß wir uns so lange mit einem Brote begnügen konnten, das nicht einmal mehr imstande war, die Ratten zu ernähren, die sich in unseren Kellern und Speichern mästeten?

Ja ist die Tochter des Hauses. Sie sieht Mab aus, und der Arzt hat beständigt, daß sie an „Blutarmut" leidet. Nun, das wundert ja schon niemand mehr. Denn welches Mädel im Entwicklungsalter litte heutzutage nicht an „Blutarmut"? Daß dies nicht etwa eine Folge ungesunder, fleischarmer Wohnungsverhältnisse ist, beweist eben die Verbreitung dieser Krankheit durch alle Schichten der Bevölkerung. Auch handelt es sich hier nicht etwa durchweg um einen Mangel am Quantum des Genusses; sondern das Blut selber ist in unserem verarmt, als seine Zusammensetzung eine falsche trägt neben den manchfach andern Sünden einer vernunftwidrigen Lebensweise gewöhnlich in erster Linie unsere unbedachte Ernährung die Schuld. Wäre immer mit Einsicht dafür gesorgt worden, dem in der Entwicklungsperiode besonders empfindlichen Organismus neben den erforderlichen Nahrungsmengen auch die richtige Auswahl der Nährstoffen zu bieten, vor allem durch möglichst viel frisches Gemüse, Obst und Hülsenfrüchte den Hunger des jungen Stoffwechsels nach Kalk, Phosphor, Eisen- und andern Salzen zu befriedigen, so wäre es jetzt wohl kaum vonnöten, diese Versäumnisse durch allerlei Pillen und Tränke wieder gutmachen zu wollen. Aber wer hat in der Küche daran gedacht, daß beim üblichen Portionieren des Gemüses mit dem leider allzu weitgehenden Verputzen jener wichtigen Nährstoffe eine Vergeudung sondergleichen getrieben wird, die sich so bitter rächt. Wer ahnt denn z. B. ebenso, daß mit immer allgemeiner gewordenen Bevorzugung des weißen Gebäcks, das vor dem Kriegsverordnungen das Kraftreiten der Kriegsbrotes einst den Stand der Dinge bedeutete, das Volk um einen Hauptteil seiner Vitamine, jener Ergänzungsstoffe, die unsere Nahrung erst lebendig machen, betrogen wurde? Wie ist es möglich, daß wir uns so lange mit einem Brote begnügen konnten, das nicht einmal mehr imstande war, die Ratten zu ernähren, die sich in unseren Kellern und Speichern mästeten?

Ja ist die Tochter des Hauses. Sie sieht Mab aus, und der Arzt hat beständigt, daß sie an „Blutarmut" leidet. Nun, das wundert ja schon niemand mehr. Denn welches Mädel im Entwicklungsalter litte heutzutage nicht an „Blutarmut"? Daß dies nicht etwa eine Folge ungesunder, fleischarmer Wohnungsverhältnisse ist, beweist eben die Verbreitung dieser Krankheit durch alle Schichten der Bevölkerung. Auch handelt es sich hier nicht etwa durchweg um einen Mangel am Quantum des Genusses; sondern das Blut selber ist in unserem verarmt, als seine Zusammensetzung eine falsche trägt neben den manchfach andern Sünden einer vernunftwidrigen Lebensweise gewöhnlich in erster Linie unsere unbedachte Ernährung die Schuld. Wäre immer mit Einsicht dafür gesorgt worden, dem in der Entwicklungsperiode besonders empfindlichen Organismus neben den erforderlichen Nahrungsmengen auch die richtige Auswahl der Nährstoffen zu bieten, vor allem durch möglichst viel frisches Gemüse, Obst und Hülsenfrüchte den Hunger des jungen Stoffwechsels nach Kalk, Phosphor, Eisen- und andern Salzen zu befriedigen, so wäre es jetzt wohl kaum vonnöten, diese Versäumnisse durch allerlei Pillen und Tränke wieder gutmachen zu wollen. Aber wer hat in der Küche daran gedacht, daß beim üblichen Portionieren des Gemüses mit dem leider allzu weitgehenden Verputzen jener wichtigen Nährstoffe eine Vergeudung sondergleichen getrieben wird, die sich so bitter rächt. Wer ahnt denn z. B. ebenso, daß mit immer allgemeiner gewordenen Bevorzugung des weißen Gebäcks, das vor dem Kriegsverordnungen das Kraftreiten der Kriegsbrotes einst den Stand der Dinge bedeutete, das Volk um einen Hauptteil seiner Vitamine, jener Ergänzungsstoffe, die unsere Nahrung erst lebendig machen, betrogen wurde? Wie ist es möglich, daß wir uns so lange mit einem Brote begnügen konnten, das nicht einmal mehr imstande war, die Ratten zu ernähren, die sich in unseren Kellern und Speichern mästeten?

diesem Grunde an Gesundheit und Lebensdauer überlegen.

Man sehe sich daraufhin nun auch einmal den Hausvater an! Schon vom weitem kann man ihn prusten und schnaufen hören. Bäuchen leibet nämlich, mit Erlaubnis zu sagen, am Fettbauch; und auch in den übrigen Gegenden seines corpus delicti kann man ihn nicht grade mager finden. Man sagt, Väterchen habe all sein Lebtag „zu gut" gegessen. So ein Hohn! Zu viel hat er gegessen; weniger wäre gut gewesen! Mutter aber hatte sich ja in all den Jahren gar nicht genug daran tun können, ihn mit seinen vielen Leibgerichten zu mästen und zu mästen. Denn die Liebe macht sich immer noch gern den Umweg über den Magen. Nun klebt dem armen Alten, der eigentlich noch Anspruch auf das sogenannte „schöne Mannesalter" hat, der überflüssige, oft trotz Sättigung nicht verschmähte Nahrungsspeck wie mit Bleigewichten am ganzen Körper, benimmt ihm die Atmung, erschwert ihm das Gehen, drückt ihm den Magen, stört ihm den Schlaf. Mutter hat nun alle Mühe, nach den verschiedenen Diätvorschriften des Arztes das verehrte Familien-Oberhaupt wieder zu — entleiten. Nun, diese Arbeit hätte sie sich sparen können.

Und noch dazu ist das arme Mütterchen selbst auch nicht einmal gesund. Es leidet am Hyperiein. Der Hausarzt meint, es habe sich immer zu einseitig mit Fleischnahrung ernährt, da mag es wohl recht haben. Denn der tägliche, womöglich des Abends sogar noch einmal wiederholte Genuß des Fleisches ist ein leider allzu verbreiteter Unfug, der dem Umständigeren der bekannten Harnsäurekrankheiten — die Eiweiße, Kohlehydrate —, auf die die Nahrungsmittel- gruppe wie der frühzeitigen Blutgefäß-Verkalkung entschiedenen Vorschub leistet. Man braucht noch lange nicht in das entgegengesetzte Extrem des Vegetarianismus zu verfallen, wenn man die Einschränkung unseres Fleischgenusses auf die Hälfte oder gar ein Drittel des bisherigen Durchschnittsverbrauches in Gesundheitlicher Hinsicht nur von Vorteil sein würde.

Aber auch in finanzieller. Unser Hausmütterchen hätte nicht nötig, Woche um Woche klagende philosophische Betrachtungen über die vorteilige Vergänglichkeit ihres Haushaltungsgeldes anzustellen, und manches Erdbeben im Ehebett der Familien Liebe sich vermeiden, würde die Küche den weit billigeren Speisezettel von ehedem wieder ausgraben, der durch seine weit größere Berücksichtigung der pflanzlichen Nahrung in jeder Beziehung den natürlichen Anforderungen besser entspricht. Man muß es sich auch in zusammenfassender nationaler Betrachtung nur einmal klarmachen, was es für die gesamte Volkswirtschaft, deren Besten die Einzelhaushalte ja schließlich sind, bedeuten würde, wenn da zu Hunderttausenden Gewohnheiten (den Erscheinungen der „Warlowschen Krankheit) Anlaß gibt, ist vielen Millionen Mark bekannt. Auch in diesen Fällen würde dann die ungeahnte Kontrolle (ausschließlich Schuhhaft) als Medizin und Beweis, daß jene Symptome sogenannte Mangelerkrankungen waren, bedingt wieder einmal durch die mittelst Ersparung erreichte Verbilligung einer ausgeglichenen Ernährung.

Nun ist es ja merkwürdig genug, daß die gebildete Hausfrau in ihrer Eigenschaft als Mutter sich zwar sehr wohl dessen bewußt ist, welche entscheidende Rolle in der Möglichkeit ihrer kleinen Lieblinge die Art und Sorgfalt der Ernährung zu spielen berufen sind; diesem Grunde an Gesundheit und Lebensdauer überlegen.

Man sehe sich daraufhin nun auch einmal den Hausvater an! Schon vom weitem kann man ihn prusten und schnaufen hören. Bäuchen leid

* **Das Steirerherz im Kriege.** Man schreibt der „Grazer Tagespost" aus der Front vom 27. Oktober: Es war am Tage nach einem Nachtangriff der Italiener, der gegen die an unserem linken Flügel in stumpfem Winkel quer über das enge ....tal anschließende Kompagnie gerichtet und schon, ehe er noch so recht in Schwung hatte kommen können, durch das überraschende und heftige Feuer unserer Nachbarn niedergebrochen und restlos abgewiesen worden war, — als von uns eine Rekognoszierungspatrouille unter der Führung meines Kameraden, des Kadetten G...., in das etwa 400 Meter unter unseren Stellungen gelegene Tal gesandt wurde, um das Gefechtsfeld nach über den Gegner näheren Aufschluß gebenden Anhaltspunkten abzusuchen. Hatte die kleine aus 12 Männern bestehende Schar etwa doch die gebotene Vorsicht außeracht gelassen, hatte sie sich allzusehr den feindlichen Stellungen genähert — wer weiß es? Denn plötzlich sah sie ihren Rückweg vom Gegner, der sie jedenfalls bemerkt und umgangen haben mußte und sich mit fünf- bis sechsfacher Uebermacht an erhöhtem Waldrand quer über das Tal gelegt hatte, vollkommen abgeschnitten. Ihre verzweifelte Lage erkennend und sich wie die Löwen auf den gehaßten Feind stürzend war eins —! die starke Kette mußte um jeden Preis durchbrochen werden! Und sie wurde durchbrochen! Zahlreiche Feinde bedeckten den Boden. Leider mußte der in dem wütenden Handgemenge durch einen Kopfschuß tödlich verletzte junge Kommandant dem Gegner überlassen werden, während sämtliche anderen trotz mancher Verwundungen — einer starb eine Stunde nach seiner Rückkehr — unbelästigt vom Gegner den Heimweg antreten konnten. Und nun jene kleine, rührende Begebenheit, die so recht die goldenen Herzen der wackeren Siebenundzwanziger erkennen läßt und deretwegen ich eigentlich die ganze Geschichte erzähle: Der Landsturminfanterist Franz Mayerhofer, ein bärtiger Mann, hatte mit sicherer Hand schon drei seiner Gegner niedergeschossen; schwer wohl mußte es ihm fallen, zur blanken Waffe zu greifen. Denn als er nun notgedrungen einem Vierten das Bajonett in die Brust rannte, rief er, mit Tränen in den Augen, wie zu seiner Entschuldigung: „Ich kann nicht anders — es muß halt sein!" So ein „Barbar" im Kampfe um Leben und Tod mit einem treubrüchigen Bundesgenossen!

Der Erste christliche Hausbesorger- und Portierverein gibt heuer anstatt der üblichen Neujahrskarten Kalender heraus, wovon die Hälfte des Erlöses dem „Schwarz-gelben Kreuze" zufließt. Die Kalender sind sehr nett und eignen sich sehr gut für die Abgabe an die P. T. Parteien. Dieselben sind zu haben in der Zentrale VIII., Tigergasse 32 (Telephon 22.034) und in allen Zahlstellen.

Christlicher deutscher Junghernklub Innere Stadt. Freitag den 3. Dezember 1914 findet in der Gastwirtschaft J. Neial, 1. Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus) um ½9 Uhr abends der erweiterte Klubabend statt, zu dem alle Mitglieder, Freunde und Gönner auf das Herzlichste eingeladen werden.

Der Männergesangverein der Oberösterreicher in Wien hielt kürzlich seine Generalversammlung im Vereinslokale Gasthof Riedhof, 8. Bezirk, Wickenburggasse 15, ab. Bei der Neuwahl wurden gewählt: Michael Holas Vorstand, Karl Gruber Vorstandstellvertreter, Richard Staniek Chormeister, Franz Motz Chormeisterstellvertreter, Franz Pilwatsch Zahlmeister, Ferdinand Eckerstorfer Schriftführer, Franz Lösch Schriftführerstellvertreter, Franz Oberhuber Liederwart, Martin Huemer Liederwartstellvertreter, Franz Zeiß Ordner, Franz Wittmann, Hugo Fettinger, Josef Irndorfer, Johann Grasberger Sangräte.

I. Oesterreichischer Artilleristenbund. Samstag den 4. Dezember findet im Festsaale des Bundes, 7. Bezirk, Neustiftgasse Nr. 5, ein Kameradschaftsabend verbunden mit einer Barbarafeier statt. Beginn 7 Uhr. Eintritt frei.

Katholischer Schulverein, Innere Stadt. Im Sitzungssaale des Alten Rathauses, 1. Bezirk, Wipplingerstraße 8, 1. Stock, findet am 5. Dezember um 5 Uhr nachmittags ein Vortragsabend statt: „Belgien und seine Geschichte", Vortrag, gehalten von Herrn Professor Gaigg v. Bergheim.

* **Stammtisch und Schützengraben.** Unter diesem Titel hält der Wiener Schriftsteller Fritz Stüber-Gunther nächsten Dienstag, den 7. d., abends ½8 Uhr, im kleinen Saal der Wiener Urania eine Vorlesung neuer eigener, nachdenklicher und heiterer Wiener Skizzen aus der Kriegszeit. Karten zum Preise von 66 Heller bis 2 Kronen 10 Heller im Vorverkaufe an den Tageskassen der Urania.

* **Das Reservespital Nr. 8 Beatrizbad** ist heuer nicht in der Lage, den armen verwundeten 40 Mann eine Weihnachtsfreude zu bereiten und hofft auf diesem Wege die Mittel aufzubringen, um ihren Schutzbefohlenen eine kleine Christbaumfeier bereiten zu können.

* **Einstellung des Verkehrs der Züge 103 und 104 zwischen Wien-Ostbhf. und Budapest-Westbhf.** Bis auf Weiteres unterbleiben von Donnerstag den 2. Dezember an Zug Nr. 104, Budapest-Westbhf. ab 7 Uhr 55 Min. früh, Wien-Ostbhf. an 12 Uhr 14 Min. nachmittags und vom 3. Dezember Zug Nr. 103, Wien-Ostbhf. ab 9 Uhr 25 Min. vormittags, Budapest-Westbhf. an 2 Uhr nachmittags.

Große Versammlung in der Josefstadt.

Direktor Hochw. Fried über die römische Frage. — LA. Vielolahwek über die Teuerung und deren Ursachen.

Letzte Woche fand in Baiers Gastwirtschaft eine Versammlung des Josefstädter Volkswahlvereines „Dr. Karl Lueger" statt, die sehr gut besucht war. U. a. waren erschienen: LA. Vielolahwek, die GR. Effenberger, Rotter und Stangelberger, RAbg. Wollek, Direktor Hochw. Fried, Hochw. Vogt, kais. Rat Dr. Gruber, Sekretär Mayerhofer u. v. a. Ihr Fernbleiben hatten VV. Hierhammer, VV. Bergauer und VR. Amon entschuldigt. Obmann VR. Preyer sprach dem VV. Hierhammer zu dem schweren Verluste, den er durch den Tod seines Vaters erlitten hat, das tiefste Beileid des Vereines aus und hielt dem treuen Vereinsmitgliede in russischer Kriegsgefangenschaft verstorbenen Armenrat Eder einen ehrenden Nachruf, der von den Anwesenden stehend angehört wurde.

Direktor Hochwürden Fried sprach hierauf über „Papsttum und Freimaurerei im Weltkrieg", erörterte die Ziele des Freimaurertums und führte u. a. aus:

Man will den Papst, der eigentlich durch das Verhalten Italiens zum Garantiegesetz rechtlos ist, zum Sklaven Italiens machen. Darf er doch nichts schreiben

Frankfurter Zeitung
4/XII. 1915

Aus der Budgetkommission.

Beratungen über die Volksernährung.

N Berlin, 3. Dez. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission des Reichstages (Ausschuß für den Reichshaushalt) trat heute vormittag, nachdem sie gestern abend den Berichterstatter über die Bundesratsmaßnahmen betreffend die Volksernährung gehört hatte, in die Beratung dieser Fragen ein. Als erster Redner sprach der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. Delbrück, dessen Ausführungen für vertraulich erklärt wurden. — Ihm folgte ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der in einer langen Rede zunächst erklärte, daß das Resultat des ersten Kriegsjahres verhältnismäßig gut gewesen sei, da eine allzu große Preistreiberei im Durchschnitt nicht wahrzunehmen gewesen sei. Die sozialdemokratische Partei tadle nicht alles; sie erkenne an, daß manches geschehen sei, aber dies sei unvollständig gewesen und verspätet gekommen, wodurch auf manchen Gebieten jener Wucher möglich gewesen sei, den schließlich auch die Reichsregierung festgestellt und zu dessen Bekämpfung sie sich entschlossen habe. Die Teuerung treffe sowohl die Arbeiter wie die Kleinbauern und den Mittelstand; ihr Einfluß auf die Volksgesundheit könnte bei längerer Dauer nicht übersehen werden. Die wichtigste Frage sei, wieweit eine Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte gerechtfertigt sei. Hier beziehe sich der Redner auf die bekannten Darlegungen des fortschrittlichen Abgeordneten Wendorff und des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Hofer in Zeitungsaufsätzen bezw. im preußischen Landtage. Im Landtage habe die Regierung erklärt, daß für 1914 Höchstpreise vielleicht nicht gerechtfertigt seien, aber für 1915 gerechtfertigt sein könnten. Im Landtage sei bereits darauf hingewiesen worden, daß die Preise für Kunstdünger nicht besonders gestiegen seien, die Arbeitslöhne in der Landwirtschaft desgleichen. Höhere Preise werden nur gerechtfertigt durch ein entsprechendes Verhältnis von Angebot und Nachfrage, unter den jetzigen außerordentlichen Verhältnissen könne aber diese Richtschnur nicht gezogen werden. An Arbeit habe es der Bundesrat nicht fehlen lassen, da er 230 Verordnungen herausgegeben habe. Da man in landwirtschaftlichen Kreisen geglaubt habe, daß die Höchstpreise erhöht werden würden, so sei alsbald eine Zurückhaltung der Produkte zu verzeichnen gewesen. Eine Ursache der nicht völligen Wirksamkeit der Verordnungen sei, daß man nicht genau gewußt habe, was im Lande vorhanden sei. Hoffentlich werde später eine bessere Statistik durch unabhängige Wirtschaftsstatistiker geführt werden. Vollkommen geklappt habe nur die Brotversorgung; das Volk habe die Beschränkung des Konsums willig ertragen. Die Preise von Getreide und Mehl stünden zueinander in gar keinem Verhältnis. Der Mangel an Höchstpreisen für Gerste habe Preistreibereien beim Bier ermöglicht. Die Interessenten forderten eine Erhöhung der Zuckerhöchstpreise von 15 Mark. Dem dürfe nicht stattgegeben werden. An der Verwirrung auf dem Kartoffelmarkt trage die Bestimmung schuld, daß aus den geernteten Kartoffeln Speisekartoffeln verlesen werden können. Den Mangel an Futtermitteln habe man dazu benutzt, die Preise von Fleisch und Vieh zu treiben. Die Landwirtschaft halte die Schweine zurück, weil man auf eine Erhöhung der Preise hoffe. Es müßten Fleisch- und Fettkarten eingeführt werden. Die fleischlosen Tage bestünden nicht für die, die sich tags zuvor genug Fleisch kauften. Es sollten nur Kriegswurst und Kriegskäse hergestellt werden. Wenn nur eine oder höchstens zwei bis drei Sorten angefertigt werden dürften, so würde das zur Verbilligung dienen. Die heutigen Butterpreise seien für die Unbemittelten viel zu hoch. Die Sozialdemokratie verlange nicht, daß die Produzenten unter dem Erzeugungspreise verkaufen sollen. Es sollen nur die Auswüchse beseitigt werden. Den Gemeinden sei ein weiteres Eingreifen aus finanziellen Gründen erschwert, weshalb das Reich ihnen zu Hilfe kommen müsse. Es müsse eine lückenlose Festsetzung von Höchstpreisen eintreten. Der von einem Zentrumsblatt geforderte wirtschaftliche Diktator würde sich noch weniger von Einflüssen frei machen können, die nicht als günstige bezeichnet werden könnten. Bei der Festsetzung der Kartoffelhöchstpreise schienen Unstimmigkeiten zwischen dem preußischen Landwirtschaftsministerium und den Reichsstellen bestanden zu haben. Es gäbe nur einen Diktator, der segensreich wirken könne, das sei die öffentliche Meinung. Man möge doch den einstimmigen Beschluß des Reichstages ausführen, nämlich eine Reichslebensmittelzentrale zu errichten, die die ganze Volksernährung kontrollieren solle. Der Reichstag sollte ständig mitreden.

Nach dem sozialdemokratischen Redner ergriff ein konservativer Abgeordneter das Wort und hob hervor, daß man auskommen werde, so lange die Erzeugung im Land nicht zurückgehe. Hierauf müsse die größte Rücksicht genommen werden. Die Erhebungen seien nicht ganz zulässig. Es müsse vermieden werden, daß weniger intensiv gewirtschaftet werde. Durch die Verfütterung von Futterrüben sei die Rübenablieferung an die Zuckerfabriken gegen die Vorjahre etwas zurückgeblieben. Der Rückgang der Produktion an Butter und Fett sei nicht allein auf das Mißverhältnis zwischen Erzeugungs- und Verwertungspreis zurückzuführen. Der beste Regulator des Verbrauches seien, wie der Volkswirtschafter Richard Calwer ausgeführt habe, die Preise. Es sei absolute Vaterlandspflicht aller Landwirte, aus dem Boden zu holen, was möglich sei, auch dann noch, wenn es sich nicht mehr lohnen sollte. So dächten nicht nur alle Männer, sondern auch alle Frauen in der Landwirtschaft. Natürlich habe diese Opferwilligkeit ihre Grenze in der Leistungsfähigkeit. Darum müsse zwischen Erzeugungs- und Verkaufspreis das richtige Verhältnis bestehen. Es sei aber auf einigen Gebieten beeinträchtigt. Die Produktion eines Liters Milch koste heute 15 Pfennige mehr als in normalen Zeiten. Es wäre zu wünschen, daß auch in den anderen Bundesstaaten das Vorgehen des preußischen Finanzministers befolgt werde, der sich bereitgefunden habe, Beiträge zur Vermehrung der Fleisch- und Fettvorräte durch Anschaffung von Schrot und anderen Futtermitteln für die Schweinemästung zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für eine allgemeine Durchführung dieser Maßnahmen im ganzen Reiche würden nur den Kosten weniger Kriegstage gleichkommen, und ein solches Opfer wäre um so eher zu tragen, als auf diese Weise die Quelle vieler Mißstimmungen verstopft würde. Es sei unwirtschaftlich, etwa dem einen Landwirt die Futtermittel zu nehmen, um sie dem anderen zu geben. Dies würde letzten Endes die Einführung der Gemeinwirtschaft bedeuten, wie sie in Rußland bestehe, und die noch nicht ein Drittel unserer Erträge liefere. Auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung habe ein Uebereinkommen mit den zuständigen Landwirtschaftskammern gute und billige Versorgung bewirkt, man habe aber im letzten Moment die Beschlagnahme für nötig erachtet. Wenn nur die genügenden Eisenbahnwagen gestellt wären, so hätte im Westen eine Kartoffelknappheit nicht bestanden. Von Ausnahmefällen abgesehen seien Kartoffeln zu Preistreibereien nicht zurückgehalten worden. Eine Ursache der Preissteigerung liege auch darin, daß im allgemeinen innerhalb des Landes mehr verdient werde. Für die Versorgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger sollte mehr gesorgt werden, da die Produktion durch Mehrverwendung von Stickstoffdünger gesteigert werde. Bessere Organisation der Gefangenenarbeit würde namentlich auch die kleinen Landwirte den Mangel an Arbeitskräften besser ertragen lassen. Man habe den Landwirten die Pferde zu billigen Preisen genommen und solle ihnen daher auch wieder billige Pferde zur Verfügung stellen. Der Redner faßte seine Ausführungen dahin zusammen, daß die notwendigen Lebensmittel zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt werden müßten, die Produktion aber nicht gestört werden dürfe.

Die Beratung der Volksernährungsfragen im Reichshaushaltsausschuß des Reichstages wurde Nachmittags fortgesetzt. Ein zweiter sozialdemokratischer Redner führte aus, daß ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zweifellos ein Unglück wäre. Gewiß müsse der Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Kosten decken, zu bekämpfen seien nur ungerechtfertigte Preise. Aber Unzufriedenheit bekämpfe man auf die Dauer nicht durch die Pressezensur, sondern durch die Beseitigung der Ursachen. Die Vorräte reichten, wie von der Regierung dargelegt worden sei, aus, aber es müsse auch für richtige Verteilung und mäßige Preise gesorgt werden. In dieser Hinsicht habe es das Reichsamt des Innern noch fehlen lassen. Es sei unrichtig, daß die Städter bei den Kartoffeln zu wählerisch seien, sie wollten nur genießbare Kartoffeln. Bei allen Maßnahmen der Regierung seien die großen Vermittler und die großen Unternehmer immer sehr gut weggekommen. Der spekulative Zwischenhandel müsse ausgeschaltet und die Kartoffelversorgung in die Hände der Gemeinden gelegt werden. Man sollte die Landwirte dadurch zur Hergabe ihrer Vorräte veranlassen, daß man für das Frühjahr niedrigere Preise festsetze als jetzt. Der Reichstag dürfe nicht ausgeschaltet werden; er müsse die Stellung des Staatssekretärs des Innern gegen gewisse einzelstaatliche Einflüsse stärken.

Der Staatssekretär führte zur Angelegenheit der Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsleitung und preußischer Landwirtschaftsverwaltung aus, daß die Meinungen über das Richtige und Notwendige eben verschieden seien; wenn das preußische Landwirtschaftsministerium einen größeren Schutz der Produzenten für notwendig halte, so tue es nur seine Pflicht. Es sei darauf angekommen, die Monopolisierung der Kartoffel in den Gemeindeverwaltungen zu sichern. Das sei durch die Verordnung vom 25. September d. Js. geschehen.

Ein Zentrumsabgeordneter hebt gleichfalls die Notwendigkeit hervor, die Verteilung richtig einzurichten. Er ermahnte die Kritik, eingedenk zu sein, Deutschland nicht vor dem Auslande bloßzustellen. Das Volk müsse den ernsten Willen sehen, daß alles geschehe, die Lebensmittel ausreichend und zu erschwinglichen Preisen zu beschaffen. Der Staatssekretär möge offen sagen, wo der Widerstand liege, und ob die Verhandlungen mit den Einzelstaaten so glatt verlaufen seien, wie dies im Kriege nötig sei. Der Redner fragte, warum der Weg der Versorgung durch die Organisationen der Landwirte nicht betreten worden sei, ob sie Widerstand geleistet hätten, ob dies der Handel getan oder schließlich die Städte versagt hätten. Verschiedentlich stelle der Zwischenhandel für die Vermittlung zwischen Groß- und Kleinhandel übertriebene Forderungen. Aber es habe auch verstimmt, wenn die Landwirte hier und da vorbeiging wären. Zu begrüßen sei, daß jetzt auch kleinere Mengen von Kartoffeln beschlagnahmt werden könnten. Besonders großen Kartoffelverbrauch habe das Industriegebiet des Westens, dessen Versorgung auf alle Fälle gesichert werden müsse. Die fleischlosen Tage müßten bestehen bleiben, denn durch sie werde auch jenen Bevölkerungskreisen begreiflich gemacht, daß Krieg sei, die sich bisher nicht eingeschränkt hätten. Die Schweinepreise seien so geregelt, daß sehr bald eine bessere Versorgung der Städte mit Fleisch eintreten werde. Die Versorgung mit Futtermitteln sei äußerst wichtig. Ob die Bereitstellung von 100 Millionen der richtige Weg sei, müsse sich noch zeigen.

Der Staatssekretär erklärte, daß die Debatte ergeben solle, was zur Besserung der Lage noch zu geschehen habe. Nicht Einzelne seien an den Schwierigkeiten schuld, sondern die vorliegenden Verhältnisse. Bei allen Instanzen hätten die Erfahrungen des Vorjahres dazu geführt, besonders vorsichtig zu sein. Diejenigen, die sich entschieden gegen einschneidende Maßregeln wehrten, beriefen sich gerade auf die Erfahrungen des Vorjahres. Die Städte hätten von den Vollmachten der Septemberverordnung teilweise erst Gebrauch gemacht, als sich die Möglichkeit ergeben habe, sich freihändig zu versorgen. Der Bundesrat habe ihn, den Staatssekretär, nach Kräften unterstützt, was er ausdrücklich dankend anerkenne. Die Schwierigkeit liege darin, daß es sich nicht nur um Ernährungsfragen, sondern auch um psychologische Fragen handle, was man noch nicht allgemein erfaßt habe.

Der Präsident der Reichsgetreidestelle und Unterstaatssekretär im preußischen Finanzministerium bezeichnete die Bedenken des Zentrumsredners gegen die Bereitstellung von Mitteln zur Schweinemästung als nicht begründet. Diese Maßnahme sei nötig, um die Mästung von Fettschweinen zu sichern, damit Fett gewonnen werde.

Ein weiterer sozialdemokratischer Redner bemängelte, daß der Bundesrat seine Anordnungen nicht immer mit der erwünschten Schnelligkeit erlassen habe. Es sei allgemein bekannt, daß der Widerstand vielfach in Preußen lag. Hierdurch könnte gegebenenfalls die Frage einer Verfassungsänderung aktuell werden. Man müsse fordern, daß eine ebenso umfassende Organisation wie für das Brot auch für Milch, Butter und Fleisch geschaffen werde. Die fleischlosen Tage nützen nicht soviel, wie der Zentrumsredner annehme. Wenn auch die Futtermittel knapp seien, so dürften doch immerhin Fettschweine vorhanden sein, die man bis jetzt schon abschlachten könnte. Auf dem Gebiete der Butterversorgung sei Bayern vorbildlich, das den Preis auf 2 Mark habe festsetzen können gegen 2.55 Mark in Norddeutschland. Die Bestimmung, daß nur Kartoffeln von Gütern über 10 Hektar beschlagnahmt werden könnten, beruhe dem Vernehmen nach auf einem Kompromiß mit dem Landwirtschaftsminister. Die Denkschrift des Bundesrates hätte etwas eingehender die Zustände auf dem Lebensmittelmarkt schildern können, die die Notwendigkeit zeitigen Durchgreifens bewiesen. Unbegründet sei der Vorwurf, daß die Städter zu wählerisch seien. Leider seien Kartoffeln für Frankfurt durch Verzögerung der Verladung erfroren. Es müßte eben vollendete Ordnung geschaffen werden und dies dürfe weder durch einen Mangel an Entschlußkraft noch durch äußeren Widerstand verhindert werden.

Der Staatssekretär erwiderte, daß es für das Ueberschußland Bayern viel leichter wäre, die Butterfrage zu regeln als für die Zuschußbezirke. Pommern, das gleichfalls ein Ueberschußgebiet sei, habe es so gemacht, wie Bayern, und der Erfolg davon sei, daß Berlin eine Butterknappheit habe. Die Reichsregierung erwäge eine Regelung nach der Richtung, daß größere Molkereien einen Teil ihrer Erzeugung für die Zuschußbezirke abgeben.

Nächst Sitzung Samstag Vormittag 10 Uhr.

Tägliche Rundschau
4./XII. 1915

Die Ernährungsfragen im Reichstagsausschuß.

Im weiteren Verlauf der Beratung des Haushaltsausschusses des Reichstags am Freitag vormittag führte der konservative Redner in seinen Darlegungen über die Erzeugungsmöglichkeit der deutschen Landwirtschaft noch aus: Infolge der Verfütterung von Futterrüben ist die Rübenablieferung an die Zuckerfabrikation gegen die Vorjahre etwas zurückgeblieben; darunter leidet die Zuckerherstellung. Der Rückgang der Erzeugung von Butter und Fetten ist nicht allein auf das Mißverhältnis zwischen Erzeugungs- und Verwertungspreis zurückzuführen. Der beste Regulator des Verbrauchs sind, wie der Volkswirtschaftler Richard Calwer ausgeführt hat, die Preise. Es ist absolute vaterländische Pflicht aller Landwirte, aus dem Boden zu holen, was möglich ist, auch dann noch, wenn es sich etwa nicht mehr lohnen sollte. So denken nicht nur alle Männer, sondern auch alle Frauen in der Landwirtschaft. Natürlich hat diese Opferwilligkeit ihre Grenze in der Leistungsfähigkeit. Darum muß zwischen Erzeugungs- und Verkaufspreis das richtige Verhältnis bestehen; es ist aber auf einigen Gebieten beeinträchtigt. Die

Futtermittelpreise

sind unverhältnismäßig höher gestiegen als die Preise für Vieh und Fleisch. Die Erzeugung eines Liters Milch kostet heute 15 Pf. mehr als in gewöhnlichen Zeiten. Es wäre zu wünschen, daß auch in den anderen Bundesstaaten das Vorgehen des preußischen Finanzministers befolgt werde, der sich bereitgefunden hat, Beiträge zur Vermehrung der Fleisch- und Fettvorräte durch Anschaffung von Schrot und anderen Futtermitteln für die Schweinemästung zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für eine allgemeine Durchführung dieser Maßnahmen im ganzen Reiche würden nur den Kosten weniger Kriegstage gleichkommen, und ein solches Opfer wäre um so eher zu tragen, als auf diese Weise die Quelle vieler Mißstimmung verstopft würde. Es ist unwirtschaftlich, etwa dem einen Landwirt die Futtermittel zu nehmen, um sie dem anderen zu geben. Dies würde letzten Endes die Einführung der Gemeinwirtschaft bedeuten, wie sie in Rußland besteht und die noch nicht ein Drittel unserer Erträge liefert. Auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung hätte ein Uebereinkommen mit den zuständigen Landwirtschaftskammern gute und billige Versorgung bewirkt, man hat aber im letzten Moment eine Beschlagnahme für nötig erachtet. Wenn nur die genügenden Eisenbahnwagen bestellt wären, so hätte im Westen eine Kartoffelknappheit nicht bestanden. Von Ausnahmefällen abgesehen, sind Kartoffeln zum Zweck von Preistreibereien nicht zurückgehalten worden. Eine Ursache der Preissteigerung liegt auch darin, daß im allgemeinen innerhalb des Landes mehr verdient werde. Für die Versorgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger sollte mehr gesorgt werden, da die Produktion durch Mehrverwendung von Stickstoffdünger gesteigert wird. Bessere Organisation der Gefangenenarbeit würde namentlich auch die kleinen Landwirte den Mangel an Arbeitskräften besser ertragen lassen; man hat den Landwirten die Pferde zu billigen Preisen genommen und soll ihnen daher auch wieder billige Pferde zur Verfügung stellen. Der ärmeren Bevölkerung ist der Nahrungsbezug durch entsprechende Maßnahmen zu verbilligen und zu erleichtern, damit berechtigte Klagen beseitigt und die Vermutungen und Hoffnungen unserer Feinde auf Aus-

Tägliche Rundschau

4./XII. 1915

Zur Nahrungsmittelversorgung.

Im Hinblick auf die zurzeit im Vordergrunde des politischen Interesses stehenden Fragen scheinen uns die nachfolgenden Ausführungen von Interesse, die der Landtagsabgeordnete Syndikus Hirsch-Essen in einer Reichstagswahlrede in Sangerhausen am 14. November gemacht hat. Da heißt es am Schlusse einer längeren Rede:

„Wenn jemals, so ist in diesem Kriege der enge Zusammenhang zwischen militärischer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit auf das engste hervorgetreten. Es ist hervorgetreten, daß die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung sowie die möglichst umfassende Aufrechterhaltung der gewerblichen Tätigkeit die Ergänzung bilden zu dem Durchhalten und zu den Erfolgen unserer Truppen im Felde, daß die Aufrechterhaltung unserer landwirtschaftlichen Betriebe und die Aufrechterhaltung gewisser gewerblicher Betriebe — vornehmlich des Kohlenbergbaues, der Eisenindustrie, der Sprengstoffindustrie, aber auch anderer Industriezweige — geradezu die Voraussetzung bilden für die Erzielung und Ausnützung militärischer Erfolge.

Wo wären wir wohl trotz allen glänzenden Siegen unserer todesmutigen Truppen, wenn die deutsche Landwirtschaft nicht auf die Höhe der Leistungsfähigkeit gebracht worden wäre, die sie, Gott sei Dank, heute aufweist, und die sie in die Lage versetzt hat, trotz allen Schwierigkeiten, die sich entgegenstellten, Heer und Volk zu ernähren; und wo wären wir, wenn nicht unsere Gewerbetätigkeit, gestützt auf deutsche Wissenschaft und Technik, es verstanden hätte, unser Heer mit allem, dessen es bedarf, mit Waffen, mit Munition und Sprengstoffen, mit Kleidung und Ausrüstung reichlich zu versorgen und gleichzeitig unserem Volke hinter der Front das zu liefern, was es nötig hat, bis zum Stickstoff aus der Luft? Von den verschiedensten Seiten angegriffen, abgeschnitten durch Englands völkerrechtswidrige Kriegführung von der Zufuhr von außen, sowohl bezüglich der Nahrungsmittel als auch der Rohstoffe, würden wir längst den Krieg verloren haben, wenn nicht Landwirtschaft und Gewerbetätigkeit die Ernährung und Versorgung des Heeres wie der Bevölkerung zu sichern verstanden hätten. Die Erfahrungen dieses Krieges müssen und werden dahin führen, daß in Zukunft die militärischen und wirtschaftlichen Dispositionen noch ganz anders als es bisher schon der Fall gewesen ist, Hand in Hand gehen werden, daß man bemüht sein wird, die Lücken auszufüllen, die sich in un-

Herausgeber: Heinrich Rippler, Berlin

ungsblatt für die Gebildeten al

mit

ängige Zeitung für nationale

Pester Ll

Die Approvisionierung der Hauptstadt.

— Sitzung der Zehnerkommission. —

Budapest, 3. Dezember.

Zwei wichtige, doch für das Publikum nichts weniger als angenehme Beschlüsse hat die Zehnerkommission für Volksverpflegung in ihrer heutigen Sitzung gefaßt: von nächster Woche an wird das Publikum kein Brotmehl mehr erhalten, außerdem sollen in nächster Zeit die Milchpreise erhöht werden. So unangenehm beide Beschlüsse für die Bevölkerung auch sein mögen, so notwendig waren sie. Die Erhöhung der Milchpreise ist notwendig, weil sonst an eine größere Milchzufuhr nicht zu denken ist, die Einstellung des Brotmehlverschleißes aber, weil die Vorräte der Hauptstadt an Brotmehl nahezu völlig erschöpft sind und weil — die Regierung es wünscht. Der Minister des Innern wünscht eigentlich eine noch radikalere Maßregel: die Einführung von Brotkarten, damit der Mehl- und Brotkonsum entsprechend eingeschränkt werde, doch begegnete dieser Wunsch des Ministers in der Sitzung lebhaftem Widerspruch. Vorläufig wird von der Einführung des Systems der Brotkarten Abstand genommen und die Hauptstadt beschränkt sich bloß auf die Einstellung des Brotmehlverschleißes, doch wenn sich die Verhältnisse nicht bald bessern, muß sich das Publikum auch auf die erwähnte radikalere Maßregel gefaßt machen.

Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Schweinefett und Speck.

Magistratsrat Ludwig v. Folkusházy erörterte zunächst die Regierungsverordnung über die Feststellung der Höchstpreise für Schweinefett und Speck. Er bemängelte, daß nicht auch die Preise des Schweinefleisches für das ganze Land maximalisiert wurden. Die lokale Feststellung der Detailpreise wird am 16. d. erfolgen.

Ministerialrat Johann v. Serbán führte aus, daß die Maximalisierung der Schweinefleischpreise für das ganze Land undurchführbar sei, weil hinsichtlich des Schweinefleisches in den verschiedenen Gegenden verschiedene Usancen herrschen.

Dr. Wilhelm Vázsonyi hält die Feststellung der Maximalpreise für lebende Tiere für notwendig, die sich ohne Schwierigkeiten durchführen ließe. Eine solche Maßregel hätte zur Folge, daß der Schweinebestand mehr geschont würde, denn die jetzigen hohen Preise der Schweine verleiten die Besitzer, sie auf den Markt zu werfen.

Nachdem noch Dr. Franz Springer, Friedrich Glück, Johann A. Horváth und der Vorsitzende gesprochen hatten, wurde die Mehlfrage verhandelt.

Einstellung des Brotmehlverkaufs.

Magistratsrat v. Folkusházy erwähnt, er habe in der letzten Sitzung mit Hinweis auf die Unzulänglichkeit der Mehlvorräte der Hauptstadt eine Restringierung der Brotmehlrationen vorgeschlagen. Sein Vorschlag wurde nicht angenommen, weil der Vertreter des Ministers des Innern erklärt hatte, daß die Hauptstadt im Bedarfsfalle in genügender Menge Getreide erhalten werde. Heute traf ein Reskript des Ministers des Innern ein, in dem der Minister bemerkt, daß die Budapester Bevölkerung den normierten Mehlkonsum um mehr als fünf Kilogramm pro Kopf und Monat überstiegen habe. Es gehe nicht an, daß das Publikum das Brotmehl in zweierlei Formen konsumiere: in Form von Mehl und in Form von Brot. Der Minister wünscht, der Magistrat möge dafür sorgen, daß die Bevölkerung nur so viel konsumiere, als vorgeschrieben wurde; da dies nur mit Hilfe von Brotkarten möglich sei, möge die Hauptstadt für die Einführung von Brotkarten sorgen. Der Magistrat erklärte, die Approvisionierungssektion sei derzeit noch nicht in der Lage, in dieser Sache einen konkreten Antrag zu stellen, vielleicht werde sich diese Maßregel überhaupt als überflüssig erweisen. Er hält es für sonderbar, daß nur von der Bevölkerung der Hauptstadt gefordert wird, „sich Entbehrungen aufzuerlegen", während in der Provinz der Mehlkonsum nicht beschränkt wird. (Zustimmung.) Schließlich beantragt Redner, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage von nächster Woche an der Verschleiß von Brotmehl eingestellt werde.

Sektionsrat Julius v. Kißely bemerkt, es sei hier in erster Reihe von der Feststellung jener Menge die Rede, die das Publikum konsumieren darf. Die Verhältnisse gebieten größte Sparsamkeit.

Dr. Wilhelm Vázsonyi hält es für notwendig, daß die Lage endlich geklärt werde. Die Vorwürfe, daß man in der Hauptstadt verschwenderisch mit dem Mehl gewirtschaftet habe, seien unbegründet. Der Mehlkonsum der Provinz werde nicht kontrolliert, umso schärfer aber der der Hauptstadt. Redner spricht sich entschieden gegen die Einführung von Brotkarten in Budapest aus. Eine derartige Regelung des Mehlkonsums dürfe sich nicht bloß auf die Hauptstadt beschränken, sie müßte auf das ganze Land ausgedehnt werden. Redner bedauert, daß die Regierung jedem gestattet habe, sich Mehl zu verschaffen; infolgedessen sei man jetzt außerstande, zu beurteilen, wer Mehl hat und wo Mangel an Mehl herrscht. Die Mehlknappheit sei nicht durch übermäßigen Konsum, sondern durch äußere Umstände, die nicht allein in Budapest wahrnehmbar waren, verursacht worden. Es war nur natürlich, daß das Publikum der Hauptstadt reichlicher mit Mehl versehen wurde, denn das Mehl ersetzte ihm auch andere Lebensmittel, die wegen ihrer unerschwinglichen Preise dem Publikum unzugänglich waren. Redner weist sodann auf die Nachteile des Systems der Brotkarten hin. Es war — sagte er — bisher unser Stolz, daß das Budapester Publikum mit Brotkarten verschont wurde. Nur wenn sie im ganzen Land eingeführt werden, darf man sie auch in Budapest einführen. Redner beantragt, in einer an die Regierung zu richtenden Eingabe auf all das hinzuweisen und zu erklären, daß sich die Hauptstadt jeder Maßregel gern unterwerfen wolle, wenn sie für das ganze Land ins Leben gerufen würde. Die Regierung werde ferner ersucht, nach den Vorräten zu forschen und dann für ihre proportionelle Verteilung zu sorgen.

Sektionsrat Julius v. Kißely bestreitet, daß die Regierung der Hauptstadt den Vorwurf machen würde, sie habe verschwenderisch mit dem Mehl gewirtschaftet. Die Regierung wolle nur verhindern, daß das Publikum das Mehl in übermäßiger Mengen konsumiere.

Bürgermeister Dr. Stefan Báreczy bemerkt, daß die von der Hauptstadt ins Leben gerufenen Maßregeln durch die Umstände begründet waren. Da jeder sich beliebige Mehlmengen frei beschaffen konnte, wollte die Hauptstadt auch diejenigen Kreise reichlich mit Mehl versorgen, die nicht in der Lage waren, sich mit größeren Vorräten zu versehen.

Franz Székely schließt sich den Ausführungen Dr. Vázsonyis an. Er spricht sich dagegen aus, daß man das Brotmehl dem Publikum völlig entziehe, und beantragt, daß dem Publikum 50 Dekagramm Kochmehl und ebensoviel Brotmehl pro Kopf und Woche angewiesen werde.

Vizebürgermeister Dr. Theodor Bódy konstatiert, daß die Hauptstadt statt der bestellten Getreidemenge von einer Million Meterzentner nur 676.000 Meterzentner erhalten habe. Er weist nach, das Budapester Publikum habe nicht soviel Mehl konsumiert, als in dem Reskript des Ministers angegeben wird. Außer den Budapester Konsumenten haben auch die Bewohner der Umgebung hier ihren Brotbedarf gedeckt und auch die hier weilenden Fremden konsumierten viel, noch viel mehr aber das Militär und die hiesigen Spitäler. Der Vorwurf, daß man hier mit dem Mehl nicht gut gewirtschaftet habe, sei also unbegründet. Brotkarten könne man schon deshalb nicht einführen, weil sonst die in den benachbarten Orten wohnenden, in Budapest beschäftigten Arbeiter hier kein Brot erhalten könnten. Das würde böses Blut machen. Als einziges Mittel zur Besserung der Lage empfiehlt Redner die Einstellung des Verkaufes von Brotmehl an das große Publikum; die Kochmehlrationen sollen dagegen unverändert bleiben.

Dr. Wilhelm Vázsonyi tadelt das Vorgehen der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft, die in einem Blatte von der Hauptstadt gewissermaßen Rechenschaft über die Verwendung ihrer Mehlvorräte fordern wollte. Die Unternehmung habe sich darum nicht zu kümmern. Ihre Aufgabe sei bloß, die Bestellungen von Getreide zu effekturieren, was sie jedoch nicht vermag. Redner kommt dann wieder auf die Ursachen der Mehlknappheit zu sprechen und konstatiert, daß in erster Reihe die Transportschwierigkeiten daran schuld sind. Schließlich beantragt er, daß die ganze Mehlfrage vor die Generalversammlung gebracht werde, die dann entscheiden soll.

Magistratsrat v. Folkusházy spricht sich gegen den Antrag aus. Die Mehlnot sei bereits da, man müsse schon jetzt den Konsum einschränken und die einschränkende Maßregel dürfe nicht verschoben werden.

Die Kommission beschloß, daß schon von nächster Woche an kein Brotmehl verkauft werde und sprach den Wunsch aus, daß der Magistrat die Mehlfrage vor die Generalversammlung bringe.

Erhöhung der Milchpreise.

Es folgte nun die Milchfrage.

Magistratsrat Ludwig v. Folkusházy verliest ein Reskript des Ministers des Innern, worin er sich bereit erklärt, im Sinne der Wünsche der Hauptstadt die nötigen Schritte einzuleiten, daß die Butterpreise in der ganzen Monarchie geregelt werden und sich zu diesem Zwecke mit der österreichischen Regierung in Verbindung zu setzen. Der Minister ist ferner geneigt, auch die Frage der Herstellung und Verwendung von Schlagobers für das ganze Land zu regeln. Die Einfuhr von Schlagobers aus dem Auslande wird gestattet. Schließlich wünscht der Minister, daß die Milchpreise mit Rücksicht auf die Interessen der Produzenten erhöht werden. Redner beantragt, die Kommission möge die Approvisionierungssektion beauftragen, die zur Erhöhung der Milchpreise nötigen Schritte einzuleiten und mit den interessierten Kreisen zu verhandeln. Die Behörde werde dafür sorgen, daß die Interessen der Produzenten gewahrt werden, um sie hiedurch zu einer größeren Milchproduktion anzuspornen. Bei dieser Gelegenheit konstatiert er, daß in der letzten Woche die Milchzufuhr wieder um 4000 Liter abgenommen hat. Redner weist sodann darauf hin, daß in Oesterreich die Milchfrage für das ganze Land geregelt wurde. In Ungarn sei das nicht geschehen, trotzdem die Hauptstadt es wiederholt gewünscht habe.

Dr. Wilhelm Vázsonyi ersucht den Bürgermeister, die Vertreter der Städte zu einer Konferenz einzuberufen, damit in der Frage der Erhöhung der Milchpreise eine einheitliche Vereinbarung der Städte erfolge. Man müsse unbedingt dafür sorgen, daß die Preisdifferenz den Produzenten zugute komme, denn nur in diesem Falle könne man auf eine Vermehrung der Milchproduktion rechnen.

Nachdem noch Franz Székely, Gustav G. Ehrlich, Ministerialrat Johann v. Serbán und Dr. Franz Springer gesprochen hatten, nahm die Kommission den Antrag Dr. Vázsonyis an, wonach die Vertreter der Städte zur Stellungnahme in der Frage der Erhöhung der Milchpreise aufgefordert werden, und beschloß, daß die Approvisionierungssektion inzwischen die nötigen Schritte einleiten solle.

Um 7½ Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Kölnische Zeitung 5./XII. 1915.

Die Volksversorgung im Hauptausschuß.

Die Volksversorgung im Hauptausschuß.

♀ **Berlin**, 4. Dezember. (Telegr.)

Der Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt setzte heute vormittag die Beratung der Volksernährungsfragen fort. Ein welfischer Abgeordneter zog aus der bisherigen Erörterung den Schluß, daß die Vorräte an Brotkorn und Kartoffeln bei fortgesetzt sparsamer Wirtschaft ausreichen. Die meisten Schwierigkeiten werde die

Versorgung mit Fett

bereiten. Die Zählung vom 1. Oktober habe zwar einen nicht unerheblichen Zuwachs an Schweinen ergeben; aber an Fettschweinen bestehe zurzeit noch ein Mangel. Günstiger liege die Sache beim Rindvieh. Unser Pferdebestand sei an Zahl nicht zurückgegangen. In Zukunft werde dafür gesorgt werden müssen, daß auch die Qualität die alte bleibe. Verstimmung erregte es, daß die Verordnungen der Regierung verspätet kamen und lückenhaft waren. Die Butterpreie stiegen seit Beginn der Weidezeit; dann setzte auch die Preissteigerung in Kopenhagen ein. Hätte man damals den Preis auf 2 ℳ festgesetzt, so wäre dies des Weidegangs wegen ausreichend auch für die Konsumenten gewesen. Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern gab Auskunft über die Heranführung von Vorräten auf der Donau, so lange sie fahrbar bleibe. Über die Schwierigkeiten auf dem Fettmarkt werde man durch eine bessere Organisation des Handels hinwegkommen müssen, die inzwischen eingetreten sei. Der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei führte aus, daß die Erhebungen über die Bestände an sich nicht gerade kolossale Überschüsse ergäben, jedoch lehre die Erfahrung, daß die Angaben bei den Erhebungen stark hinter der Wirklichkeit zurückzubleiben pflegt. Sobald sich die tatsächlichen Bestände übersehen ließen, müsse die Brotration erhöht werden. Die Leistungsfähigkeit der Donauschiffahrt am Eisernen Tore könnte durch Einrichtung von Schleppbahnen verdoppelt werden. Ebenso wäre die Leistungsfähigkeit der ungarischen Eisenbahnen durch Anlage von Ausweichstellen zu steigern. So könnte es ermöglicht werden, die Futterversorgung bedeutend zu verbessern. Die Verordnungen hätten viel früher erfolgen können. Wenn durch die Vorverhandlungen mit Preußen und insbesondere mit dem Landwirtschaftsministerium zu viel Zeit verloren ginge, um diese Verschleppung zu vermeiden, möge man damit brechen, die Bundesratsverordnungen stets zunächst dem preußischen Staatsministerium vorzulegen. Wäre die Kartoffelverordnung früher erlassen worden, so hätte man viele Schwierigkeiten vermieden. Auch hier läge die Schuld an den gleichen Ursachen. Das

jetzige milde Wetter

sollte man benutzen, um die Versorgung der großen Städte zu beschleunigen. Das Geschäftsgebaren der Zentraleinkaufsgesellschaft verteure vielfach die Waren. (Der Redner verlas zum Beweise dafür verschiedene Zuschriften.) Dieses Vorgehen erschwere die Einfuhr und rufe beim Handel, wie bei Produzenten und Konsumenten Verärgerung hervor. Man sollte den Großhandel organisieren und ihn verpflichten, die Waren mit einem mäßigen Aufschlag an den Kleinhandel weiterzugeben. Dann würden auch die Klagen über Bevorzugungen und Zurücksetzungen verstummen. Die Versorgung müsse erleichtert und gleichmäßiger werden. Gelegentlich werde die schnelle Verteilung auch durch im Kriege unvermeidlichen Wagenmangel erschwert. Die Militärverwaltung möge tunlichst einen Teil der gelernten Leute in den Betrieben belassen. Der Reichsschatzsekretär erklärte die Ausführungen des Vorredners über die Widerstände im preußischen Staatsministerium als nicht zutreffend. Wenn Verzögerungen entstanden seien, so waren sie auf die Notwendigkeit gründlicher Beratung zurückzuführen. Ein Regierungsvertreter stellte in bezug auf die vorhin verlesenen Schriftstücke fest, daß es sich bei dem Vorgehen der Z. E. G. darum handelte, der Allgemeinheit einen Teil des in Aussicht stehenden großen Gewinns zu sichern. So wie jetzt die Organisation gestaltet sei, erscheine die richtige Verteilung am besten gesichert. Ein reichsparteilicher Abgeordneter wünschte dringend die Erhöhung der Brotration im Interesse aller körperlich Arbeitenden. Nach dem Ausfall der Viehzählung vom 1. April erscheine die Fettversorgung gesichert. Die Zunahme der Schweine im Alter von 3 Jahren bis 1 Jahr sei geradezu erstaunlich. Wenn das Landwirtschaftsministerium nicht die Interessen der Landwirtschaft vertreten solle, so wäre es überhaupt überflüssig, daß die Reichsgetreidestelle die Brotversorgung des Volkes für mehr als gesichert halte, werde durch die Überweisung erheblicher Brotkornmengen zur Fütterung bewiesen. Die Kartoffelernte sei eine reiche. In den Viehbeständen hätten wir so große Reserven, daß jegliche Sorge unberechtigt erscheinen müßte. Butterkarten würden wenig nützen; damit vermehre man die Vorräte nicht. Zu begrüßen sei das Vorgehen des preußischen Finanzministers, den Schweinemästern zu angemessenen Preisen Futter zur Verfügung zu stellen. Denjenigen, die nicht in der Lage sind, sich die erforderlichen Lebensmittel zu verschaffen, müsse geholfen werden. Neben dem Brotgetreide seien die Kartoffeln das unentbehrlichste Lebensmittel, Frühkartoffeln seien in sehr erheblichem Maße angebaut. Ihre Ernte wie die der Spätkartoffeln habe sich durch die Witterung verzögert, und die Überführung der Kartoffelmengen sei nicht gelungen, weil die größern Gemeinden sich um die Frühkartoffeln nicht bekümmert hätten. Als dann frühzeitig im Osten Frost eintrat, seien die Gemeinden unruhig geworden und hätten die Abfuhr verlangt, die wegen der noch nicht beendeten Rübenernte aber nicht möglich gewesen sei. Von einem Mangel an gutem Willen könnte nicht gesprochen werden. Ein anderer fortschrittlicher Abgeordneter erklärte, mit dem Berichterstatter darin einig zu sein, die Ernährungsfragen

ruhig und sachlich

zu behandeln. Bedauerlich sei, daß draußen im Lande die agrarische Presse nicht nach diesen Grundsätzen verfahre. Es müsse beunruhigen und arg verstimmen, wenn von dieser Presse gerade dann höhere Preise gefordert würden, wo die Minderbemittelten die Teurung schon schwer genug empfänden. Selbstverständlich könne die Landwirtschaft nicht dauernd unter den Herstellungspreisen verkaufen, aber man dürfe in diesen Klagen auch nicht zu weit gehen. Die Einführung einer Fettkarte für Kunstfette und von Höchstpreisen unter Berücksichtigung der Minderbemittelten sei erwünscht. Irrig seien die Ausführungen des konservativen Redners, daß die Futterpreise zehnmal mehr gestiegen seien als die Viehpreise. Man dürfe nicht lediglich die teuersten Futtermittel zur Grundlage der Berechnung machen. Das Vorgehen des preußischen Ministers des Innern in der Futterversorgung sei zu begrüßen. Bei der Verteilung der Futtermittel seien bedauerliche Ungleichmäßigkeiten vorgekommen. Es stehe zweifellos fest, daß die Kartoffelverordnung durch die Schuld des preußischen Landwirtschaftsministeriums verzögert worden sei. Der Staatssekretär des Innern habe erklärt, der preußische Landwirtschaftsminister habe seinen Ressortstandpunkt vertreten; der Reichsschatzsekretär aber gesagt, der Landwirtschaftsminister habe die allgemeinen Interessen vertreten. Über diese Differenz könne nicht ohne weiteres hinweggegangen werden. Für des Redners Partei unterliege es keinem Zweifel, daß die Ursache der Verzögerung im Landwirtschaftsministerium liege. Eine offiziöse Korrespondenz sollte sich jeder Polemik enthalten; in dem Nachrichtendienst für Ernährungsfragen, der vom preußischen Ministerium des Innern herausgegegben werde, sei aber Objektivität zu vermissen. Ein nationalliberaler Bauernbündler begrüßt gleichfalls die Futtermaßnahmen des Ministeriums des Innern, wünscht aber, daß alle Gegenden gleichmäßig berücksichtigt werden. Die erheblichen Vorräte an Schlachtschweinen, die bei Kriegsausbruch vorhanden waren und die auf der riesigen Zufuhr von ausländischem Futter im Frieden beruhten, hätten es ermöglicht, daß wir bis Weihnachten 1914 normale Preise hatten. Alle Maßnahmen der Regierung zeugten von mangelndem Verständnis für den Kleinbetrieb und die Schuld daran liege beim preußischen Landwirtschaftsminister, gegen den schon vor dem Kriege Beschwerden wegen ungenügender Berücksichtigung sozialpolitischer Grundsätze erhoben werden mußten. Bezüglich der Produktionskosten und der

Rentabilität der Landwirtschaft

schließt sich der Redner seinem fortschrittlichen Vorredner an; einzelne Betriebe möchten ja Not leiden, namentlich diejenigen, die viel zukaufen müssen, im ganzen aber seien die Angaben des fortschrittlichen Abgeordneten auch für größere Bauernwirtschaften zutreffend. Darauf trat die Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung sprach als erster ein konservativer Abgeordneter vom Bunde der Landwirte. Er führt aus, daß der Ausspruch,

der Wille zum Durchhalten,

habe unter dem Druck der Nahrungsmittelpreise gelitten, durch nichts berechtigt sei. Brot sei nicht wesentlich teurer als im Frieden. Die Kartoffeln ständen unter dem Friedenspreis, und in Deutschland seien die Preise niedriger als im Ausland. Die gleiche Menge Brot, die in Frankfurt 60 ₰ koste, werde in England mit 80 ₰ bezahlt. Die Tonne Weizen dort mit 270 ℳ, bei uns mit 260 ℳ. Weizenmehl mit 37,75 ℳ gegen 36,75 ℳ. Der Rindfleischpreis bei uns sei verhältnismäßig wenig gestiegen, und sei niedriger als im Auslande. Milch koste in Berlin 28 ₰, in England 48 ₰, die Butter in Petersburg 3,40 ℳ. Wir hätten also keinen Anlaß zu klagen. Die Sozialdemokraten seien untereinander selbst uneinig. Der eine sage, die Landwirte hätten die Kartoffeln zurückgehalten, der andere bestreitet dies. Eine Teuerung sei in Lebensmitteln eigentlich nicht vorhanden, aber andere Artikel seien um 50 und 100 Prozent gestiegen, zum Bei-

Die Ernährungsfragen im Reichstagsausschuß.

Der Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt setzte heute vormittag die Beratung über die Volksernährung fort. Ein fortschrittlicher Abgeordneter wies auf die Tatsache hin, daß im Westen ein Mangel an Kartoffeln bestand. Die Vertreter der Landwirtschaft hätten das rechtzeitige Eingreifen der Regierung mannigfach verhindert; auch heute noch mangle es an der richtigen Verteilung. Wenn die Preisprüfungsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates erklärte, daß die richtige Verteilung ohne Höchstpreise besser erfolgt sein würde, so ist dem entgegenzuhalten, daß dann die Preise vielleicht um 2 M. höher gewesen sein würden. Des Redners Partei erkenne in vollem Umfange die Schwierigkeiten der Landwirtschaft an, sie wolle die Lebensmittelerzeugung durchaus nicht stören und sei gleichfalls der Meinung, daß ausreichende Preise bewilligt werden müßten. Ein Kartoffelpreis von 2,75 M. müsse ausreichen, dagegen hätte der vom Landwirtschaftsrat vorgeschlagene Preis von 4 M. gerade aufreizend gewirkt. Auch die übrigen Preise reichen aus; ein Schweinepreis von 120 M. bedeute eine Verdoppelung des Friedenspreises. Die Vertreter der Landwirtschaft haben den Anspruch auf Zollschutz stets mit dem Hinweis darauf begründet, daß im Kriege die Landwirtschaft leistungsfähig erhalten werden müsse; wenn nun gesagt werde, daß die jetzigen Viehpreise nicht genügten, so sei zu erwidern, daß man im Frieden Gefrierhäuser in ausreichender Menge gebaut haben würde, die Vorräte an Schweinen konserviert hätten werden können. Die Partei des Redners habe stets betont, daß im Kriege die Viehhaltung gefährdet sein würde, dies sei jedoch von landwirtschaftlicher Seite bestritten worden. Wenn der agrarische Redner am Sonnabend darüber geklagt habe, daß die Schweinepreise zu spät festgesetzt worden seien, so müsse betont werden, daß die Landwirtschaft ein Interesse an dieser Verspätung gehabt habe. Wenn den Landwirten ausreichende Preise bewilligt werden sollen, so könne aber auch das Gewerbe nicht mit Schaden arbeiten, so dürfe die richtige Verteilung der Waren nicht gefährdet und auch den Verzehrern nicht Anlaß zu Klagen gegeben werden. Mißstimmung muß es hervorrufen, wenn an einem Ort Mangel, an einem anderen Ueberfluß herrsche. Es müsse auch darauf hingewirkt werden, daß die Maßregeln der Regierung nicht in den einzelnen Verwaltungsbereichen durchkreuzt werden. Die Projektenmacher störten die ruhige Entwicklung, der Schrei nach Höchstpreisen habe auch nicht immer genützt.. Die Durchführung der Fleischkarte hält der in der Gemeindeverwaltung hervorragend tätige Redner unmöglich. Wenn Butter zur Verfügung stehe, könnte man Karten einführen, wobei ähnlich wie bei der Milch auf die berechtigten Interessen der einzelnen Familien Rücksicht zu nehmen wäre. Im Kriege sei Teuerung wohl nicht zu vermeiden, aber wir wollen doch danach streben, daß der Wirtschaftsdruck bei uns geringer sei als in England und Frankreich. Die Partei des Redners habe Ueberverdienste in Handel und Industrie immer heftig bekämpft, wie sie besonders in der Lederindustrie erzielt werden, und deshalb trete man für die Kriegsgewinnsteuer ein. Die Rede des agrarischen Abgeordneten am Sonnabend hätte an Agitationsreden aus der Friedenszeit erinnert; er habe vergessen, daß diejenigen, die ihr Gewerbe stillstehen lassen müssen, viel schwerer leiden als die Landwirtschaft, deren großen Verdiensten gegenüber die Verdienste von Handel und Industrie nicht verschwiegen bleiben dürfen. Wir alle müssen

ohne Aufreizung einzelner Berufsklassen gegeneinander

nur das Bestreben haben, durchzuhalten. Die Schwierigkeiten dürfen nicht agitatorisch ausgenutzt werden, und deshalb müssen die hervorgetretenen Schäden soweit als möglich beseitigt werden.

Ein Zentrumsabgeordneter berichtete, daß die kleinen und mittleren Bauern in seiner niederbayerischen Heimat unter der Flut der Verordnungen leiden und die vielfachen Enteignungen mit Schmerzen ertragen. Die Zentralisierung der Maßregeln sei bis zu einem gewissen Grade zu begrüßen, z. B. bei der Hereinbringung der Futtermittel, die Zentralisierung auch auf die Verteilung auszudehnen, sei nicht ratsam. Die Wasserstraße der Donau könne durch stellenweise Kanalisierung erheblich verbessert worden. Auf die Bedürfnisse der kleineren Brauereien müsse die nötige Rücksicht genommen werden. Im Süden wirkten die fleischlosen Tage vielfach bequemer als im Norden. Der süddeutsche Landwirt habe die Herabsetzung der Preise willig auf sich genommen in der Erwartung, daß dies dem Verbraucher nützen werde. Die Spesen des Zwischenhandels seien jedoch zu hoch. Hauptsache sei die Aufrechterhaltung der Erzeugung, die Preisfrage komme erst in zweiter Linie. Die Ernte in Niederbayern sei befriedigend, hiernach könne man sehr zuversichtlich sein. Die Regelung der Butterversorgung in Bayern durch die Militärbehörden war nötig, weil eine wilde Preistreiberei eingetreten war. Im Süden sei der Butterverbrauch viel geringer als im Norden. Wenn die bayerische Landwirtschaft auch größere Schwierigkeiten zu überwinden habe, so sei sie noch lange nicht am Ende ihrer Kräfte. Unerwünscht sei ein unnötiger Zwang, und darum sollten weitere behördliche Regelungen möglichst vermieden werden. Die Fleischversorgung sei bereits mit am besten geregelt. Alle Berufsstände, Stadt und Land, müßten vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Ein konservativer Redner betonte, daß hohe Preise notwendig seien, um die Nahrungsmittelerzeugung auf das höchste anzuspannen. Die Presse habe den Burgfrieden nicht gewahrt, und würdige nicht genügend die Schwierigkeiten der Landwirtschaft. Dem preußischen Landwirtschaftsminister, der schon im Oktober die Freigabe von Waldstreu und anderes mehr angeordnet habe, dürfe man keinen Vorwurf machen, wenn er für die Erhaltung der Produktion eintritt. Die Kartoffel sei insofern eine sehr delikate Frucht, als ihr Futterwert viel höher sei als in den Höchstpreisen zum Ausdruck komme. Die nicht genügende Beschickung der Kartoffelmärkte sei zurückzuführen auf ungünstiges Wetter, Wagen- und Arbeitermangel, aber auch auf Nervosität der Verzehrer. Die Preise der Kartoffelerzeugnisse seien nicht zu hoch, dies werde durch das mangelnde Angebot an die Fabriken bewiesen. Der Spirituspreis sei gegenüber den Herstellungskosten auch nicht zu hoch. Die Erträge einzelner Wirtschaften lassen keinen Schluß für die Allgemeinheit zu. Während der agrarische Redner einen Rückgang der

Einnahmen der deutschen Landwirtschaft

um etwa 2 Milliarden berechnet habe, nehme der fortschrittliche Abgeordnete ein Steigen ihrer Einnahmen um 3 Milliarden an; für die letztere Annahme wären jedoch die Grundlagen nicht gegeben. Hätten wir nicht hohe Zölle gehabt, so wäre die Landwirtschaft nicht in der Lage gewesen, so wie es geschehen ist, Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen. Die vermehrte Abschlachtung von Kühen und Färsen sei nicht erwünscht, weil sonst der Mangel an Milch und Butter verschärft werde. Erwünscht sei, daß die verschiedenen Berufskreise ihre Interessen gegenseitig besser würdigten und sich besser verstehen lernten.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter meinte, daß die letzte Mahnung des Vorredners nicht erleichtert werde durch dessen eigene Rede und die Ausführungen des agrarischen Redners am Sonnabend. Die Zahlen über das Verhältnis der Lebensmittelpreise bei uns und im Ausland, die der Schatzsekretär gegeben habe, seien ohne weiteres für uns nicht brauchbar. Der 400-Millionen-Fonds zur Hilfeleistung an die Gemeinden habe gewiß mildern gewirkt, aber noch nicht ge-

7./XII. 1915

95

Tägliche Rundschau 14./XII. 1915

14
104

Die Ernährungsfragen im Reichshaushaltsausschuß.

Der Reichshaushalts-Ausschuß des Reichstages fuhr heute in der Beratung der Volksernährungsfragen fort. Ein bayerischer Zentrumsabgeordneter empfahl die Einführung von auf Namen lautenden Schlußscheinen durch die Reichsgetreidestelle als Mittel der Ueberwachung. Ein nationalliberaler Abgeordneter beklagte die nicht gleichmäßige Verteilung der Futtermittel; sie sollten durch die Gemeinden und Genossenschaften verteilt werden. Ein Zentrumsredner schloß sich dieser Meinung an. Ein Regierungsvertreter bemerkte zu den Anträgen auf Zuteilung von Fleisch und Fett, daß man nur dann zuteilen könne, wenn man wisse, was vorhanden sei. Ueber die Möglichkeit der Einführung von Fleischkarten schweben Erwägungen. Nicht ganz so groß seien die Schwierigkeiten bei Einführung von Butterkarten, dagegen viel größer in bezug auf Fettkarten. Diese Fragen könnten nur von den Gemeinden gelöst werden. Es sei unmöglich, eine allgemeine Regelung für das ganze Reich vorzunehmen. Für ausländisches Fleisch ließen sich Höchstpreise nicht einführen. Höchstpreise für Rindvieh müßten das letzte Mittel bleiben. Der gesamte Handel müßte an der gedeihlichen Lösung all dieser Fragen interessiert werden. Ein fortschrittlicher Abgeordneter besprach die Beschwerden über die Höchstpreise für Stroh wegen ihrer wechselnden Höhe. Der vermehrte Auftrieb auf dem Rindermarkt sei zurückzuführen auf den Schluß der Weidezeit. Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß schon im Frühjahr 1915 80 000 Stück Vieh nach Belgien auf Weide gebracht wurden. Im kommenden Frühjahr werde ähnliches geschehen. Der Redner gab dann Auskunft über die Beschaffung von Futtermitteln aus Kurland. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter klagte über Preistreiberei bei Rindfleisch, es müßten Höchstpreise eingeführt werden, schon um die Milchversorgung zu sichern. Abschlachtung von Milchvieh sei zu verhindern. Der höhere Preis für Auslandsfleisch mag berechtigt sein, jedoch erst wenn durch Einführung der Fleischkarte die inländische Erzeugung für die Minderbemittelten gesichert sei. Die städtischen Viehhalter seien in besonders ungünstiger Lage. Es müßten die kleinen Viehhalter bei Verteilung der Futtermittel überhaupt besser berücksichtigt werden. Der neue Unterstaatssekretär für die wirtschaftlichen Fragen führte aus, daß die Zentralisation des Futtermittelhandels so weit wie möglich durchgeführt sei. Die Ernte im Osten wird, soweit es geht, geborgen. Ein agrarischer Abgeordneter wies nochmals darauf hin, daß zu niedrige Preise die Erzeugung störten. Ein allgemeines Schlachtverbot für Milchkühe würde unrationell sein; richtig sei es dagegen, das Vieh dorthin zu bringen, wo Futter vorhanden ist. Ein fortschrittlicher Abgeordneter erwiderte, daß die Erzeugerpreise selbstverständlich ausreichen müßten, jedoch dürfen sie nicht so festgesetzt werden, daß den Konsumenten ausreichende Ernährung allzu sehr verteuert werde.

Nunmehr kam der Ausschuß zur

Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Auf konservativen Antrag wurde beschlossen, den Bundesrat um folgenden Zusatz zur Gersteverordnung zu ersuchen: „Im Falle einer nachgewiesenen Mißernte hat der Verzicht unter Anrechnung auf die Lieferungspflicht zu erfolgen." Angenommen wurden aus den Vorschlägen der Sozialdemokraten erstlich, daß für Fabrikkartoffeln der Höchstpreis für Speisekartoffeln mit einem dem geringeren Stärkegehalt entsprechenden Abzug gelte; weiter das Ersuchen, die Höchstpreise für Speisekartoffeln, die nicht bis zum 1. Dezember 1915 angemeldet sind, um 25 v. H. herabzusetzen, und endlich eine Frist zu bestimmen, bis zu der die Gemeinden die Höchstpreise für den Kleinhandel einführen müssen. Angenommen wurde darauf eine Entschließung des Zentrums über Beurlaubung von für die Volksernährung notwendigen Arbeitskräften, Förderung der Einfuhr ausländischer Futtermittel unter Vereinheitlichung des Einkaufs, Erschließung und Verwendung neuer Futtermittelstoffe und gerechte Verteilung aller vorhandenen Futtermittel. Der Ausschuß stimmte dem fortschrittlichen Antrag auf Annahme einer umfangreichen Resolution über Verteilung der Futtermittel nach Maßgabe des Viehbestandes, Futterverteilung an Geflügelzuchtanstalten, Belassung unentbehrlicher Futtervorräte bei den Landwirten, Berücksichtigung der keine Gerste bauenden Betriebe, angemessene Beteiligung des Großhandels, stärkerer Anbau von Zuckerrüben, Nichterhöhung der Zuckerpreise, Herstellung stickstoffhaltigen Kunstdüngers, Festsetzung einheitlicher Mehl-, Brot- und Butterhöchstpreise für größere Bezirke, Einführung von Fettkarten, Ersatz der vollen Selbstkosten bei Beschlagnahmen eingeführter Waren, Vermeidung jeder nicht unbedingt erforderlichen Verteuerung durch die Zentraleinkaufsgesellschaft und endlich Freigabe des für den Heeresbedarf nicht notwendigen Leders unter Herabsetzung der Höchstpreise für Sohlen- und Oberleder. Weiter nahm der Ausschuß eine konservative Resolution an, auf Aenderung der Kartoffelverordnung dahin, daß auf die sicherzustellenden Mengen alle Kartoffeln anzurechnen seien, die der Erzeuger nachweislich als Speisekartoffeln verkauft habe. Auch die sozialdemokratische Resolution auf Ermäßigung der Lederpreise wurde angenommen, desgleichen die Resolution der Sozialdemokraten auf Verleihung eines Einfuhrmonopols für Lebensmittel an die Zentraleinkaufsgesellschaft und Festsetzung von Verkaufspreisen für die dringend notwendigen Nahrungsmittel unter Entschädigung der ZEG. durch das Reich für etwaige Verluste. Abgelehnt wurde eine konservative Entschließung, daß beim Ausdrusch abfallende Unkrautsamen, Schmutz usw. nicht dem Hinterkorn zugerechnet und daß das aus dem Brotgetreide anfallende Hinterkorn dem Erzeuger belassen werde; abgelehnt wurde weiter eine konservative Resolution betreffend Ausgleich der Beschäftigung aller Mühlen Deutschlands, abgelehnt wurde auch eine reichsparteiliche Resolution ähnlichen Inhalts. Dagegen wurde eine nationalliberale Resolution angenommen auf möglichst gleichmäßige

Beschäftigung der Mühlenbetriebe nach ihrer Leistungsfähigkeit.

Angenommen wurde die Entschließung eines Mitgliedes der Wirtschaftlichen Vereinigung, bei der Verteilung der Beschäftigung der Mühlen auch das von Privatmühlen für die Heeresverwaltung vermahlene Getreide anzurechnen. Eine sozialdemokratische Entschließung über Verbot der Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit in den Getreidemühlen fand Annahme.

Auch der sozialdemokratische Antrag auf Rationierung von Kartoffeln, Fleisch und Fetten und Festsetzung von Beschlagnahmen fand Annahme.

Der Ausschuß setzte nach diesen Abstimmungen die Beratung fort. Ein Regierungskommissar bezeichnete die Preise des zur Verschrotung freigegebenen Getreides als erträglich. Ein Fortschrittler glaubt, daß Höchstpreise für Rindvieh nur verteuernd wirken würden, weil die Qualitäten zu verschieden seien. Einschränkung des Fleischgenusses in allen Ständen wäre erwünscht, auch bei denjenigen Arbeitern, die jetzt besonders viel verdienen. Die Einführung der Fleischkarte sei besonders für Rindfleisch praktisch unmöglich. Die Verteilung der Futtermittel auch durch die Gemeinden schließe Ungleichheiten nicht aus. Ein Reichsparteiler führte den verminderten Auftrieb von Schweinen auf den Berliner Markt zurück auf die direkte Versorgung der Großschlächter und Konservenfabriken durch die Händler auf dem Lande. Ein Zentrumsabgeordneter hält die Fleischkarte als radikale Verbrauchsregelung für nötig, sie sei auch für Rindfleisch durchführbar. Die vermehrte Zufuhr von Rindvieh auf dem Markt habe preisregelnd gewirkt. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß wir in kurzer Zeit über erhebliche Mengen von Mischfutter, das heißt Strohmehl mit Hefe usw. verfügen werden. Ein agrarischer Zentrumsmann hält ein Schlachtverbot für Milchkühe für sehr bedenklich. Die Schrotpreise seien im Verhältnis zum Getreidepreis zu hoch. Wenigstens die inländischen Futtermittel müßten so billig wie möglich abgegeben werden. Ein fortschrittlicher Abgeordneter, von Beruf Landwirt, beklagt, daß durchgreifender Schutz gegen Windschäden bis jetzt nicht gegeben sei. Die Höchstpreise für Wild hinderten stärkeren Abschuß. Ein Regierungsvertreter führte aus, die Verteilung der Futtermittel durch die Gemeindeverbände sei zweckentsprechend, sie müsse einen gewissen Spielraum haben. Nicht zweckmäßig erscheine es, von Reichs wegen den Viehstand als Grundlage der Verteilung zu bestimmen. Sollten Einzelfälle zu Klagen Anlaß geben, so sei Beschwerde bei der vorgesetzten Behörde zu erheben. Erhaltung der Geflügelbestände sei erwünscht. Die Reichsbehörden haben bei den Einzelstaaten auf Verminderung des Wildstandes hingewirkt. Gerechtfertigt sei das Verlangen nach Kontrolle der Herstellung und des Vertriebs von Fleischkonserven.

Darauf trat die Mittagspause ein.

*

In der Nachmittagssitzung

des Reishaushaltsausschusses wies ein sozialdemokratischer Redner darauf hin, daß die Schweinemäster deshalb zurückhielten, weil die „Deutsche Tageszeitung" eine Erhöhung der Schweinefleischpreise angekündigt habe. Der Industriearbeiter sei auf Fleischnahrung mehr angewiesen wie der Landarbeiter. Nicht durch fleischlose Tage, sondern nur durch die Fleischkarte könnte Besserung geschaffen werden. Auch die Wurstpreise seien gegenüber den Fleischpreisen zu hoch. Da die einzelne Gemeinde machtlos sei, müßten die Preise nach Gegenden geregelt werden. Deshalb sei auch die Kontrolle der Herstellung von Fleischkonserven dringend nötig. — Ein Nationalliberaler verlangte, daß Waldstreu, Eicheln usw. auch der Privatwaldungen der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. — Ein fortschrittlicher Abgeordneter meinte, daß gerechte Verteilung der Futtermittel nur auf Grund des Viehstandes möglich sei. Dann würden auch die Mittel- und Kleinbetriebe und die städtischen Milchwirtschaften zu ihrem Rechte kommen. Der Zuckerrübenbau muß auch vom Standpunkt der Futterversorgung gefördert werden. — Ein agrarischer Redner regt an, den vom Kriege heimgesuchten Grenzgebieten Bauholz zum rascheren Aufbau der Ställe zur Verfügung zu stellen. Allgemeine Nutzung der Privatwaldungen möge erwünscht sein, dürfe aber nicht zur Schädigung der Wälder führen. Die Furcht, daß Höchstpreise für Rindvieh eingeführt werden, treibe zum verstärkten Abstoß von Vieh. Ein fortschrittlicher Abgeordneter verlangt Auskunft über die Gründe, warum die Preise für Stroh so festgesetzt wurden wie geschehen. Der Unterstaatssekretär für Ernährungsfragen führte aus, daß die

notwendige Zentralisation des Auslandbutterhandels

eine Beschränkung der Zahl der Butterhändler bedinge. Diese Organisation werde für Berlin manchen Mißstand beseitigen. Im Butterverbrauch werde sich ein jeder etwas einschränken müssen. Die Abgeordneten mögen auf die Gemeinden einwirken, damit sie von ihren Befugnissen ausreichenden Gebrauch machten. Wünschenswert sei, daß die Wohlhabenden ihren Fleischverbrauch einschränkten. In Wilmersdorf sei der Verkauf von Fleisch infolge der fleischlosen Tage um 28 v. H. zurückgegangen. Die Milchversorgung lasse sich auch auf Grund der Verordnung vom 25. September regeln. Die Bemessung der Strohpreise erfolgte, um zum Dreschen anzuregen, damit für die Fabrikation von Strohmehl und für das Heer genügende Vorräte schnell beschafft werden.

Ein Nationalliberaler erklärte, daß seine Partei für die Fleischkarte in dem Sinne stimmen werde, daß die Minderbemittelten Vorzugskarten erhalten. Auch dieser Redner bedauerte, daß gegen den Wildschaden nicht mehr geschehen sei, obwohl er vielfach unglaublich groß gewesen sei. Ein Regierungsvertreter kündigte Vertragsschließung mit den Schweinemästern, betreffend Futterlieferung an. Volkswirtschaftlich sei es jetzt geboten, Fettschweine zu erzeugen. Ein fortschrittlicher Abgeordneter und Stadtrat von Berlin forderte Erweiterung der Rechte der Gemeinden, damit sie bei der Verteilung der Futtermittel und Viehprodukte wesentliches leisten können. Die Einführung der Fleischkarte würde nur die Mißstimmung steigern. Die Einschränkung im Fleischverbrauch sei in den besser situierten Kreisen vielfach größer als bei den gut entlohnten Arbeitern. Höchstpreise für Rindfleisch würden möglicherweise preissteigernd wirken. Bei der Futterverteilung müsse auch darauf Rücksicht genommen werden, daß für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit gute Kindermilch von größter Bedeutung ist. Solange Bayern die Butterausfuhr verbiete, sollte ihm auch die Zufuhr von Schweinen aus Norddeutschland gesperrt werden. Die nachgeordneten Behörden hätten nichts zur Bekämpfung der Wildschäden getan, im Gegenteil, manchmal künstlich durch Verzögerung der Erteilung von Jagdscheinen und der Bekanntmachungen vorgesetzter Behörden den Abschuß verhindert. Der Reichsschatzsekretär sprach über die zurückgestellten Anträge, betreffend Zuschüsse des Reichs zur Verbilligung der Lebensmittel. Nur die Gemeinden könnten eine solche Frage lösen. Die beantragte Erhöhung der Mannschaftslöhnung halte die Heeresverwaltung nicht für nötig; es seien den Mannschaften erhöhte Rationen an Tabak usw. bewilligt worden, was nötiger gewesen sei. Die

Erhöhung der Kriegsunterstützung

auf 15 Mark sei in vielen Gegenden ausreichend. Wenn ein Antrag die Erhöhung auf 20 Mark fordere, so könnte wohl in einzelnen Bezirken eine weitere Erhöhung in Erwägung gezogen werden. Wenn die Erhöhung nicht überall erfolgte, so nicht aus bösem Willen, sondern weil die Mittel der Gemeinden nicht reichten. Man werde hier zu einer Lösung kommen, die Härten vermeide und möglichst allen Wünschen entgegenkomme. Dankenswert seien die Anordnungen der preußischen Regierung über Zuschüsse für die Futtermittel.

Ein konservativer Abgeordneter findet es an sich gleichgültig, ob man die Mannschaftslöhne oder die Kriegsunterstützung erhöhe. Jedenfalls müßten Reich, Staat oder Gemeinden den Minderbemittelten beistehen. Ein Zentrumsabgeordneter hielt eine Erhöhung der Familienunterstützung im allgemeinen nicht für nötig, wohl aber in einzelnen Bezirken. Wo die Gemeinden nicht in der Lage seien, die durchaus nötigen Zuschläge zu geben, könnte das Reich einspringen. Man könnte Abstufungen nach dem Bedürfnis vornehmen. Anträge auf Unterstützung von Ehefrauen und Kindern sollten ohne weiteres bewilligt werden. Die Bevölkerung im Inlande sei mehr oder weniger gegen Uebervorteilung durch Höchstpreise geschützt, die Soldaten an der Front aber nicht. Eine Herabsetzung der höheren Gehälter bis zum Hauptmann abwärts wäre sehr wohl möglich, hierdurch würden Gelder frei für die Erhöhung der Mannschaftslöhnung. Ein Sozialdemokrat trat für die allgemeine Erhöhung der Kriegsunterstützung ein und brachte Beschwerden über die Feststellung der Bedürftigkeit vor; es müßte mindestens eine Beschwerdeinstanz errichtet werden.

Der Ministerialdirektor führte aus, daß es sich um Millionen von Unterstützungsfällen handele, wobei aber nur selten Mißgriffe vorkämen. In der Frage, ob die Unterstützung ausreiche, müsse zwischen den einzelnen Gegenden unterschieden werden. Den Gemeinden, die keine Mittel für Zuschüsse haben, müsse geholfen werden, aber etwas müsse die Gemeinde immer beisteuern, mindestens ein Neuntel. Die deutsche Industrie leiste auf diesem Gebiete Anerkennenswertes. Der Wunsch, zu helfen, sei bei den Reichsbehörden wie bei den Einzelstaaten gleich stark vorhanden. Die Schaffung einer Beschwerdeinstanz würde einen Strom von Beschwerden entfesseln. Die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden sei zulässig und ausreichend. Es werden monatlich 100 Millionen an Unterstützungsgeldern ausgegeben, dazu noch 40 Millionen Zuschläge von den Gemeinden.

Ein fortschrittlicher Redner erklärte die Unterstützung der Eltern für unzureichend. Beschwerden an die Aufsichtsbehörden führten nicht zum Ziele. Herabsetzung der Gehälter bis zum Hauptmann abwärts wäre gerechtfertigt. Auf eine Frage des Redners erklärte der Reichsschatzsekretär, daß eine mit der Besoldungsvorschrift nicht im Einklang stehende Verfügung eines Generalgouvernements rückgängig gemacht worden sei. Ein agrarischer Abgeordneter bezeichnete die jetzigen Unterstützungen auf dem Lande als meistens ausreichend, vielfach sogar reichlich. Durch eine Einkommensgrenze würde noch nicht vermieden werden, daß dem einen gegeben wird, was er nicht braucht, und dem anderen nicht gewährt wird, was er braucht. Auch der Ministerialdirektor wendet sich gegen den Zentrumsantrag auf Festsetzung einer bestimmten Einkommensgrenze für die Gewährung einer Unterstützung. Nachdem der Antragsteller noch ausgeführt hatte, daß durch die Festsetzung der Einkommensgrenze von 2000 M. den Mängeln bei der Feststellung der Bedürftigkeit ein Ende gemacht werden könne und müsse, vertagte der Ausschuß die Weiterberatung auf Dienstag vormittag 10 Uhr.

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

Die Volksversorgung im Hauptausschuß.

Der Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt setzte, wie in der Ersten Morgen-Ausgabe berichtet wurde, seine Beratungen über die Volksernährung fort. Von dem zur

Beratung über die Höchstpreise

vorliegenden Zentrumsantrage haben wir schon Mitteilung gemacht. Weiter wird uns gemeldet:

♀ **Berlin,** 10. Dez. **(Telegr.)** Eine konservative Resolution will den Reichskanzler um Maßnahmen ersuchen, daß bei Festsetzung von Höchstpreisen für den Kleinhandel gleichzeitig auch Höchstpreise für den Großhandel festgesetzt werden, daß bei Inkrafttreten dieser Höchstpreise unverschuldete Verluste des Kleinhandels an nachweislich zu höhern Preisen eingekauften Waren, gegebenenfalls durch Einräumung angemessener Fristen, vermieden werden, und endlich, daß die Behörden und Gemeinden auf den Zusammenschluß des Kleinhandels zu Vereinigungen hinwirken, die als Großeinkäufer anerkannt werden.

Die Resolution der Fortschrittlichen Volkspartei will den Reichskanzler ersuchen, auch weiterhin durch allgemein gültige Verordnung, allenfalls durch Festsetzung von Höchstpreisen und durch Beschlagnahme, ungebührlicher Preissteigerung entgegenzuwirken, so daß eine möglichst gleichmäßige Verteilung herbeigeführt wird; weiter, daß im Interesse rechtzeitiger und ausreichender Versorgung bei der Bemessung der Höchstpreise die Erzeugungskosten hinreichende Deckung erfahren, daß aber hierbei auch die Weiterverarbeitung und die Verteilung, insbesondere Kleingewerbe und Kleinhandel, entsprechend den erforderlichen Aufwendungen ausreichend entschädigt werden und daß, soweit diesem Grundsatz bisher nicht genügend Rechnung getragen worden ist, entsprechende Änderungen alsbald bewirkt werden.

Ein Zentrumsabgeordneter forderte, daß die Gehälter und Vermittlungsgebühren bei den Bezugsvereinigungen nicht ins Ungemessene steigen. Wenn Gutsbesitzer für die Ablieferung des Überschusses hohe Vermittlungsgebühren beziehen, so sei das nicht zu billigen. Der Staatssekretär des Innern erwiderte, daß selbstverständlich die Gebühren nicht übermäßig hoch steigen dürften.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter führte aus, die Verordnung vom 8. November 1915 über Öle und Fette wirke im Verein mit der Beschlagnahme wie Enteignung. Der Redner führte Einzelfälle zum Beweis dieser Behauptung vor. Dieser Zustand verursache Erregung bei den Betroffenen. Wünschenswert sei, daß die von der Zentral-Einkaufsstelle beanspruchte Ware auch sofort angenommen werde. Wenn man dem Handel zumute, Waren einzuführen, dann dürfe man nicht einen Teil seines Vermögens enteignen. Gegen die Preistreiber und Wucherer vorzugehen, ist durchaus nötig. Dem loyalen Händler einen Teil seines Vermögens zu enteignen, sollte man vermeiden. Die beschlossenen Anordnungen erreichen diesen Zweck aber nicht.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter führte aus, die Brotpreise in den einzelnen Bezirken seien zu verschieden, da müsse Wandel geschafft werden.

Die Lederpreise

seien ins Unglaubliche gestiegen, ohne daß dies durch eine allzu große Verteurung der Häute gerechtfertigt sei. Bei der Festsetzung der Lederrichtpreise habe man Produzenten als Sachverständige gehört. Die Verordnung über die Höchstpreise für Leder habe durch ihre unrichtige Abstufung preistreibend gewirkt. Auch der Anteil des Reiches an den Verdiensten der Reichslederstelle habe den Preis getrieben. In Gerbstoffen habe jetzt wieder eine unglaubliche Spekulation eingesetzt. Wenn dann Höchstpreise festgesetzt werden, kämen sie wieder zu spät; sie müßten in aller Eile und ohne Rücksicht auf die Spekulation festgesetzt werden. Die kleinen Gerber und Schuhmacher litten unter diesen Mißständen ebenso wie die Konsumenten. Ein Regierungsvertreter wies darauf hin, daß seit dem 1. Dezember Lederhöchstpreise von der Militärverwaltung festgesetzt wurden, die jetzt allmählich herabgesetzt werden können. Infolge erhöhten Lederbedarfs seien auch die Auslandspreise der Häute gestiegen, und demgemäß mußten die Lederpreise in die Höhe gehen. Damit den Lederfabriken nicht ungemessene Verdienste zuflössen, erhebe die Militärverwaltung für jede Haut eine Abgabe, die dem Reiche zugute komme. Die Militärverwaltung werde die Höhe der Summe mitteilen. Für Auslandsgerbstoffe könnten Höchstpreise aus selbstverständlichen Gründen nicht festgesetzt werden. Der Reichsschatzsekretär erklärte, daß das Reich nicht etwa große Einnahmen aus den Lederhöchstpreisen auf Kosten der Verbraucher erzielt habe.

Ein anderer Regierungsvertreter sprach darüber, daß die Zentraleinkaufsstellen sich eine gewisse Menge von Reis sichern mußten, dessen Übernahmepreis etwas unter dem Marktpreis stand. Um den legitimen Handel nicht zu schädigen, wurde denjenigen, die einen erhöhten Einstandspreis nachwiesen, Nachzahlungen bewilligt. So suchte man den Verbrauchern Reis zu erträglichen Preisen zuzuführen und Spekulanten an Überverdiensten zu hindern. Ein weiterer sozialdemokratischer Redner begründet den Antrag, die Versorgung mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln:

Kartoffeln, Fleisch und Fetten,

durch Beschlagnahme, Rationierung und Höchstpreise zu organisieren. Es solle hierdurch Einheitlichkeit in die Anordnungen über die unentbehrlichen Lebensmittel gebracht und deren bessere Verteilung gesichert werden. Aus den Erfahrungen in Frankfurt a. M. könne geschlossen werden, daß bei den Großhändlern große Kartoffelvorräte lagern, während sie den Kleinhändlern fehlen. Die Festsetzung von Höchstpreisen im Kleinhandel werde nicht unbedingt preismildernd wirken. Der Antrag würde die Mißstimmung zwischen Erzeugern und Verbrauchern beseitigen und die Produktionsfreudigkeit steigern.

Der neue Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern bemerkte, daß die Kritik der Verordnung vom 25. September 1915 ihm nicht berechtigt erscheine. Diese Verordnung gebe den Gemeinden so ausgiebige Rechte, daß ihre Anwendung allerdings viele Mißstände werde vermeiden können. Durch diese Verordnung können auch schädliche Widerstände beseitigt werden.

Ein konservativer Redner trat für möglichste Herabsetzung der Lederpreise ein. Der Kleinhandel werde vielfach dadurch geschädigt, daß die Höchstpreise sofort bei ihrer Verkündigung in Kraft träten. Ein Zentrumsabgeordneter erklärte, daß die Überschußpreise ein gutes Geschäft machten. Sie setzten den Mehl- und Brotpreis so hoch, daß Überschüsse erzielt werden, aus denen dann Armenlasten und Straßenbauten bestritten würden. Der Reichsschatzsekretär erwiderte, daß derartiges der Verordnung widersprechen würde, die bestimmt, daß die Lieferungsverbände die Preise nach der Richtschnur der Kostendeckung zu stellen hätten. Überschüsse müßten zur Verbesserung der Volksernährung verwandt werden.

Ein fortschrittlicher Redner erblickte in den Tatsachen, die der Zentrumsabgeordnete angeführt hatte, ein Versagen höherer Stellen der preußischen Zivilverwaltung. So erkläre sich wohl auch der hohe Brotpreis in Emden. Allen diesen Mißständen würde die Annahme des fortschrittlichen Antrages abhelfen, der einheitliche Höchstpreise fordere. Die Gemeinden schnitten sich durch Festsetzung von Höchstpreisen häufig ins eigene Fleisch. Es könne dahin kommen, daß dann die Zufuhr aufhöre. Eine Spannung zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen müsse vorhanden sein, um die richtige Verteilung und Versorgung zu sichern. Die Geschäftspraktiken des Zentraleinkaufs seien zu mißbilligen, da die Erteilung der Einfuhrerlaubnis davon abhängig gemacht werde, daß 50 Prozent des Rechnungsbetrages an den Zentraleinkauf abgeführt werden. Ein Vertreter des Kriegsministers erklärte, daß der Kriegsminister das Mittel aus den verschiedenen ihm vorgetragenen Interessen ziehen müsse. Das Ziel der Kriegsverwaltung könne nur sein, den Heeresbedarf zu sichern und der Zivilbevölkerung das Leder so billig zukommen zu lassen wie möglich. Ein Zentrumsabgeordneter erklärte, daß die Überschüsse der Lieferungsverbände für die Invalidenversorgung verwandt werden müßten, wodurch ein Interesse der Verbände an der Erzielung und Erzeugung von Überschüssen ausgeschaltet werde. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter meinte, daß man der Bevölkerung eine schwere Belastung hätte ersparen können, ohne die Versorgung des Heeres mit Leder zu stören. Es sei verkehrt, die Preise so hoch festzusetzen, daß nachher Abzüge zugunsten der Reichskasse gemacht werden. Dies sei

eine indirekte Besteurung,

zu der die Einwilligung des Reichstags gehöre. Zur Verteilung der Lebensmittel brauchten wir die Kleinhändler. Ausfälle durch Rückgang des Verbrauchs könnten nicht durch Heraufsetzung der Höchstpreise ausgeglichen werden. Nunmehr erklärte ein bayrischer Zentrumsabgeordneter die Abstufung der Schweinehöchstpreise für nicht angemessen. Er beklagte sich über die zu späte Einführung der Höchstpreise und wies auf die Unzuträglichkeiten hin, die aus den Unterschieden zwischen den Höchstpreisen der einzelnen Landesteile entstehen. Ein Sozialdemokrat bezeichnete es als nicht gerechtfertigt, daß aus besetzten Gebieten eingeführtes und zum Julipreis 1914 übernommenes Leder unter die hohen Lederpreise falle. Für inländische Gerbstoffe seien Höchstpreise festzusetzen. Die Zivilverwaltung möge ebenso offen wie die Militärverwaltung begangene Fehler eingestehen. Den Gerbern könne man vorschreiben, welche Art Leder sie zu gerben hätten. Zur Niedrighaltung der Lederpreise hätte die Verwaltung in unbeteiligten Sachverständigen eine Stütze gehabt. Die Abnehmer würden durch künstliche Beschwerung des Leders benachteiligt. Der Reichsschatzsekretär wies darauf hin, daß jetzt die Abgabe an die Reichskasse beseitigt und die Lederpreise herabgesetzt seien. Ein Nationalliberaler führte aus, daß im Juli den Hamburger Händlern mit Reis, Tran usw. zugesagt worden sei, sie würden wegen der durch Feststellung der Höchstpreise erlittenen Schäden schadlos gehalten werden. Es handele sich dabei um reelle Firmen, und die Entschädigung sei wohl begründet. Ein bayrischer Konservativer hielt es für richtig, daß

Überschüsse der Lieferungsverbände

wieder zu Ernährungszwecken verwandt werden. Ein fortschrittlicher Abgeordneter erkannte an, daß die Heeresverwaltung zunächst alles tun mußte, um den Lederbedarf des Heeres sicherzustellen, hielt aber die Einrichtung einer Reichsabgabe für unberechtigt. Eine solche indirekte Steuer müsse den Gesamtlederpreis in die Höhe treiben, während möglichst baldige Herabsetzung der Lederpreise sehr nötig erscheine. Durch die Herstellung der Verbindung mit dem türkischen Reiche würde uns auch eine große Menge Gerbstoffe zugeführt werden können. Der Redner begründet dann eine fortschrittliche Resolution, betreffend die Verteilung der Futtermittel an die Viehzüchter, städtischen Milchwirtschaften, Geflügelzuchtanstalten und Mästereien, Belassung der von den landwirtschaftlichen Betrieben erzeugten Futtermittel, soweit dies zur Erhaltung ihres Viehstandes erforderlich ist, Zuweisung von Gerste, angemessene Beteiligung des Großhandels in Dünge- und Kraftfuttermitteln. Weiter wünscht die Resolution Aufhebung der Einschränkung des Zuckerrübenbaues und Unterlassung jeder Erhöhung der Zuckerpreise, beschleunigte Herstellung stickstoffhaltigen Kunstdüngers, Aufhebung des Zwangs, Weizenmehl mit Roggenmehl zu mischen, ausreichende und billige Herstellung von Kartoffelpräparaten zur Mehlstreckung, einheitliche Mehl-, Brot- und Butterhöchstpreise für größere Bezirke, Einführung von Fettkarten, Ersetzung der vollen Selbstkosten bei Beschlagnahme eingeführter Waren, Verbilligung des Verfahrens der Zentraleinkaufsgesellschaft und Freigabe und Verbilligung des für den Heeresbedarf nicht notwendigen Leders. Der Redner tadelte noch, daß alle Butter, auch wenn sie noch so minderwertig sei, als erste Sorte verkauft werde.

Der neue Unterstaatssekretär wies darauf hin, daß bei Festsetzung der Gemüsehöchstpreise bereits die Sachverständigen der Stadt Berlin gehört wurden. Ein Regierungsvertreter betonte, daß Fette und Öle am 11. November

nach Anhörung der Sachverständigen

beschlagnahmt wurden. Die Übernahmepreise blieben zwar um 30 Prozent hinter dem Marktpreis zurück, sie waren aber gerechtfertigt, weil die Produkte zum Teil schon vor Kriegsausbruch eingeführt wurden. Einzelne mögen geschädigt sein, aber sie haben früher schon hohe Verdienste gehabt. Nur so konnte es ermöglicht werden, den Margarinepreis für die minderbemittelte Bevölkerung auf angemessener Höhe zu erhalten. Nach dem 11. November eingeführte Fette und Öle sollen nicht unter die Höchstpreise, sie unterliegen allenfalls nur der Beschlagnahme. Ein Sozialdemokrat empfahl den bereits erwähnten Antrag auf Beschlagnahme, Rationierung und Höchstpreise für Kartoffeln, Fleisch und Fette. Ein fortschrittlicher Abgeordneter erklärte, daß, wenn Öl- und Fettpreise 30 Prozent unter dem Marktpreis festgesetzt wurden, ein schlechter Trost für den letzten Besitzer sei, daß sein Vorbesitzer an der Ware viel Geld verdient hat. Ein Nationalliberaler bemängelte die Höhe der Gebühren der Kommissionäre. Ein Regierungsvertreter antwortete daß man sich ständig bemühe, diese Gebühren herabzusetzen; wesentlich unter 20 ℳ für den Zentner zu kommen, sei kaum möglich. Ein Zentrumsabgeordneter bemängelt die große Spannung zwischen Korn und Kleie, wodurch die Konsumenten geschädigt würden. Die Höchstpreise bei den Hülsenfrüchten im Kleinhandel seien zu hoch. Ein sozialdemokratischer Redner erklärte die Vermittlungsgebühr von 20 ℳ für den Zentner zu hoch. 10 ℳ seien ausreichend. Ein Regierungsvertreter gab über die Gebührenangelegenheit Auskunft, wies auf die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse hin und darauf, daß die Gemeindeverbände das Getreide kauften und die Differenz trügen, wenn die Reichsgetreidestelle die Ware bemängele. Die Überschußkreise könnten naturgemäß das Mehl billiger liefern, als wie die Reichsgetreidestelle es den Zuschußkreisen liefere. Darauf vertagte der Ausschuß die Weiterberatung auf Samstagvormittag.

Frankfurter Zeitung 11./XII. 1915

Die Volksernährung.

Beratungen im Reichstagsausschuß.

N Berlin, 10. Dezbr. (Priv.-Tel.) Der Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt trat Donnerstag Abend wieder zusammen, um die Beratung über die Volksernährung fortzuführen. Es lag ein Zentrumsantrag vor, den Reichskanzler durch eine Resolution „angesichts der Entwicklung der Verhältnisse in den letzten Monaten" erneut zu ersuchen, „noch während der gegenwärtigen Tagung des Reichstags zur Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln usw. schleunigst

eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung

beim Bundesrat zu schaffen unter Hinzuziehung eines Beirates, der aus vom Reichstag ernannten Mitgliedern besteht. Die Zentralstelle erhält das Recht, Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen."

Ein konservativer Abgeordneter wünscht Aufklärung, welche Stellung diese Zentralstelle einnehmen soll. Der Antragsteller führte aus, die Prüfungsstellen seien nicht das, was gewünscht wurde. Ihre Mitglieder hätten zu geringe Rechte. Da eine ungenügende Regelung der Ernährungsfrage geeignet sein würde, Mißstimmung im Volke zu erregen, sei es Pflicht, dafür zu sorgen, daß solche Mißstimmung nicht aufkommt. Wenn der Reichstag zur Regelung der Ernährungsfrage mit herangezogen werde, so werde dies das Vertrauen zur Regierung und ihren Maßnahmen stärken. Dazu solle der Antrag dienen. Die Reichstagsabgeordneten seien besser in der Lage, mit allen Schichten der Bevölkerung Fühlung zu halten, als die Regierung. Die Zentralstelle solle nicht die Ausführung der Maßnahmen übernehmen, sondern sie mitberaten. Ein Reichstagsbeschluß auf Errichtung einer Zentralstelle liege bereits vor. Die Annahme des Zentrumsantrages würde die Ausführung dieses früheren Beschlusses bedeuten. Die einzelnen vom Reichstag ernannten Mitglieder sollen ständig in Berlin anwesend sein und Referate erstatten.

Der Staatssekretär des Reichsamt des Innern führte aus, daß es natürlich dringend zu wünschen sei, daß die Bevölkerung Vertrauen zu den Maßnahmen der Regierung habe. Wenn Abgeordnete mitwirken, werde das Vertrauen auch leichter aufrecht zu erhalten sein. So wie der Antrag vorliege, scheine er nicht zweckmäßig zu sein. Der Staatssekretär habe sich bemüht, den Gedanken des Antrages durch den § 11 der Verordnung über die Prüfungsstellen in die Praxis umzusetzen. Der dort eingesetzte Beirat besteht aus etwa 50 Personen und ist in Ausschüsse für die einzelnen Stoffgebiete geteilt. Die Geschäftsordnung der Prüfungsstellen ist inbezug auf die Kommissionen der des Reichstages nachgebildet. Die übrigen Paragraphen dieser Verordnung seien noch nicht voll zur Durchführung gekommen. Von der Zentralstelle erlassene Verordnungen versagten vielfach, weil sie sich den örtlichen Verhältnissen nicht genügend anpassen könnten. Aus diesem Grunde werden den Ausschüssen, den Landeszentralstellen usw. weitgehende Befugnisse eingeräumt. Die Prüfungsstellen der Gemeinden fangen erst jetzt an zu arbeiten. Der Staatssekretär geht dann auf verschiedene Anregungen ein. Nach dem Westen seien mehr Kartoffeln eingeführt worden als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Höchstpreise für Heringe seien unmöglich, weil die Mehrzahl der Heringe aus dem Auslande komme. Es wolle jetzt an der Organisation des Heringsverkaufes gearbeitet und in nicht langer Zeit werde es gelingen, durch zusammenfassende Ergebnisse der verschiedenen Preisprüfungsstellen Besserungen zu erlangen. Durch die Errichtung eines eigenen Unterstaatssekretariats für die Regelung der Lebensmittelversorgung werde eine raschere und bessere Lösung aller dieser Fragen herbeigeführt werden. Die Annahme des in Rede stehenden Antrages würde nur Schwierigkeiten und Störungen ergeben. Die Verordnungen der Zentralstelle könnten nur dann rasch wirken, wenn die Landeszentralbehörden mitarbeiten. Sollte es erforderlich sein, die Geschäftsordnung der Preisprüfungsstellen zum Zwecke der Erleichterung ihrer Arbeiten zu verbessern, so sei er, der Staatssekretär, dazu bereit.

Ein anderer Regierungsvertreter machte gegen den Antrag verfassungsmäßige Bedenken geltend. Dem Bundesrat und dem Reichstage fehlten Vollzugsorgane, sie seien auf die Mitwirkung der Landeszentralbehörden angewiesen. Die Annahme des Antrages würde unter Umständen Verwirrung anrichten. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter führte aus, der Antrag sei derselbe wie der im August v. J. vom Reichstag einstimmig angenommene Antrag seiner Partei. Die Gründe der Regierungsvertreter gegen den Antrag erscheinen dem Redner nicht durchschlagend. Der beantragten Zentralstelle müsse das Beschlagnahmerecht gegeben werden, weil sonst die Versorgung der größeren Gemeinden nicht sichergestellt werde. Die der Regierung am 4. August 1914 erteilte Vollmacht sei so weitgehend, daß verfassungsrechtliche Bedenken nicht vorliegen könnten. Die Zentralstelle solle die Zentrale für die Verteilung sein. Die Prüfungsstellen seien eine verkrüppelte Organisation und könnten daher nie das leisten, was man von ihnen erwartet. Durch Hinzuziehung von Abgeordneten würde die Oeffentlichkeit erfahren, was vorgehe und dies würde beruhigend wirken. Die Dinge lägen doch nu einmal so, daß die Ethik aufhört, wo das Geldinteresse beginne; durch die Oeffentlichkeit könnte aber das Hervortreten solcher Interessen verringert werden. Eine vernünftige Verordnung würde stets Rücksicht nehmen auf die Bedürfnisse der einzelnen Gegenden. Nur ein sicherer Ueberblick des Ganzen verbürge die richtige Verteilung auf die einzelnen Gebiete und könne die Ernährung der Menschen ebenso sicher stellen wie die Auffütterung des Viehs. Der Reichstag dürfe nicht auseinandergehen, ehe nicht das Zusammenarbeiten von Bundesrat und Reichstag für die Volksernährung sichergestellt sei.

Der Staatssekretär des Innern erwiderte, die Regierung habe geglaubt, daß die in der Richtung der Beschlüsse des Reichstages liegende Verordnung vom 25. September geeigneter sei zur Erreichung des Zweckes als der vorliegende Antrag. Alles was der Antrag wolle, sei in der Verordnung vorgesehen, die Befugnisse teilweise den Landeszentralbehörden, Kreiskommunalverbänden, und Gemeinden übertragen. Auf Grund der Erfahrungen des Jahres 1914 sei man zu dieser Regelung gekommen. Der Vorredner habe recht, wenn er die Information der breiten Oeffentlichkeit als erwünscht erklärt. Gerade zu diesem Zweck seien Vertreter aller Berufskreise und der Gemeinden in die Prüfungsstellen berufen und hierzu sei die von dem Staatssekretär erstrebte Dezentralisation geeignet. Die stafselweise Herabsetzung der Höchstpreise von Kartoffeln solle die gleichmäßige Versorgung der einzelnen Gegenden sichern. Der Staatssekretär habe sich nicht über die Wünsche des Reichstages hinweggesetzt, er habe im Gegenteil geglaubt, den Wünschen des Reichstages am besten gerecht zu werden durch die von ihm, dem Staatssekretär, getroffenen Verordnungen.

Ein anderer Zentrumsredner führte aus, daß die Prüfungsstellen zu einer Zeit zusammenberufen wurden, als die Frage der Höchstpreise und der Beschlagnahme drängte. Es sei für die Abgeordneten nicht leicht gewesen, sich ganz rasch in die Materie einzuarbeiten. Der Redner bewundert den Fleiß und die Sachkenntnis der Beamten, denen gegenüber die Abgeordneten im Nachteile seien. Es komme darauf an, den Abgeordneten nicht eine Art von Ehrenposten zu geben, sondern sie in den Stand zu setzen, durch dauernde Mitarbeit fruchtbringende Arbeit leisten zu können. Wenn die Kartoffelversorgung versagt habe, so hätten dabei die agrarischen Sachverständigen mit schuld. Dieses hätte vermieden werden können, wenn den als Zuhörern zugelassenen Abgeordneten Beschlußrechte gegeben worden wären. Preisprüfungsstellen seien an sich zu begrüßen, doch seien sie zu spät gekommen. Als besonders dringlich müsse

die Butterfrage

bezeichnet werden.

Der Staatssekretär des Innern antwortete, die Schwierigkeiten auf dem Buttermarkte seien aus Ursachen entstanden, die außerhalb unseres Machtbereichs lägen, er hoffe aber, daß die Verhältnisse auf dem Buttermarkte in der allernächsten Zeit besser würden. Der Butter- und Fettmarkt bedürfe der Regelung, die jedoch sich nach den Vorräten richten müsse. Bei der Regelung der Butterfrage sei etwas Geduld noch nötiger als Butter. Den Abgeordneten würde ausreichendes Informations-Material hierüber zugestellt werden.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter führte aus, daß seine Partei im August dem Antrage, der jetzt vorliege, zugestimmt habe, obwohl sie zweifelte, daß er viel Nutzen bringen würde. Die Preisprüfungsstellen seien ein Versuch, diesem Beschlusse gerecht zu werden. Die Stellung der Abgeordneten in den Ausschüssen der Prüfungsstellen war allerdings bisher noch nicht so, wie es zu wünschen wäre. Der Redner könne nicht empfehlen, nun noch neue Organisationen zu schaffen. Sehr wichtig wäre, daß sich die Anordnungen der Generalkommandos in der gleichen Linie bewegten wie die des Bundesrats. Beschlagnahmen könne man ohne Exekutivgewalt nicht vornehmen. Diese liege aber bei den Landeszentralstellen. Es sei zweifelhaft, ob durch die Bestellung von Abgeordneten zu Dezernenten der Prüfungsstellen eine einheitliche Durchführung der Verordnungen gewährleistet werde und es sei gewiß schwerer Brauchbares zu schaffen, als die bereits getroffenen Anordnungen zu kritisieren. Hätte der Reichstag die Verordnungen gemacht, so wären sie auch nicht fehlerfrei gewesen. Zur Verhinderung von Umgehungen der Höchstpreise müsse den Gemeinden Polizeigewalt gegeben werden. Die Möglichkeit solcher Umgehungen verursache doch mehr Unmut als hohe Preise. Die Zahl der Verordnungen beweise, daß der Vorwurf, es sei nichts geschehen, nicht berechtigt sei.

Der Antragsteller erklärte, die einzige Möglichkeit, die vorhandenen Organisationen zu bessern, zeige sein Antrag. Vor dem zu erstrebenden Ziele müßten alle staatsrechtlichen Bedenken zurücktreten. Die seinerzeit eingesetzte Rüstungskommission habe unbestritten gute Ergebnisse gezeitigt, ebenso die Reichsschuldenkommission. Die Prüfungsstellen könnten auch nach Aenderung ihrer Geschäftsordnung nicht das leisten, was verlangt werden müßte. Es seien wohl in jeder Fraktion einige Mitglieder zu dauernder verantwortlicher Mitarbeit in der Zentralstelle bereit und dies sollte der Regierung doch nur angenehm sein. Hätte die Zentralstelle schon bestanden, so wäre die Ernährungsfrage besser gelöst worden. Habe man Bedenken, die Zentralstelle beim Bundesrat zu errichten, so errichte man sie beim Reichskanzler. Wenn die Zentralstelle es auch schlechter wollte als bisher der Bundesrat allein, so sei doch der moralische Eindruck nicht zu unterschätzen. Der Staatssekretär erklärte, Reichstag und Bundesrat stimmten darin überein, mit bestem und redlichem Willen Abhilfe der Schwierigkeiten zu schaffen. Es sei aber zu bezweifeln, daß der Antrag diesem Ziele dienen werde. Auch der Reichskanzler sei auf die Mitwirkung der Einzelstaaten angewiesen. Der Vergleich mit der Rüstungskommission gehe nicht an. Dem Staatssekretär wäre es nicht möglich, die Verantwortung zu tragen, wenn er an die Beschlüsse einer Zentralstelle gebunden sein würde. Eingriffe in die staatsrechtliche Verfassung des Reiches ohne zwingende Not seien unzweckmäßig. Die Butterschwierigkeiten lägen an der wechselnden Produktion. Die Preisbildung sei auch von Produktion und Preisen des Auslandes abhängig. Da die Kartoffelernte sich verzögerte, könnte die Kartoffelfrage auch nicht früher geordnet werden, daran hätte auch eine Zentralstelle nichts geändert. Trete die Verordnung vom 25. September erst heute in Wirksamkeit, so würden alle Wünsche des Reichstages erfüllt. Weiterberatung Freitag Vormittag.

Tägliche Rundschau
12./XII. 1915

Die Ernährungsfragen im Haushaltsausschuß.

In der Nachmittagssitzung begründete ein Deutsch-Hannoveraner seinen Antrag auf angemessene Entschädigung der von der Reichsgetreidestelle ausgeschalteten

Mühlen.

Ein konservativer Redner erörterte erneut die Mühlenfrage. Alle Mühlen sollten kontingentiert werden, damit nicht Getreide aus Schlesien am Rhein vermahlen und die Kleie von dort wieder nach Schlesien zurückgeführt werden müsse. Die Kleimühlen seien schon aus dem Grunde zu berücksichtigen, weil sie auch im Frieden inländisches Getreide vermahlen hätten, die Großmühlen dagegen zumeist ausländisches.

Der Vorsitzende des Kuratoriums der Reichsgetreidestelle gab Auskunft über die bezahlten Mahllöhne und die höheren Forderungen der Mühlen.

Ein Mitglied der Reichspartei verwies auf die Bestrebungen, durch Anbau von Oedländereien die landwirtschaftliche Erzeugung zu erhöhen. Dazu seien aber Düngemittel und Stickstoffe nötig, die der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden müßten. — Ein Fortschrittler wünschte ebenfalls beschleunigte Herstellung von Kunstdünger durch möglichst schnellen Ausbau der Kunstdüngerfabriken. — Vom Regierungstische wurde erwidert, die Fabriken seien fertig, und der Landwirtschaft würden Stickstoffe in steigender Menge zur Verfügung gestellt und durch die Landwirtschaftliche Handelsbank sowie die landwirtschaftlichen Organisationen vermittelt werden.

Die Abstimmung über die vorbehandelten Anträge wurde ebenfalls ausgesetzt. — Es folgte die Beratung der

Gerstenfrage.

Ein Regierungsvertreter erklärte, den Interessen der Landwirtschaft solle die Reichsfuttermittelstelle möglichst entgegenkommen. Gegenüber den Klagen eines sozialdemokratischen Redners über unberechtigte Preiserhöhung für Malzkaffee sei zu sagen, kein Kommunalverband habe Anträge auf Gerstenlieferung zur Bereitung von Malzkaffee gestellt. Die Preiserhöhung komme daher, weil die Fabriken mit Verlust gearbeitet hätten. Nach den vorliegenden Berechnungen falle den Fabriken von Malzkaffee für das Pfund 2 Pf. Nutzen zu, ebensoviel dem Großhandel.

Ein konservativer Redner stand einer derartigen Rechnung mißtrauisch gegenüber. Nach seiner Ansicht ständen auch die Graupenpreise in keinem Verhältnis zum Gerstenpreis.

Hierauf wurden die zur

Kartoffelfrage

gestellten Anträge beraten.

Die Konservativen beantragen, auf die sicherzustellenden Mengen alle Kartoffeln anzurechnen, die der Erzeuger von seiner diesjährigen Ernte nachweislich als Speisekartoffeln verkauft hat.

Die Fortschrittler beantragen, Kartoffelpräparate zur Streckung von Getreidemehl in genügender Menge und zu nicht erhöhtem Preise herzustellen und, sofern die Inlandserzeugung nicht ausreicht, das Fehlende einzuführen.

Das Zentrum beantragt, die Preise für Trockenprodukte der Kartoffeln derart zu ermäßigen, daß sie keine verteuernde Wirkung auf die Preise der Eßkartoffeln und des Brotes ausüben und zur Zurückhaltung der vorhandenen Mengen von Eßkartoffeln anreizen.

Die Sozialdemokraten beantragen:

Die Kartoffelversorgung durch neue feste Durchführung der Enteignung sicherzustellen, die dem Abgabezwang unterliegende Menge bis zu 50 v. H. des Bestandes ohne Berücksichtigung künftiger Lieferungen zu erhöhen, den Transport der Kartoffeln durch Frachtermäßigung und genügende Bereitstellung von Eisenbahnwagen zu erleichtern, dem Mangel an Arbeitskräften durch Bereitstellung von Gefangenen abzuhelfen, vom 1. Januar 1916 ab den Höchstpreis für solche Speisekartoffeln, die nicht bis zum 1. Dezember 1915 von den Landwirten angemeldet sind, um 25 v. H.

Pester Lloyd
15./XII. 1915

Die Approvisionierung der Hauptstadt.

Budapest, 14. Dezember.

Der Leiter der hauptstädtischen Approvisionierungssektion Magistratsrat Ludwig v. Folkusházy wird dem hauptstädtischen Munizipalausschuß in der morgen nachmittag stattfindenden Generalversammlung einen ausführlichen Bericht über die Lage der Approvisionierung der Hauptstadt unterbreiten. Dem Berichte, der sich auf sämtliche Verfügungen erstreckt, die die Sektion in den verflossenen Monaten zur Verbesserung der Approvisionierungsverhältnisse und Versehung der Bevölkerung mit den wichtigeren Lebensmitteln getroffen hat, entnehmen wir folgendes:

Getreide, Mehl, Brot.

Der Bericht erinnert zunächst daran, daß der Minister des Innern im September der Hauptstadt eine rechtzeitige Deckung des Mehlbedarfes der Bevölkerung in Aussicht gestellt und daß ferner die Hauptstadt dem Wunsch der Regierung gemäß 1,250.000 Meterzentner Getreide bei der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft bestellt und 250.000 Meterzentner selbst gekauft habe. Leider haben sich die an eine ungestörte Versorgung des Publikums mit Mehl geknüpften Hoffnungen nicht erfüllt, und zwar, weil die genannte Gesellschaft das bestellte Getreide zu dem festgesetzten Termin nicht liefert. Von den am 6. September bestellten 450.000 Meterzentnern hat sie bis 9. d. M. im ganzen 163.494 Meterzentner geliefert, ist also mit 286.506 Meterzentner im Rückstande. Am 18. Oktober wollte die Hauptstadt weitere 500.000 Meterzentner bei der Gesellschaft bestellen, die jedoch die Bestellung ablehnte. Die Hauptstadt teilte dies unverzüglich der Regierung mit dem Ersuchen mit, das Getreide im ganzen Lande zu requirieren, damit die Bevölkerung der Hauptstadt im Winter keinen Mangel an Mehl leiden müsse. Die Requirierung wurde auch angeordnet, mit ihrer Durchführung wird jedoch erst am 26. d. M. begonnen. Von dieser Maßregel ist also keine Abhilfe zu erwarten, denn nach der bisherigen Zurückhaltung der Landwirte ist kaum zu hoffen, daß das Getreide in größeren Mengen zum Vorschein kommen werde.

Der Bericht erwähnt sodann das von der Zehnerkommission bereits verhandelte Reskript des Ministers des Innern, worin der Minister bemerkt, daß der Mehlkonsum der Hauptstadt, insbesondere der Brotmehlkonsum, das normierte Maß überschritten habe. Der Minister fordert die Hauptstadt auf, Maß zu halten und zur Einschränkung des Konsums Brotkarten auszugeben.

Die Einführung des Systems von Brotkarten darf jedoch nach Ansicht der Sektion nicht auf Budapest allein beschränkt werden, denn es wäre nicht gerecht, wenn das Budapester Publikum allein, das doch unter der Ungunst der Verhältnisse mindestens so leidet wie die Bevölkerung der Provinz, die Nachteile dieses Systems empfinden müßte. Außerdem würde eine derartige Maßregel die Existenz der in der Umgebung wohnenden, jedoch in Budapest beschäftigten und sich hier verpflegenden Arbeiter bedeutend erschweren.

Mit Rücksicht auf die herrschenden Transportschwierigkeiten, sowie darauf, daß die Mehlvorräte der Hauptstadt nur mehr für drei Wochen reichen, sah sich die Hauptstadt genötigt, den Verkauf von Brotmehl bis auf weiteres einzustellen, ferner den Bäckern die Erzeugung von Kleingebäck zu verbieten.

Dieser Teil des Berichtes schließt mit folgendem Antrage:

Die Generalversammlung möge die Regierung in einer dringlichen Eingabe ersuchen, die Kriegsprodukten A.-G. energisch zur Lieferung der rückständigen Menge von 286.506 Meterzentnern, sowie zur Annahme und Effektuierung einer weiteren Bestellung von 500.000 Meterzentnern zu verhalten. Die Regierung möge ferner die Maßregel der Einführung von Brotkarten nochmals erwägen, falls aber hievon aus wirtschaftlichen Gründen nicht Abstand genommen werden könnte, diese beschränkende Maßregel nicht in Budapest allein, sondern im ganzen Lande einführen. Schließlich möge die Regierung das Verbot des Verkaufes von Brotmehl auch auf die, ein besonderes Getreideeinkaufsrecht besitzenden Konsumgenossenschaften und Unternehmungen ausdehnen und sie verpflichten, daß sie ihre Vorräte an Brotmehl der Hauptstadt übergeben, damit die Mitglieder dieser Genossenschaften und Unternehmungen nicht Vorteile genießen, die der übrigen Bevölkerung vorenthalten werden.

Fleisch und Fett.

Zur Erleichterung der Versorgung des Budapester Publikums mit Fleisch war die Hauptstadt bemüht, aus neutralen Ländern Schlachtvieh und Fleisch zu importieren. Im Herbst waren auch diese Bemühungen von Erfolg gekrönt, doch seit kurzem begegnet diese Aktion immer größeren Schwierigkeiten.

Die Hauptstadt setzt ihre Viehmästungsaktion fort; es wurde beschlossen, weitere 3000 Stück Rinder zur Mast einzustellen; die Hälfte ist bereits eingestellt.

Der im Herbst eingetretene Mangel an Schweinefett wurde durch den kommunalen Fettverschleiß wesentlich gemildert. Später führte die Hauptstadt auch den Verschleiß von Speck ein; in der Zeit vom 16. September bis 11. Dezember verkaufte die Hauptstadt 721.746 Kilogramm Fett und 267.673 Kilogramm Speck zum Auslassen. Durch diese Aktion vermochte sie einen großen Teil des Bedarfes der hauptstädtischen Bevölkerung zu decken. Der kommunale Schweinebestand beträgt an 7000 Stück; wöchentlich werden 900—1000 Schweine geschlachtet.

Der Bericht erwähnt auch den Umsatz des kommunalen Pferdefleischbetriebes und teilt mit, daß die Preise des Pferdefleisches demnächst wahrscheinlich wieder ermäßigt werden können.

Milch.

In dem die Milchversorgung betreffenden Teile des Berichtes wird zunächst auf die stetige Abnahme der Milchzufuhr hingewiesen; im November traf um 40.000 Liter weniger Milch in Budapest ein, als im September. Der Bericht erwähnt sodann ausführlich das am 15. November ins Leben getretene System der Milchlegitimationen, das Verbot der Erzeugung von Schlagobers und teilt die Absicht mit, die Milchpreise zugunsten der Produzenten zu erhöhen. Eine gründliche Lösung der Milchfrage erwartet die Hauptstadt von der Regierung, denn mit den Mitteln der lokalen Verwaltung allein kann die Sache nicht in befriedigender Weise geregelt werden.

Nach Ansicht der Sektion wäre das sicherste Mittel zur Vermehrung des Milchquantums der Import von ausländischen Kühen; obgleich dies eine staatliche Aufgabe wäre, hat die Hauptstadt dennoch selbst eine solche Aktion eingeleitet und ist mit einer Domäne zu dem Zwecke in Verbindung getreten, daß sie 1500 Kühe aus einem neutralen Lande importiere, deren Milch ausschließlich in der Hauptstadt in Verkehr gebracht werden würde. Bisher sind von den 1500 Kühen zirka 400 eingetroffen.

Der Bericht beschäftigt sich sodann mit den häufigen Milchfälschungen und teilt mit, die Sektion werde schon demnächst konkrete Vorschläge zur Verhinderung von Milchfälschungen erstatten.

Andere Lebensmittel.

Um eine weitere Steigerung der Eierpreise zu verhindern, hat die Hauptstadt die Regierung ersucht, den Eierexport zu verbieten oder einzuschränken und die Preise der Eier zu maximalisieren. Der Eiermangel wird durch den kommunalen Eierverschleiß wesentlich gemildert; der hauptstädtische Lebensmittelbetrieb bringt wöchentlich 400.000 Eier in Handel.

Der Wunsch der Hauptstadt, daß auch die Höchstpreise der Süßwasserfische festgesetzt werden, wurde von der Regierung noch nicht erfüllt.

Um ein weiteres Steigen der Preise von Wild zu verhüten, wäre die Regierung zu ersuchen, daß sie den Export von Wild einschränken und die Höchstpreise für das ganze Land festsetze.

Die Hauptstadt verfügt über ungefähr 20.000 Meterzentner Bohnen und 13.000 Meterzentner Reis und wird diese Vorräte noch im laufenden Monat dem konsumierenden Publikum zugänglich machen. Zu diesem Zwecke werden besondere Bohnen-, beziehungsweise Reiskarten ausgegeben werden, die jeder bei der zuständigen Mehlkommission erhalten kann. Pro Kopf und Monat wird das Publikum ½ Kilogramm Bohnen (um 56 h pro Kilogramm) und 25 Dekagramm Reis (um 2.20 k pro Kilogramm) erhalten. Beide Lebensmittel werden bei einzelnen Spezereihändlern, in den Filialen der beiden Milchhallenunternehmungen und in den kommunalen Verschleißbuden, insgesamt an 300 Stellen, verkauft werden.

Anträge.

Der Bericht erwähnt noch, daß ein Mangel an preußischer Kohle nicht zu befürchten sei und daß auch der Transport von Brennholz bald flotter vonstatten gehen werde und schließt dann mit einer Rekapitulierung der auf die Mehlversorgung bezüglichen Anträge der Approvisionierungssektion. Ein besonderer Antrag bezieht sich darauf, daß die Regierung ersucht werde, die bisher noch nicht erfüllten Wünsche, die die Generalversammlung seinerzeit geäußert, ehestens zu verwirklichen.

Ausweise.

Dem Berichte sind verschiedene Ausweise, unter anderem über den Geschäftsverkehr der kommunalen Lebensmittelbetriebe beigefügt; den Ausweisen entnehmen wir folgendes:

Der kommunale Lebensmittelbetrieb hat in den ersten elf Monaten laufendes Jahres 3,724.525 Kilogramm (in derselben Periode des Vorjahres bloß 2,276.381 Kilogramm) Selchwaren, Fett, Speck, Fleisch, Geflügel, Milchprodukte usw. verkauft, ferner 16,041.178 Stück (im Vorjahre 15,366.095 Stück) Eier, 209.282 Dosen kondensierte Milch usw.; die kommunale Brotfabrik 13,585.000 Kilogramm (9,992.000 Kilogramm Brot und 79.653 Kilogramm (191.500 Kiogramm) Gebäck; der kommunale Pferdefleischbetrieb vom 1. Januar bis Ende November laufenden Jahres 1,502.538 Kilogramm Pferdefleisch.

Die Zeppelin-Angriffe gegen London.

Sir Scott Robertson fragte, wie viele Zeppelin-Angriffe seit dem 13. Oktober mißlungen seien und ob London jetzt als sicher gegen Angriffe zu betrachten sei.

Parlamentssekretär MacNamara antwortete, kein Angriff sei mißlungen. Anfonsten könne er den früheren Erklärungen nichts hinzufügen.

Der Attorney-General teilte mit, daß die Gehälter des Attorney-Generals und des Solicitor-Generals etwa um 1000 Pfund Sterling vermindert worden seien.

Parlamentsuntersekretär Tennant sagte, die Verluste des königlichen Fliegerkorps betrügen in den sechs Monaten Juni bis November 20 Tote, 38 Verwundete, 10 Vermißte und 44 internierte Gefangene.

Premierminister Asquith kündigte an, daß das Parlament vom 23. d. bis zum 4. Januar vertagt werde.

Schatzkanzler MacKenna teilte mit, die Regierung beabsichtige die Ausgabe 5prozentiger Erchequerbonds mit fünfjähriger Laufzeit.

Die Rekrutierung in Australien.

650.000 Dienstuntaugliche.

KB Amsterdam, 17. Dezember.

Wie ein hiesiges Blatt berichtet, meldet die Times aus Melbourne:

Die Rekrutierungskampagne wird energisch fortgesetzt. Man schätzt die Zahl der Dienstuntauglichen im Lande auf 650.000.

Die Einkommensteuer in Frankreich.

Scharfe Proteste.

∞ Genf, 18. Dezember. (Priv.-Tel.)

Temps führt einen heftigen Kampf gegen die angedrohte Einkommensteuer, indem er darauf hinweist, für England sei es wesenlos, wenn die Engländer trotz des Krieges Steuern zahlen. Dies sei ein Beweis, daß dort die Industrie und der Handel blühen. Anders aber sei es in Frankreich, wo der wirtschaftliche Ruin droht. Ribot hätte die Ablehnung der Einkommensteuer erzwingen müssen.

Der „Ancona"-Fall.

Amerika lehnt eine Diskussion ab.

+ Lugano, 18. Dezember. (Priv.-Tel.)

Depeschen aus Washington und London erklären, Amerika lehne jede Diskussion auf Grund der Wünsche der österreichischen Note ab. Es werde in einer zweiten Note einfach die Forderungen der ersten Note wiederholen.

Eine französische Meldung.

∞ Genf, 18. Dezember. (Priv.-Tel.)

Ueber die Antwortnote Oesterreich-Ungarns an Amerika sagt der Temps, die Note enthalte hinreichend Stoff für eine juridische Verschleppung der Affäre. Leider scheine Washington geneigt zu sein, die Sache nicht zu verschlimmern, sondern in den Grenzen der Diplomatie zu bleiben.

Weitere Kriegsnachrichten auf Seite 12.

Deutschlands Kriegswirtschaft.

Von H. v. Gerlach (Berlin).

Fast ein Jahr ist es nun schon, daß das feindliche Ausland auf Deutschlands Aushungerung spekuliert. Alle Enttäuschungen, die es in dieser Beziehung erlebt hat, haben ihm den frommen Glauben noch nicht rauben können, daß der Riesenplan eines Tages doch gelingen, daß endlich der leere Magen daheim den sieg-

Das Lustspieltheater wird am 23. d. mit „Prinzessin Revue", Ausstattungsstück in

Krieg den sonst geltenden Grundsatz der eisregelung durch Angebot und Nachfrage aus- alten mußte. Er begrenzte den Verbrauch, chlagnahmte Produkte, setzte Preise fest. Der taatsgedanke regulierte die Pri- twirtschaft. Das erscheint vielen Leu- als eine Annäherung an die Forderungen Sozialismus und erfüllt alle die mit Ent- en, die in dem Begriff Sozialismus den begriff des Uebels erblicken. „Wie wer- n wir wieder aus dem Kriegs- zialismus herauskommen?", soll Mann in sehr einflußreicher Stellung ge- fat haben. Man konnte sich der Notwendig- t eines gewissen „Kriegssozialismus" nicht schließen, aber man versuchte ihn auf das ndestmögliche Maß zu beschränken. Und unter- z da Eingriffe, wo der Grundsatz des Gehen- Geschehenlassens verderblich wirken mußte, r kam wenigstens nur zu halben Maßregeln, ganze allein nützen konnten.

Hinzu kam der übermäßige Einfluß r Produzenten, namentlich der ndwirtschaftlichen. Die ganze deutsche rtschaftspolitik war ja in Friedenszeiten arisch bestimmt. So etwas wird durch den ieg natürlich nicht mit einem Male aus der lt geschafft. Die, vielfach vielleicht nicht ein- l bewußte, agrariische Grundtendenz der Be- den blieb bestehen. Und so trugen alle Wirt- ftsmaßnahmen in erster Linie dem Interesse landwirtschaftlichen Produzenten Rechnung. lbstverständlich ist auch die Landwirtschaft rch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen rden. Ihr sind die männlichen Arbeitskräfte d die Gespanne zum großen Teil genommen rden. Mangel an Futtermitteln und künst- em Dünger drückt sie. Ihre Produk- onskosten haben sich erhöht. Aber viel rker noch haben sich ihre Einnahmen höht. Im Durchschnitt schneidet kein Be- sszweig während des Krieges wirtschaftlich so nstig ab wie die Landwirtschaft. Für sie be- utet er Hochkonjunktur.

Die Leidtragenden sind die Konsu- enten. Sie haben die Angst vor dem um- greifenden „Sozialismus" und die Rück- chtnahme auf die Produzenteninteressen mit nötiger Verteuerung ihres Lebensunterhaltes bezahlen.

Eine geradezu verwirrende Fülle wirtschaft- her Verordnungen hat sich in den letzten Monaten über Deutschland ergossen. Sie waren ntlich gut gemeint, zum Teil auch gut ge- cht, zu einem nicht unwesentlichen Teil jedoch rfehlt oder wenigstens unzulänglich.

Greifen wir ein paar Beispiele heraus:

Es wurden zwei fleischlose Tage in r Woche eingeführt. Selbstverständlich schnell- n sofort die Fischpreise hinauf. Das fund Schellfisch, das in normalen Zeiten etwa 5 Pfennig kostet, stieg bis auf 1 Mark. Aber Woche um Woche verging, ohne daß man an ie staatliche Regelung der Fischpreise ging, die ach allgmeiner Auffassung des Publikums leichzeitig mit der Fleischverordnung hätte rgehen müssen.

Schmalz, Speck und Margarine wurden mmer knapper, waren fast nicht mehr zu haben. Infolgedessen gingen die Butter- preise sprunghaft in die Höhe, binnen 14 Tagen von etwa 1 Mark 80 Pfennig das Pfund bis auf 3 Mark 60 Pfennig an ein- zelnen Orten. Da endlich griff man ein, setzte Butterhöchstpreise von 2 Mark 40 Pfennig bis 2 Mark 55 Pfennig fest. Das Publikum fragt sich, warum man nicht rechtzeitig, das heißt, ehe die Fettknappheit ihre volle Wirkung äußerte, zu Butterhöchstpreisen kam, die alsdann niedriger hätten festgesetzt werden können.

Zugunsten der Landwirtschaft wurde der Preis für Hafer und Gerste auf 15 Mark pro Zentner normiert, das heißt, etwa doppelt so hoch wie in Friedenszeiten. Das war an sich schon ein starkes Entgegenkommen an die Landwirtschaft, das schließlich die Masse der Steuerzahler zu bezahlen hat, da die hohen Haferpreise in erster Linie die Militärverwaltung belasten. Aber nur für 50 Prozent der Produktion gelten diese Preise. Für die andere Hälfte blieben die Preise unbeschränkt und wurden vielfach geradezu phantastisch. Geflügelzüchter versicherten mir, daß ihnen für den Zentner Futtergerste 44 Mark abverlangt worden seien.

Wir haben eine unerhört große Kartoffelernte. Trotzdem wird den Landwirten der weit übernormale Preis von 2.75 Mark pro Zentner zugestanden. Und für diesen Preis liefern sie vielfach nur erfrorene oder sonst schlechte Kartoffeln, während sie die guten zurückhalten. In manchen Gegenden wird mit den Kartoffelverkäufen überhaupt so zurückgehalten — in Erwartung einer späteren Hinaufsetzung der Höchstpreise! —, daß die Städte in größte Verlegenheit kommen. Das Publikum fragt sich: warum enteignet man nicht die Kartoffeln, wenn die Produzenten nicht freiwillig damit herauskommen? Oder noch besser — warum setzt man nicht einen um vielleicht 50 Pfennig niedrigeren Enteignungspreis fest, um die Landwirte zu freiwilligem Verkauf anzuregen?

Zusammenfassend kann man sagen: unsere Lebensmittelpolitik hat in glänzender Weise alle Aushungernngspläne zuschanden gemacht. Schade, daß die Preispolitik nicht auf der Höhe der Organisationsgedanken stand. Da haben die Produzenteninteressen über die Konsumenteninteressen den Sieg davongetragen.